

Die Neue Gesellschaft

Herausgegeben für
die Friedrich-Ebert-Stiftung von

Holger Börner

Klaus Harpprecht

Johannes Rau

Carola Stern

Hans-Jochen Vogel

Frankfurter Hefte

Redaktion

Peter Glotz

(Chefredakteur)

Norbert Seitz

(verantwortlich)

Christian Jürgens

(Mitarbeit)

Redaktionskreis

Klaus Bloemer

Tilman Fichter

Eve-Marie Kallen

Christine Pries

Hans-Joachim Schabedoth

Uli Schöler

Johano Strasser

Redaktionsbeirat

Frank Benseler

Jürgen Burckhardt

Gottfried Erb

Iring Fetscher

Horst von Gizycki

Martin Greiffenhagen

Norbert Greinacher

Reinhard Höppner

Reimut Jochimsen

Tomas Kosta

Ferdinand W. Menne

Thomas Meyer

Susanne Miller

Peter von Oertzen

Richard Schröder

Wolfgang Thierse

Christoph Zöpel

8

1995

42. Jahrgang

Inhalt

675 Editorial

Aktuelles

677 JÜRGEN BUSCHE
In Bonn spielt die Musik

679 MANFRED H. WIEGANDT
Konservative Revolution im
»Land of the Free«

683 ROLF UESSELER
Wildwest ohne Sheriff

Thema: Weltmarkt

688 JOHANO STRASSER
Schicksal Weltmarkt?

692 WILHELM HANKEL
Ist der globale Kapitalverkehr regelbar?

703 CORD JAKOBEIT
Die umstrittene Zukunft von Weltbank
und IWF

708 ELMAR ALTVATER
Globaler Freihandel und regionale
Wirtschaftsblöcke in der Dritten Welt

714 EDGAR GÖLL
NAFTA oder: Die Regionalisierung
des Nord-Süd-Konfliktes?

717 EDELBERT RICHTER/
MARITTA STRASSER
Mit der EWU zu einer Regulierung des
Weltfinanzmarktes?

721 RUDOLF KUDA
Sozialdumping und Ökodumping

Kontrovers

725 HANS-PETER BARTELS
Nach den »Enkeln« der Generationen-
bruch

Kultur

729 KARIN PRIESTER
Kunst zwischen Kommunikation
und Kontemplation/
Nach der Reichstagsverhüllung

736 WILHELM RIBHEGGE
Von Potsdam nach Weimar

744 EBERHARD SANDSCHNEIDER
»Zivilgesellschaft« –
Eine Bestandsaufnahme

749 THOMAS KREUDER
Andere Hefte/Zeitschriftenrevue

Kritik

752 DIETER SENGHAAS
Teufelsaustreibung ohne Teufel

755 SVEN PAPCKE
Steuerlos in Untiefen?

757 JOACHIM GÜNTNER
Den Liberalismus therapieren

758 IRING FETSCHER
Kapitalismus im 21. Jahrhundert

760 EWALD TERHART
Entlarvung der Gemeinschaft

762 HANS-JOACHIM SCHABEDOTH
Goliath Weltökonomie

763 JOSEF SCHMID/
JOSEF HILBERT
Plädoyers für eine intelligente
Industriepolitik

767 ANDREAS SCHWORCK
Soziologie und Erotik

768 Zu den Autorinnen und Autoren

768 Impressum

Titelfoto: News Aktuell/Schoenfeld

Dieses Heft beginnt mit drei Analysen, wie wir sie gerne drucken. Jürgen Busche, Chef des innenpolitischen Ressorts der SÜD-DEUTSCHEN ZEITUNG, analysiert – und zwar schön von außen – die Lage der SPD. Man muß seine Schlußfolgerungen nicht übernehmen; sie zeigen aber plastisch, in welchem Dilemma sich diese große Partei befindet. Dann folgen zwei Länderanalysen: USA – eine Darstellung der Gingrich-Revolution (Wiegandt) und Italien – die Spiele Sylvio Berlusconi (Uessler). Wer diese Überblicke gelesen hat, wird nicht fröhlicher. Er hat aber einen freieren Blick auf das krampfartige Hin-und-Her, das sich in der Europäischen Union und zwischen Amerikanern und Europäern vollzieht. Die unentschlossene Bosnienpolitik des Westens ist nur eine Farce dieser »Verfassung«, allerdings eine, die die Reputation zerstört.

Als »Leitartikel« unseres Hauptthemas *Weltmarkt* empfehlen wir Johano Strassers Plädoyer für eine »europäische Strategie«. Strassers These: Der europäische Sozialstaat ist nur zu halten bei einer vorsichtig-trickreichen Abkoppelung vom »ruinösen« System des unregulierten, offenen Weltmarktes. In einer finster entschlossenen Sammelrezension der Studien von Robert Reich, Edward N. Luttwak, Horst Afheldt und Gilbert Zieburra stellt sich unser Redaktionsmitglied gegen den *mainstream* neoklassischer Ökonomie. Seine Hoffnung: Daß sich durch den Einfluß der neuen EU-Mitglieder Österreich, Schweden und Finnland und durch einen Machtwechsel in Großbritannien zu Labour eine »neue Mehrheit« in der EU bilden könnte.

Strassers Ideen werden sich als so umstritten erweisen wie Wilhelm Hankels Skepsis gegenüber dem Europäischen Währungssystem. Aber man sollte sich nicht täuschen: Hier artikuliert sich ein neues Paradigma des ökonomischen Denkens der europäischen Sozialdemokratie. Mag sein, daß die Abkopplungsstrategie gegen die Realitäten der Weltfinanzmärkte und der globalen Informationsgesellschaft keine Chancen hat. Versucht wird sie werden. Wir diskutieren sie – jetzt schon.

Wobei wir im gleichen Atemzug auf zwei wichtige neue Studien hinweisen: Auf Claus Kochs brillant-pessimistische Analyse

Die Gier des Marktes (die Sven Papeke in diesem Heft bespricht) und auf das aufregende Buch des amerikanischen Unternehmensberaters William Bridges: *Job Shift* (London 1995). Koch steht für die (europäische) These, daß uns nur noch eine (unwahrscheinliche) Kulturrevolution vor der endgültigen Verfestigung der Zwei-Drittel-Gesellschaft retten könne, Bridges für die amerikanische Philosophie: »You're now in business for yourself«. Es wäre fällig, daß die deutsche Politik solche Studien zur Kenntnis nähme. Sie kann sich, hat sie die gängigen Illusionen erst einmal heruntergeschluckt, immer noch entscheiden, welche der divergierenden Therapien sie anwenden will.

Die deutsche Debatte über Bosnien nimmt absurde Züge an. So haben Flüchtlinge aus Bosnien unter Anleitung des unbeirrbar anti-serbischen Propagandisten Tilmann Zülch von der *Gesellschaft für bedrohte Völker* vor dem Privathaus des Bundeskanzlers tausend muslimische Grabzeichen aufgestellt. Die Gesellschaft warf Kohl vor, nichts gegen den »Völkermord« in Ex-Jugoslawien zu unternehmen. Vielleicht sollte man Herrn Zülch darauf hinweisen, daß das schreckliche Unglück von Hunderttausenden von Zivilisten nicht von Helmut Kohl oder Jacques Chirac zu verantworten ist, sondern von wildgewordenen Volksführern aus der Region selbst. Soweit sind wir schon: Der Istanbuler Vorsitzende des *Nationalistenverbands*, Nasan Bahri, forderte seine Anhänger auf, »Boutros-Ghali in ihrer Spucke zu ertränken«. Wäre es nicht besser, die Herren Karadzic, Izetbegovic, Ganic »in Spucke zu ertränken«? Der Westen muß lernen: Wer den Nationalismus einer Gruppe toleriert, ruft den Nationalismus der nächsten hervor. Wer Franjo Tudjman das Recht auf einen kroatischen Staat zuspricht und Alia Izetbegovic das Recht auf die Errichtung eines (*nota bene* islamischen) Staates in Bosnien, der wird auch den Serben ihre sogenannte »Selbstbestimmung« nicht – oder nur mit massiver Waffengewalt – verwehren können. Je schwächer die UNO, desto größer die Gefahr. Immerhin meldet Tomislav Jeremic von der Serbischen Erneuerungsbewegung, Izetbegovic und Karadzic hätten sich längst geeinigt: »In inszenierten Offensiven werden die Serben einige moslemische und die Moslems einige serbische Regionen erobern.« Man wird sehen.

Peter Glotz



PKW-Produktion bei Škoda in Mlada Boleslav

Foto: dpa

Aktuelles

JÜRGEN BUSCHE

In Bonn spielt die Musik

Zur SPD-Misere

Die Entwicklung der SPD als Bonner Oppositionspartei ist seit der Bundestagswahl im Herbst 1994 derart berechenbar verlaufen, daß es aussieht, als sei sie exakt so am Reißbrett entworfen worden. Rudolf Scharping, der Partei- und Fraktionsvorsitzende der SPD, ist nicht der Gegenspieler des Bundeskanzlers im Parlament, geschweige denn in der deutschen Politik geworden. Das hat viele Gründe, unter denen die ehrenwerten wahrhaftig nicht die unwichtigsten sind. Die Stärke der Sozialdemokraten im Bundesrat hemmt allzu forschen Widerspruch im Bundestag, letztendlich muß die SPD ja doch mitregieren. Aber auch die Gewissenhaftigkeit etlicher Sozialdemokraten bei Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik macht es der Fraktionsführung schwer, dem Kurs der Bundesregierung überall ein scharf konturiertes Kontrastprogramm entgegenzustellen. Doch schließlich ist es der SPD nicht gelungen, eigene politische Aussagen bekannt zu machen, aufgrund derer sie in der Bevölkerung einfache und klare Erwartungen an ihre Regierungstätigkeit wecken könnte. Eben das müßte geschehen, wenn die Bevölkerung die SPD mit der Regierungsverantwortung betrauen soll.

Für das Einfache und Klare nämlich sind in Bonn die GRÜNEN zuständig, und die haben dafür mit Joschka Fischer den richtigen Mann. Fischer kennt seinen Unterhaltungswert und weiß ihn einzusetzen. Er weiß, daß es auf ihn und seine Partei nicht ankommt. Er kann den Clown spielen – und sobald er nichts tut als das nicht zu tun, wirkt er schon wie ein Staatsmann. Und was schon bei jedem Kreisvorsitzenden einer Volkspartei wie eine Platitude herauskäme, erscheint, wenn Fischer es sagt, als pragmatisch abgekühltes heißes Essen. Daneben kann Scharping schwer bestehen.

Wer führt die Opposition in Bonn? Diese Frage ist somit auf prekäre Weise unentschieden. Scharping hat Stärke, aber kaum Autorität. Fischer verfügt über eine erstaunliche Autorität, aber nicht über die notwendige Kraft. Ergänzen können sie sich so nicht. Es kann nicht der Lahme den Blinden über einen Weg tragen, den dieser beobachtet. Das war allerdings zu Beginn der Legislaturperiode Ende 1994 klar abzusehen. Und wenn es schon nicht

Aufgabe der Oppositionsparteien sein kann, sich untereinander zu befehden, so sollte es zur Strategie von Oppositionspolitik doch gehören, die Voraussetzungen für erfolgreiche Angriffe auf die Regierung zu schaffen. Und dazu gehört es nun einmal, daß die Angriffe ihrer Wirkung nach nicht auseinanderdriften. Genau das aber geschieht allzu oft in der Konfrontation mit der Politik von Bundeskanzler Kohl.

Angesichts einer so desolaten Oppositionsarbeit in Bonn sind die Einbußen der Sozialdemokraten außerhalb der Bundeshauptstadt ohne Bedeutung. In *Frankfurt* waren es doch allzu sehr lokale Widrigkeiten, die den keineswegs erfolglos agierenden SPD-Oberbürgermeister Andreas von Schöler um sein Amt brachten. Zunächst versagte die sozialdemokratische Fraktion im Stadtrat, so daß Schöler vom Amt zurücktrat, in der Hoffnung, die Bürger würden ihm bei der erstmaligen Direktwahl den Rücken stärken. Dann versagte die Basis des rot-grünen Bündnisses in Frankfurt insofern, als Rote wie Grüne bei einem Wahlkampf, den sie miteinander für eine ihnen beiden wohl gleichermaßen fremde Person hätten führen müssen, einfach keine Lust hatten, sich besonders anzustrengen. So kam es zur Wahl der CDU-Kandidatin Petra Roth.

In *Bremen* passierte den Sozialdemokraten das, was jeder Partei passieren kann, die sehr lange regiert. Auch hier hatten es die Sozialdemokraten in ihren Reihen versäumt, ein Bewußtsein davon herzustellen, was es bedeutet, mit einem Koalitionspartner zusammenzuarbeiten, zumal dann, wenn es sich dabei um die GRÜNEN handelt. So war es zur Rebellion gegen den SPD-Kurs gekommen, und ein Teil der Partei spaltete sich ab. Daß die SPD gleichwohl noch das Stadtoberhaupt stellen kann, grenzt da fast schon an ein Wunder. Es zeigt aber, daß der Wille der Bürger, SPD zu wählen, weitaus stärker ist, als die Führungskraft nun der Bremer SPD, die Partei als wählbar zu erhalten.

Auch in *Nordrhein-Westfalen* sind die Stimmenverluste der Sozialdemokraten im Wesentlichen wohl der Tatsache geschuldet, daß die Partei hier schon sehr lange regiert. Es könnte jedoch sein – das gehörte dann aber zu dem, was man immer erst nachher weiß –, daß



Nach beispiellosem SPD-Chaos gewann Petra Roth (CDU) die erste Frankfurter OB-Wahl

Foto: dpa

die SPD in Düsseldorf einen eigenartigen Fehler gemacht hat. Sie hat, verführt durch die glänzenden Ergebnisse von Manfred Stolpe in Brandenburg und Kurt Biedenkopf in Sachsen, auf das Konzept einer Personalwahl gesetzt, einen dafür hervorragend prädestinierten Kandidaten hatte sie ja, und gehofft, Johannes Rau als bewährter Ministerpräsident werde ebenso wie diese beiden von der Bevölkerung mit absoluter Mehrheit im Amt bestätigt werden. Darum hatte die SPD während des Wahlkampfes – was von der CDU beklagt wurde – auf eine Konfrontation über politische Sachthemen verzichtet. Falsch war diese Strategie vielleicht aus folgenden Gründen. Als Stolpe und Biedenkopf in den neuen Bundesländern ihren Wahlkampf bestritten, war die Lage hochpolitisiert, den Wählern schwirrten die Sachthemen nur so um den Kopf. Die Person des Amtsinhabers konnte der Fluchtpunkt sein, zu dem sich der Bürger wandte, um bei einer zuverlässigen Kraft Sicherheit zu finden, wo alles andere unsicher, ungewiß, undeutlich schien. Von einer solchen Situation konnte in Nordrhein-Westfalen keine Rede sein. Niemand war verunsichert ob des Wahlkampfes der CDU oder der GRÜNEN, es gab keinen Grund, sich zu Johannes Rau zu flüchten, und was man mit der SPD wählte, wurde im Wahlkampf von dieser kaum bekannt gemacht.

Ein zweiter Grund: Nicht nur die SPD regiert in Düsseldorf schon ziemlich lange, sondern auch Ministerpräsident Rau. Das könnte aber bedeuten, der traditionelle SPD-Wähler ist unterdessen ein Rau-Wähler geworden; der Rau-Wähler, der den Sozialdemokraten zuletzt an Rhein und Ruhr zu stolzen Mehrheiten verhalf, ist längst ein SPD-Wähler geworden, dem nicht bange ist um Wohl und Wahl der Regierungspartei. Wo diese Mehrheitsbeschaffer aus Trägheit, Gleichgültigkeit, aus trügerischer Siegeszuversicht bei unpolitischem Wahlkampf fast unsichtbar weniger werden, müßte für sie Ausgleich zu schaffen sein durch einen Wahlkampf, der auf Wählergruppen zieht, die dergleichen Selbstgefälligkeit abstößt. Das aber ist in Nordrhein-Westfalen nicht geschehen.

Die Sozialdemokraten dürfen nicht in die Länder schauen, wenn sie erfahren wollen, was sie tun müssen, um in Bonn erfolgreich zu sein. Das gilt auch für Personalfragen. Sollte man jetzt in verfrühter Panik einen Trend in Bewegung setzen, der den niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder zum bald nicht mehr zu verhindernden Kanzlerkandidaten für 1998 macht, hätte man zunächst nichts anderes gewonnen als die Gelegenheit, darüber nachzudenken, daß in bald fünfzig Jahren Bundesrepublik noch kein Politiker aus einer der

Landeshauptstädte im ersten Anlauf über eine Bundestagswahl Bundeskanzler geworden ist. Auch Gerhard Schröder stünde dann wie seine Vorgänger seit 1987 vor der Entscheidung, ob er als Oppositionsführer nach Bonn gehen soll – wie eben Rudolf Scharping – oder aber er in der Provinz bleiben will, wie vor ihm Rau und Lafontaine. Die auf einen langen Prozeß angelegte Demontage Scharpings verbessert zudem wohl vielleicht die Aussicht Schröders, Kanzlerkandidat zu werden, verschlechtert aber nachhaltig seine Chancen, dann auch mit der SPD die Bundestagswahl 1998 zu gewinnen.

Es hilft nichts, der Kampf der Sozialdemokraten um das Bundeskanzleramt wird in Bonn gewonnen und von denen, die in Bonn Partei und Fraktion führen, oder er wird gar nicht gewonnen.

Nachgefragt

5. Dezember 1994

Sehr geehrter Herr Busche,

In der November-Ausgabe der Monatszeitschrift »Die Neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte«, zu deren Herausgebern ich gehöre, findet sich unter anderem Ihr Aufsatz »Die verpaßte Chance«. Die Positionen, die Sie darin entwickeln, erscheinen mir zu einem nicht geringen Teil durchaus diskutabel. Erstaunt hat mich jedoch Ihre darin getroffene Feststellung, das von Ihnen umschriebene Ziel werde für Rudolf Scharping und die Sozialdemokratie »angesichts dessen, was Helmut Schmidt und Hans-Jochen Vogel aus der SPD gemacht haben«, »freilich schwer zu erreichen sein«. Da Sie diese Feststellung sehr apodiktisch treffen, wäre ich Ihnen für eine detailliertere Unterrichtung darüber dankbar, was ich denn Ihrer Ansicht nach in den Jahren 1983 bis 1991, zunächst als Fraktionsvorsitzender und dann auch als Parteivorsitzender, aus meiner Partei »gemacht«, d. h. in welcher Hinsicht ich sie gegenüber dem Zustand verändert habe, in dem sie sich Ende 1982 befand.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Dr. Hans-Jochen Vogel

Und Busche antwortete nicht.

21. Februar 1995

Sehr geehrter Herr Busche, ist es verfrüht, wenn ich mein Schreiben vom 5. Dezember 1994 in Erinnerung bringe? Vielleicht läßt sich die darin von mir gestellte Frage auch in einem Gespräch beantworten.

Mit freundlichen Grüßen Ihr Dr. Vogel

Und Busche antwortete erneut nicht.

MANFRED H. WIEGANDT

Konservative Revolution im »Land of the Free«

Die USA im Banne von Newt Gingrichs
»Contract with America«

Als das Repräsentantenhaus des 104. Kongresses der Vereinigten Staaten in die Osterpause ging, konnte sein neugewählter Sprecher Newt Gingrich in einer Fernsehansprache zur besten Sendezeit, wie sie sonst nur dem Präsidenten gewährt wird, den Amerikanern stolz den Vollzug des vor den letzten Novemberwahlen von den republikanischen Hauskandidaten propagierten »Contract With America« melden. Eine Abstimmung über das letzte Gesetz, das »Kronjuwel« des 10 Punkte-Programms, ein umfassendes Steuerkürzungspaket, war zuvor trotz Bedenken aus den eigenen Reihen wie schon die Beschlußfassung über alle anderen im »Contract« erwähnten Vorhaben durch das Haus gepeitscht worden. Der Versuch, den amerikanischen Wählern zu beweisen, daß der für seinen »grid lock« bekannte Kongreß in der Lage ist, einen Arbeitsplan zügig umzusetzen, schien damit gelungen. Wie die Autoren des Programms von einer »Konservativen Revolution« zu sprechen, ist angesichts des ehrgeizigen Pakets nicht unangemessen, beinhaltet dieses doch u. a. drei Verfassungsänderungen, die Verschärfung der Strafverfolgung, ein großangelegtes Steuersenkungsprogramm sowie die Reform des Sozialhilfesystems und des Zivilprozesses.

Newt Gingrich und seine hörige Garde politisch meist unerfahrener Neokonservativer, die zum großen Teil mit organisatorischer Unterstützung durch das von ihm bis vor kurzem geleitete POLITICAL ACTIONS COMMITTEE (GOPAC) den Sprung in das alle zwei Jahre neugewählte Repräsentantenhaus geschafft haben, werteten den erdrutschartigen Sieg der Republikaner bei den Novemberwahlen 1994 als klaren Auftrag des amerikanischen Volkes für ihr Programm. Daß die Mehrheit für die Republikaner unter den etwa 31 % der registrierten Wähler, die sich an den *midterm elections* beteiligten, nur knapp war und sich vor allem auf die männliche weiße Wählerschaft stützte, trübte das Legitimationsgefühl der konservativen Eiferer so wenig wie der Umstand, daß die meisten Wähler den mit ihnen abgeschlossenen Kontrakt nicht gelesen hatten. Wie Newt Gingrich, zuvor nur als Wadenbeißer zweites Glied in der Minderheitenfraktion des Repräsentantenhauses, seit

den Herbstwahlen die politische Debatte in den USA bestimmt hat, ist indes bemerkenswert.

Nun sind die erfolgreichen Abstimmungen im Repräsentantenhaus nur ein erster Schritt auf dem mühsamen Weg der amerikanischen Gesetzgebung. Während im Haus die jeweilige Mehrheit die Minderheit gnadenlos niederstimmen und die Debatte rigoros beschränken kann, ist das Verfahren im Elitklub der 100 Senatoren wesentlich zähflüssiger. Noch dazu hat dort die Minderheit eine Art Sperrminorität, da sie mit 40 Stimmen allen Versuchen, die Debatte zu beenden, widerstehen kann und so – u. a. durch »Filibustern« – die Umsetzung von Mehrheitsvorhaben verzögern oder gar verhindern kann, eine Taktik, die die republikanische Minderheit in den ersten zwei Jahren der Clinton-Präsidentschaft mit wechselndem Erfolg praktiziert hat. Sollte ein Gesetz, ggf. nach zähen Verhandlungen über einen Kompromiß zwischen den beiden Kammern, die Senatshürde passieren, steht am Ende noch das Damoklesschwert eines nur mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheiten in beiden Häusern zu überstimmenden präsidentialen Vetos, das bisher (Ende Juni) von dem allzu sehr auf Vermeidung von Konfrontationen bedachten Bill Clinton indes erst einmal ausgesprochen worden ist.

So sind trotz des Aktivismus im Repräsentantenhaus auch nur zwei »Contract«-Punkte bereits Gesetz geworden. Der Kongreß wird zukünftig arbeitsrechtlich denselben Regeln wie jedermann unterworfen. Außerdem wird ihm verwehrt, die Bundesstaaten zu kostenträchtigen Maßnahmen zu verpflichten, ohne die entsprechenden Mittel bereitzustellen. Wenn auch ein anderes Vorhaben im »Contract« Gesetz werden sollte, daß den Kongreß zwingen würde, vor dem Erlaß neuer Regulierungen Kosten-Nutzen-Analysen vorzunehmen, wäre der bürokratische Aufwand für die Verabschiedung von Umwelt- und Arbeitsschutzbestimmungen kaum noch zu bewältigen, besonders wenn man weiß, daß das Haus zwecks Beseitigung staatlicher Bürokratie und Verringerung des Defizits die Planstellen für seine wissenschaftlichen Hilfskräfte gekürzt hat. Bei der derzeitigen Mehrheit und ihrem ehrgeizigen Programm hatte dies nicht nur zur Folge, daß die hektisch zur Abstimmung gebrachten Gesetzesentwürfe schlampig abgefaßt waren, sondern auch, daß die Lobbyisten zum Teil in den Büros der Abgeordneten saßen und die Gesetze gleich selbst formulierten.

Gescheitert sind andererseits nur zwei Vorhaben. Trotz parteiübergreifender Unterstützung ist die in beiden Häusern erforderliche $\frac{2}{3}$ -Mehrheit zur Einführung einer Verfas-

sungsvorschrift, die den Kongreß verpflichtet hätte, stets einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung zu erreichen, im Senat um eine Stimme – kurioserweise diesmal die eines abweichenden Republikaners – verfehlt worden. Wegen der starken Resonanz, die Ross Perot im letzten Präsidentschaftswahlkampf mit seinem Eintreten gegen die Staatsverschuldung hatte, genießt diese Forderung allerdings weiterhin ausgesprochen große Popularität und dürfte noch nicht endgültig vom Tisch sein. Was es hieße, wenn die potenteste Nation der Welt, von Notstandssituationen abgesehen, einem solchen *balanced budget amendment* zufolge nicht mehr in der Lage wäre, sich – in welcher Höhe auch immer – neu zu verschulden, scheint von den meisten Befürwortern gar nicht überblickt zu werden. Fragwürdig ist dabei auch der Standpunkt einiger liberaler Demokraten, die das Amendment unterstützten, weil durch die – in der Tat – übermäßige Verschuldung der künftige Spielraum für Ausgaben im Sozial- und Bildungsbereich eingeschränkt werde. Daß das derzeitige Haushaltsdefizit vor allem durch Reagans Politik in den 80er Jahren, also umfassende Steuersenkungen zugunsten der Besserverdienenden bei Aufblähung des Militärhaushalts, verursacht worden ist, wird dabei nicht bedacht. Wer jetzt absolute Haushaltsdisziplin propagiert, provoziert außerdem Kürzungen gerade bei den Sozial- und Bildungsausgaben, da die meisten anderen Posten nicht disponibel sind.

Bereits im Repräsentantenhaus selbst aufgelaufen ist der Versuch, die Verweildauer der Abgeordneten im Kongreß durch sog. *term limits* verfassungsmäßig zu beschränken. Auch eine Reihe von Republikanern hat sich dieser recht populären Forderung verschlossen. Dem Vorwurf des Wählerbetrugs begegnete Newt Gingrich mit einem Hinweis auf den Text des »Vertrages mit Amerika«, wonach Abstimmungen über die betreffenden Punkte nur in den ersten hundert Tagen des 104. Kongresses herbeigeführt werden sollen, eine billige Ausrede, weil das impliziert, daß der gesamte Kontrakt unverbindlich sei. Befürworter von *term limits* sollten einen wesentlichen Unterschied zwischen dem amerikanischen und dem deutschen System nicht außer acht lassen. In den USA herrscht Persönlichkeitswahl mit vorangehenden Primaries. Die Wähler haben die Abwahl eines zu lange amtierenden Abgeordneten also im Grunde selbst in der Hand. Angesichts unausgereifter parteienstaatlicher Strukturen ist die Ab- oder Wiederwahl eines Abgeordneten aber auch die einzige Möglichkeit, ein Urteil über die von diesem vertretene Politik zu fällen.

Relativ gute Chancen, in die Verfassung aufgenommen zu werden, hat dagegen das von beiden Häusern im Prinzip bereits gebilligte *line item veto*, das es dem Präsidenten ermöglichen würde, einzelne Ausgabenposten in einem Gesetzespaket abzulehnen, ohne das Gesetz als Ganzes zum Scheitern zu bringen. Ein solches Mittel zur Haushaltsdisziplinierung wird auch von Clinton dringend befürwortet und würde der oft praktizierten »Erpressung« durch den Kongreß, indem dem Präsidenten wichtige Anliegen mit anderen von ihm abgelehnten Vorhaben in einem Gesetz verknüpft werden, ein Ende setzen. Konsequenz wäre allerdings eine weitere Verschiebung des Kräfteparallelogramms zugunsten des Weißen Hauses.

Gute Erfolgsaussichten hat zum Teil auch die Haus-Gesetzgebung im *Anti-Crime*-Bereich, wie etwa die Begrenzung der Berufungsmöglichkeiten für zum Tode Verurteilte. Sex and Crime sind immer noch Bereiche, in denen man bei der amerikanischen Wählerschaft leicht Stimmung machen kann. Clinton hat mit seinem Eintreten für die Todesstrafe im letzten Präsidentschaftswahlkampf deutlich werden

lassen, daß er nicht willens ist, hier mit liberalen Ansichten in das Wespennest populistischer »main stream beliefs« zu stechen. Nach dem Bombenattentat in Oklahoma hat er zudem durch eigene Gesetzesinitiativen – sozusagen den amerikanischen »Großen Lauschangriff« – versucht, Pluspunkte bei der Bevölkerung zu sammeln und sein Image als großer Zauderer abzubauen. Wie sehr die Stimmung in den USA im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung auf einen nahezu voraufklärerischen Erkenntnisstand zurückgefallen ist, beweist die allgemeine Tendenz, auf die im Verhältnis zu anderen Industriestaaten weiterhin erschreckend hohe Gewaltkriminalität mit immer drastischeren Strafen und dem Bau von immer mehr Gefängnissen zu reagieren. Solche Mentalität führte dazu, daß in Kalifornien kürzlich ein bereits zweimal wegen »Gewaltverbrechen« Vorbestrafter nach der auch in anderen Bundesstaaten Anklang findenden Regel »Three times and you are out« zu einer 25jährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde, weil er Kindern eine Pizza entrissen hatte. In dieser allgemeinen irrationalen Stimmung mußte man Präsident Clinton schon zugute halten, daß er im letzten

Newt Gingrich, der Präsident des amerikanischen Repräsentantenhauses, präsentiert eine Ausgabe des »Vertrages mit Amerika«.

Foto: dpa



Jahr in seinem *Anti Crime Bill* wenigstens einige soziale Aspekte von Jugendkriminalität berücksichtigte, Maßnahmen, die von den Konservativen aber aufs bitterste als »pork« – Geschenk – diffamiert wurden.

Sein Veto angekündigt hat Clinton bereits gegen jedweden Versuch, Mittel, die letztes Jahr zur Finanzierung von mehr Polizisten vorgesehen wurden, für andere Maßnahmen, z. B. für mehr Gefängnisse, einzusetzen, oder das Verbot von sog. *assault weapons* zurückzunehmen, das er im letzten Kongreß gegen den erbitterten Widerstand der NATIONAL RIFLES ASSOCIATION (NRA), einer extrem gut organisierten Lobbyorganisation mit Einfluß auf viele, vor allem republikanische Kongreßmitglieder, durchgesetzt hat. Senator Bob Dole, der den Kompromiß im letzten Kongreß mit ausgearbeitet hatte, hat inzwischen – auf die Unterstützung der NRA im Präsidentschaftswahlkampf hoffend – sein Mäntelchen gewendet und will nun solche Waffen, die keinen anderen Zweck haben als Menschen zu töten oder aufs Schwerste zu verletzen, wieder zulassen, scheut sich aber nicht, gleichzeitig Hollywood für seine gewaltverherrlichenden Filme anzuprangern. Insbesondere nach den Vorkommnissen in Oklahoma dürfte ein Insistieren auf ein Rückgängigmachen der geringfügigen Verschärfungen des Waffenrechts aber eher dem Präsidenten in die Hände spielen, der in dieser Frage die Mehrheit der Amerikaner hinter sich weiß.

Nach anderen im Repräsentantenhaus verabschiedeten Gesetzen sollen Eigentümer zukünftig entschädigt werden, wenn neue Vorschriften die Nutzungsmöglichkeiten ihrer Grundstücke mindern. Daß dies, auch angesichts der Haushaltsmisere, praktisch ein Aus für neue Umweltschutzbestimmungen bedeutet, dürfte auf der Hand liegen. Clinton hat sein Veto gegen weite Teile dieser Gesetzgebung angekündigt, wie er auch die von den Republikanern betriebene Auflösung ganzer Bundesbehörden nicht zulassen will. All diese Vorhaben haben ihre geistige Grundlage in der Auffassung, daß sowenig Staat wie möglich die beste Politik ist. Die Bürokratie in Washington soll nicht das Leben der Amerikaner bestimmen, denn der Staat ist prinzipiell unfähig, das Leben der Bürger zu verbessern. Statt Probleme zu beseitigen, werden sie institutionalisiert. Der freie Markt dagegen weckt die kreativen, zutiefst amerikanischen Kräfte, um die Nation aus der Misere zu führen, in die sie die liberale Wohlfahrtsgesellschaftsmentalität gebracht hat.

Auf diesem Hintergrund muß auch die Debatte um die Reform des Sozialhilfesystems gesehen werden. Clinton selbst hatte dies zwar

vor seiner Wahl auch als eines seiner Anliegen formuliert. Bei dem zähen und erfolglosen Ringen um eine Krankenversicherungsreform wurde ihm in diesem Bereich aber das Heft von den Konservativen aus der Hand genommen. Während Clinton den Ausweg aus dauerhafter Abhängigkeit von Sozialhilfe darin sieht, Aus- und Weiterbildung und Arbeit unter den Empfängern zu fördern, geht es den Konservativen vor allem darum, Kosten einzusparen. Statt eines Programms wird die Ideologie des Kapitalismus geliefert. Wer arbeiten muß, weil er nicht unterstützt wird, wird auch arbeiten. Eine Minderjährige, die weiß, daß sie keine Unterstützung für ihre nichtehelichen Kinder erhält, wird auch keine in die Welt setzen. Daß gerade bei diesem Beispiel ein Widerspruch zu einer Anti-abtreibungshaltung (*Pro Life*) entsteht, wie sie von dem meisten Republikanern zumindest nach außen hin gepflegt wird, um nicht die Unterstützung der gerade im letzten Wahlkampf so hilfreichen *Christian Coalition* zu verlieren, ist schon den amerikanischen katholischen Bischöfen aufgefallen. Die »Reform« des Wohlfahrtsstaates zielt bei den Republikanern aber auch darauf ab, den *entitlement character* von *welfare*, also den Anspruch auf Sozialhilfe, zu beseitigen. Das könnte dann auf das Prinzip »Wer zuerst kommt, mahlt zuerst« hinauslaufen. Zum anderen soll die Sozialhilfe nicht mehr bundesstaatlich verwaltet werden. Statt dessen sollen die Einzelstaaten Pauschalzuweisungen, »block grants«, erhalten, die sie dann nach relativem Gutdünken einsetzen können. Dadurch würden eine Reihe von Sozialhilfeempfängern aus der Hilfe herausfallen, da Washington nicht mehr gezwungen wäre, die Töpfe wieder aufzufüllen. Den Ton würden andererseits die restriktivsten Staaten angeben. Andere Staaten könnten sich dem Trend nicht entziehen, wollen sie vermeiden, zu einem Anziehungspunkt für Sozialhilfeempfänger aus Nachbarstaaten zu werden. Ein *race to the bottom* und damit letztlich das Ende des Sozialhilfesystems insgesamt wären vorprogrammiert.

Als problematischster Punkt des »Kontraktes« hat sich bereits das Steuersenkungspaket erwiesen, und zwar nicht nur, weil die Steuersenkungen eindeutig die ohnehin Privilegierten begünstigen und angesichts der geplanten Kürzungen im Bildungs- und Sozialbereich eine Umverteilung von unten nach oben bewirken würden, sondern auch, weil die Steuergeschenke von einer Reihe von Wählern, die trotz konservativer Grundveranlagung bereits bei der letzten Wahl ihre Stimme lieber Ross Perot als George Bush gegeben haben, entschieden abgelehnt werden. In der Tat scheint ein Steu-

ereinnahmeverzicht von etwa 189 Milliarden Dollar über die nächsten fünf Jahre, wie ihn das Repräsentantenhaus beschlossen hatte, unveränderbar mit dem erklärten Ziel, bis zum Jahre 2002 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Der Senat hat bereits dem Schuldenabbau den Vorzug gegeben und Gingrichs Steuer-senkungspläne z. T. abgewehrt. Clinton hat die Kürzungen an der »falschen Stelle«, nämlich bei Ausbildung und Erziehung, zum Anlaß genommen, sein erstes Veto auszusprechen, hat aber deutlich gemacht, daß auch er dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts – allerdings erst nach zehn und nicht bereits nach sieben Jahren – Priorität einräumt. Damit hat er erneut eine Beschwichtigungslinie gegenüber der republikanischen Kongreßmehrheit eingeschlagen, die seine Parteifreunde deutlich kritisiert haben, weil sie gehofft hatten, aus der Konfrontation mit den radikalen Vorschlägen der Republikaner Früchte zu ziehen. Anstatt der konservativen, auf das Zurückdrängen des Staates in fast allen Bereichen drängenden Linie eine sozial-staatliche Alternative entgegenzusetzen, bemüht sich Clinton also nur – wie schon so oft –, noch schnell auf den (anscheinend) schon fahrenden Zug aufzuspringen.

Was bedeutet der von Gingrich nach nur 93 Tagen als vorzeitig erfüllt gemeldete »Vertrag mit Amerika« für die Zukunft? Der Senat hat bereits gezeigt, daß er den Jakobinern im Haus nicht bedingungslos folgen will. Die Demokraten scheinen gelähmt ob der allzu konzilianten Haltung des Weißen Hauses. Das Einschwenken auch Clintons auf die »balanced budget«-Linie der Republikaner dürfte andererseits etwaigen unabhängigen Präidentschaftskandidaten den Wind aus den Segeln genommen haben. Clintons Aussichten auf eine Wiederwahl im nächsten Jahr müssen jedoch nicht als aussichtslos gesehen werden. Bei Gegnern, die augenblicklich sprichwörtlich wetteifern, wer der Konservativste im Lande sei, könnte Clinton mit seinen »main stream«-Vorstellungen den Wählern am Ende doch mehr zusagen. Noch dazu ist das konservative Lager alles andere als geschlossen. Die *Christian Coalition*, eine gut organisierte Phalanx erzkonservativer Christen, die allesamt bei ihrer Bibellektüre die Bergpredigt ausgelassen zu haben scheinen, versucht gegenwärtig, den Lohn für die massive Unterstützung republikanischer Kandidaten bei den letzten Wahlen einzufordern. So wurde bereits verlautbart, daß man keinen republikanischen Präidentschafts- oder Vizepräidentschaftskandidaten dulden wolle, der nicht erklärtermaßen *Pro Life* sei. Damit wird die *Grand Old Party* aber in eine Bredouille ge-

bracht, denn außer Pat Buchanan, der schon George Bush im letzten Vorwahlkampf arg zu schaffen machte und die Partei zu sehr ins christlich-konservative Fahrwasser drängte, ist keiner der bisherigen Kandidaten gewillt, die Bekämpfung des nach der Rechtsprechung des Supreme Court Verfassungsrang beanspruchenden Rechts auf Abtreibung als Programmpunkt auf seine Fahnen zu schreiben. Clinton andererseits wird das Problem haben, daß liberale Wähler mit seinem »Programm« kaum hinter dem Ofen hervorzulocken sein werden. Warum sollte man auch ein konservatives Programm in moderierter Form unterstützen?

Newt Gingrichs »Kontrakt« hat sich nicht nur als Indikator dafür erwiesen, wohin die amerikanischen Neokonservativen hin (zurück) wollen. Er hat in den ersten Monaten dieses Jahres auch gezeigt, daß eine entschlossene Mehrheit im Repräsentantenhaus dem Präsidenten die Tagesordnung aus der Hand reißen kann. Vor den Zwischenwahlen schien Clinton mit einer (nominalen) Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses alle Trümpfe in der Hand zu haben. Er ist seinen zu hoch gesteckten Zielen und einem politischen System, das nicht auf Veränderungen angelegt ist, zum Opfer gefallen, und versucht nun lediglich, seinen Kopf zu retten. Ein Präsident mit Herz, aber ohne Visionen.

ROLF UESSELER

Wildwest ohne Sheriff

Italien nach dem Referendum

Italien schwebt seit Ende des Ost-West-Konflikts mehr denn je am Rande des Abgrunds, obwohl dies nicht den Anschein hat bzw. nicht auf den ersten Blick von außen erkennbar ist. Die gute *public-relation*-Arbeit sowohl des derzeitigen Ministerpräsidenten Lamberto Dini auf europäischer Ebene wie des Staatspräsidenten Oscar Luigi Scalfaro mit seinen ausgedehnten Reisen auf die Weltbühne können darüber nur schwer hinwegtäuschen. Beiden ist zudem bewußt, daß sie diese Arbeit mit zur Schau gestelltem Optimismus leisten müssen, gerade weil die Lage des Landes so ernst ist. Nur zu gut wissen sie um Italiens derzeitigen Balance-

akt am Rande des Chaos. Läge dieses Land nicht im Westen sondern im Osten, würde es ihm nicht besser gehen als Rumänien oder Rußland – wahrscheinlich schlechter.

Was sich auf der politisch-institutionellen, der wirtschaftlichen und der gesellschaftspolitischen Ebene abspielt – von der kulturellen und sozialen Ebene ganz zu schweigen – läßt sich nur mit einer aus allen Fugen geratenen Stadt im Wilden Westen vergleichen, in der zu allem Überfluß auch noch der Sheriff fehlt, weil er jüngst erschossen wurde. Zwar ist vorerst die Gefahr der *Telekratie* rechtspopulistischen Zuschnitts gebannt, die seit März '94 Italien für ein Jahr in Angst und Schrecken versetzte, doch niemand kann sagen für wie lange. Sie ist nämlich nur gebannt, weil Silvio Berlusconi als Politiker derzeit keine Zeit findet, dieses Projekt voranzutreiben, weil er als Unternehmer voll und ganz damit beschäftigt ist, seinen Medienkonzern aus dem Würgegriff der Justiz zu befreien. Gelingt ihm dies nicht, ist er auch als Politiker nur ein shooting-star gewesen, der am politischen Firmament das Schicksal einer Sternschnuppe teilte. Schafft er es, sich den Strafbehörden zu entziehen, dann ist eine veränderte Neuauflage der *Telekratie* mehr als nur eine Möglichkeit unter vielen Optionen. Pendelt sich alles – à la italiana – auf einem Niveau ein, das mehr dem Kalkül ausgehandelter, den Kräfteverhältnissen Rechnung tragender Machtpositionen denn rechtsstaatlichen Gesichtspunkten folgt, was das Wahrscheinlichste ist, so wird sich auf absehbare Zeit an den Wild-West-Zuständen in Italien nichts Wesentliches ändern. Schon aus diesem Grund lohnt es sich, einen Blick auf diese Verhältnisse zu werfen.

Als ein Beispiel mag die Volksbefragung vom Juni dienen. Obwohl sie schon ein paar Wochen zurückliegt, weist sie doch Charakteristika auf, die symptomatisch für die derzeitige Lage sind. Die ItalienerInnen hatten bei den zwölf ihnen vorliegenden Fragen so abgestimmt, wie man es von ihnen erwarten konnte. Im wesentlichen hatten sie sich mehrheitlich dafür entschieden, an den herrschenden Zuständen nichts zu ändern. Es war schon ein Wunder, daß überhaupt so viele BürgerInnen zur Urne gingen und ihnen nicht schon vorher der Kragen platzte. Gründe dafür hätte es genug gegeben, wie jene 43 Prozent der Stimmberechtigten zeigen, die den Wahllokalen fernblieben. Das Quorum wurde zwar trotzdem erreicht – nämlich jene fünfzig Prozent, die notwendig sind, um den Volksentscheid als gültig anerkennen zu können – doch die niedrigste Wahlbeteiligung der Nachkriegszeit weist deutlich darauf hin, wie tief der Graben zwischen

»dem Volk« und seinen politischen Repräsentanten inzwischen geworden ist.

Abgesehen davon, daß es schon an sich eine Zumutung war, über zwölf äußerst komplexe Probleme mit JA/NEIN abstimmen zu lassen, gab es außer irreführenden Werbespots auch nicht mal den Ansatz einer aufklärerischen Informationskampagne, die dem Wähler mit der Ausbreitung von Fakten bei der Entscheidungsfindung hätte helfen können. Zudem hatte das Verfassungsgericht Fragen zu Materien zugelassen (und nicht einmal der Himmel wird wissen, welche aberwitzigen Gedanken dabei durch die Köpfe der Richter gegangen sind), die untereinander genauso viel Gemeinsamkeiten aufweisen wie der Wüstensand der Sahara mit dem arktischen Packeis. Sie reichten von der Neuordnung der Ladenschlußzeiten und des Zwangsaufenthalts von Mafiosi über die der Entrichtung von Gewerkschaftsbeiträgen und des kommunalen Wahlrechts bis hin zur Neugestaltung der Unterbrecherwerbung bei Spielfilmen im Fernsehen und der Marktanteile im kommerziellen TV.

Ein Großteil der ItalienerInnen fühlte sich außerdem von den Politikern an der Nase herumgeführt, was auch die niedrige Wahlbeteiligung miterklärt. Sie sahen nicht ein, weshalb sie über etwas abstimmen sollten, das zu regeln in den Aufgaben- und Kompetenzbereich der Parlamentarier fiel und fällt. Die ihren Überlegungen innewohnende Logik ist so falsch nicht; denn – um nur beim Fernsehsektor zu bleiben – eine gesetzliche Neuregelung in diesem Bereich mußte und wird es sowieso geben. Dies war aufgrund eines Verfassungsurteils schon vorher klar – unabhängig davon, wie sich die Mehrheiten beim Volksentscheid verteilen würden. Hätten die Parlamentarier – so dachten viele – ihre Hausaufgaben gemacht und ein verfassungskonformes Gesetz verabschiedet, hätte der ganze Aufwand und ein weiterer geglückter Propagandacoup Berlusconis vermieden werden können. In der Tat!

Die Volksbefragung löste zwar viel Wirbel aus, aber keines der anstehenden Probleme. Im Gegenteil: Die Aufgaben sind nicht einfacher sondern komplizierter geworden. Noch ratloser als in den Monaten zuvor sitzen die Parlamentarier nach dem Votum wieder in ihren Kommissionen und grübeln darüber nach, wie die harten Nüsse wohl geknackt werden können. Die Gründe für ihre zum größten Teil selbst eingebrachten Schwierigkeiten liegen auf der Hand. Auf der einen Seite haben sich die BürgerInnen beim Volksentscheid dagegen entschieden, daß Berlusconis Fininvest nur noch über einen Sender sein Programm ausstrahlen darf. (Warum

sollten sie sich auch dafür aussprechen, solange ihnen keine verlockendere Alternative geboten würde? Aus welchem Grunde sollte die Hausfrau aus Latina dafür sein, wenn sie befürchten mußte, daß sie damit ihre seit Jahren vertraute, täglich ausgestrahlte brasilianische soap-opera oder die amerikanische Familien-Saga verlieren würde? Etwa aus ideologischen Gründen? Oder warum sollte der Tifoso aus Scalea dafür sein, wenn ihm dadurch drohte, zukünftig von den Europapokalspielen seines Lieblingsclubs ausgeschlossen zu sein? Etwa aus ordnungspolitischen Gründen? Daß ein Teil der Linken dies geglaubt hat, hat Berlusconi das Siegen beim TV-Referendum u. a. leicht gemacht.) Auf der anderen Seite stellt das Urteil des italienischen Verfassungsgerichts explizit auf das kommerzielle Fernsehen gerichtet fest, daß die Zustände in diesem Bereich und das diese Verhältnisse regelnde Gesetz verfassungswidrig sind. Konsequenz: Die Obersten Richter hatten dem Parlament aufgegeben, schnellstens eine verfassungskonforme Regelung zu finden und implizit von den Volksvertretern aller Couleur verlangt, der *Fininvest*-Holding die Flügel zu beschneiden und ihr Sender zu entziehen, um die Wettbewerbsordnung in diesem Sektor wieder herstellen zu können.

Nun ist guter Rat im italienischen Parlament wieder teuer. Wie aus der Zwickmühle herauskommen? Schon vorher hatte man sich auf keine gesetzliche Neuregelung einigen können, weil Berlusconi rechter Pol, der dieses potente Propagandainstrument so lange wie nur eben möglich nicht aus der Hand geben will, alle Ansätze dazu boykottiert hatte. Nach dem »Sieg« beim Volksentscheid nutzt der Medienzar seine Firmenpartei *Forza Italia* im Abgeordnetenhaus und Senat erst recht als verlängerten Arm seiner Unternehmensinteressen. Wenn eine Lösung kurzfristig oder auf absehbare Zeit bei den gegenwärtig herrschenden »Weimarer Zuständen« im Parlament nicht in Sicht ist, so kann dies jedoch nicht nur den Volksvertretern angelastet werden. Ein gerüttelt Maß an Verantwortlichkeit für diese scheinbar ausweglose Situation ist sowohl beim Ministerpräsidenten der »Interimsregierung« L. Dini wie beim Staatspräsidenten O. L. Scalfaro zu suchen und auch zu finden.

Seit der Medienunternehmer Silvio Berlusconi aus Mailand sich auch zum Chef der *Forza Italia*-Partei und zum Führer der Rechtskoalition im Parlament gekürt hatte, war jedem klar, daß in dieser Person ein Interessenkonflikt verkörpert wird, dem sich eine rechtsstaatlich verfaßte Demokratie gewachsen zeigen muß oder der sie zum Untergang führt. Staatspräsi-

dent Scalfaro oblag (und obliegt) es, aufgrund der ihm von der Verfassung zugeschriebenen Verantwortung darauf hinzuwirken, daß dieser Konflikt beigelegt wird. Diese Verantwortung war ihm wohl bewußt, schon als er im Mai vergangenen Jahres Berlusconi als Regierungschef vereidigte, obwohl (!) das Problem noch bestand. Öffentlich erklärte er sich deshalb damals gegenüber dem italienischen Volk persönlich zum Garanten einer Lösung. Was von dieser Garantie zu halten ist, haben die seitdem vergangenen fünfzehn Monate gezeigt: Außer Versprechungen ist nichts gewesen. Daß Scalfaro darüber sowie über An- und Abmahnungen nicht hinausgekommen ist, liegt auch daran, daß er nur bedingt frei handlungsfähig ist: Bestimmte Kräfte aus Berlusconis Koalition haben Geheimdienst dossiers in der Hand, mit denen sie den Staatspräsidenten zwar nicht beliebig erpressen können, die aber ausreichen, um ihn unter Druck zu setzen.

Mit dem Sturz Berlusconis Ende letzten Jahres als Ministerpräsident sollte alles anders werden. Die neue (Interims-)Regierung aus »Technikern« unter Dini wurde auf ein Vier-Punkte-Programm vereidigt und erhielt dafür das Vertrauen der Mehrheit des Parlaments seitens einer lockeren Mitte-Links-Koalition. Einer der vier Punkte dieses Regierungsprogramms betraf die gesetzliche Regelung des Interessenkonflikts und die (Wieder-)Herstellung der Chancengleichheit im politischen Wettbewerb. Inzwischen ist auch diese Regierung seit acht Monaten im Amt, ohne daß sich etwas geändert hätte – außer daß die Versprechungen von amtlicher Seite leiser geworden sind (sogar immer dann verstummen, wenn Berlusconi mal wieder Absichten über den Verkauf seines Medienkonzerns äußert) und sich die Verhältnisse in dramatischer Weise verschlechtert haben. Inzwischen beschränkt sich die *FININVEST* nicht mehr nur darauf, die Regeln zu mißachten, sondern brüstet sich sogar in aller Öffentlichkeit und vor laufenden Kameras mit der Verletzung gesetzlicher Normen als einem »Akt der Selbstverteidigung«. Doch selbst das reicht Berlusconi Medien-Holding und seiner Firmenpartei *FORZA ITALIA* nicht mehr aus; sie versucht – und kann dies in Italien inzwischen ungehindert tun, ohne daß ein Staats- oder Ministerpräsident eingreifen oder seine Stimme erheben würde – ihre tatsächlichen oder auch nur vermeintlichen politischen wie Meinungs-Gegner nach mafiosem Vorbild einfach mundtot zu machen. So wie beispielsweise beim letzten Volksentscheid: Vom 11. Mai bis zum 8. Juni (die letzten vier Wochen vor der Wahl) strahlte die *FININVEST* für ihr NEIN zur Neuordnung des

kommerziellen TV-Sektors 520 Werbespots mit einer Länge von 313 Minuten aus, den Anhängern des JA (zumeist finanziell arme Bürgerinitiativen) konzidierte sie gegen Bezahlung 42 Spots mit einer Gesamtlänge von 21 Minuten. Diese packte sie außerdem wie bei einem Sandwich zwischen zwei ihrer eigenen Spots und macht sie auf diese Weise in ihrer Aussage auch noch lächerlich. (Selbst im Rußland Stalins oder im Rumänien Ceaucescus ging man bei Wahlen mit der »Opposition« großzügiger um!) Doch wer als arme Bürgerinitiative auf ein tröstendes Wort (wenigstens das) über die verletzte Chancengleichheit seitens Staatspräsidenten Scalfaro oder Regierungschefs Dini gehofft hatte, sah sich bis heute enttäuscht.

Was im »Land, wo die Zitronen blühen« immer weniger zu spüren ist, ist vor allem auf politischer Ebene das Bewußtsein, daß das Prinzip der Chancengleichheit nicht nur der guten Sitten wegen oder aus Gründen des Anstands zum Grundpfeiler moderner Demokratien wurde. Immer mehr mutiert Italien zum Prototypen des »Desinfotainment-Staates«, also einem Staatsgebilde, in dem Desinformation im Verein oder in enger Symbiose mit Entertainment den Ton angibt – und dies wohlgemerkt nicht nur in Staat und Politik, sondern auch in der Gesellschaft selbst. Die Effekte werden immer sichtbarer, die Folgen einer solchen aus dem Hintergrund geleiteten sozialdarwinistischen Politik immer deutlicher, seit Berlusconi und die ihn stützenden gesellschaftspolitischen Kräfte – vom mafiosen Kapital bis zur »Raubritter«-Finanz-Exekutive wie -Legislative bestimmen bzw. massivst konditionieren.

Anders als die schönfärberischen Worte von Ministerpräsident Dini auf internationalem Parkett – ob in Cannes, Washington oder Brüssel – Glauben machen möchten, geht Italien nicht rosigen Zeiten entgegen und schnurstracks wieder ins Europäische Währungssystem hinein, sondern es sitzt auf einem Vulkan und ist nicht weit von einer Krise entfernt. Noch halten die verständnisvollsten und kooperationswilligsten Gewerkschaften der EU still. Sollten sie angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit, der sinkenden Reallöhne und der inzwischen wieder doppelt so hohen Inflationsrate (gegenüber dem EU-Durchschnitt der Kernländer) ihre beispielsweise wieder bei der Rentenreform gezeigte verantwortungsvoll auf das gesamtgesellschaftliche Wohl ausgerichtete Haltung aufgeben, wäre nicht nur der ohnehin prekäre soziale Frieden in Gefahr. Die Regierung Dini könnte dann ihr gesamtes mühsam in Gang gebrachtes Sanierungskonzept in den Papierkorb werfen. Welche Konsequenzen dies für

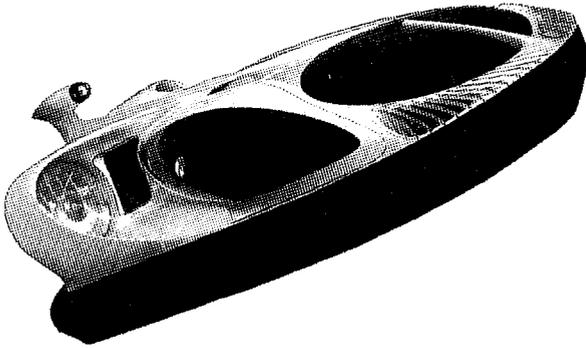
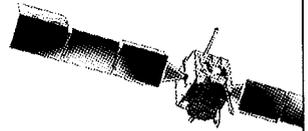
die Staatsverschuldung und die Haushaltsbilanz des Landes haben wird, brauchen sich die ItalienerInnen dann nicht mehr von Leuten wie Scalfaro, Dini, Berlusconi oder Agnelli erzählen zu lassen, sondern sie können es direkt an den purzelnden Aktienkursen der Mailänder Börse oder am freien Fall der Lira auf den internationalen Valutamärkten ablesen. Doch selbst wenn für ein paar Monate noch alles gut geht, d. h. es so weiter läuft wie bisher, wird die Schere zwischen *Kerneuropa* und der Apenninenhalbinsel nicht kleiner werden, sondern sich weiter vergrößern. Italien hat seit geraumer Zeit ökonomisch und technologisch den Anschluß verpaßt; nur daß es jetzt offenkundig wird. Das weiterhin herrschende Chaos in den staatlichen Institutionen, die »Weimarer Zustände« in der Parteienlandschaft, die inzwischen wieder mundtot gemachte und in ihrer Unabhängigkeit weitgehend einbalsamierte Justiz (für ein paar Jahre Hoffnungsträger, um aus dem Regime der »Parteiherrschaft« herauszufinden), all das stellt keine günstigen Bedingungen dar, um den Anschluß wieder herzustellen. Der nahezu trotzig immer wieder vorgebrachte Wunsch, noch in diesem Jahr ins EWS zurückzukehren, muß sich als Wunsch-Traum erweisen. Wie auch der Nobelpreisträger für Ökonomie Paul Samuelson richtig feststellte, ist Italien dazu gar nicht in der Lage; und wie er weiter nüchtern analysierte, ist Rom weiter entfernt von Maastricht oder Brüssel als von Mexiko City. Um den Kriterien des Währungssystems zu genügen, müßte dieses Land noch mehr ansprechend gestylte Schuhe und Kleider, Halbfertigprodukte und Zitrusfrüchte verkaufen. Denn sehr viel mehr hat es außer ein paar Autos und Büromaschinen inzwischen nicht mehr zu bieten, was es auf anderen z. B. ostasiatischen Märkten nicht billiger zu kaufen gäbe. Die wieder steigende Inflation zeigt nicht zuletzt, daß die *terms of trade* gegen dieses Land laufen.

Seit Berlusconis *desinfotainment-killer* das Symbol des Mailänder Antikorruptionspools »Saubere Hände«, den Staatsanwalt und »Sheriff« Antonio di Pietro zum Rücktritt gezwungen und symbolisch erschossen haben, feiern mafiose Zustände wieder fröhliche Urständ – wie weiland im Wilden Westen. Und man glaubt sich in einen alten John Ford-Film versetzt, in dem Schmierenkomödianten auf den Brettern des Saloons frenetisch applaudiert Shakespeare rezitieren, wenn man den Spielplan betrachtet, der auf den politischen Bühnen dieser Saison geboten wird. Mit wechselnden Besetzungen wird überall Shakespeares Erfolgskomödie aufgeführt: *Wie es Euch gefällt*.

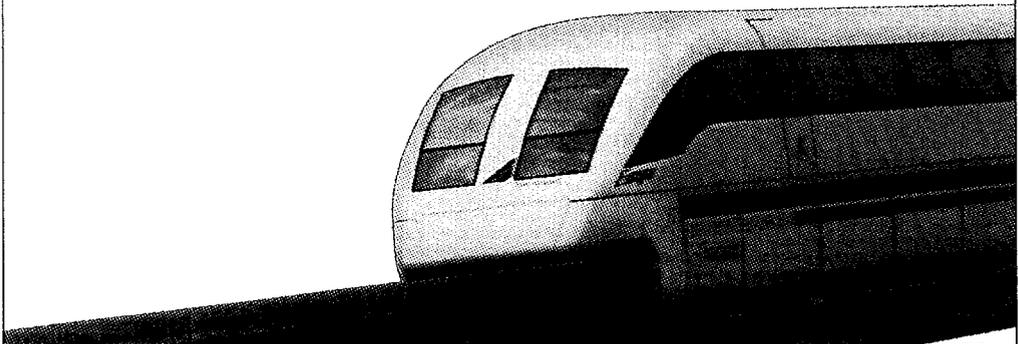


Rund 730.000.000.000 Kilowattstunden Strom haben wir unseren Kunden seit Ausgabe der ersten VEW-Aktie 1966 geliefert. So bringen wir die Zukunft in Bewegung.

EINE DYNAMISCHE LEISTUNG!



VEW



Thema: Weltmarkt

JOHANO STRASSER

Schicksal Weltmarkt?

Wer die Diskussion um den ›Standort Deutschland‹ in letzter Zeit aufmerksam verfolgt hat, dem wird nicht entgangen sein, daß auch die meisten Sozialdemokraten sich ihre konkreten Fortschrittsziele von einem als schicksalhaft begriffenen Weltmarktgeschehen diktieren lassen. Nur wenn die Wirtschaft floriert – so die landläufige Auffassung –, wenn wir erfolgreich sind auf den umkämpften globalen Märkten, gibt es etwas zu verteilen, lassen sich die teuren Sozialleistungen bezahlen, ist Geld da für den Umweltschutz. Aber die Wirtschaft findet nach einem tief sinnigen Wort des derzeitigen Wirtschaftsministers in der Wirtschaft statt, und die verlangt in aller Regel, um reüssieren zu können, daß zunächst soziale Leistungen abgebaut, Löhne gedrückt, Unternehmen und Besserverdienende steuerlich entlastet und Umweltschutzbelange hintangestellt werden. Um demnächst, irgendwann, in hoffentlich nicht allzu ferner Zukunft wieder sozialdemokratische Reformpolitik machen zu können, müssen Sozialdemokraten, so scheint es, zunächst nolens, volens das Gegenteil tun oder geschehen lassen.

Wir klammern uns an das ›Zunächst‹. Wir reden uns ein, daß bald die große Wohlstandsmaschine wieder funktioniert wie in den 50er und 60er Jahren, womöglich nicht nur bei uns, sondern auch in China, im Südpazifik, in Indien, Mexiko, Chile und anderswo, damit im großen Stil wahr werde, was ein zigarrenrauchender Linksradikaler in den Reihen der Union in den 50ern den Deutschen verhiß: *Wohlstand für alle*. Das wäre dann natürlich die Stunde der Sozialdemokratie; aus den Katakomben ihrer Grundsatzprogrammatische erstünde sie neu, verschlankt, aber kraftstrotzend und forderte alle die guten Dinge ein, für die sie seit eh und je eingetreten ist: Frei-

heit und gesellschaftliche Gleichheit, gerechte Verteilung von Einkommen, Besitz, Macht und Wissen, soziale Demokratie, sogar der Schwarzafrikaner und der Straßenkinder in den Großstädten Lateinamerikas würden wir uns dann annehmen, vielleicht würden wir sogar die Kultur wiederentdecken, wenn es da nach dem hundertsten oder zweihundertsten Kabel-, Satelliten-, Spartenprogramm viel wiederzuentdecken gibt.

Wer sich anschickt, den Tiger zu reiten, hat einen großen Bedarf an tröstlichen Legenden. Die von der Wiederkehr der alten Wachstumsherrlichkeit durch die Beseitigung aller Handelshemmnisse ist zur Zeit die gängigste. Was aber passiert wirklich? Bei dem Versuch, auf einem sperrangelweit offenen, unregulierten Weltmarkt, in radikalierter Konkurrenz mit anderen hochentwickelten Industrieregionen einerseits und mit Billiglohnländern andererseits erfolgreich zu sein, muß in immer schnellerem Tempo rationalisiert werden, werden die Unternehmen immer mehr Produkte und Dienstleistungen dort erstellen lassen, wo die Löhne ein Fünftel, ein Zehntel, ein Zwanzigstel der hiesigen Löhne ausmachen, wo es keinen Sozialstaat und deshalb auch keine Sozialabgaben gibt, wo Arbeiter zehn Stunden oder mehr am Tag unter den miesesten Bedingungen arbeiten, wo Gewerkschaften und Umweltschutzaufgaben fehlen. Da mögen wir noch so imposante Wachstumsraten erzielen, daß die Arbeitslosigkeit auf diese Weise wesentlich verringert, gar beseitigt werden könnte, ist höchst unwahrscheinlich, die Demontage des Sozialstaats dagegen fast unausweichlich. Da jede der immer schneller aufeinander folgenden Eskalationsstufen ökonomischer Innovation mehr, sehr viel mehr Kapital verschlingt als die vorherige, bleibt immer weniger zum Verteilen an

die Bedürftigen übrig. Die Staatsquote wird vermutlich nicht sinken, die ›Verschlankung des Staates‹ weitgehend Rhetorik bleiben. Aber das Leistungsprofil des Staates wird sich weiter ändern: mehr Wirtschaftsförderung, weniger Sozialstaat. Jeder Arbeitsplatz im Transrapid-Projekt wird den Steuerzahler 750 000 DM kosten. Beim 64-Megabyte-Chip, beim europäischen Großraumflugzeug und erst recht beim bemannten Raumflug wird der Steuerzahler noch schamloser zur Kasse gebeten werden.

Natürlich werden auch bei uns einige Bevölkerungsgruppen von einer solchen Entwicklung profitieren. Jene Arbeitnehmergruppen, die Robert Reich (*Die neue Weltwirtschaft*, Frankfurt/Berlin 1993) ›Symbolanalytiker‹ nennt (also Manager, Banker, Makler, Rechtsanwälte, Wissenschaftler, Organisationsfachleute, Marketingspezialisten, Stars der Unterhaltungsindustrie etc.), gehören aller Voraussicht nach dazu. In dem Prozeß, weg von der nationalen Industrie mit ihrer standardisierten Massenproduktion, hin zur globalisierten Qualitätsproduktion, werden alle jene, die selbständig Probleme oder Bedarfe analysieren und dafür Lösungen erarbeiten, vermutlich ihre Einkommen weiter steigern können. Weniger erfreulich sieht es in anderen Produktionsbereichen aus. Während die ›Symbolanalytiker‹ in den letzten 30 Jahren in den USA ihre Einkommen ständig steigern konnten, sanken diese bei den ›routinemäßigen Produktionsdiensten‹ und bei den ›kundenbezogenen Diensten‹ ständig weiter ab. Allem Anschein nach setzt sich dieser Trend in den USA und auch in Europa fort, d. h. die in der Routineproduktion Beschäftigten geraten immer mehr unter den Konkurrenzdruck der Billiglohnländer und die kundenbezogenen Dienstleister immer stärker unter den Konkurrenzdruck der erwerbslos gewordenen Routineproduzenten und der zugewanderten Arbeitssuchenden. Horst Afheldt sieht angesichts des weltweit unbegrenzten Angebots an spottbilliger Arbeitskraft im Routinesektor für den traditionellen Sozialstaat in Europa kaum noch Chancen.

In der Tat gibt es auch bei uns erste untrügliche Anzeichen für jenen Prozeß der Spaltung der Gesellschaft, den Reich mit dem Begriff der ›Sezession‹ der Besserverdienenden beschreibt: die einkommensmäßig privilegierten ›Symbolanalytiker‹ separieren sich zunehmend von der Gesamtgesellschaft, lehnen sich immer deutlicher gegen die Solidaritätszumutungen zugunsten derjenigen auf, die auf öffentliche Infrastrukturen, ein modernen Ansprüchen gewachsenes öffentliches Bildungswesen und sozialstaatliche Leistungen angewiesen sind. Kranke und Invalide, Arme und Alte, Erwerbslose und kinderreiche Familien werden von immer mehr jungen Erfolgreichen bloß noch als Ballast angesehen. Der Sozialstaat Deutschland auf dem Weg zum Standort Deutschland, einer Operationsbasis für fitte, junge Singles des oberen Einkommensdrittels?

Schon bilden sich auch in unseren Großstädten Armutsettos heraus, und zwar oft in unmittelbarer Nachbarschaft luxuriös sanierter Edelquartiere und einer aufwendig zur urbanen Erlebniswelt gestalteten City. Seit Jahren nimmt die Kluft zwischen Arm und Reich und damit die Spaltung der Gesellschaft zu. Zur Zeit sieht es so aus, als könnte auch bei uns eintreten, was in den USA schon in vollem Gange ist, nämlich die Verelendung größerer Areale vor allem in den Großstädten, die Verwahrlosung eines großen Teils der öffentlichen Infrastruktur, die Aushöhlung des Sozialstaats, das Überhandnehmen der Kriminalität und die faktische Außerkraftsetzung des öffentlichen Gewaltmonopols in Teilen des Landes. Vieles spricht dafür, daß bei praktisch unbeschränkter Mobilität von Geld, Kapital, Gütern und Informationen (Wissen) auch die relativ erfolgreichen Industrienationen auf die Dauer die Sozialstrukturen der ›Dritten Welt‹ importieren.

Ein Sozialstaat, wie er sich in Europa in nunmehr hundertjähriger Entwicklung herausgebildet hat, scheint unter den Bedingungen des globalisierten Kapitalismus zum Absterben verurteilt zu sein. Da aber, zumindest in Europa, der

Sozialstaat die heimliche Geschäftsgrundlage der Demokratie darstellt, besteht die Gefahr, daß auch die stolze europäische Demokratie in den Turbulenzen unregulierter globaler Märkte untergeht. Henning Voscherau, der am Beispiel der Großstadt Hamburg diese Entwicklung analysiert, kommt zu dem Schluß: »Die wirkliche Gefahr für unsere Demokratie liegt in der Kluft zwischen ›Gewinnern‹ und ›Verlierern‹ und in allen Maßnahmen, aber auch Unterlassungen, die diese Kluft noch vergrößern.« (Carlson/Unger, *Highland Park*, oder: *Die Zukunft der Stadt*, Berlin 1994)

»Wirtschaften hat dem Gemeinwohl zu dienen«, heißt es im Grundsatzprogramm der Sozialdemokratie. Ein Satz, an dem sich sensiblere Zeitgenossen die Seele wärmen mögen. Was wir aber zur Zeit tatsächlich erleben, ist, daß die Wirtschaft immer mehr zum Selbstzweck wird. Wir müssen Opfer bringen, damit die Wirtschaft floriert, wir müssen womöglich die Zerstörung der Sozialstrukturen in Kauf nehmen, damit die Wirtschaft floriert, wir müssen zulassen, daß wir uns immer schneller dem ökologischen Kollaps nähern, weil die Wirtschaft, um wachsen und gedeihen zu können, die letzten Winkel der Erde erschließt, immer Rohstoffe und Energie verschlingt, immer mehr Müll erzeugt, immer mehr Gifte freisetzt, immer nachhaltiger die natürlichen Kreisläufe zerstört. Die Wirtschaft, sagt unser geistreicher Wirtschaftsminister, findet in der Wirtschaft statt. Aber die gnadenlosen Folgen einer amoklaufenden Ökonomie, die müssen alle tragen.

Robert Reich beschreibt sehr genau, welche Folgen die Globalisierung der Ökonomie für die hochentwickelten Industrieländer hat. Aber er hält die Globalisierung für unvermeidlich und wohl auch im ganzen für wünschenswert. Daß die Entwicklung und Verwestlichung immer neuer Regionen, vor allem in Asien, in absehbarer Zeit in eine ökologische Katastrophe führen muß, wenn nicht in Europa, Japan und Nordamerika ein Kurswechsel erfolgt, diskutiert er nicht, ebensowenig, welche Möglichkeiten es

gäbe, die weltweite ökonomische Expansion zu regulieren und zu begrenzen. Ihn interessiert allein – und das macht ihn im politischen Spektrum der USA schon zu einem Linken –, wie hochindustrialisierte Länder wie die USA unter den neuen Bedingungen einer globalisierten Ökonomie ausreichend Beschäftigungsmöglichkeiten für ihre Menschen und damit einen gesicherten Wohlstand für die große Mehrheit garantieren können. Seine Lösung lautet, etwas vereinfacht, so: Durch eine breite Bildungsoffensive möglichst viele Menschen für die zukunftssträchtigen symbolanalytischen Aufgaben zu qualifizieren, so daß auch die Inlandsnachfrage nach kundenbezogenen Diensten steigt und die in diesem Sektor Beschäftigten höhere Einkommen erzielen können.

Diese Strategie ist auf den ersten Blick vernünftig und realistisch. Viele sozialdemokratische Modernisierer scheinen auch für Deutschland etwas ähnliches im Auge zu haben. Aber bei genauerem Hinschauen wachsen die Zweifel, ob die Reichsche Strategie so einfach auf Europa übertragbar ist. Schon heute sind in den symbolanalytischen Arbeitsfeldern besonders viele Amerikaner beschäftigt. Es spricht wenig dafür, daß sich der Bedarf an diesen Tätigkeiten so extrem ausweiten läßt, daß für alle hochentwickelten Industrieländer hier ein schnell expandierender Arbeitsmarkt entstände, der die Verluste im Bereich der routinemäßigen Produktionsdienste durch Automation und Billiglohnkonkurrenz ausgleichen kann. Gewinnen könnten die Deutschen oder die Europäer insgesamt nur bei diesem Nullsummenspiel, wenn die Amerikaner und die Japaner verören. Und um im Dreikampf der avanciertesten Industrieregionen zu triumphieren, müßten sie genau das zunächst opfern, was als Siegesprämie in Aussicht gestellt wird.

Das Dilemma bleibt also bestehen. Der unregulierte offene Weltmarkt ist nach allem, was wir absehen können, ein ruinöses System. Wer die politische Gestaltungsfähigkeit zurückgewinnen will, der muß sich auch für eine Regulierung



Eröffnung einer Parfümerie im westukrainischen Lemberg

Foto: JOKER

der Weltwirtschaft einsetzen. Horst Afheldt hat recht, wenn er darauf hinweist, daß politische Gestaltung im Sinne sozialer und ökologischer Daseinsicherung nur dann effektiv betrieben werden kann, wenn der freie Markt nicht weiter reicht als die Möglichkeit folgenreicher politischer Rahmensetzung. Wenn wir in Europa verhindern wollen, daß Sozialstaat und Demokratie aufgrund der umwälzenden Dynamik des Weltmarktes mehr und mehr erodieren, dann müssen wir alles tun, um zu weltweit bindenden Regeln für den Geld-, Kapital- und Warenverkehr zu kommen, dann müssen wir soziale und ökologische Mindeststandards weltweit durchsetzen und eine Verteuerung der Ferntransporte erreichen.

Nun mag es durchaus richtig sein, daß so, wie die Integration Europas zur Zeit abläuft, dies eher zu einer Verallgemeinerung monetaristischer Politik denn zu effektiven Gegenmaßnahmen zum Schutz des Sozialstaats führt. Dennoch bleibt es richtig, daß verlässliche Regeln auf dem Weltmarkt sicher eher durchge-

setzt werden können, wenn die Europäer das ganze Gewicht ihres Wirtschaftsraums in die Waagschale werfen. Die politische Trumpfkarte ist dabei die Größe und Attraktivität des europäischen Marktes. Europa ist der größte und interessanteste Markt, auf ihn drängen die Anbieter aus aller Welt, für den Zugang zu ihm können wir, wenn wir es wollen, einen Preis verlangen, und dieser Preis sollte in einer intelligenten Regulierung des Weltmarktes bestehen. Der Weg zu der seit langem geforderten und angekündigten »neuen Weltordnung« führt absehbar über die Bildung politisch handlungsfähiger Großregionen.

Regionalisierung der Weltwirtschaft hat freilich nichts mit Abschottung zu tun. Die von Edward N. Luttwak aufgebaute Alternative von uneingeschränktem freiem Welthandel oder Weltwirtschaftskrieg (*Weltwirtschaftskrieg. Export als Waffe – aus Partnern werden Gegner*, Reinbek 1994) ist in vieler Hinsicht falsch. Weder die eine noch die andere Option kann für uns Europäer in Frage kommen, wenn wir Frieden, Demokratie

und Sozialstaatlichkeit erhalten wollen. Was wir brauchen, sind koordinierte Bemühungen, um die Chancen der politischen Rahmensetzung und die Reichweite des Marktes wieder zur Deckung zu bringen. Eine neue Weltwirtschaftsordnung wird zur Bedingung für die »Revalorisierung des Politischen« (Gilbert Ziebura).

Nur wenn wir auf diesem Weg ein Stück vorankommen, kann auch wieder von einer echten Reformpolitik die Rede sein. Nicht im nationalen Alleingang, wohl aber abgestimmt in einem sich politisch integrierenden Europa. Wenn die Sozialdemokratie Reformpartei im Sinne ihres Grundsatzprogramms bleiben will, muß sie auf Europa setzen; nur in enger europäischer Zusammenarbeit kann die Gestaltungsfähigkeit zurückgewonnen, können Demokratie und Sozialstaat gesichert werden. Und nur wenn es gelingt, verlässliche Regeln in der Weltwirtschaft durchzusetzen, kann der Weg zu einem demokratischen, sozialstaatlichen und auf »dauerhafte Entwicklung« angelegten Europa mit Erfolg beschritten werden. Nur eine komplexe Strategie, die weder den Freihandelsillusionen aufsitzt, noch sich von Abschottungsphantasien verlocken läßt, kann auf die Dauer erfolgreich sein. Die Chancen für eine Einigung auf eine solche Strategie wachsen in dem Maße, in dem die Luftschlösser der Marktradikalisten ihre Faszination einbüßen. Sie sind durch den Beitritt von Österreich, Schweden und Finnland, drei Ländern mit sozialstaatlicher Tradition, zur EU sicher größer geworden. Und wenn in Großbritannien Tony Blair mit der LABOUR PARTY die nächsten Wahlen gewinnen sollte, wofür zur Zeit vieles spricht, würden sie weiter wachsen.

Eine europäische Strategie muß keineswegs bedeuten, daß sie sich um den Rest der Welt nur noch dann kümmert, wenn die Gefahr besteht, daß Entwicklungen dort sich in Europa negativ auswirkten. Auch wenn es darum geht, in außereuropäischen Regionen effektiver Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten, ist die Koordinierung der Anstrengungen auf der Ebene der EU von Vorteil. Allerdings:

Das Beste, was wir für die wenig entwickelten Regionen der Welt tun können – und das ist mehr wert als alle Entwicklungshilfe –, ist, unser eigenes Entwicklungsmodell zu ändern. Denn wir sind die Umweltzerstörer Nr. 1, wir vor allem sind es, die wertvolle Rohstoffe und Energie verschwenden und damit das Kapital aufzehren, von dem künftige Generationen leben müssen.

Daß die hier vorgetragene strategische Option mit vielen Unwägbarkeiten, Schwierigkeiten und Gefahren behaftet ist, soll nicht geleugnet werden. Es ist ja gar nicht zu übersehen, wie schwer sich die Mitgliedsländer der EU tun, wenn es darum geht, sich auf einige wenige Kernpunkte der Politik zu einigen. Aber Schwierigkeiten sind kein Grund zurückzuweichen, wenn alle denkbaren Alternativen noch weniger erfolgversprechend sind. Wenn die Europäer den unregulierten Weltmarkt als Schicksal hinnehmen, wenn sie in blindem Heroismus darauf bestehen, jeder müsse sich auf seinem eigenen Surfbrett in den Turbulenzen unregulierter globaler Märkte behaupten, dann geraten sie unweigerlich auf jene Abwärtsspirale, an deren Ende nicht nur der Zusammenbruch der Sozialstaatlichkeit, sondern auch der Verfall der Demokratie steht.

WILHELM HANKEL

Ist der globale Kapitalverkehr regelbar?

Die Weltfinanzmärkte, die freiesten, größten und beweglichsten, die es je gab, haben keine gute Presse. Für was alles macht man sie nicht verantwortlich: das Schuldendebakel der Dritten und demnächst auch noch Zweiten postkommunistischen Welt, das Wechselkurschaos, die Währungsturbulenzen und den heimlichen, mit monetärer Munition ge-

führten Handelskrieg der großen Exportnationen: USA, Japan, Deutschland, EU.

Explosion der Finanzmärkte

Dabei waren diese Märkte bei ihrer Geburt, aus Zusammenbruch des *Bretton Woods*-Systems und erstem und gefährlichstem Ölchock im Schicksalsjahr 1973, hochgepriesen. Sie retteten den Norden wie den Süden aus drohender Zahlungskrise durch ihr »Petro-Dollar-Recycling« und galten daher selbst unter Fachleuten als »die größte banktechnische Innovation des Jahrhunderts« (Wilfried Guth).

Wie an Wallensteins Charakter, scheiden sich an der Globalisierung des Geld-, Kredit- und Kapitalverkehrs die Geister. Doch so unklar wie die Befunde, so klar wiederum ist der Voreingenommenheitsgrad der »Analysen« oder das, was sich dafür hält. Eingefleischte Rechte, die im Markt einen Wert an sich sehen, werten die von den Welt-Kapitalmärkten ausgehenden oder transportierten Krisen als Strafe für falsche (natürlich linke) Politik. Eingefleischte Linke wiederum, die der Marktwirtschaft lediglich die Verfestigung von Besitzständen und Privilegien zutrauen, werten dieselben Krisen als Bestätigung ihres a priori vermuteten Marktversagens. Keine der beiden Fronten (oder Kirchen) bemerkt im Eifer des rhetorischen Gefechts, daß sie sich in nichts vom Gegner unterscheidet – außer im Vorzeichen. Man konstruiert sich ein Feindbild von marktwidriger Politik bis zu Marktversagen, das leider mit der Sache selbst – den Märkten, ihren Funktionen und Reaktionen – nicht das mindeste zu tun hat.

I.

Die Explosion des Welt-Kapitalverkehrs – des sowohl zwischenstaatlichen wie intermonetären – in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat zwei zumindest gedanklich voneinander trennbare Ursachen. Die eine ist das technisch Mögliche.

So wie die Revolution der Transport-



John Maynard Keynes, 1883–1946 Foto: AKG, Berlin

mittel mit ihrer enormen Verbilligung des Massenverkehrs die gewaltige Zunahme des Welt-Güterverkehrs im vorigen Jahrhundert ermöglichte – der Welt-handel ist seitdem nicht mehr auf einige Pretiosen, wie Edelmetalle oder Gewürze beschränkt –, zog die Revolution der Kommunikationsmittel – ein Durchbruch, den erst das 20. Jahrhundert brachte – die Ausweitung des Welt-Kapitalverkehrs nach sich. Erst seit aus der umständlichen, per Post zu verschickenden Überweisung der mit elektronischer Lichtgeschwindigkeit ausführbare swirt- und *On-Line*-Auftrag der Gegenwart geworden ist, kann man ganz real tagtäglich Billionen-Dollar-Summen rund um die Uhr und den Globus jagen: Erst jetzt ist der weltweite 24-Stunden-Service der Finanzinstitute global möglich und technisch machbar.

Aber ob das Mögliche und Machbare auch genutzt wird, ist eine andere Frage. Deswegen machen wir als zweiten Grund für das gewaltige Anschwellen des zwischenstaatlichen und intermonetären

Kapitalverkehrs – weit über jeden in der Güterfinanzierung erkennbaren Bedarf hinaus – eine Eskalation der Geldvermögensrisiken in immer mehr Ländern und nationalen Geldsystemen aus. Wenn ein Russe oder Mexikaner sein soeben ausgezahltes Geldeinkommen nicht sofort zu 100 Prozent ausgeben will oder kann, dann muß er es irgendwie sicher anlegen: zeitlich absichern.

Also tauscht er sein nationales Geld in ein wesentlich sichereres fremdes, sagen wir us-Dollar. Und schon haben wir eine internationale Kapitaltransaktion, die einen Bruchteil der alltäglichen Billion von us-Dollarumsätzen sowohl ausmacht wie erklärt.

Rußland und Mexiko sind nur zwei, wenn auch aktuelle Beispiele für die neue Form und Funktion des Welt-Kapitalverkehrs. Er finanziert und transportiert nicht mehr nur – wie vorwiegend im 19. Jahrhundert – reale Güter und Dienstleistungen (*tradables*). Er sichert ab vor monetären Risiken, die es heute in den meisten Ländern dieser Erde sowohl unkalkulierbar wie zuhauf gibt. Von den rund 190 derzeit beim Internationalen Währungsfonds (IWF) akkreditierten Währungen sind 185 mehr oder minder inflatorisch ausgezehrt und gefährdet; ergo flieht immer mehr Privatersparnis von Reich wie Arm aus den bedrohten Schwachwährungen in die fünf starken: us-Dollar, Japan-Yen, DM, Schweizer Franken, Holland-Gulden oder bildet *stotes Kapital* in Form von Sachwerten: Immobilien, Schmuck, Antiquitäten, Bazarwaren oder in ländlichen Regionen überdimensionierte Tier- und Vorratshaltung.

Dieser vergleichsweise simple, aber realistische Befund erklärt nicht nur die phantastische Aufblähung des Welt-Kapitalverkehrsvolumens, sondern auch seine Konzentration auf einige wenige, miteinander konkurrierende Hartwährungen ebenso wie die Tatsache, daß zwar der us-Dollar im engeren Kreis der mit ihm konkurrierenden Hartwährungen *»weich«* ist, dagegen gegenüber der Masse der Schwachwährungen *superhart«*.

II.

Aber Währungsrisiken gibt es nicht nur in Dritter und Zweiter Welt. Auch in der industriell und weltwirtschaftlich führenden Ersten Welt spielen diese Risiken eine zunehmend gravierendere Rolle. Wer immer als Exporteur fremdes Geld einnimmt oder als Importeur in fremdem Gelde zahlen muß, kann gar nicht umhin, seine jeweils offenen Positionen, d. h. Forderungen wie Schulden abzusichern. Wie? Indem er Gegen- und Termingeschäfte macht. Er muß seine Zukunftsrisiken kalkulierbar machen, indem er Terminkontrakte abschließt.

Wie es denn mehr enthüllt als nur ha-nebüchchenen Unsinn, wenn Politiker von Rang die Funktion der Finanz- und Terminmärkte als *»Raubtierkapitalismus«* und Auswuchs einer verantwortungslosen *»Monacomentalität«* (*Helmut Schmidt*) perhorreszieren.

Wer nicht zwischen Brandstifter und Feuerversicherung unterscheiden kann, neigt auch als Politiker dazu, es den Regierten übelzunehmen, wenn sie die Zehche einer verfehlten Politik nicht bezahlen wollen. Er verwechselt Selbstschutz mit Zechprellerei.

Es ist also nicht so, daß die expandierenden Terminmärkte mit ihrer immer bunteren Palette von Produkten (*Optionen, Warrants, Futures* etc.) für eine neue Lust und Leidenschaft am Spekulieren stünden. Sie sind ein von der Wirtschaft selbst geschaffenes Instrument der Risikoversicherung, freilich eines, das lediglich das einzelwirtschaftliche Risiko ausräumt, nicht das volks- oder gesamtwirtschaftliche, das darin besteht, daß gerade die Terminmärkte weit mehr sind als lediglich ein *»Zinsbarometer«*. Sie sind schon dank ihres Volumens und ihrer weltweiten Verbreitung und Ausstrahlung längst zum *»Wettermacher«* an den globalen Geld-, Kredit- und Kapitalmärkten geworden – in Konkurrenz zu den Zentralbanken, die sich bei ihrer Zins- und Wechselkurspolitik nicht nur dem Votum dieser Märkte stellen, sondern zunehmend sogar beugen müssen.

III.

Wir kommen also zu dem Fazit, daß das mit ebenso viel Argwohn wie Unverständnis registrierte ›Auseinanderleben von Real- und Finanzentwicklung‹ – ganz gewiß ein signifikantes Merkmal der letzten 20 Jahre und insofern nicht zufällig eine Folge der 1973 nicht zuletzt unter aktiver deutscher Beteiligung vorgenommenen Sprengung des Welt-Währungssystems von *Bretton Woods* – ganz und gar rationale Gründe und Hintergründe hat: die neuen Kommunikationstechniken und Transfermechanismen, vor allem aber die Eskalation der Währungsrisiken.

Historisch ist dazu zweierlei anzumerken. Derartige Vorsprünge und Überhänge der Finanzdynamik vor der Expansion der Realentwicklung hat es auch in früheren Jahrhunderten gegeben. Fernand Braudel hat nicht den geringsten Zweifel. Er zitiert im dritten Band seiner ›Sozialgeschichte‹ einen Besucher der City of London im Jahre 1811, der feststellt: »40 Londoner Kassenverwalter regeln fast sämtliche Zahlungsgeschäfte und Transaktionen des Königreichs untereinander ... (und) häufig (genügt) eine Note von 1000 Louis, um einen Umlauf von mehreren Millionen zu regeln.« Um danach selber fortzufahren: »Welch großartige Erfindung! Indessen haben die Beobachter des 16. oder 17. Jahrhunderts die Mechanismen der traditionellen Messen zu Lyon oder Besançon-Piacenza mit nahezu den gleichen Begriffen beschrieben!« Und: Braudel widerlegt Rudolf Hilferding, der den alles beherrschenden Finanzkapitalismus für ein Novum hält. Vielmehr, so Braudel, sei er »etwas Altes, (weswegen) der Finanzkapitalismus nicht erst um 1900 in Erscheinung tritt«.

Umgekehrt wundert sich J. M. Keynes im Rückblick auf das 19. Jahrhundert, mit wie wenig internationalem Kapitalverkehrsaufkommen und -volumen die damalige Expansion der Weltwirtschaft finanziert worden sei. Die Auflösung des Rätsels fällt nicht schwer. Die Zeiten, die Braudel im Auge hat, sind

solche von großer Währungsunsicherheit: Zur Zeit der Napoleonischen Kriege (um 1811) war der britische Goldstandard suspendiert; das 16. wie das 17. Jahrhundert waren Zeiten exzessiver Inflation und wiederholter Staatsbankrotte (u. a. Spaniens) und Währungsstürze (u. a. des Holland-Guldens). Wer immer Geldvermögen besaß oder zu verwalten hatte, mußte sich absichern: wie heute über Gegengeschäfte (Schuldaufnahme), Kreditverkleinerung und -laufzeitenverkürzung (rascheren Kreditumschlag, konsortiales Zusammengehen), Terminkontrakte, was stets im selben ausmündete: einem Überhang der Kreditausleihungen und -umsätze über dem realen Geschäft.

Umgekehrt attestiert Keynes dem monetär stabilsten aller Jahrhunderte, dem 19. – es war dem britisch geführten Goldstandard zu verdanken, der von 1819 (der Rückkehr des Pfundes zur Golddeckung) bis 1914 (der kriegsbedingten Entgoldung aller ihm angeschlossenen Währungen) währte –, ein fast völliges Gleichgewicht zwischen Finanz- und Realentwicklung, der geld- und güterseitigen Expansion in der Weltwirtschaft.

Der daraus zu ziehende analytische Schluß liegt auf der Hand. Wenn die Währungsrisiken weltweit gering bleiben oder, wie im Goldstandard des 19. Jahrhunderts, gar gegen Null tendieren – denn jede Währung war damals nur ein nationaler Name für ein bestimmtes Quantum Gold, dessen Preis selber feststand, dank der Pfund-Preisgarantie der Bank von England –, gibt es mangels Spekulationsmasse und -motiven auch keine Veranlassung für eine ungleichgewichtige Entwicklung von weltwirtschaftlicher Geld- und Güterseite. Die Dinge bleiben im Lot, denn der Welt-Kapitalmarkt finanziert im wesentlichen Investitionen und transportiert reale Güter und Dienste. Ein Mechanismus zum Freizeichnen von unerwünschten und unkalulierbaren Risiken wird nicht gebraucht. Oder noch simpler: Da das Währungsrisiko bei festen und stabilen Wechselkursen allenfalls in der dritten oder

vierten Stelle *nach* dem Komma besteht, lohnen sich weder Deckungsgeschäfte noch großangelegte Spekulationen – wobei der Spekulant (auch das muß gesehen werden) als Gegenfigur zum Kurssicherer auftritt, also gebraucht wird, um das Kursrisiko der anderen zu übernehmen.

Tritt dagegen das Währungsrisiko – wie derzeit – sogar in der ersten Stelle *vor* dem Komma auf, dann muß kursgesichert und demzufolge auch spekuliert werden!

Fazit also: Wer geregelte, berechenbare und von Spekulationen weitgehend freie Welt-Finanz- und -Kapitalmärkte will, muß sich konsequenterweise Gedanken über das Währungsrisiko machen. Internationale Geld- und Kapitalmarktordnung sind eben nicht zu trennen!

Der Zusammenhang von Währungs- und Kapitalmarktregime

Es geht also gar nicht um die Frage Regelung der Welt-Kapitalmärkte, sondern der Neuordnung des Welt-Währungssystems. Man kann den Zusammenhang auch anders formulieren: Erst die als bessere Form für ein Währungssystem (à la *Bretton Woods* oder andere) vorgeschlagene und dann auch praktizierte Doktrin des Währungswettbewerbs bei freien, marktbewerteten Wechselkursen hat das Problem der Kapitalmarkthypertrophien und -verzerrungen geschaffen. Auch das läßt sich sowohl historisch wie analytisch aufzeigen. Wie die Jahresstatistiken der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) ausweisen, hielten sich Kreditaußenstände und -verpflichtungen der sog. Euro-Dollar-Märkte bis 1973 in der Größenordnung von rund 100 Mrd. us-Dollar, eine für die damalige Zeit beachtliche Größenordnung. Nach 1973 – nach Aufkündigung des *Bretton-Woods*-Systems und anschließender erster Ölpreis-Eskalation (OPEC I) – weiteten sich Jahr für Jahr in rascher Folge sowohl Kreditsummen wie -umsätze aus, maßgeblich »gefördert« durch das ölpreisbedingte Leistungsbilanzdefizit fast aller Nicht-OPEC (NOPEC)-

Staaten in Erster wie Dritter Welt. Bereits 10 Jahre später, 1982/83, zur Zeit der Mexiko-Krise I, betrugen die ausstehenden Kreditforderungen und -verpflichtungen über 1200 Mrd. us-Dollar für die Dritte Welt und über 1500 Mrd. us-Dollar für Dritte und Erste Welt zusammen; sie hatten sich in 10 Jahren verfünffzehnfacht!

Was hat diese Welt-Kreditexpansion oder -inflation mit dem nach *Bretton Woods* etablierten Regime flexibler Wechselkurse zu tun? Das neue Regime erlaubte nicht nur den Zentralbanken, sich jeder Intervention an den Welt-Finanzmärkten zwecks Stabilisierung der Wechselkurse zu enthalten; die Intervention war aus der Logik des Systems heraus verboten.

Indes, es hätte dieses Verbotes auch gar nicht bedurft, denn den meisten Zentralbanken fehlte nach dem ersten, ölpreisbedingten Leistungsbilanzdefizit das dafür erforderliche Reservepotential. Es fehlte also die erforderliche Munition, um ein Abgleiten der Wechselkurse zu verhindern.

Im neuen Regime der marktbewerteten Währungen und Wechselkurse blieben für alle Beteiligten nur noch zwei Optionen für den Ausgleich von Leistungsbilanzdefiziten offen: Entweder man finanzierte sie mit Kredit und verschuldete sich, oder man ließ den Wechselkurs der Währung (ab)gleiten oder kombinierte das eine mit dem anderen. Im Klartext aber hieß das, daß im neuen Regime kein Land mehr zu Währungsdisziplin und Leistungsbilanzausgleich verpflichtet war. Man importierte Öl und alles andere noch dazu und ließ die Schulden einfach »anschreiben« – nicht beim Kaufmann, sondern bei der international banking community, die dazu bereit war, weil sie ja gute Kreditgeschäfte machte, wie sie zunächst glaubte! Man hatte das Welt-Währungssystem durch eine weltweite Konsumenten-Kreditmaschine ersetzt!

Es entbehrt nicht der Ironie, daß dieser Exzeß in internationaler Kreditinflation ausgerechnet von jenen vorbereitet, durchgesetzt und dann mit größter

Selbstverständlichkeit praktiziert wurde, die am kompromißlosesten für Geldwertstabilität plädierten: Neoklassiker, Monetaristen, Zentralbanken. Welch monströser Geldillusion man aufsaß, wird sofort deutlich, wenn man – gedanklich – die Gegenposition durchspielte. Angenommen, der Ölshock hätte sich bei noch intaktem *Bretton Woods*-System ereignet. Kein Land hätte sein neu aufgerissenes Leistungsbilanzdefizit anders finanzieren können als entweder über den Einsatz verfügbarer Währungsreserven (mit denen man intervenieren mußte, um den Wechselkurs stabil zu halten) oder über innere Anpassung (Sparen von Öl und anderen Importgütern bei gleichzeitiger Ausweitung des devisa-bringenden Exports) oder über eine Kombination von beidem. Denn beide statt dessen beschrittene Auswege: Währungsabwertung und äußere Verschuldung wären wegen des Zwanges, die Leistungsbilanz

bei stabilen Wechselkursen auszugleichen, blockiert gewesen und geblieben.

Gewiß, es kann nicht ausgeschlossen werden, daß der Zwang, die Ölverteuerung im Inneren auszugleichen (durch Ölsparen und Nachfrageumschichtung), zu zeitweiliger Krise und Massenarbeitslosigkeit geführt hätte. Aber zweierlei wäre mit Sicherheit vermieden worden: die Auftürmung der Schuldenpyramide, des dümmsten Turmbaus seit Babel, und der Abwertungswettlauf von über 180 Währungen der Welt. Mit dem Verbot der Kreditfinanzierung von Leistungsbilanzdefiziten und jeder weiteren Ölpreissteigerung dazu (!) und der festgezurrten Bremse gegen unkontrollierbare Währungsabwertungen hätte man jedes Ausufer der globalen Geld-, Kredit- und Kapitalmärkte verhindert. Man hätte sie in ihrem Volumen begrenzt (bei weitgehend ausgeglichenen, statt kreditfinanzierten Leistungsbilanzen), und man

OPEC-Konferenz 1991 in Genf

Foto: dpa



hätte sie eben nicht zur Abwehr von Währungsrisiken gebraucht, weil es diese faktisch nicht gab.

Man sieht: Es ist das heutige Welt-Währungsregime (von einer -ordnung zu sprechen, verbietet sich), das dafür verantwortlich ist, daß der Welt-Kapitalverkehr zwar privaten Bedürfnissen dient, gesamt- und weltwirtschaftlich dagegen jede Menge Sozialkosten hervorruft.

I.

Die Kapitalmarktschäden können also nur über die Währungsordnung – als Rahmen- und Bezugssystem der zwischenstaatlichen und intermonetären Kapitalströme – auskuriert werden, nicht über Direkteingriffe an den Märkten selber. Deswegen stellt sich die Frage: Ist eine Rückkehr zu geordneten Welt-Währungsverhältnissen und -strukturen in der Welt(wirtschaft) von heute überhaupt vorstellbar? Auf der weltpolitischen Agenda werden zwei Modelle dieser Art diskutiert: eine auf Europa beschränkte Währungsunion (EWU) und eine Ausweitung des IWF-Geldsystems der Sonderziehungsrechte (SZR).

Die EWU – sie hat ihre Anhänger und Gegner in den Staaten der Europäischen Union (EU) – wäre nichts weiter als eine Währungsfusion: aus zwei, drei oder mehreren europäischen Währungen würde eine, nach derzeitigem Sprachgebrauch der Ecu. Wie auch immer die Europäer das Projekt beurteilen: seine weltwirtschaftliche Bedeutung und Wirkung wäre marginal. Sie löst keines der hier diskutierten weltwirtschaftlichen Probleme – weder das der Welt-Kapitalmarkteingrenzung und -stabilisierung noch das der Wechselkursunruhe und Währungsturbulenzen. Der Ecu träte faktisch an die Stelle der DM.

Für das EU-Inland kann jedoch eine Fülle schwerwiegender Strukturanpassungs- und Arbeitsmarktprobleme vorausgesagt werden: Erstens würde sich die EU fortan in drei Währungszonen auflösen: des neuen Ecu, des verbleibenden Rest-EWS und der neuen US-Dollar-Zone in Ost- und Mitteleuropa, denn die post-

kommunistischen Reformstaaten haben, wenn ihnen ihr DM-Anker genommen wird, nur noch die US-Währung als Wechselkursmaßstab und -anbindung. Zweitens aber macht sich der Ecu-Block, wenn er denn kommt, wehrlos gegenüber jedweder ‚importierter Krise‘. Denn eine Vielvölker-Zentralbank, wie die geplante europäische (EZB), kann weder eine differenzierte (struktur- wie konjunkturgerechte) Wechselkurs- und Zinspolitik für die einzelnen ihr angeschlossenen Volkswirtschaften betreiben. Es gibt nur einen zentralen Ecu-Wechselkurs nach außen und einen europäischen Einheits- und Durchschnittszins; einen quasi monetären Eintopf. Er wird bei den einen zu struktureller Anpassung, zu Firmenzusammenbrüchen und zusätzlicher Arbeitslosigkeit führen, bei den anderen zu mehr Inflation und Kapitalflucht.

Noch kann oder könnte die EZB unvermeidliche Regionalkrisen selektiv bekämpfen: durch Abwertung oder Refinanzierung gezielter Konjunktur-, Investitions- und Beschäftigungsprogramme. Streng genommen könnte man die EZB und ihre Leitungsgremien auch durch einen Geldmengencomputer oder -roboter ersetzen! Für die Welt-Finanzmärkte wäre der neue Ecu-Raum nichts weiter als eine Umfirmierung des bisherigen DM-Raumes – nur bei ungleich explosiverer interner Geld- und Sozialkrisengefahr. Entsprechend größer muß das von der EWU ausgehende Unsicherheits- und Kapitalfluchtpotential veranschlagt werden. EWU, Ecu und EZB geben somit für die Behandlung unseres Themas nichts her. Eine Stabilisierung der Welt-Finanzmärkte durch eine so konzipierte Währungsintegration in Europa kann nicht erwartet werden.

II.

Somit verbleibt auf dem Prüfstand nur das Modell II: einer Ausweitung des IWF/SZR-Standards. Er wird – außer im IWF selber – vor allem in der Dritten Welt, aber auch in den USA, Japan und in Frankreich diskutiert. Er liefe erstens darauf hinaus, den IWF von den Beiträgen

und Dotationen seiner Mitgliedsstaaten unabhängig zu machen, zweitens, die bisherigen – und weitgehend abgewirtschafteten – Reservemedien: Gold und US-Dollar durch die SZR zu ersetzen, eine Art Ecu auf Weltebene. Nur anders als der Ecu der Europäer würde das neue – entstaatlichte – Weltgeld der SZR kein nationales Geld verdrängen und ersetzen; es fungierte lediglich als deren Wechselkursmaßstab und Wertmesser. Dabei wäre es jedem Land freigestellt, seinen SZR-Wechselkurs zu fixieren oder variabel zu halten. Die Parallele zum Goldstandard drängt sich auf, denn auch das Gold ersetzte kein nationales Geld, sondern diente nur als Wechselkursmaßstab.

Und der Vorteil? Erstens, es gäbe wieder einen quasi-metrischen Wechselkursverbund über die ›abwertungssicheren‹ SZR; denn wenn alle Wechselkurse in SZR nominiert sind, können zwar alle Währungen im Verhältnis zu den SZR abwerten, diese aber nicht. Das Währungsrisiko wäre zwar nicht gänzlich aus der Welt, aber doch deutlich eingegrenzt – auf einzelne Abwertungskandidaten, wie im alten *Bretton Woods*-System. Zweitens dank der Ablösung von Gold und US-Dollar durch die stabilen (schwankungssicheren) SZR könnte auch keine Spekulationskrise das System erschüttern. Gleichzeitig aber wäre die Uralt-Schwäche sowohl des *Bretton Woods*-Systems wie des Goldstandards vermieden, die beide von der ›Irrationalität‹ der Reservezuflüsse abhängen – vom Leistungsbilanzsaldo der USA oder den jeweiligen Goldfunden in der Welt. Die Menge der dem System zur Verfügung gestellten Welt-Liquidität (SZR) wäre nach ganz und gar rationalen Kriterien (wie Liquiditätsbedarf einer wachsenden Weltwirtschaft) planbar – und zwar durch den IWF, der dadurch in die Rolle einer Welt-Zentralbank (WZB) hineinwüchse.

Drittens wäre keine Währung ›gleicher‹ als die andere. So müßten z. B. auch die USA ihre Leistungsbilanzdefizite in SZR bezahlen, statt in selbstgedruckten US-Dollar. Und wenn die USA ›ihren‹ Dollar abwerten, dann verringern sie nicht mehr ihre Dollarschulden, sondern erhö-

hen sie, weil sie nunmehr mehr Dollar für ihre SZR-Zahlungen aufbringen müßten!

Es wäre dies ein Welt-Währungssystem, das sowohl den internationalen Kreditbedarf begrenzte – denn Leistungsbilanzdefizite müßten durch SZR-Reserve-Zahlungen ausgeglichen werden, aber diese SZR-Reserven müßte man sich echt verdienen: durch Exporteinnahmen und -überschüsse. Und es wäre zugleich ein System der größtmöglichen Freiheit von Wechselkursschwankungen; auch wenn Wechselkurse, wie auch im Goldstandard und im *Bretton Woods*-System, ›im Prinzip‹ veränderbar sind, blieben diese Veränderungen a) Einzelfall und könnten b) unter vom IWF überwachte Regeln gestellt und überwacht werden. Zugleich aber wäre dieses System sicherer als Goldstandard und *Bretton Woods*: Es könnte keine ›Reserveinflation‹ aufgrund unerwünschter Dollar- oder Goldzuflüsse mehr geben. Die Gefahr einer allgemeinen Welt-Inflation wäre ein für allemal gebannt! Es liegt auf der Hand, daß in solch einem System sowohl das Volumen wie auch die Richtung der internationalen Kapitalströme kein zusätzliches, unberechenbares und spekulativ beeinflusstes Störpotential enthielte. Geld- und Sachvermögensbildung folgten demselben Gesetz – dem der höchsten und leidlich sicher zu berechnenden Renditen.

Weltwährungsordnung und nationaler Arbeitsmarkt

Dennoch ist diese Lösung des Störfaktors ›volatile und spekulativ verzerrte Welt-Finanzmärkte‹ vorerst blockiert. Weder die USA sind an der Ablösung ›ihres‹ Dollar durch die IWF-eigenen SZR interessiert, noch wollen sich die EU durch den globalen Ecu der SZR von ihrem eigenen abbringen lassen.

So haben denn beide monetäre Großmächte USA und EU aus unterschiedlichen Motiven die Herstellung eines weltweiten SZR-Standards verhindert. Ihre offizielle Lesart: die SZR würden das Welt-Inflationspotential anreichern, überzeugt schon deswegen nicht, weil mit den SZR ja keine

zusätzliche Liquidität entsteht, sondern nur eine kompensatorische – die SZR lösen als neues Weltgeld lediglich das alte (Gold und US-Dollar) ab. Man muß also die eigentlichen Ablehnungsmotive woanders suchen. Schon Keynes wies im Vorwort seiner ›General Theory‹ darauf hin, daß die eigentliche Schwierigkeit nicht darin liege, neue Ideen durchzusetzen, sondern alte auszuräumen, die »in jeder Nische unseres Geistes überwintern«.

I.

Gemeint ist die Doktrin des Währungswettbewerbs bei freien, marktbeurteilten Wechselkursen, der zentrale Dissenspunkt zwischen moderner Neoklassik, einschließlich Monetarismus und Angebotsökonomik einerseits, Klassik und Keynes andererseits. (Wir sagen bewußt Keynes und nicht Keynesianismus, denn viele Keynesianer – auch die sog. Monetär-Keynesianer um Hajo Riese – werten die Keynes'schen ›proposals‹ für das spätere *Bretton Woods*-System und seine Pläne für eine Welt-Zentralbank und ein ent-staatlichtes Weltgeld, seinen ›Bancor‹, unsere heutigen SZR, als politisches Pamphlet. Sie sind jedoch – theoretisch wie normativ – Schlußstein und letztes Kapitel seiner ›General Theory‹: ihre Generalisierung im Sinne einer Nutzenanwendung für *alle* Nationen ein und derselben Weltwirtschaft und nicht nur eine, die sich mittels flexibler Wechselkurse von dieser abschottet.)

Für Klassiker, wie David Ricardo und John Stuart Mill, war das Geldwesen weder Gegenstand des privaten noch überhaupt eines Wettbewerbs. Es bedürfe doppelter Regulierung: durch eine Banken und Geldmarkt regulierende Zentralbank und die Bindung der Zentralbank an die Regeln des Goldstandards. Erst Friedrich August von Hayek, der noch 1937 Keynes wegen seines durch flexible Wechselkurse abgesicherten ›monetären Nationalismus‹ heftig attackierte, machte aus der bis dahin preistheoretisch begründeten Forderung nach flexiblen Wechselkursen ein ordnungspoli-

tisches Postulat und erklärte das politisch schlechte Gewissen der Klassiker (vor allem J. St. Mills), das ein so wichtiger Teilbereich der Marktwirtschaft wie der Geld- und Bankensektor jenseits des Wettbewerbsprinzips geordnet werden müsse, als schlichten Irrtum.

II.

Inzwischen, nach 22jähriger Erfahrung mit freien Wechselkursen, freien Kapitalmärkten und ebenso freien Kapitalbewegungen, ist jedoch klar, wer sich geirrt hat – nicht Klassik und nicht Keynes, sondern Neoklassik und vor allem Hayek. Was bei fest vorgegebener Welt-Geldmenge – vielleicht – hätte funktionieren können: daß nämlich die Option für die jeweils beste Währung über Umverteilung der Geldvermögen und Flucht aus den jeweils wertloser werdenden zur Erstickung des Inflationsfeuers in seinen Zentren führt, genau das erwies sich in einer Welt als Illusion, in der sich die Welt-Geldmenge permanent und progressiv durch Kreditinflation vermehrte. Denn ihr permanenter und progressiver Anstieg erlaubte nicht nur das Wegfinanzieren von Leistungsbilanzdefiziten und Kapitalflucht (Umwandlung von Inlands- in Auslandsvermögen) von immer mehr Ländern der Dritten, Zweiten und auch aus der schwächer strukturierten Ersten Welt. Diese ›externe‹ Inflation eröffnete zugleich immer neue Spielräume für die internen Inflationsexzesse. Man druckte Geld und kompensierte (oder deklarierte) den inneren Geldwertschwund durch äußeren Wechselkursverfall. Wie bei jedem sich wechselseitig und kumulativ verstärkenden Prozeß kann heute – wie gesagt, nach 22 Jahren – nicht mehr exakt ermittelt werden, welcher Prozeß welchen treibt – der innere Inflationsprozeß über Abwertung und Defiziteskalation den äußeren (die kreditfinanzierte Auslandsverschuldung) oder die äußere Kreditinflation über die Finanzierung von Defiziten und Kapitalflucht die innere. Feststeht nur eines: daß solche Prozesse erst dann enden, wenn es, ausgelöst durch die Zahlungskrisen einiger ex-

trem verschuldeter Länder, zu Panikreaktionen der Märkte, ihrer Banken und sonstigen Geldgeber kommt und damit zu einer generellen, weltweiten Kreditblockade. Genau dieses zu verhindern, ja sie gar nicht erst entstehen zu lassen, wäre die Funktion eines geordneten Welt-Währungssystems.

III.

Doch lange bevor es zu Panikreaktionen, Kreditblockaden oder generellem Kreditembargo kommt, ereilt die trotz monetärem Chaos stabil bleibenden Hartwährungsländer ein anderes Unglück, eines freilich, das sie lange Zeit nicht wahrnehmen (wollen) oder verdrängen: der permanente Verlust von internationaler Wettbewerbsfähigkeit durch die ebenso permanente wie progressive Aufwertung ihrer Währungen.

Denn Kursverfall und Kapitalflucht der einen – der Schwachwährungsländer – kommen bei den anderen – den Hartwährungsändern – buchstäblich als Verstärkung von deren ohnehin bestehender Währungsstärke an, ein Faktor, der um so mehr zu Buche schlägt, wenn den vielen Weichwährungen (rund 185) nur wenige (rund 5) Hartwährungen gegenüberstehen: SFR, Yen, DM, Hfl und US-Dollar. Die innere Folge dieser Währungsstärke ist einmal die Standortverteuerung für Exportindustrie und Auslandsinvestoren, zum anderen die zunehmende Verbilligung der Auslandskonkurrenz auf den Binnenmärkten. Nicht nur müssen immer mehr Exportunternehmen ihre Produktionen und Investitionen ins Ausland verlagern: Arbeitsplätze statt Produkte exportieren. Auch kommen immer weniger Auslandsinvestitionen ins Inland herein, weil die Einstiegspreise in Landeswährung, dank des überhöhten Wechselkurses, zu hoch sind. Aber noch gravierender ist, daß der Binnenmarkt der Hartwährungsänder immer mehr zur Beute von Anbietern aus den Weichwährungsändern wird – von Rohstoffen (Kohle, Erze, Metalle) bis zu Fertigwaren (Autos, Schiffen, Konsumgütern). So kommt es auch im Binnenmarkt der

Hartwährungsänder zu regionalen und sektoralen Strukturkrisen, die in Wahrheit wechselkursbedingte Konkurrenzkrisen sind.

Den betroffenen Ländern, Regionen, Sektoren, Unternehmen bleibt bei dieser von den Welt-Finanzmärkten vorgegebenen Konstellation nur der mikro-ökonomische (unternehmerische) Ausweg der permanenten und progressiven Rationalisierung: Arbeitsplätze, der harte Kern aller fixen Kosten, müssen abgebaut werden – sowohl über Abwanderung ins währungsbillige Ausland (oft vor der Haustür!) wie auch über ihren Ersatz durch immer aufwendigere Maschinen und Apparate, die vor Löhnen den Vortzug haben, daß ihre Abschreibungen den Betrieb und seinen *cash flow* entlasten.

Ein Großteil der neuen Massenarbeitslosigkeit in monetären Hartwährungsändern hat diesen Hintergrund: die aufwertungsbedingte Standortverteuerung und Konkurrenzschwäche. Es liegt auf der Hand, daß unter dieser ›monetär-verursachten Arbeitslosigkeit‹ Länder mit starker Exportabhängigkeit besonders leiden: Deutschland und Japan mehr als z. B. die USA, zumal letztere die Chance haben, durch ihre ›relative‹ US-Dollarabwertung (zwar zu den anderen Hartwährungen, aber nicht gegenüber den anderen Schwachwährungen) Vorteile gegenüber ihren Hauptkonkurrenten zu erzielen. Wir kommen also zu dem Ergebnis, daß die eigentliche Zeche der überstarken (›überbewerteten‹) Hartwährungen jeweils am Arbeitsmarkt und im Sozialsystem gezahlt werden müssen, das angesichts der Massenarbeitslosigkeit – auf die es nicht eingerichtet ist – zu teuer wird.

Deswegen liegt ein Agreement über Berechenbarkeit und Stabilisierung von Wechselkursen im Interesse aller großen Industrieländer, vor allem der führenden Exportländer, also vor allem Deutschlands, Japans, aber auch der USA, die – ›relative US-Dollarabwertung‹ her oder hin – auch daran denken müssen, daß sie als größtes westliches Kapitalimportland kreditwürdig bleiben müssen. Denn wer seine Gläubiger ständig enttäuscht, weil

er ihr Vermögen abwertet, fällt als Schuldner aus.

IV.

Wir kommen also zu einem so einfachen wie kurzen Fazit. Es läßt sich in zwei Sätzen zusammenfassen:

– Der Störfaktor Welt-Kapitalmarkt (und er stört in der Tat durch spekulativ verzerrte Wechselkurse) läßt sich nur im Wege einer Reform des Welt-Währungssystems beheben, denn dirigistische Direkteingriffe oder Steuern bringen nichts.

– Dieses Welt-Währungssystem liegt im Interesse aller Nationen: der Inflationländer, weil sie nur so ihre Inflation bekämpfen können, der Industrie- und Exportländer aber auch, weil sie nur so die Kontrolle über ihre Standorte und ihre Massenarbeitslosigkeit zurückgewinnen können.

Auch in den 90er Jahren des Jahrhunderts bestätigt sich Keynes' Diagnose aus den 30er Jahren. Das Schicksal der Arbeitswelt entscheidet sich am Geldmarkt – nur daß es diesmal der viel zu freie inter- und transnationale ist. Aber auch er ist regulierbar, wie die Erfahrungen mit den bisherigen Welt-Währungssystemen zeigten. Nur gilt es aus den Fehlern, die zu ihren Zusammenbrüchen führten, zu lernen. Auch dazu läßt sich bei Keynes mehr lernen als bei seinen Gegnern.

Anmerkungen:

Friedrich August von Hayek: *Monetary Nationalism and International Stability*, London 1937; Derselbe: *Denationalisation of Money, The Institute of Economic Affairs*, London 1976.

Wilhelm Hankel: *Das Große Geld-Theater: Über DM, Dollar, Rubel und Ecu*, Stuttgart 1995.

John Maynard Keynes: *General Theory of Employment, Interest and Money*, New York 1964.

CORD JAKOBEIT

Die umstrittene Zukunft von Weltbank und IWF

Welche Reformen für die Bretton-Woods-Zwillinge?

Ein halbes Jahrhundert, nachdem Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) im amerikanischen Bretton Woods aus der Taufe gehoben wurden, müssen sich diese beiden wichtigsten internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) der Weltwirtschaft gegenwärtig einer Überprüfung unterziehen, von deren Ergebnis zentrale Weichenstellungen für die Strukturen des Weltfinanz- und des Entwicklungsregimes im 21. Jahrhundert erwartet werden können. Diese Reformdiskussion hat inzwischen eine neue Qualität erreicht. Während die IFIs auch in den letzten Jahrzehnten bereits von Dritte-Welt-Organisationen und Entwicklungsländern z.T. heftig kritisiert wurden, bestreiten inzwischen weder die Industrieländer, die bei den beiden *Bretton-Woods-Zwillingen* das Sagen haben, noch die beiden IFIs selbst, daß Reformbedarf besteht. Auf dem Gipfeltreffen der sieben wichtigsten Industriestaaten im kanadischen Halifax im Juni stand die Reform von Weltbank und Währungsfonds auf der Tagesordnung. Es geht also nicht mehr um die Frage, ob Reformen eingeleitet werden sollten, sondern darum, wie diese Reformen aussehen werden.

Weltbank und IWF haben in den ersten 50 Jahren ihres Bestehens einen beträchtlichen Bedeutungswandel erlebt. Nachdem die Weltbank ihre Beteiligung am Wiederaufbau des kriegszerstörten Europas schon in den 50er Jahren abschließen konnte, ist sie danach als multilateraler Kapitalgeber, Regierungsberater und als Wissenschaftszentrum zur weltweit führenden Entwicklungshilfeorganisation aufgestiegen. Insbesondere die Präsidentschaft (1968–1981) des ehemaligen us-Verteidigungsministers Robert McNamara hat dabei das noch heute gültige Profil der Organisation ge-

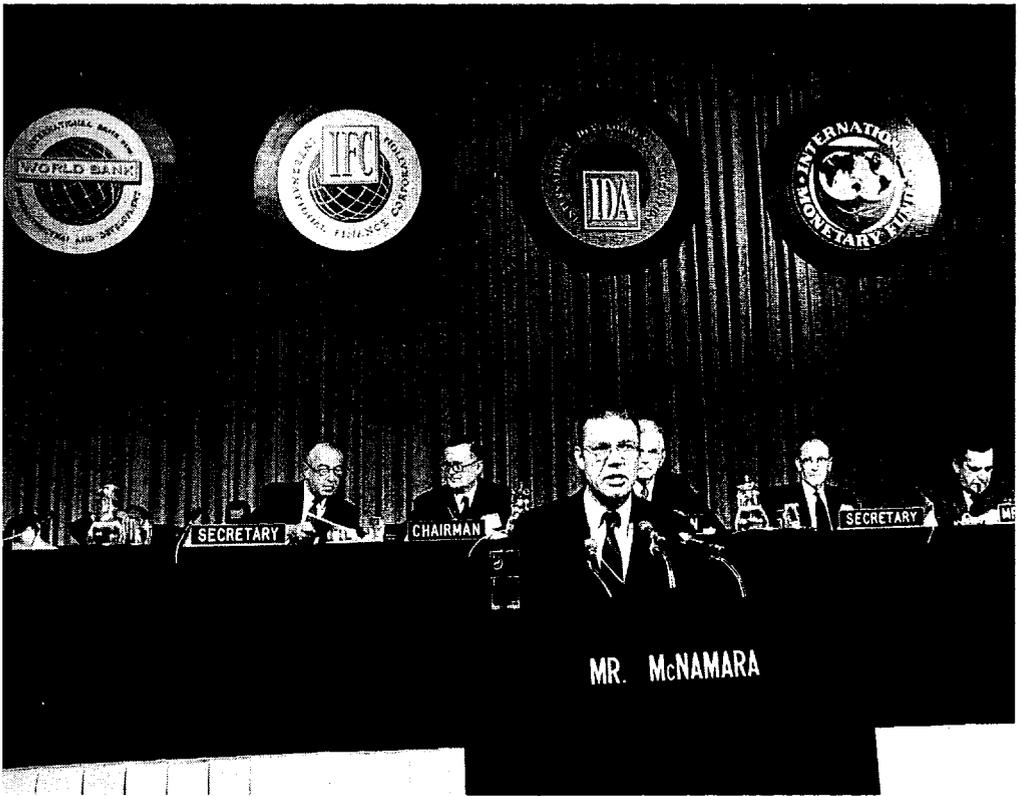
prägt. Die Weltbank finanziert weltweit Projekte und Programme in Entwicklungsländern und Transformationsstaaten, wobei zumindest in ihrer Außendarstellung die Bekämpfung der Massenarmut oberste Priorität genießt. Durch ihre Schwesterorganisationen ist sie gleichzeitig auch Beteiligungsgesellschaft für den Privatsektor (IFC), größter Geber »weicher« Kredite (IDA) und Rückversicherer gegen nicht-kommerzielle Investitionsrisiken (MIGA). Die rund 6500 festen Mitarbeiter der Weltbankgruppe sowie die meist rund 3000 für die Bank arbeitenden Consultants, beide jeweils in ihrer großen Mehrzahl Ökonomen, haben die Organisation zugleich zum weltweit führenden (wenngleich umstrittenen) Think Tank in Sachen Entwicklungshilfe gemacht. An der Pennsylvania Avenue in Washington werden die Entwicklungsstrategien und -konzepte formuliert, denen sich auch die bilateralen Entwicklungshilfegeber häufig direkt anschließen.

Der IWF erlebte zu Beginn der 70er Jahre seine größte Krise, von der er sich aber sehr schnell mit der Übernahme neuer Aufgaben erholen konnte. In den ersten Jahrzehnten seiner Existenz hatte er die internationale Aufsicht über das System fester Wechselkurse auf der Basis vereinbarter Goldparitäten. Das Ende der Goldkonvertibilität und der Übergang zum freien Floating der wichtigen Währungen bedeuteten für den Fonds eine entscheidende Zäsur. Mit den weltwirtschaftlichen Turbulenzen im Zuge der beiden Ölkrisen der 70er Jahre ergaben sich jedoch rasch neue Aufgaben. Enorme Zahlungsbilanzdefizite und eine Inflationswelle, die die ganze Welt überrollte, erlaubten es dem IWF, seine Tätigkeit vor allem gegenüber den Entwicklungsländern in den 70er Jahren auszuweiten. Der Fonds stellte gegen strikte Auflagen kurzfristig Mittel bereit, mit denen Zahlungsbilanzprobleme überbrückt werden konnten. Mit dem Ausbruch der Verschuldungskrise zahlreicher Entwicklungsländer zu Beginn der 80er Jahre wurde diese Rolle ausgebaut, und der IWF wandelte sich von einer Kre-

ditution zu einem Finanzintermediär, der Problemländer seither quasi permanent finanziert hat und dennoch z. B. gegenüber dem subsaharischen Afrika seit 1987 einen negativen Ressourcenfluß in Kauf nahm. Gleichzeitig entwickelte sich der Fonds zum heftig umstrittenen Disziplinierungsinstrument und Finanzpolizisten gegenüber Entwicklungsländern und Transformationsstaaten, während sich die Industrieländer gleichzeitig seiner Kontrolle zunehmend entzogen, indem sie praktisch seither keine IWF-Mittel mehr in Anspruch genommen haben und sich ihre Zahlungsbilanzprobleme untereinander finanzieren. Dabei ist es den rund 1000 Mitarbeitern des IWF weitaus besser als den Kollegen von der Weltbank gelungen, sich gegen Kritik von außen abzuschirmen, obwohl sich beide Organisationen als leitende Protagonisten der monetaristisch-neoliberalen Strukturanpassungspolitik immer weiter angenähert haben. Der IWF hat als die kleinere Organisation erfolgreicher versucht, sich hinter Berufung auf die kurzfristige Zielsetzung in der Satzung, hinter ökonomistischer Terminologie und strikter Geheimhaltungspolitik gegen die wachsende Kritik zu immunisieren.

Kritik von allen Seiten

In jüngster Zeit haben etliche Anlässe dazu beigetragen, den Reformdruck auf die beiden Organisationen zu verstärken. Mexiko galt jahrelang als der Musterknabe, der durch die getreuliche Umsetzung der Empfehlungen der beiden IFIs erfolgreich den Weg aus der Schuldenmiserie gefunden zu haben schien, was mit NAFTA- und OECD-Mitgliedschaft auch von den USA und den Industrieländern honoriert wurde. Um so dramatischer das böse Erwachen, als mit dem Ausbruch der Pesokrise Ende 1994 allen Beteiligten klar wurde, wie sehr dieser Aufschwung auf Sand gebaut war. USA und Industrieländer mußten mit ihren Finanzpolizisten an vorderster Front ein beispielloses Stützungspaket schnüren, um den finanziellen Kollaps an der Südfanke der USA zu verhindern. Dieses



Weltbankpräsident Robert McNamara 1971 in Washington D.C.; im Hintergrund der frühere Wirtschaftsminister Karl Schiller
Foto: dpa

Stützungspaket enthielt mit fast 18 Mrd. Dollar den größten Einzelkredit in der Geschichte des IWF und belief sich insgesamt mit knapp 50 Mrd. Dollar auf fast die gleiche Summe, die alle Industrieländer pro Jahr an öffentlicher Entwicklungshilfe für die gesamte Dritte Welt bereitstellen. Seither mehren sich die Fragen, warum die *Bretton-Woods*-Zwillinge nicht vorher auf das sich anbahnende Debakel hingewiesen hatten, bzw. mit welcher Berechtigung sie ihre Mittel – in letzter Konsequenz die Mittel der Steuerzahler in den Industrieländern – jetzt dafür verwenden, die finanziellen Verluste privater Anleger auszugleichen, die sich so offensichtlich verspekuliert hatten.

Auch auf dem Weltsozialgipfel in Kopenhagen Anfang März befanden sich Weltbank und IWF unmittelbar im Fadenkreuz der Kritiker. Einerseits ging es –

wie schon seit Jahren – um die verheerenden sozialen Folgen, die mit den rigorosen Sparauflagen von Strukturanpassungsprogrammen verbunden sind. Von ihnen sind vor allem die Ärmsten der Armen betroffen, die in den Regierungen der Entwicklungsländer in aller Regel über keine wirkungsvolle Lobby verfügen und daher überproportional von staatlichen Einsparungen, z. B. im Erziehungs- und Gesundheitswesen, betroffen sind. Zwar wird den Strukturanpassungsprogrammen schon seit einigen Jahren in vielen Fällen von der Weltbank eine soziale Abfederungskomponente hinzugefügt, aber die reicht nach Meinung vieler Beobachter längst nicht aus, um die gesamten Nachteile zu kompensieren. Obwohl sich die Bank seit McNamara zum obersten Ziel der Armutsbekämpfung bekennt, sei sie direkt dafür mitverantwortlich, daß die Zahl der Men-

schen, die weltweit in absoluter Armut leben, längst die Milliardengrenze überschritten hat.

Zum anderen wurde in Kopenhagen vor allem von Entwicklungshilfeorganisationen darauf gedrängt, daß die beiden *Bretton-Woods-Zwillinge* endlich ihre rigorose Haltung in Sachen Schuldenerlaß überdenken müssen. Bisher weigern sich Weltbank und IWF kategorisch, einem Schuldnerland, und sei es auch noch so bettelarm, einen Teil der Verbindlichkeiten zu erlassen. Während die bilateralen Geberstaaten den Habenichtsen der Weltwirtschaft inzwischen bis zu zwei Drittel ihrer Schulden erlassen, führen der Rückzug der privaten Banken und die harte Haltung der IFIs dazu, daß der prozentuale Anteil der den multilateralen Gebern geschuldeten Verbindlichkeiten bei den ärmsten Staaten stetig steigt. Die *Bretton-Woods-Zwillinge* verschanzten sich hinter fadenscheinigen Argumenten (Kontaminationsfurcht und Angst um das *Triple-A-Rating* an den Finanzmärkten) und stemmen sich bisher mit aller Kraft gegen ein Aufweichen ihrer Position. Selbst konstruktive Vorschläge, wie der mögliche Rückgriff auf die Goldvorräte des IWF, die nach heutigem Marktwert fast 40 Mrd. Dollar wert sind, hatten bisher keine Chance. Nachdem ihre bisherigen Erfolge mit der Strukturanpassungspolitik vor allem in Afrika südlich der Sahara mehr als bescheiden geblieben sind, wollen die IFIs sich die politische und ökonomische Hebelwirkung, die ihren Auflagen im Zuge der Verschuldungssituation ihrer Klientel erwachsen ist, nicht ohne Not wieder verwässern lassen.

Ist die Kritik an Strukturanpassungspolitik und Starrheit in der Verschuldungsfrage noch an beide Organisationen adressiert, so gibt es daneben eine Reihe weiterer Kritikpunkte, die sich speziell gegen die Weltbank richten. Vor allem im amerikanischen Kongreß, der seit November letzten Jahres in beiden Häusern von den Republikanern dominiert wird, bläst der Weltbank der Wind kräftiger ins Gesicht. Hier, wie fast überall in den Industrieländern, ist ein

Trend unverkennbar, der bei sinkender Bereitschaft zur Entwicklungsfinanzierung die Frage nach dem Sinn von multilateraler Entwicklungshilfe neu stellt und im Zweifel eine Bilateralisierung der Zusammenarbeit favorisiert. In einigen konservativen Kreisen galt jede Form von Hilfe schon immer als ungerechtfertigter Eingriff in das »freie Spiel der Kräfte« und in die »Magie des Marktes«. Außerdem hätten, so wird in diesen Kreisen argumentiert, die in den letzten Jahren rasant gewachsenen internationalen Kapitalmärkte trotz des Mexiko-Debakels die traditionelle Rolle auch der IFIs zunehmend in Frage gestellt. Für das Beschaffen von Risikokapital gäbe es damit wirksame Alternativen, die den multilateralen Entwicklungsbanken und ihrer Regierungsnähe und Subventionspraxis überlegen wären. Ziel der Angriffe aus diesen Kreisen waren häufig auch die vergleichsweise üppigen Gehälter und Privilegien der Mitarbeiter bei den *Bretton-Woods-Zwillingen*.

In diesem Umfeld ist es kein Zufall, daß die Debatte über die elfte Wiederaufstockung der Mittel für die IDA gerade in den USA mit neuen Akzenten geführt wird. Wenn prominente Republikaner, wie der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses im Senat, Jesse Helms, die ganze Entwicklungshilfe in kaum noch zu überbietendem Zynismus als »Rattenloch« bezeichnen und die Freigabe der IDA-Mittel selbst in der laufenden zehnten Runde von konkreten Reformschritten der Weltbank abhängig machen, dann werden die Konturen einer Koalition deutlich, die es in dieser Form vorher nicht gegeben hat. Denn auch die Gegner der Weltbank aus Umwelt- und Entwicklungsorganisationen sind für eine Kürzung der Mittelzuweisungen, wenn die Bank nicht zu drastischeren Reformen gezwungen werden kann.

Die Umweltkritiker werfen der Weltbank vor, daß sie mit ihrer Vorliebe für Großprojekte im Namen des wirtschaftlichen Fortschritts die ohnehin prekäre Umweltsituation vieler Entwicklungsländer nachhaltig gestört habe. Tansmigrasi in Indonesien, Polonoroeste in Brasilien

und Narmada in Indien stehen exemplarisch für Großvorhaben, bei denen die Weltbank eine unrühmliche Rolle gespielt hat. Gleichzeitig finden sich Entwicklungsländer und die vielfältigen Solidaritätsorganisationen für die Dritte Welt nicht damit ab, daß die Empfänger der Weltbank- und IWF-Hilfen in den beiden Organisationen de facto immer noch nichts zu sagen haben. Die aktuellen Kampagnen fordern daher die organisatorische Herauslösung der IDA aus der Weltbankgruppe, mindestens aber eine neue Entscheidungsstruktur für das »weiche Fenster« der Hilfe in Anlehnung an den Kompromiß bei der Globalen Umweltfazilität (GEF), wo Grundsatzprobleme seit 1994 nur dann gelöst werden können, wenn sowohl die Gruppe der Industriestaaten als auch die Entwicklungsländer zugestimmt haben.

Die Weltbankkritiker erhielten zudem Unterstützung, mit der sie nicht gerechnet hatten. Der *Wapenhans*-Bericht von 1992, eine bankinterne Evaluierungsstudie, beklagte eine Reihe von Mißständen, die den Ruf der Organisation auch bei wohlwollenden Beobachtern gefährden könnten. Wichtigstes Ergebnis: Mehr als ein Drittel der Weltbankprojekte mußten zu Beginn der 90er Jahre als gescheitert gelten. Die Bank habe durch ihre Organisationsstruktur und -kultur die falschen Karrieresignale für die Mitarbeiter gesetzt, die sehr leicht einer *pressure to lend* erliegen, ohne daß sie später für das mögliche Scheitern der begonnenen Projekte zur Rechenschaft gezogen würden.

Reformansätze: Kosmetik oder Korrektur?

Die Phalanx der Kritiker hat in den letzten Jahren zumindest die Weltbank dazu gebracht, dem Reformdruck nicht länger nur durch Aussitzen zu begegnen. Mit einer internen Reorganisation der Abteilungen, der Einleitung eines moderaten Personalabbaus, der Schaffung einer Umweltabteilung, einer verbesserten Informationspolitik sowie mit der Einrichtung eines Prüfungsausschusses für die-

jenigen, die von Weltbankprojekten unmittelbar betroffen sind, hat die Bank versucht, ihren Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen. Es sollte allerdings nicht überraschen, daß die Weltbankkritiker von diesen Reformansätzen und der neuen Dialogbereitschaft der Bank nicht sonderlich beeindruckt sind. Auch schon in der Vergangenheit zeichnete sich die Weltbank dadurch aus, daß sie in ihren offiziellen Stellungnahmen alle möglichen Reformideen aufgegriffen hat, ohne daß sich in der Praxis Veränderungen ergeben hätten. Die Realität der Weltbankprojekte und -programme vor Ort entsprach schon häufig nicht dem, was die Bank in ihren eigenen Publikationen stets zu beachten vorgab.

Der IWF ging sogar noch weiter. Er hat die neuen Entwicklungen geschickt dazu genutzt, an der eigenen Aufwertung zu arbeiten und sich neue Mittel zu erschließen. Zwar ist das IWF-Vorhaben vorläufig gescheitert, sich über die Schaffung neuer Sonderziehungsrechte zusätzliches Kapital zu sichern, aber die grundsätzliche Notwendigkeit einer Aufstockung der finanziellen Mittel des Fonds steht angesichts von Mexiko-Krise und hohem Kapitalbedarf für die Transformationsstaaten kaum in Frage. Damit bleibt Jeffrey Sachs, Harvard-Ökonom und in den 80er Jahren einer der eifrigsten Befürworter einer schockartigen Strukturanpassungspolitik, ein einsamer Rufer in der Wüste, wenn er nach Beendigung seiner Tätigkeit als Berater der russischen Regierung jetzt »Glasnost für den IWF« fordert. Der IWF blockt Kritik stets auch dadurch ab, daß er alle Dokumente einer strengen Geheimhaltung unterzieht, wodurch eine unabhängige Überprüfung seiner Aktivitäten praktisch unmöglich ist.

Es ist klar, daß die bisherigen Reformansätze bei der Weltbank bzw. die unnachgiebige Haltung des IWF nicht ausreichen werden, um die Kritiker der beiden IFIs verstummen zu lassen. Weitere Veränderungen bleiben auf der Tagesordnung. Damit hat aber längst noch nicht – wie manche Auguren behaupten – der Totentanz für die beiden Organisa-

tionen begonnen. Es spricht im Gegenteil vieles dafür, daß die beiden »Schamanen des internationalen Kapitals« (*Enzensberger*) auch aus der neuerlichen Reformdiskussion eher gestärkt als geschwächt hervorgehen werden.

Korrumpierte Eliten behindern Reformansätze

Die eher vagen Ergebnisse des G-7-Gipfels von Halifax deuten denn auch nur auf ein äußerst bescheidenes Reformtempo hin, das sich eindeutig im Rahmen der vergleichsweise konservativen Empfehlungen der *Bretton-Woods*-Kommission bewegt. Diese unabhängige Kommission, die jedoch vornehmlich mit Mitgliedern des internationalen Finanzestablishments besetzt war und unter Leitung des früheren US-Notenbankchefs Paul Volcker tagte (der gegenwärtig Vorstandschef von Wolfensohn Inc., der Investmentgesellschaft des neuen Weltbankpräsidenten James Wolfensohn, ist), hatte 1994 im Vorfeld des 50jährigen Bestehens der beiden IFIS Reformempfehlungen erarbeitet. Nach den Empfehlungen der Kommission kommen beide Organisationen relativ unbeschadet davon. Der IWF soll sich wieder stärker auf das Management der internationalen Geldpolitik konzentrieren, um starke Wechselkursschwankungen durch bessere Koordinierung der Wirtschaftspolitiken zu vermeiden. Gleichzeitig kümmert er sich weiter um die makroökonomische Anpassung bei seinen Mitgliedstaaten – business as usual. In Halifax kamen nur noch die Reaktionen auf die Mexiko-Krise hinzu, die jedoch den IWF tendenziell eher weiter stärken: Bessere Überwachung der Mitglieder, neue Mittel aus der Allgemeinen Kreditvereinbarung (AKV) für einen Krisenfinanzierungsmechanismus und Studien, um Schutzmaßnahmen bei Finanzkrisen zu entwickeln.

Die Weltbankgruppe soll nach den Empfehlungen der *Bretton-Woods*-Kommission den Abbau ihres Mitarbeiterstabes weiter vorantreiben und ihre Effizienz durch verbesserte Projekt- und Programmimplementierung erhö-

hen. Außerdem soll sie sich stärker auf ihre Rolle als Katalysator für Ressourcen konzentrieren, um das Wachstum des Privatsektors zu fördern, nicht mehr so sehr darauf, Geld an Regierungen zu leihen. Alles, was darüber hinausginge und von den unabhängigen Kritikern gefordert wird – stärkere Demokratisierung, Drängen auf Strukturanpassung im Norden, stärkere Kontrolle spekulativer Kapital- und Währungstransaktionen (Tobin-Steuer), Reintegration von Weltbank und IWF in das UN-System im Rahmen eines neu zu schaffenden Wertschaftsrates –, wird angesichts der Machtverhältnisse wohl eher visionär bleiben. Die Industrieländer werden sich ihre Instrumente zur Durchsetzung von wirtschafts- und finanzpolitischen Härten, die sie bilateral kaum einfordern könnten, nicht ohne Widerstand aus der Hand nehmen lassen.

Die IFIS werden als internationale Multiplikatoren der neoliberalen Ideologie weder abgeschafft noch radikal umgestaltet, sondern allenfalls einigen moderaten Effizienzsteigerungen unterzogen werden. Dabei bleibt nur zu hoffen, daß die berechtigten Forderungen nach gesteigerten Kontroll- und Aufsichtsrechten der nationalen Parlamente und nach einer offeneren Informationspolitik beider IFIS nicht auf der Strecke bleiben. Wer die beiden *Bretton-Woods*-Zwillinge abschaffen will, vergißt im übrigen, daß sie als Zielscheibe für Kritik erhalten, die auch deutlicher an andere Adressaten gerichtet werden muß. Solange korrumpierte Eliten in Entwicklungsländern und Transformationsstaaten – übrigens unter tatkräftiger Mithilfe der »legalen korrupten Kumpaneie« fast aller Industrieländer, die schließlich die steuerliche Absetzbarkeit von Korruptionszahlungen im Ausland weiterhin dulden – ihre Bevölkerung um Entwicklungschancen betrogen, bleiben reformierte internationale Organisationen nicht die schlechteste Möglichkeit, um auf Abhilfe zu drängen.

Globaler Freihandel und regionale Wirtschaftsblöcke in der Dritten Welt

Nach Abschluß der Uruguay-Runde wurde Bilanz gezogen. Einig waren sich die Ökonomen von GATT, Weltbank oder OECD darin, daß die Einkommenseffekte der nach jahrelangen Verhandlungen beschlossenen Handelsliberalisierung beträchtlich seien; zwischen 212 und 274 Mrd. US \$ werden bis 2005 erwartet. Doch der allergrößte Teil, zwischen 64 und 67 %, wird auf die Industrieländer entfallen, auf die Entwicklungsländer, in denen die überwältigende Mehrheit der Weltbevölkerung lebt, der Rest. So setzt sich im Handelsregime fort, was bei der Verteilung des »Wohlstands der Nationen« schon längst als Skandal verhandelt wird: Der Abstand zwischen dem reichsten und dem ärmsten Fünftel der Weltbevölkerung hat sich von 30:1 im Jahre 1960 auf 61:1 im Jahre 1991 geweitet (*Human Development Report* 1994: 35). Selbst der IWF sieht sich zum Eingeständnis genötigt, daß im Widerspruch zur Markttheorie »... während der vergangenen 30 Jahre arme Ökonomien offenbar nicht zu den reicheren Wirtschaften aufgeschlossen haben. Die Ungleichheit zwischen den Ländern scheint in diesem Zeitraum gewachsen zu sein« (IWF, *World Economic Outlook*, October 1994: 94). Es ist daher zu bezweifeln, daß das Freihandelsprinzip zu allen Zeiten, in allen Räumen für den »Wohlstand der Nationen« von Vorteil ist. Statt »Wohlstand für alle« Bürger des »globalen Dorfes« gibt es »Wohlstand für niemand« (*Horst Afheldt*).

Das Handelsregime der Nachkriegszeit

Doch zunächst ein knapper Blick zurück. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde, wie man im nachhinein urteilen kann, in »weiser Voraussicht«, ein doppeltes Arrangement bei der Gestaltung der Nachkriegsordnung getroffen. Auf der einen

Seite wurde ein Weltwährungssystem hergestellt, das den Welthandel nach den protektionistischen Erfahrungen der 30er Jahre durch schrittweise Herstellung der Währungskonvertibilität, fixe Kurse, einen internationalen Währungsfonds für den kurzfristigen Währungsbeistand und den kontinuierlichen Abbau von Zöllen und anderen Handelshemmnissen befördern sollte. Dem Freihändlerischen Prinzip entsprach im Währungssystem die Währungskonvertibilität. Auf der anderen Seite wurde aber der Existenz der Nationalstaaten Rechnung getragen und deren formale, politische Souveränität in eben dieser entstehenden Geoökonomie gestärkt. Denn das Grundprinzip der Vereinten Nationen ist die Souveränität ihrer Mitglieder, die auch innerhalb des IWF nicht in Frage gestellt wurde, obwohl das egalitäre Prinzip *one country – one vote* durch das plutokratische Prinzip des Stimmgewichts gemäß der eingezahlten Quote ersetzt worden ist. Dies ist der Ausdruck des Sachverhalts, daß hier Nationen eher als nationale Währungsgebiete behandelt werden, deren Gewicht von der Bedeutung der Währung in der Geoökonomie und – davon abgeleitet – im Fonds, d. h. von der eingezahlten Quote, abhängig war und ist.

Im GATT-Abkommen von 1947 kommt dieses Doppelspiel zwischen geoökonomischem Grundprinzip des Freihandels und nationalökonomischer Existenzweise der souveränen Einheiten des Systems geradezu exemplarisch zum Ausdruck. Auf der einen Seite macht das in den Artikeln 1 und 2 des Teils I niedergelegte Prinzip der Nichtdiskriminierung und der Meistbegünstigung (zusammen mit den »Listen der Zugeständnisse«) nur Sinn innerhalb eines globalen, den gesamten Weltmarkt umfassenden Handelssystems. Auf der anderen Seite sieht das



April 1994: Uruguay-Runde in Marrakesch

Foto: dpa

GATT Regelungen »in between«, auf der Ebene zwischen nationalstaatlichen und globalen Räumen vor. Im Artikel XXIV wird die Möglichkeit zur Bildung von regionalen Wirtschaftsblöcken, von Zollunion und Freihandelszone, »oberhalb« des traditionellen Nationalstaats und »unterhalb« des Weltmarkts vorgesehen. Bei der regionalen Integration entspricht die Zollunion eher der »Philosophie« des GATT als die Freihandelszone, da durch ihre Bildung lediglich ein größerer Zollraum entsteht, der gegenüber Drittstaaten erneut das Prinzip der Meistbegünstigung anwenden kann. In einer Freihandelszone hingegen werden zwar die Zölle zwischen Mitgliedsländern reduziert oder im besten Falle ganz beseitigt. Es bleiben aber die differenzierten Zölle gegenüber Nicht-Mitgliedern der Freihandelszone.

Ironischerweise ist der Artikel XXIV des GATT auf Initiative von Libanon und Syrien eingeführt worden, von Ländern

also, die niemals in der Geschichte eine erfolgreiche Wirtschaftsunion zu bilden in der Lage waren. Beim Abschluß des GATT-Vertrags hat wohl niemand daran gedacht, daß unter seiner Regel so mächtige Gebilde wie EWG, später EG und EU auftauchen könnten, eher war an »natürliche« Handelsregionen wie die Benelux-Länder oder eben Syrien und Libanon gedacht. Dieser Artikel ist immer Gegenstand heftiger Kontroversen gewesen. In einem Report für das GATT hat Fritz Leutwiler Ende der 80er Jahre unter 69 überprüften regionalen Handelsabkommen zwischen 1948 und 1989 nur vier von ihnen GATT-Kompatibilität bescheinigen können. Die wirkliche Weltwirtschaft folgt nicht den Freihandelsprinzipien des GATT, sondern der Konkurrenz in der »Triade«, deren Pole in Westeuropa, Nordamerika und im ostpazifischen Raum Festungen innerhalb der Geoökonomie bilden – von der aus sich »Handelskriege« führen und der »kommende

Weltwirtschaftskrieg« (*Thurrow; Lutwak*) vorbereiten läßt.

Jacob Viner hat 1950 vorgeschlagen, regionale Wirtschaftsblöcke (RIAS) danach zu beurteilen, ob sie »Handel schaffen (*trade creating*)« oder den »Handel bloß umlenken (*trade deviating*)«. Hinter dieser Unterscheidung, die bis in die Gegenwart zur Bewertung von RIAS bemüht wird, ist die mächtige Gestalt des Adam Smith sichtbar, die da immer noch wie vor 200 Jahren ruft: Je mehr Handel, desto tiefer die Arbeitsteilung, desto größer die Arbeitsproduktivität, desto höher der Wohlstand der Nationen. Die den Handel innerhalb von RIAS und von RIAS mit dritten Parteien positiv beeinflussenden Faktoren sind im Prinzip: die Höhe der Zölle vor Bildung des Handelsblocks; je höher die Zölle zuvor waren und je höher also der Zollabbau ist, desto größer die Handelsausweitung. Dann spielt natürlich eine Rolle, inwieweit die Länder, die einen Handelsblock bilden, tatsächlich in der Lage sind, Komplementarität und Komplexität der Arbeitsteilung durch Handel zu steigern.

Die Möglichkeiten zur Intensivierung des Handels steigen natürlich mit dem Grad der Industrialisierung. Kein Wunder, daß der Handel innerhalb einer Branche in den Industrieländern zugenommen hat. In Deutschland beispielsweise waren 1970 58,7 % des Außenhandels Handelsbeziehungen innerhalb einer Branche, 1991 sind es 79,9 %. In anderen Industrieländern liegen die Anteile ähnlich hoch. Rohstoffländer haben diese Chance der Spezialisierung nicht. Sie können sich zu einem Wirtschaftsblock zusammenschließen und damit kaum eine positive Wirkung auf den Umfang des Handels auslösen. Solange die interne intraindustrielle Arbeitsteilung wenig entwickelt ist, wenn beispielsweise wie in vielen Drittweltländern der Außenhandel zu 90 und mehr Prozent mit einem oder wenigen Rohstoffen bestritten wird, macht der Zusammenschluß zu einem regionalen Block wenig Sinn. Auch wenn eine Strategie der Import substituierenden Industrialisierung verfolgt wird, ist regionale Blockbildung

keine sich auszahlende Option, da es ja im wesentlichen auf die Mobilisierung der Kräfte des inneren Marktes ankommt. Selbst in Lateinamerika, wo im Rahmen der Lateinamerikanischen Freihandelszone (LAFTA) der Versuch gemacht wurde, die Importe substituierende Industrialisierung durch eine supranationale, regionale Ausweitung des Marktes zu stimulieren, ist dieser Ansatz fehlgeschlagen. Die erste Lehre ist daher einfach und klar: Die regionale Ausweitung des Marktes durch Bildung einer Freihandelszone oder Zollunion bringt nur dann positive Effekte, wenn die materialen Bedingungen für eine Vertiefung der Arbeitsteilung gewährleistet sind, wenn also ein Minimum intra-industrieller Spezialisierung bereits erreicht ist oder realistisch angestrebt werden kann.

Regionale Wirtschaftsblöcke in der (Dritten) Welt

Die wichtigsten RIAS zu Beginn der 90er Jahre sind in dem nachfolgenden Schaubild zusammengefaßt, und zwar nach dem Kriterium des Entwicklungsstandes der beteiligten Länder. Die EU integriert nur Industrieländer, auch wenn diese durchaus unterschiedliche Niveaus des Pro-Kopf-Einkommens aufweisen, viele RIAS in Afrika und Lateinamerika hingegen fassen lediglich Entwicklungsländer zusammen. Eine Ausnahme ist die nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA), in der die Industrieländer USA und Kanada und das Schwellenland Mexiko zusammengeschlossen sind. Nicht zufällig ist Mexiko etwa zeitgleich mit der Bildung der NAFTA in die OECD aufgenommen worden. Auch die Assoziation der AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) mit dem Lomé-Abkommen an die EG/EU könnte als eine solche Ausnahme interpretiert werden. Allerdings ist der Integrationsgrad sehr gering, auch wenn Zoll- und andere Präferenzen gewährt werden.

Daß die Intensität und Diversifizierung des Austausches zwischen Industrieländern höher als zwischen weniger

Regionale Integration von Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern

	Industrie-länder	Entwick-lungsländer	Schwellen-länder
Industrie-länder	EG/EU; EFTA	LOMÉ/APC	APEC
Entwick-lungsländer		ECOWAS; CEAO; UDEAC; SACU; LAIA; ANDEAN; PTA; CACM; CARRICOM	MERCO-SUR
Schwellen-länder	NAFTA		AFTA

- EG/EU Europäische Gemeinschaften/Europäische Union (1958)
- EFTA European Free Trade Association (1960)
- NAFTA North American Free Trade Association (1994)
- LOMÉ Abkommen zwischen EG und assoziierten Staaten aus Afrika, der Karibik und dem Pazifik (AKP-Staaten) (1975)
- ECOWAS Economic Community of West African States
- CEAO Communauté Économique de L'Afrique de L'ouest (1974)
- UDEAC Customs and Economic Union of Central Africa (1964)
- SACU South African Customs Union
- SADCC South African Development Coordination Conference
- LAIA Latin American Integration Association (1980)
- CARRICOM Carribean Common Market (1973)
- AFTA ASEAN Free Trade Area (1967/1993)
- MERCOSUR Mercado do Sur (1991)
- APEC Asian-Pacific Economic Cooperation (1989)
- CACM Central American Common Market (1960)
- PTA Eastern and Southern African Preferential Trade Area (1981)
- ANDEAN The Andean Group (1969)

schaftswachstum und internationalem Handel in der Region seit Mitte der 80er Jahre. Wie in der Weltwirtschaft während des »golden age« der 50er und 60er Jahre insgesamt, verdichten sich die Handelsbeziehungen auch in Südostasien. Die afrikanischen RIAs, ECOWAS, CEAO und UDEAC haben den Anteil des In-trablockhandels seit 1960 leicht erhöhen können. Er ist aber insgesamt unbedeutend und erreicht gerade einmal an die 10–12 Prozent. In Lateinamerika hat sich in der »ersten Welle« der regionalen Integration in den 60er Jahren der In-trablockhandel recht dynamisch entwickelt, um in den Jahrzehnten danach ab-zusinken und im »verlorenen Jahrzehnt« der Schuldenkrise fast bedeutungslos zu werden.

Intrablockhandel in regionalen wirtschaftlichen Zusammenschlüssen von Entwicklungsländern

RIA	1960	1970	1980	1989
ECOWAS	1,2	2,1	3,9	9,6
CEAO	2,0	9,1	6,9	12,6
UDEAC	1,6	3,4	4,1	5,9
PTA	n.a.	n.a.	9,4	9,9*
CARICOM	4,5	7,3	6,4	4,5
CACM	7,5	26,8	22,0	13,1
LAIA	7,7	10,2	13,5	10,8
ANDEAN	0,7	2,3	3,5	4,9
ASEAN	21,7	14,7	17,8	17,7

* 1988
Quelle: OECD

entwickelten Ländern ist, bestätigen die Berechnungen des Intrablockhandels in der sogenannten Dritten Welt. Die handelspolitische Integration ist nicht sehr hoch. Sie weist zum Teil sogar in den vergangenen Jahrzehnten eine abnehmende Tendenz auf. Eine Ausnahme bilden ASEAN/AFTA, dies aber weniger wegen der förmlichen regionalen Integration als wegen der höheren Dynamik von Wirt-

Kein Wunder, daß angesichts dieser Entwicklung und infolge der Enttäuschungen mit dem Projekt der Import substituierenden Industrialisierung entweder auf das Prinzip des globalen Freihandels gesetzt, oder ein neuer Anlauf in einer »zweiten Welle« der regionalen Blockbildung gestartet wird. Letztere Initiative ist naheliegend, weil die Bedeutung beinahe aller Regionen der Dritten

Welt in der Weltwirtschaft, gemessen am Anteil ihres Außenhandels an den Weltexporten, zurückgegangen ist. Dies gilt insbesondere für den afrikanischen Kontinent, dessen Anteil am Welthandel sich in den vergangenen Jahrzehnten von 4,2 % am Ende der 60er Jahre auf 2,0 % Ende der 80er Jahre mehr als halbiert hat. Afrika ist, wie es manchmal zynisch, manchmal melancholisch lautet, von der Weltwirtschaft »zwangsabgekoppelt«. Aber auch das Gewicht der regionalen Wirtschaftseinheiten in Lateinamerika ist geringer geworden. LAIA brachte 1966/68 einmal 2,8 % auf die Waagschale, heute sind es gerade 1,9 %.

Anteil von Ländern und RIAs an den Weltexporten, 1966-68 und 1987-89

USA Kanada	1966-1968 1987-1989	22,0 17,7
Japan	1966-1968 1987-1989	5,7 11,2
EG	1966-1968 1987-1989	39,8 45,6
EFTA	1966-1968 1987-1989	7,5 7,6
Australien und Neuseeland	1966-1968 1987-1989	2,2 1,6
ASEAN	1966-1968 1987-1989	2,4 3,6
Hong Kong, Süd-Korea, Taiwan	1966-1968 1987-1989	1,1 5,4
LAIA	1966-1968 1987-1989	2,8 1,9
ANDEAN	1966-1968 1987-1989	2,4 0,7
Afrika	1966-1968 1987-1989	4,2 2,0
Andere Regionen und Länder	1966-1968 1987-1989	9,9 2,8
Insgesamt	1966-1968 1987-1989	100,0 100,0

Quelle: OECD

Schwierige Wettbewerbsfähigkeit in der Geoökonomie

Der Anstieg des Intra-Blockhandels am gesamten Außenhandel der beteiligten Länder ist kein Indiz dafür, daß mit der Integration auch die Wettbewerbsfähigkeit im globalen Raum angestiegen wäre. Eher ist angesichts des Rückgangs des Anteils an den Weltexporten zu vermuten, daß der geringe Anstieg des Intra-Blockhandels die Verluste auf den Weltmärkten kompensieren mußte. Regionale Blockbildung also als Notanker, als zweitbeste Lösung gegenüber der Orientierung auf die Weltmärkte? Anders als noch zur ersten Welle der Blockbildung in den 60er Jahren haben RIAs nun eine Bedeutung (1) als mögliche »Konkurrenzgrenzen« gegen überlegene Konkurrenten, die unter dem Freihandelssystem, und unter dem Druck der globalen Finanzmärkte und infolge der Bedeutungslosigkeit von Transportkosten fast verschwunden sind, (2) als jene größeren Einheiten, in denen es Sinn macht, die Bedingungen der systemischen Wettbewerbsfähigkeit – gemessen am Stand der entwickelten Handelsnationen – zu erfüllen, (3) als Einheiten, mit denen auch der Währungskonkurrenz und den desaströsen Wirkungen von Spekulationsbewegungen gegen einzelne Währungen entgegengewirkt werden kann, (4) als ökonomisch untermauerte politische Zusammenschlüsse, »um den politischen Zusammenhalt der Mitgliedsländer zu fördern« (OECD), daher (5) als eine Maßnahme, mit der neoliberale Strukturanpassungen festgeklopft werden.

Dieses Strategiebündel ist auch eine Antwort auf die finanzielle Globalisierung, vor allem seit dem Ende des *Bretton-Woods*-Systems zu Beginn der 70er Jahre. Während die bislang diskutierte regionale Blockbildung in geographischem Raum und historischer Zeit verortet ist, hat mit der Herausbildung eines ungestüm expandierenden monetären Weltmarkts eine »Liquidierung« von Produktionsverhältnissen, eine »Entterritorialisierung« der Ökonomie, eine »Virtu-

alisierung« des Handels mit Dienstleistungen, von Direktinvestitionen und anderen Kapitalbewegungen stattgefunden. Die monetäre Akkumulation hat sich von den räumlichen, physischen Bindungen der realen Akkumulation so sehr entkoppelt, daß Währungs- und Finanzkrisen entstehen können, weil sich Spekulanten mit Papieren verwettet haben, die nicht etwa einen Anteil an der realen Wertschöpfung (am real produzierten Mehrwert und Profit) sichern, sondern ihre Wertsteigerungen (und Wertverluste) mit Kursbewegungen oder Indizes von Kursbewegungen erfahren. »Derivative Finanzinstrumente« haben mit der realen Ökonomie von Produktion, Konsumtion und Handel nur höchst vermittelt etwas zu tun; ihr in den vergangenen zehn Jahren zweistelliges jährliches Wachstum wird überhaupt nicht von der eher stagnativen Entwicklung von Weltproduktion und Welthandel getragen. Auf der anderen Seite jedoch beeinflussen die Kursbewegungen der darin angelegten Geldvermögen die reale Ökonomie sehr weitreichend, da erstens die Zinsansprüche real eingelöst und zweitens Verluste real gedeckt werden müssen. Dies läßt sich an einem Beispiel zeigen.

Keine rosigen Aussichten für die Blockbildung

Wenn die Zinsen in den USA sinken, wandert Kapital nach Mexiko, wo die Zinsen zur Attraktion von Kapital komparativ hochgehalten werden müssen, um das Handels- und Leistungsbilanzdefizit zu finanzieren. Können aber höhere Kapitalerträge infolge steigender Realzinsen in den USA erwartet werden, wird Kapital aus Mexiko abgezogen (IMF 1994: 48 ff.) – wie Ende 1994 plötzlich und lawinenartig. Knapp ein Jahr nach Bildung von NAFTA erzwang die massive Kapitalflucht aus Mexiko zwischen dem 16. und dem 30. Dezember 1994 eine fast 100%ige Abwertung des Peso. Die Reserven der Zentralbank konnten die Talfahrt nicht stoppen. Mexiko war nur mit Kapitalhilfen vor der Zahlungsunfähigkeit zu ret-

ten. Dabei allerdings zeigte sich die neue Qualität, die NAFTA Mexiko beschert hatte. Denn das Land erhielt das größte Hilfspaket, das jemals in der Geschichte für ein Land geschnürt worden war: 17,8 Mrd. US\$ vom IWF, 10 Mrd. US\$ von OECD-Ländern, vermittelt durch die BIZ in Basel, 1 Mrd. US\$ als Swap-Kredit von der Bank of Canada und bis zu 20 Mrd. US\$ von seiten der USA für einen Exchange Stabilization Fund. Die Bedingungen dieses Kreditpakets von an die 50 Mrd. US\$ sind vom IWF ausgearbeitet und stellen ein hartes Austerity-Programm dar, das vor allem eine reale Senkung der Masseneinkommen einschließt. Mit diesem Kreditpaket erhöht sich die mexikanische Außenschuld, die in den vergangenen Jahren leicht abgebaut werden konnte. Die Kredite werden nicht ungesichert vergeben. Die Kreditgeber haben sich die zukünftigen Einnahmen aus Erdölexporten als Sicherheiten überschreiben lassen (Vgl. dazu Banamex, Jan.–Febr. 1995: 19 ff.). So stellt sich der »lock-in«-Effekt neoliberaler Strukturreformen und Konditionalisierung der Zivilgesellschaft im Konkreten dar. Das Volk wird zur Kasse gebeten.

Das Resümée ist nicht sehr hoffnungsfroh. In der Welt der Industrieländer hat die »Triadisierung« zu einer schärferen Konkurrenz bis zum Handelskrieg beigetragen – dabei aber auch zu einer beträchtlichen Steigerung der Konkurrenzfähigkeit, zumal im Vergleich mit den Ländern der Dritten Welt. Vom freien Handel ist keine Lösung der Entwicklungsprobleme der meisten Drittweltländer zu erwarten, auch wenn die Ideologie unverdrossen von den komparativen Kostenvorteilen schwärmt. Protektionistische Abschottung, wie sie Friedrich List vor mehr als 100 Jahren vorschlug, ist aber erst recht keine Lösung, wenn die Währungen konvertibel und das Geldkapital in höchstem Grade mobil ist. Also bleiben nur die Versuche der regionalen Blockbildung. Die Aussichten, unter ihrem Schutz die Entwicklung ankurbeln zu können, sind nicht rosig. Aber etwas Besseres gibt es derzeit nicht.

NAFTA oder: Die Regionalisierung des Nord-Süd-Konflikts?

Seit eineinhalb Jahren ist das nord-amerikanische Freihandelsabkommen NAFTA (North American Free Trade Agreement) zwischen den USA, Mexiko und Kanada in Kraft. Damit wurde erstmals eine Freihandelszone zwischen einem »Schwellenland« und Ländern der sog. »Ersten Welt« geschaffen.

Immer wieder spüren die Mexikaner die Übermacht vom »Koloß im Norden« (Jose Marti), während die USA vielfältige Probleme mit ihnen haben. Heutige Unstimmigkeiten zwischen den *distant neighbors* (Alan Riding) bestehen durch Drogenschmuggel und illegale Einwanderung in die USA, durch Mexikos hohe Verschuldung (bei US-Banken), nach Norden gerichtete Kapitalflucht und Umweltverschmutzung, durch Differenzen in der Außenpolitik (z. B. über Kuba).

Daß sich die Regierungen in Nord und Süd des Kontinents in den letzten Jahren zaghaft annähern, liegt primär daran, daß die 80er Jahre für Lateinamerika ein »verlorenes Jahrzehnt« darstellten und nun neue Optionen ausprobiert werden. Speziell aus der Perspektive Mexikos hatte die Schuldenkrise von 1982 offeriert, daß die alte »importsostituierende Entwicklung« erfolglos war. Daher wurden Wirtschaftsreformen eingeleitet, und mit der Präsidentschaft Salinas (ab 1988) wandelte sich die *Yankeeophobia* zu einer – umstrittenen – Annäherungspolitik an die USA. Das Land soll mittels »neoliberaler Reformen« für die Bedürfnisse des internationalen Kapitals hergerichtet werden. Deregulierung, Privatisierung und die Umschuldungsvereinbarung mit den USA (*Brady-Plan* 1990) waren wichtige Schritte dafür. Vor dem Schritt eines Freihandelsabkommens mit den USA hatte Salinas Kapital aus Europa erhofft, doch die EU war mit eigenen Problemen und der teuren Stabilisierung der

osteuropäischen Reformstaaten belastet. Eine engere Anlehnung an die USA schien daher die beste Option. Mittels NAFTA hoffte die mexikanische Elite das Desinteresse der USA an der ökonomischen Entwicklung des Südens und die protektionistischen Tendenzen in den USA (der GATT-Abschluß war noch offen) zu überwinden. Zudem reizte die Aufnahme in die Erste Welt. So forcierte die Regierung Salinas die Wirtschaftsgespräche mit den USA und investierte zur Durchsetzung von NAFTA knapp 30 Mio. für Lobbyarbeit in Washington.

Auf der nördlichen Seite des Rio Grande steckte die Wirtschaft der USA seit den Jahren in einer Strukturkrise. Gleichzeitig erhöhte die Internationalisierung ihre Auslandsabhängigkeit. Reagan reagierte u. a. mit einer offensiveren Außenhandelspolitik und der Ausweitung der Handelsbeziehungen mit den Nachbarn. Das wichtigste Motiv der USA für NAFTA ist die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den anderen Triade-Mächten Japan und EU. Außerdem erhoffen sie einen sichereren Zugang zu strategischen Rohstoffen (Erdöl). Wirtschaftswachstum in Mexiko ist Voraussetzung für die Schuldentrückzahlung und würde einen großen Markt für die USA entstehen lassen. NAFTA dient auch als eine Art »Versicherung« für die wirtschaftsliberalen Reformmaßnahmen in Mexiko. Insgesamt soll Mexiko durch NAFTA ökonomisch und politisch stabilisiert werden, um die von dort ausgehenden Risiken (Einwanderung, Drogenschmuggel) einzudämmen.

Ausgangsbasis für die Verhandlungen mit Mexiko war das schon seit 1989 geltende Freihandelsabkommen zwischen USA und Kanada. Weil jedoch viele Kanadier um ihre Kultur und ihren Wohlfahrtsstaat fürchten, sind sie der zurückhaltende NAFTA-Partner. Allerdings be-

greift man sich zunehmend als »kontinentale Schicksalsgemeinschaft«. Schon frühzeitig förderte hingegen die berüchtigte »Trilaterale Kommission« die Durchsetzung von NAFTA.

Schon 1965 wurde mit dem *Maquiladora-Programm* eine Art Wirtschaftszone im Norden Mexikos geschaffen: Zollfreiheit und andere günstige Wirtschaftsbe-

dingungen für ausländische Unternehmen lockten knapp 2 000 Montagebetriebe an (etwa 500 000 Beschäftigte). Sie gehören meist US-Konzernen, die wegen der niedrigen Löhne hohe Profite realisieren. Aber gerade wegen der niedrigen Lohn-, Arbeits- und Umweltstandards ist das *Maquiladora-System* umstritten, und US-Gewerkschaften befürchten künftig erneut den Verlust von 500 000 Jobs.

Durch NAFTA nun sollen in den kommenden 15 Jahren schrittweise die Handelshemmnisse reduziert werden. Konfliktreich dürfte der Abbau »nichttarifärer Handelshemmnisse« (z. B. Subventionen) verlaufen, weil damit politisch und ökonomisch-kulturelle Traditionen umgewälzt werden. Für »Ökologie« und »Arbeitsbeziehungen« bestehen Zusatzabkommen, die jedoch nur begrenzte Wirkung haben. Den NAFTA-Opponenten reichen sie nicht aus.

NAFTA ist primär ein Investitionsvertrag oder »Deregulierungsabkommen« (R. Gephardt), mit dem die Möglichkeiten und Sicherheiten insbesondere für US-Investoren in Mexiko erleichtert werden mittels Rechtsgarantien für Auslandsinvestoren, Veränderungen des Kartellrechts, des Urheber- und Patentrechts



Amerika-Gipfel in Miami 1994: 34 amerikanische Staaten vereinbaren eine gesamt-amerikanische Freihandelszone bis zum Jahr 2005.

Foto: dpa

und ähnlichen Regelungen, die meist über die GATT-Verträge hinausgehen.

Die Folgen von NAFTA

Die Größen- und Entwicklungsunterschiede der drei Länder erklären die unterschiedliche Relevanz des Abkommens und seiner potentiellen Folgen. Schon vor Inkrafttreten von NAFTA waren die Zölle zwischen ihnen niedrig und die Handelsbeziehungen gut entwickelt. Die aktuellsten Schätzungen reichen für die USA von 100 000 neuen Arbeitsplätzen bis zu einem Verlust 10 000. Für Mexiko hingegen sehen nach der Peso-Krise die Szenarien schlecht aus, weil Kapital abgezogen wurde, die Nachfrage sank und Firmen mangels Ressourcen nicht mehr produzieren können. Andererseits steigen Auslandsinvestitionen in den Branchen Automobil und Finanzdienstleistung.

Da NAFTA eine wirtschaftsliberale Integrations- und Expansionsstrategie ist, birgt sie entsprechende Risiken, wie sich bereits im April 1994 zeigte, als die Regierungen in Washington und Ottawa erstmals den Peso stabilisieren mußten. Die Peso-Krise vom Januar 1995 über-

traf dann alle Befürchtungen. Mittlerweile artikuliert sich die Frustration der USA mit NAFTA darin, daß Freihandelsverträge mit Ostasien oder mit der EU vorge schlagen werden.

Die Hoffnung der NAFTA-Befürworter in den USA, das Abkommen könne die illegale Immigration aus Mexiko stoppen oder reduzieren, hat sich bislang nicht erfüllt. Eher nehmen Stimmung und staatliche Maßnahmen gegen illegale Einwanderer zu. Für die schwachen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen in den USA erhöht sich mit NAFTA der Druck gegen mühsam erkämpfte Standards. Im Kampf gegen NAFTA entwickelten sich allerdings erstaunliche grenzüberschreitende »zivilgesellschaftliche« Netzwerke.

Auch die Ansicht, durch NAFTA Wirtschaftswachstum und Stabilität in Mexiko zu schaffen, scheint widerlegt. So forcierte die neoliberale Politik in Mexiko immense Ungleichheiten und förderte den bewaffneten Aufstand in Chiapas. Dieser ist mittlerweile zusammen mit der »Peso-Krise« zu einer riskanten Herausforderung geworden.

Eine Süderweiterung von NAFTA ist unrealistisch. Alle drei NAFTA-Staaten werden derzeit intern von immensen ökonomischen, politischen und kulturellen Konflikten herausgefordert. Hinzu kommen ihre Bedenken, daß die jeweilige Souveränität zunehmend eingeschränkt werden könnte. Der nationalistische US-Kongreß hat wenig Interesse an einer Süderweiterung NAFTAs, weil der Handel dorthin unbedeutend ist. Daher hat der Beschluß auf dem »amerikanischen Gipfel« in Miami im Dezember 1994, bis zum Jahr 2005 eine »Free Trade Area of the Americas« zu schaffen, kaum Realisierungschancen. Zugleich haben sich aber in Lateinamerika die subregionalen Handelsabkommen vervielfacht und vertieft (z. B. Mercosur), wobei Mexiko zunehmend »zum Zentrum regionaler Präferenzabkommen in der Region« avanciert.

Ähnlich wie für die EU gegenüber Osteuropa besteht für die USA gegenüber Lateinamerika ein Dilemma darin, daß sie sich einerseits abschotten möchten

von deren sozioökonomischen Problemen. Andererseits droht die »Chaosmacht« (*Senghaas*) dieser Region, und die Großmächte interessieren sich für die ökonomischen Potentiale dieser Region. Da Abschottung keine langfristig erfolgreiche Strategie darstellt, scheint die stufenweise Annäherung eine sinnvolle Alternative zu sein. Von linken Experten wird aber moniert, daß NAFTA zwar eine notwendige, nicht aber eine hinreichende Bedingung für die Entwicklung Lateinamerikas darstelle. Sie fordern Sozial- und Strukturfonds wie in der EU.

Die Ebene der Triade-Regionen

Hier bezieht sich Regionalisierung auf intensive ökonomische und politische Verflechtung zwischen verschiedenen Staaten zur Verbesserung ihrer Stellung im globalen Kontext. Bei einer »Triade-Region« handelt es sich um Regionen, die den Triade-Mächten zugeordnet werden können.

Der weltweite Trend zu regionaler Wirtschaftsintegration basiert zum einen auf der Einsicht, daß heute die nationale Ebene zu klein ist, um sich der globalen Konkurrenz erfolgreich zu stellen. Zum anderen scheint die globale Ebene zu groß und komplex, um dort zufriedenstellende Regelungen vereinbaren und durchsetzen zu können. Die Strukturkrise aller Triademächte führt sie zu externen Wachstumsversuchen (Zugang zu Märkten und Ressourcen). Die grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Interaktionen haben einen Umfang erreicht, der die Politik nötigt, den Transfer von Arbeitsplätzen ins Ausland zu minimieren, während die Wirtschaftsführer genötigt sind, ihre Investitionen durch entsprechende Abkommen abzusichern. Zudem unterminiert die Globalisierung die Steuerungskapazität des Nationalstaates, so daß nationale Regierungen versuchen, dies durch Zusammenarbeit mit anderen Staaten auszugleichen. Für die herrschenden Eliten in den Metropolen bedeutet diese Handlungsebene eine zusätzliche Legitimierung des »Sachzwangs Weltmarkt« (*Altwater*), mit dem

sie oppositionellen Kräften entgegentreten.

Die Triade-Regionalisierung erhält durch die politischen Steuerungsversuche (z. B. per NAFTA, Maastricht oder APEC) eine neue Qualität. Intern sind die Triade-Regionen hinsichtlich Macht, Wohlstand und Sicherheit sehr hierarchisiert. Gerade das macht ihre besondere Bedeutung aus. Erste Welt und Zweite bzw. Dritte Welt treffen in neuer Qualität aufeinander. Die Beziehungen werden enger als früher, u. a. weil andere Strategien nicht »fruchteten«. Es findet also eine Art »Regionalisierung des Nord-Süd-Konfliktes« statt mit der Folge, daß nun die Entwicklungsunterschiede kleinräumiger und direkter wahrgenommen und bearbeitet werden können bzw. müssen. Auf der einen Seite könnten die Bedrohungs- bzw. Verlustängste in den reichen Staaten nicht zuletzt wegen der internen Krise weiter steigen. Auf der anderen Seite könnten in den ärmeren, unterprivilegierten Ländern die »Verlockungen des Nordens« zunehmen, doch zugleich antimodernistische bzw. antikapitalistische Strömungen stärker werden. Auf beiden Seiten dürften daher Fundamentalisten, Rassismen und Nationalismen potentiellen Konfliktstoff bieten.

Anders betrachtet, werden gerade aufgrund der politischen Regulierungen die »stummen Zwänge der Verhältnisse« verbalisiert und offener »verhandelbar«. Durch diese »neue Nähe« könnten Konfliktausbrüche womöglich eher verhindert werden, denn auf beiden Seiten gibt es Nutznießer, und von den jeweils erhofften Synergieeffekten der Regionalisierung möchte niemand ausgeschlossen werden. Es scheint, als würde der Nord-Süd-Konflikt mit NAFTA in ein neues Stadium treten und qualitativ neue Herausforderungen mit sich bringen. Daher sind dringend neue politische Konzepte gefordert, denn wie NAFTA zeigt, ist »der Markt« kein solches.

EDELBERT RICHTER/

MARITTA STRASSER

Mit der EWU zu einer Regulierung des Weltfinanzmarktes?

Daß die gewachsene Mobilität des weltweiten Kapitals beträchtliche Gefahren birgt, hat sich spätestens seit der spektakulären Pleite der Barings-Bank durch den Handel mit Derivaten und den Währungsproblemen Mexikos herumgesprochen. Die Interventionsmöglichkeiten der Notenbanken geraten an eine Grenze, wenn die täglichen Umsätze an den Devisenmärkten die Devisenreserven der westlichen Welt um fast 100 % übersteigen. Auch die Erfolgsbedingungen für eine keynesianische Wirtschaftssteuerung sind auf nationaler Ebene seit Anfang der 80er Jahre immer weniger gegeben, denn den sozial- und wirtschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten steht eine internationale Ökonomie entgegen, die die erreichten Erfolge sogleich wieder zunichte zu machen droht. Der Handlungsspielraum für Politik überhaupt wird, so nicht bedeutende Anstrengungen zu seiner Rückgewinnung gemacht werden, mehr und mehr verloren gehen.

Die Auslandsguthaben der Banken sind weltweit dramatisch angestiegen. Bei diesem Umfang global mobilen Kapitals kann die nationale Zentralbank nicht mehr, wie Keynes noch erwartete, die Zinssätze absenken, um Realinvestitionen profitabel zu machen und auf diese Weise Arbeitsplätze zu schaffen. Die Mechanismen der globalen Kapitalmärkte hintertreiben die makroökonomische Steuerung.

Deshalb ist es nur schwer hinnehmbar, daß die wirtschaftliche Situation mehr und mehr in die Abhängigkeit dieses Glücksspiels gerät. Eine Kontrolle und internationale Regulierung der Finanzmärkte wäre nötig zur Eindämmung der Spekulation, aber auch, um die wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume zurückzuerobern.



Mitterrand und Beregovoy beim Maastricht-Gipfel 1991
Foto: AP

I.

Dafür besteht gegenwärtig mit der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion eine Chance. Der Markt von über 400 Millionen Menschen wäre stark genug, den Zyklen der Weltökonomie steuernd entgegenzuwirken – vorausgesetzt, die Europäische Wirtschaftspolitik fände ihre einheitlichen Steuerungsinstrumente und den sie tragenden politischen Konsens. Durch die Währungsunion könnte die Rolle des Dollars als Leitwährung eingeschränkt werden, und das wirtschaftliche Gewicht der EU könnte, den entsprechenden politischen Willen vorausgesetzt, eine Regulierung der internationalen Finanzmärkte endlich möglich machen. Immerhin dient ein beachtlicher Teil des internationalen Kapitalverkehrs dem Ausweichen vor Steuerbelastungen, zumeist der Einkommensteuer auf Zinserträge. Auch um eine wirksame Besteuerung dieser Einkünfte durchsetzen zu können, sind Regulierungen des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs unverzichtbar. Nur wenn der

Staat Zinseinkünfte besteuern kann, kann er die stattfindende Verlagerung – schrumpfende Einkommen aus Erwerbsarbeit, steigende Einkommen aus Vermögen – durch Umverteilung ausgleichen. Zur Unterbindung des kurzfristigen spekulativen Kapitalverkehrs wäre eine Devisenumsatzsteuer ein geeignetes Instrument.

In den USA werden übrigens nach den Erfahrungen mit dem organisierten Verbrechen in den 20er und 30er Jahren die Geld- und Kapitalmärkte wesentlich strikter überwacht als im Rest der Welt, insbesondere auch in Europa! Fritz Scharpf hat schon 1987 die Frage erörtert, ob angesichts der Bedrängnis, in die die keynesianische Politik auf der nationalen Ebene geraten ist, ihre Fortsetzung auf europäischer Ebene möglich sei. Für eine erfolgreiche Politik der Nachfrigesteuerung ist aber eine konzentrierte Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik erforderlich. Scharpfs Antwort fiel damals skeptisch aus.

Erstens erschwere der hohe Konsensbedarf der europäischen Politik institutionelle Reformen, die einen nationalen Kompetenzverzicht in Währungsfragen erfordern. Wenn die europäischen Zuständigkeiten im Rahmen der wwu in die Fiskalpolitik hinein erweitert würden und die Mitgliedstaaten sich zugleich weitgehende Mitsprache- und Zustimmungsrechte sicherten, würde es nicht die notwendigen situationsgerechten und raschen Entscheidungen auf dem Feld der internationalen Wirtschaftspolitik geben können. Unter Umständen könne durch den Immobilismus Europäischer Institutionen im Gefolge der Währungsunion sogar Handlungsspielraum verlorengelassen, anstatt daß er vergrößert wird.

Da *zweitens* die Europäische Union aufgrund ihres geringen eigenen Haushalts selbst nicht in der Lage sei, eine antizyklische Fiskalpolitik umzusetzen, ginge es um eine Koordination zwischen europäischer Geldpolitik und nationalen Fiskalpolitiken. Die Mechanismen dafür seien noch nicht in ausreichendem Maße in der Diskussion. Die nationalen Parla-

mente würden wohl ihre Entscheidungsbefugnis über Steuern, Ausgaben und Defizite eifersüchtig verteidigen.

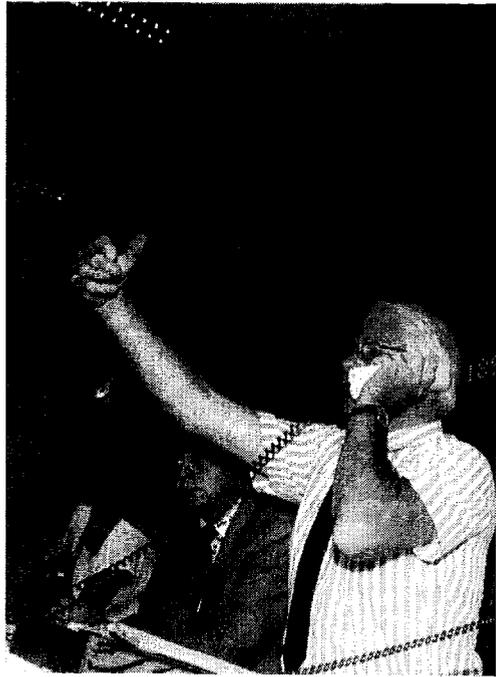
Eine Koordination von Geldpolitik und Fiskalpolitik könnte aber auch nach dem in der Bundesrepublik praktizierten Muster stattfinden über eine unabhängige Europäische Zentralbank, die jeden Versuch einer überproportionalen Expansion mit Geldverknappung bestrafe. Wenn aber die Koordination von Geld- und Fiskalpolitik durch alleinige Vorgabe der Geldmengenziele stattfände und gleichzeitig die nationale Souveränität in der Finanzpolitik formal unangetastet bliebe, so wäre man, dies ist Scharpfs *dritter* Einwand, statt bei dem angestrebten Keynesianismus bei einem institutionell begründeten europäischen Monetarismus gelandet. In der Folge sind die Möglichkeiten für eine Vollbeschäftigungspolitik nicht viel besser geworden, als sie unter der derzeitigen Ägide des nationalen Monetarismus schon waren.

Werde die Koordination von Geldpolitik und Lohnpolitik ins Auge gefaßt, sei eine Einigung noch schwieriger.

II.

Inzwischen hat der Vertrag von Maastricht europäische Handlungsmöglichkeiten eröffnet, die durchaus noch nicht voll genutzt worden sind.

Die außenwirtschaftliche Handlungsfähigkeit der EU ist relativ groß. Im Bereich Außenhandel (Zölle, Mengen, Antidumping) und Kapitalverkehr hat die EU gegenüber ihren Mitgliedstaaten ausschließliche Kompetenz, in den Bereichen Assoziationsverträge (incl. Handel und Kooperationsvorgaben), Arbeit und Entwicklungspolitik hat sie starke ergänzende bzw. konkurrierende Kompetenzen. Die außenwirtschaftspolitischen Beschlüsse erfordern in der Regel die qualifizierte Mehrheit, so die Modifizierung des Zugangs zu den europäischen Märkten (EU Vertrag Art. 113) und der Abschluß von außenwirtschaftspolitischen Verträgen (Art. 228). Von dieser Seite her scheint die Gemeinschaft also durchaus in der Lage, den für eine Regulie-



US-Dollar unter Druck

Foto: dpa

rung des Weltfinanzmarktes notwendigen Druck zu erzeugen.

Die Zuständigkeiten der Gemeinschaft sind seit Maastricht teils erweitert, teils wurden bestehenden Zuständigkeiten mehr Gewicht gegeben. Durch die Wirtschafts- und Währungsunion sind beim Rat Verfahren für eine Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitiken (über die Ausarbeitung von Konvergenzprogrammen) und für eine Kontrolle der Haushaltspolitiken eingeführt worden (bis hin zu Sanktionen für den Fall, daß die Empfehlungen des Rates ignoriert werden). Mit dem Kohäsionsfonds und dem Strukturfonds hat die Gemeinschaft auch einen (begrenzten) finanziellen Spielraum für eine genuine europäische Industriepolitik. Gerade in der Frage des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in Europa ist es wichtig, daß das europäische Interesse gegenüber den nationalen Politiken noch mehr Gewicht bekommt. Mit dem Fortschreiten der Währungsunion wird auch die Kompetenz für die Geld- und Zinspolitik auf die europäische Ebene übergehen. Eu-

ropa verfügt dann über eine von den Regierungen politisch unabhängige Zentralbank. Würde dann der ebenfalls im Maastrichter Vertrag vorgesehene Dialog der Sozialpartner in eine europäische Lohnpolitik einmünden, wäre der Werkzeugkasten keynesianischer Steuerungsinstrumente auf europäischer Ebene in Funktion.

Das Feld der Gebiete, auf denen der Rat mit Mehrheit entscheiden kann, ist erweitert worden. Das heißt, daß die lähmende Blockadepolitik einzelner Staaten jetzt öfter durchbrochen werden kann, ebenso wie die Notwendigkeit, sich deren Zustimmung mit Zugeständnissen in anderen Bereichen zu erkaufen. Freilich gelten immer noch für ein breites Spektrum von Entscheidungen Verfahren, die eine stimmige Entscheidung des Rates erfordern.

Die Rolle des Europäischen Parlaments ist gestärkt worden. Dank des neuen Verfahrens der Mitentscheidung kann es erstmals Vorschläge auch gegen das Votum des Rates endgültig scheitern lassen oder in einer zwischengeschalteten Vermittlungsrunde verändern.

III.

Scharpfs Skepsis gegenüber dem erforderlichen nationalen Kompetenzverzicht in Währungsfragen ist durch den Beschluß zur wwu in Maastricht insofern widerlegt, als die Einrichtung eines Europäischen Zentralbanksystems beschlossen worden ist, das in Analogie zur Deutschen Bundesbank tatsächlich unabhängig von den Organen der Gemeinschaft und den Regierungen der Mitgliedstaaten sein soll. So wie es konstruiert ist, müßte es zu den währungspolitisch notwendigen raschen Entscheidungen in der Lage sein. Die Frage ist nur, wann diese Institution zustande kommt.

Das Problem seines zweiten Einwands – die Koordinierung von Geld- und Steuerpolitik – ist insofern einer Lösung näher gebracht worden, als der Rat jetzt das Recht hat, die Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten zu kontrollieren, den Mitgliedstaaten Empfehlungen zu geben

und bei deren Mißachtung zu Sanktionen zu greifen. Freilich muß der Rat bei der Steuerharmonisierung immer noch einstimmig beschließen.

Daß statt europäischem Keynesianismus europäischer Monetarismus das Ergebnis der wwu sein könnte, trifft jedoch insofern nach wie vor zu, als das Hauptziel der Wirtschafts- und Währungsunion offenbar die Preisstabilität ist, hinter der ökologisch verträgliches Wachstum, Beschäftigung und soziale Sicherung eindeutig zurücktreten. Die Gleichberechtigung dieser Ziele ist schon 1992 vom Europaparlament angemahnt worden, und ihre mangelnde Berücksichtigung kann die wwu scheitern lassen. Das Projekt Währungsunion ist auch ambivalent, weil es die EU in Hartwährungs- und Weichwährungsländer zu spalten droht. Dennoch ist es notwendig, und zwar nicht nur wegen der zumeist betonten Senkung der Transaktionskosten. Viel wichtiger ist es, unter den sich rasch wandelnden Bedingungen auf dem internationalen Finanzmarkt dessen Risiken einzudämmen.

Das Europäische Parlament hat im Dezember 1993 einen entsprechenden Vorstoß gemacht, indem es feststellte, daß »weltweite Finanzmärkte« eine weltweite Aufsicht« notwendig machen, und empfahl, die Europäische Union möge (befristete!) Maßnahmen zu Beschränkung des freien Kapitalverkehrs treffen, sie solle eine Steuer auf Devisengeschäfte in Erwägung ziehen oder sie solle mit den USA und Japan ein Währungsabkommen zur Harmonisierung der Steuerpolitiken ins Auge fassen.

IV.

Mit der geplanten wwu wird zwar eine keynesianische Wirtschaftssteuerung auf europäischer Ebene noch nicht möglich, aber die Chancen einer Regulierung des Weltfinanzmarktes sind gestiegen. Wenn man die Wirtschafts- und Währungsunion in der beschlossenen Form bejaht, erweist man zwar der dringend notwendigen Regulierung der Weltwirtschaft einen Dienst, verzichtet aber zugleich

(jedenfalls zunächst) auf eine soziale (und ökologische) Gestaltung Europas. Die wwu ist zu einseitig am Ziel der Preisstabilität orientiert, als daß sie ohne Bauchschmerzen akzeptiert werden könnte! Aber wir müssen sie akzeptieren, um einer künftigen sozialen Gestaltung eine feste Grundlage zu verschaffen. Auch deshalb gibt es zu der globalen Orientierung keine Alternative.

RUDOLF KUDA

Sozialdumping und Ökodumping

Auf der einen Seite stehen die gesellschaftspolitischen Herausforderungen, die sich aus Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung ergeben. Sie unterstreichen die Dringlichkeit einer sozial-ökologischen Reformstrategie, die das Engagement für die Schaffung von Arbeit und für den Schutz der Umwelt zusammenführt.

Auf der anderen Seite stehen die wettbewerbspolitischen Herausforderungen, die sich aus dem Umbruch der privatkapitalistischen Wirtschaftssysteme und aus dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Gesellschaftssysteme, aus der Internationalisierung der Produktionsbeziehungen und aus der Globalisierung der Finanzbeziehungen ergeben. Aus ihnen werden die Drohungen einer politökonomischen Restaurationsstrategie hergeleitet, die den Abbau von sozialen Schutzrechten und die Rücknahme von ökologischen Gestaltungskonzepten ins Zentrum rückt.

Im Mittelpunkt aller strategischen Optionen steht eine solidarische Gestaltung der internationalen Arbeitsteilung im Zeichen verschärfter Weltmarktkonkurrenz.

Neues wettbewerbspolitisches Leitbild

Perspektivlos ist das Leitbild des traditionellen Verdrängungswettbewerbs. Dessen Verfechter setzen im Kampf um vorhandene Märkte auf Senkung der Arbeitskosten und Verlängerung der Arbeitszeiten, auf geringere Unternehmenssteuern und niedrigere Sozialleistungen, auf Sozial- und Umwelt-Dumping. Der Preis für die Senkung der einzelwirtschaftlichen Kosten ist die Steigerung der gesellschaftlichen Lasten – und zwar in allen Ländern. Auf diese Weise wird die private Kaufkraft und staatliche Finanzkraft gesenkt, der Schutz der Arbeitskräfte und die Zahl der Arbeitsplätze abgebaut. Letztlich würde die Standortqualität der Betriebe nirgends verbessert, die Lebensqualität der Bevölkerung weltweit verschlechtert.

Perspektivreich kann nur das Leitbild eines innovativen Entwicklungswettbewerbs werden. Dessen Fürsprecher setzen auf die Erschließung neuer Märkte durch technische und gesellschaftliche Neuerungen, durch Prozeß- und Produktinnovation, durch sozialen Aufbau und ökologischen Umbau – und zwar nicht nur in der Bundesrepublik. Das ist vereinbar mit dem Engagement gegen tarifpolitische Restriktionen und für beteiligungspolitische Reformen, gegen Sozialabbau und für umweltpolitische Initiativen. Auf diese Weise wäre nicht nur die Standortqualität der Betriebe zu sichern, sondern auch die Lebensqualität der Bevölkerung zu steigern.

Strategische Optionen

Für die Umsetzung eines neuen wettbewerbspolitischen Leitbildes gibt es eine unabdingbare Voraussetzung. Das ist die vermehrte politische Kooperation als Antwort auf die verschärfte wirtschaftliche Konkurrenz. Dafür existiert eine institutionelle Basis mit den internationalisierten Wirtschaftsorganisationen wie dem Weltwährungsfonds und der Weltbank, der alten internationalen Arbeitsorganisation (IAO) und der neuen Welt handelsorganisation (WTO), aber auch mit

den regionalisierten politischen Strukturen, vor allem der Europäischen Union. Dafür lassen sich zugleich inhaltliche Ansatzpunkte benennen, darunter insbesondere eine Begrenzung der währungspolitischen Konflikte, eine Erweiterung der handelspolitischen Kooperation sowie eine Erneuerung der gesellschaftlichen Zusammenarbeit über nationale politische Schranken und regionale wirtschaftliche Blöcke hinaus.

Eine Begrenzung von währungspolitischen Konflikten muß vor allem darauf gerichtet sein, den Einfluß der Devisenspekulation auf die Wechselkurse zu vermindern. Es ist nicht richtig, daß die Entwicklung der Wechselkurse nicht mehr von den realen Wirtschaftsbeziehungen beeinflußt, sondern nur noch von den nominellen Finanzbeziehungen diktiert wird. Auf längere Sicht spiegeln die Währungshierarchien durchaus die Wettbewerbshierarchien wider. Im Trend ist die Aufwertung des japanischen Yen und der deutschen Mark die Konsequenz einer verbesserten Wettbewerbsposition, die Abwertung anderer europäischer Währungen und des US-Dollars die Folge einer verschlechterten wettbewerbpolitischen Position. Auf kurze Sicht dagegen kommt es offenkundig bei deregulierten Finanzmärkten und entfesselter Devisenspekulation zu erratischen Kursschwankungen. Hier sind die praktischen Möglichkeiten der internationalen währungs- und wirtschaftspolitischen Koordinierung in der Vergangenheit – Stichworte: *Plaza-* und *Louvre-*Abkommen – bewiesen, in der Gegenwart jedenfalls nicht ausgeschöpft und ausgetestet.

Das gilt schon für die Triade. Dort besteht auch heute – so der erste Schritt – die Möglichkeit von abgestimmten Stützungskäufen für den Dollar und koordinierter Zinspolitik durch die Zentralbanken, um die Wechselkurse weltweit zu stabilisieren. Hier ist es gerade heute notwendig, die begonnene Debatte über weitergehende Kontrollmaßnahmen auf eine breitere Basis zu stellen. Ihr Ziel muß es sein, den Anreiz für spekulative Devisentransfers zu vermindern. Die

Mittel reichen von strengeren Publizitätsvorschriften für internationale Devisentransaktionen und Offenlegung von Spekulationsgewinnen aus Devisengeschäften bis zur Einführung einer Steuer auf kurzfristige Devisenumsätze oder erhöhte Eigenkapital-Deckungsquoten für derivative Finanzgeschäfte.

Das gilt erst recht für die Europäische Union. Hier wird das Projekt der Europäischen Währungsunion – sei es über den Wegfall, sei es über die dauerhafte Festschreibung der Wechselkurse – der Spekulation handfeste Grenzen setzen. Ebenso muß das Projekt der Währungsunion – nicht nur wegen seiner wettbewerbpolitischen Vorteile für Aufwertungsländer – durch eine europäische Beschäftigungsinitiative vorbereitet und durch die Verpflichtung der Gemeinschaft auf das Beschäftigungsziel bei der Revision des Maastricht-Vertrags ergänzt werden.

Eine Erweiterung der handelspolitischen Kooperation verlangt nicht nur den Abbau von Handelshemmnissen, der mit der GATT-Reform vorwärts gebracht wurde. Sie verlangt darüber hinaus zusätzliche multilaterale Gestaltungskriterien jenseits abstrakter Freihandelsdogmen und konkreter Protektionismuspraktiken.

Der Austausch zwischen den hochentwickelten Ländern der Triade, insbesondere zwischen der EG und Japan, sollte auf der Basis von Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit organisiert werden. Kriterien für eine gemeinsame Außenhandelspolitik aller EG-Länder wären hier: Anti-Dumping-Regelung mit dem Ziel, Verkäufe unterhalb von Herstellungskosten plus Transportkosten plus angemessene Gewinnmarge zu diskriminieren; Gegenseitigkeits-(Reziprozitäts-)Regeln mit dem Ziel von gleichen Bedingungen auf allen Exportmärkten; *local-content*-Auflagen für Direktinvestitionen mit dem Ziel, Beschäftigungs- und Regionalentwicklung zu stabilisieren.

Der Austausch zwischen hochentwickelten Metropolen und weniger entwickelten Peripherien dagegen muß auf

der Basis des Solidaritäts- und Gerechtigkeitsprinzips organisiert werden. Einerseits sind Vorleistungen der ökonomisch starken Industrieländer notwendig. Sie müssen den ökonomisch schwächeren Drittländern die Teilhabe an der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung ermöglichen und erleichtern. Darunter fallen monetäre Hilfsmaßnahmen, von kurzfristiger Katastrophenhilfe bis zu mittelfristigem Schuldenstreichen; außerdem realwirtschaftliche Umstellungsprogramme, von der Senkung der Zinsen bis zur Stabilisierung der Rohstoffpreise. Und es zählt dazu die Öffnung der Märkte in den Industrieländern für die Produkte von Entwicklungsländern.

Andererseits sind Gegenleistungen der Empfängerländer notwendig. Die Liberalisierung des Welthandels und die Neuordnung der Weltwirtschaft, die schrittweise Einbeziehung der mittel- und osteuropäischen Reformstaaten in eine demokratische und soziale Neuordnung Europas, die Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft muß gebunden werden an die Einhaltung von elementaren Menschen- und Arbeitnehmerrechten, an die Vereinbarung von sozialen und ökologischen Mindeststandards, an die Einbeziehung von Sozial- und Umweltklauseln in alle internationalen Handelsvereinbarungen.

Für die Gestaltung von Umweltklauseln sind *drei* Ansatzpunkte denkbar:

Als kurzfristige Mindestmaßnahmen gegen Umwelt-Dumping werden Importverbote bzw. wirksame Kennzeichnungspflichten für Güter gefordert, die deswegen in der Bundesrepublik nicht hergestellt werden dürfen, weil sie gesundheitsschädliche Stoffe enthalten oder auf nicht umweltverträgliche Produktionstechniken angewiesen sind.

Mittel- und langfristig muß gegen Umwelt-Dumping mit international koordinierten und harmonisierten Umweltbestimmungen vorgegangen werden. Dies ist in der Europäischen Union besonders dringlich. Dabei ist die Verantwortung der hochentwickelten Industrieländer einzufordern, die weit überproportional zu Umweltschäden beitragen. Sie

schließt die Rückzahlung von »ökologischen Schulden« des Nordens und die Verwendung dieser Mittel für Umweltprogramme des Südens ein.

Dazwischen liegt die Verpflichtung von Unternehmen der aufholenden Industrieländer auf die Einhaltung nationaler Umweltschutzvorschriften und von multinationalen Unternehmen auf die Bindung an Umweltstandards ihrer Heimatländer.

Für die Gestaltung von Sozialklauseln hat sich z. B. der DGB auf die folgende Position verständigt:

»Bei den Sozialklauseln soll an bereits bestehende internationale Normen angeknüpft und ihre Wirksamkeit verbessert werden. Dabei sollen keinesfalls alle internationalen sozialen Normen einbezogen werden, sondern lediglich einige wenige elementare unveräußerliche Grundnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) . . . Hierbei handelt es sich um folgende Übereinkommen: Vereinigungsfreiheit; Recht auf Kollektivverhandlungen sowie Schutz der Arbeitnehmervertreter im Betrieb; Verbot der Zwangsarbeit; Verbot der Kinderarbeit und Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf und Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit.

Diese grundlegenden Normen sind meist von 100 Staaten oder mehr ratifiziert worden. Die Einhaltung dieser Völkerrechtsnormen ist zentrale Voraussetzung dafür, daß Handelsbeziehungen überhaupt zu einer Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen führen können.«

Für die Umsetzung von Sozialklauseln hat der DGB darüber hinaus einen abgestuften Verfahrensvorschlag erarbeitet und mit dem IBFG abgestimmt: »Welthandelsorganisation und IAO erstellen in regelmäßigen Abständen detaillierte und unabhängige Analysen zum generellen Zusammenhang von Handel und Arbeitnehmerrechten.

Die IAO prüft nach ihrem eigenen Mechanismus die Einhaltung von IAO-Normen . . . Der IAO sollte dabei das Recht

eingerräumt werden, auch von sich aus den Internationalen Gerichtshof anzurufen, wenn Mitgliedsstaaten diese ratifizierten Normen nicht einhalten und die Entscheidungen der Kontrollgremien mißachten. Gleichfalls sollten ihre Möglichkeiten erweitert werden, die sozialen Konsequenzen von Strukturanpassungsprogrammen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds zu analysieren.

Die WTO verpflichtet sich, diese grundlegenden Normen gleichfalls, als Voraussetzung für einen fairen Welthandel anzuerkennen und in einem eigenen Rechtsakt festzuhalten, daß nach einem abgestuften System vorrangig Anreize und bei schwerwiegenden Verletzungen auch Handelssanktionen ergriffen werden können. Die WTO prüft, inwieweit die von der IAO mitgeteilten Verletzungen grundlegender Normen Auswirkungen auf den Handel haben.

Wird ein Zusammenhang zwischen Sozialklauseln und internationalem Handelsaustausch festgestellt, sollten die Mitgliedsstaaten aufgefordert werden, einen nationalen Aktionsplan mit konkreten Schritten vorzulegen, wie eine völkerrechtskonforme Situation hergestellt werden kann und soll. Die Beteiligung der jeweiligen Sozialparteien ist dabei sicherzustellen.

Dieser Aktionsplan sollte gemeinsam von WTO und IAO geprüft und die Umsetzung überwacht werden . . . Wird trotz mehrfacher Aufforderung kein konkretes Aktionsprogramm vorgelegt, oder werden die erforderlichen Umsetzungsaktivitäten nicht ergriffen, sollte ein gemeinsames Beratungsgremium von WTO und IAO auch Handelssanktionen empfehlen können . . .«

Die Umsetzung von strategischen Optionen zu einer solidarischen Gestaltung der Weltwirtschaftsbeziehungen muß von den Gewerkschaften selbst vor allem auf zwei Ebenen vorangetrieben werden: Das ist zum einen die Effektivierung der internationalen Gewerkschaftsarbeit durch den Schritt von punktuellen Einzelaktionen bei Verstößen gegen Menschen- und Gewerk-

schaftsrechte zur politischen Prioritätenbildung im praktischen Engagement für eine sozial-ökologische Reformstrategie als weltweiter Orientierung.

Das ist zum anderen die Erweiterung der internationalen Gewerkschaftsarbeit durch die Bereitschaft zum offenen gesellschaftlichen Dialog mit und die Suche nach politischen Verbündeten unter den sozialen Bewegungen, die in vielen Teilen der Welt längst den Respekt der Regierungen erkämpft haben. Darauf hat sich der Internationale Metallgewerkschaftsbund (IMB) in seinem Weltwirtschaftsprogramm vom Mai 1994 verständigt. Dort heißt es: »Gewerkschaften, Umweltschützer und Menschenrechtskämpfer können und müssen – allen Differenzen in Einzelfragen zum Trotz – enger zusammenrücken. Wir sind überzeugt, daß unser gemeinsames Bekenntnis zu menschlichen, gesellschafts- und umweltpolitischen Werten uns zusammenführen und zeigen wird, daß wir obsiegen können gegenüber jenen, deren einziges Ziel darin besteht, durch gedankenlose Ausbeutung von Mensch und Natur Geld zu scheffeln.« Diese Sätze dürfen nicht Papier bleiben. Hier liegt ein neues Betätigungsfeld für die Gewerkschaftsbewegung.

Neues verteilungspolitisches Leitbild

Die weltwirtschaftlichen Zukunftsaufgaben werden nicht zu meistern sein ohne verstärktes Engagement für demokratische Machtstrukturen und für egalitäre Verteilungsstrukturen. Ein neues verteilungspolitisches Leitbild muß darauf gerichtet sein, soziale Verteilungsfragen im nationalen Rahmen und regionale Verteilungsfragen im weltwirtschaftlichen Rahmen lösbar zu machen.

Perspektivlos ist die konservative Strategie der Umverteilung von unten nach oben. Sie nimmt im nationalen Rahmen die Gefährdung des sozialen Friedens bewußt in Kauf. Sie verschärft zugleich im internationalen Rahmen die Gefahr der politischen Konfrontation.

Aussichtsreicher erscheint demgegenüber eine zukunftsorientierte verteilungspolitische Strategie, die gesell-

schaftliche Gestaltungskonzepte durch solidarische Finanzierungskonzepte ermöglicht und ergänzt.

Die Verteilungsfrage ist nicht lösbar auf der Basis von vopolitischen Opferideologien, die gesellschaftliche Spaltung vertiefen und persönlichen Widerstand vergrößern müssen. Sie ist nur lösbar auf der Basis politischer Verteilungsoptionen, die gesellschaftliche Solidarität abfordern und persönliche Akzeptanz ermöglichen. Das verlangt gesellschaftliche Verantwortung für eine soziale Zukunft durch jeden und die Bereitschaft zum Teilen mit den Unterprivilegierten von vielen. Der Weg dorthin führt über die gezielte Entlastung der unteren Einkommensgruppen, insbesondere von kinderreichen Familien und Alleinerziehenden auf der einen Seite, über einen gesonderten Solidarbeitrag der Bezieher von Großeinkommen und der Besitzer von Großvermögen auf der anderen Seite. Eine solidarische Gesellschaft, eine soziale Zukunft wird national, erst recht aber international ohne einen angemessenen Beitrag auch der Durchschnittsverdiener nicht finanzierbar sein.

Das spricht keineswegs gegen das gewerkschaftliche Konzept einer aktiven Tarifpolitik. Eine offensive Lohn- und Gehaltspolitik erbringt schon wegen der Steuerprogression einen zusätzlichen Finanzierungsbeitrag. Eine offensive Arbeitszeitpolitik ist der originäre gewerkschaftliche Beitrag zur Solidarität mit den Arbeitslosen innerhalb und außerhalb der nationalen Grenzen schlechthin.

Das spricht jedoch sehr für eine Prüfung der finanzpolitischen Positionen. Es muß verstärkt über qualitative Kompensationsmöglichkeiten für mittelfristig steigende quantitative Abgabenbelastungen nachgedacht werden, die auch den Kernbereich der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft treffen würden. Es muß verstärkt diskutiert werden über den Tausch von individuellem Gegenwartsverbrauch gegen gesellschaftliche Zukunftsinvestitionen, aber auch über den Tausch von verteilungspolitischen Optionen gegen neue beteiligungspolitische Optionen.

Kontrovers

HANS-PETER BARTELS

Nach den »Enkeln« der Generationenbruch

Ob die Alteingesessenen es wahrhaben wollen oder nicht: In der SPD gibt es einen Generationenbruch. Seit Beginn der 80er Jahre, also seit inzwischen anderthalb Jahrzehnten, schottet sich die Partei immer fester gegen »Nachwuchs« ab, das heißt, gegen die Integration jüngerer Parteimitglieder in den Kreis der öffentlich agierenden Funktions- und Mandats-träger.

Alles, was heute die offizielle SPD ausmacht, ist die halbe Generation zwischen Engholm (55) und Scharping (47), in den Medien auch als unsere »68er« oder liebevoll als Willy Brandts *Enkel-Generation* etikettiert: Junggebliebene an der Schwelle zum Großelternglück, braungebrannte, graumelierte, studierte Berufspolitiker, alterslos, immer noch mit demonstrativ rebellischer Pose – und sei es gegen den eigenen Laden –, lieber als Mitglied der »Toskana«-Fraktion vorgestellt (was heißt hier: chic? ländlich, sittlich!) denn als Partei-»Establishment« wahrgenommen. Niemals zuvor hat ein so klar begrenzter Generationszusammenhang die Partei so durchdringend beherrscht.

Beispiel PV: Als jüngstes Mitglied wurde 1988 die damals 34jährige Jungsozialistin Ruth Winkler in den Parteivorstand gewählt. Inzwischen ist sie 41 – und immer noch das Nesthäkchen. Ausgerechnet sie verzichtet nunmehr auf ihre Wiederwahl im November, um einer jüngeren (!) Genossin Platz zu machen.

Beispiel Schleswig-Holstein: Kein Mitglied der 45köpfigen Landtagsfraktion ist heute jünger als 40. Es dominieren die Jusos der 70er Jahre – nach ihnen kann, muß und soll nichts mehr kommen . . . Und es herrscht ja keine Not: Alle Posten sind besetzt. Scharpings Pech mit Britta Steilmann (28), der »Öko-Unternehmerin« (Tochter), die den SPD-Kanzler später beraten sollte, symbolisiert ziemlich treffend die Perspektive der gegenwärtigen Führung: Junge vernünftige Leute in der Partei selbst gibt es sowieso nicht – also tut was Frisches von Außen gut. Jung. Frau. Unternehmerin. Das ist die ultimative Spießler-Provokation heute. Nur schade, daß Frau Steilmann CDU wählen wollte.

Der Zeitpunkt des Generationenbruchs ist nicht zufällig: Mitte, Ende der 70er Jahre hatten etwa in Schleswig-Holstein, wo die SPD für



Björn Engholm '69

Foto: privat

besonders klare Verhältnisse bekannt ist, die (vor allem von Jochen Steffen gegen das Nachkriegs-Parteiestablishment aufgebauten) Jusos eindeutig das Heft in der Hand; die Namen haben noch heute Klang: Jansen, Börsen, Selzer, Gansel, Kuhlwein, Engholm, Böhrk, Walter – und ein 34-jähriger Nobody, den Steffen zu seinem Nachfolger als Spitzenkandidat bestimmt hatte: Klaus Matthiesen.

Zur selben Zeit bildete sich neben der und gegen die SPD eine neue »Jugendpartei«, die GRÜNEN. Während also in der eigenen Organisation gerade der Nachwuchs sich als neue Führungsgruppe konsolidierte, mußte außerhalb der SPD die links politisierte Jugend in Gestalt einer neuen (und zunächst SPD-Mehrheitschancen zunichte machenden) Alternativpartei bekämpft werden. Die sozialdemokratische Parteijugend geriet dazwischen, wurde unattraktiver, zahlenmäßig schwächer, nicht mehr ernst genommen, von den älter werdenden jugendlichen Politikprofis der Mutterpartei für überflüssig erklärt: ... ach die Jusos!

Man muß kein Anhänger einer sozialstatistischen Repräsentationsideologie sein und auch noch gar nicht die Wahlergebnisse bemühen – die SPD bekommt nur noch jeden 3. bis 5. Jungwähler –, um zu erkennen, daß es sich hier um einen eher ungünstigen innerparteilichen Trend handelt. Das zugehörige Pathos wird ja

noch immer gern bemüht: »Eine Partei ohne Jugend ist eine Partei ohne Zukunft!« Daß dennoch anderthalb Jahrzehnte die Jugend in der SPD derart marginalisiert werden konnte, liegt nicht nur daran, daß die Jugendorganisation so hilflos (und so schön zerstritten) war, sondern vor allem daran, daß die Interessen der jung ins Amt gekommenen Spitzenleute lange Zeit in mindestens drei wichtigen Fragen absolut identisch waren: Aufstieg, Aufstieg, Aufstieg. *Wstens*, Aufstieg als links bewegter Generationszusammenhang innerhalb des jeweiligen SPD-Bezirks, *zweitens* von der Landes-Opposition zur Regierungspartei (in den *Enkel*-Ländern), *drittens* vom peripheren Landesverband (etwa Saarland, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz) zum Zentrum der Bundespartei.

Beim Aufstieg der Juso-Seilschaften sind nun manche Berufspolitiker-Wege sehr lang geworden. Oskar Lafontaine hat sein zehnjähriges Regierungsjubiläum hinter sich, Norbert Gansel seine 25-jährige Bundestagszugehörigkeit in dieser Wahlperiode vor sich – und noch immer ist das Rentenalter nicht erreicht. Die Unersetzlichen könnten bald Legitimationsprobleme bekommen.

Fast möchte man Schlechtes dabei denken, wenn im SPD-Funktionärsblatt INTERN 1995 erstmals eine Tabelle über die Ausgrenzung einer großen Altersgruppe aus den deutschen Länderparlamenten veröffentlicht wird – und es geht nicht um die Unter-30-jährigen, nicht um die Unter-40-jährigen, sondern um die Über-60-jährigen, die zur Zeit tatsächlich nur 10 Prozent der SPD-Mandate halten. Da kommt wohl auf viele wichtige Leute ein Problem zu, auf das nicht früh genug hingewiesen werden kann. Hier muß sich was ändern! Auch insofern bleibt die Enkelgeneration die Avantgarde des demokratischen Fortschritts: »Eine Zukunft für die Alten«, solche Parolen hätten sie 1968 geradezu absurd gefunden – 1995 ist das die persönliche politische Perspektive für viele, die beruflich nie etwas anderes getan haben, als mehr oder weniger erfolgreich ihr Spezialwissen, wie man politische Gegner bekämpft, zur Geltung zu bringen.

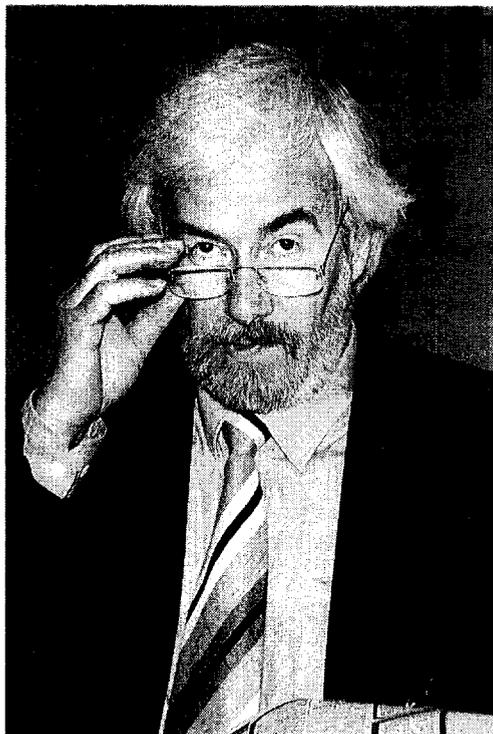
Was den demographischen Wandel angeht, so scheint die SPD wieder einmal der Gesamtgesellschaft einen Schritt voraus: Schon heute sind etwa in Schleswig-Holstein fast 30 Prozent der Parteimitglieder 60 Jahre und älter, und nur noch 3 Prozent sind unter 25. In ähnlicher Weise verschieben sich die Gewichte zwischen den Altersgruppen bei Wahlen: Junge werden insgesamt weniger, enthalten sich immer häufiger der Stimme und wählen deutlich seltener als in den 70er Jahren SPD (Normalverteilung

der Jungwähler heute: je ein Drittel SPD, Bündnisgrüne, CDU/FDP). Dagegen werden die Alten immer mehr, beteiligen sich überdurchschnittlich an allen Wahlen und wählen sogar mit leicht steigender Tendenz die SPD (die hier aber regelmäßig hinter der CDU liegt; GRÜNE: Fehlanzeige).

War ein Leitmotiv der 68er-Revolution das kollektive Mißtrauensvotum gegen die vergangenheitsbelastete Elterngeneration – *Trau keinem über 30!* –, so richtet sich die Front jetzt gegen genau die andere Richtung, gegen die eigene Kindergeneration, der doch politisch alles fehlt, was die authentischen APO-, Juso- und Spontiveteranen damals auszeichnete: eine unerschütterliche, kritische Gesellschaftsanalyse, ein fröhliches Freund-Feind-Denken, der feste Glaube an »Systemüberwindung«, »Sozialismus« und eine klassenkämpferische SPD-Bundesregierung als hinreichendes Instrument der Weltverbesserung.

Beiden Generationenkonflikten, dem gegen die Elterngeneration und dem gegen die eigenen politischen Nachkommen, ist gemeinsam die profane Konkurrenz um Posten, Karrieren, Macht. Auch »damals« war es ja selten eine freiwillige Staffettenübergabe an diesen relativ kleinen, vielleicht sieben, acht Jahrgänge umspannenden innerparteilichen Generationszusammenhang. Die Älteren wurden von neuen Mehrheiten abgewählt, verdrängt, ersetzt. Gegen solchen Generationenwechsel im Konflikt (bis hin zu den unfeinen Abgesängen auf Brandt und Vogel) ist demokratisch rein gar nichts einzuwenden. Nur soll niemand so tun, als habe sich hier irgendetwas quasi Naturwüchsiges, Notwendiges, ganz Selbstverständliches fast von allein vollzogen. Es waren Kämpfe um politische Existenzen, um die Führung der SPD, und die 68er-Jahrgänge sind in dieser Partei ganz ungewöhnlich erfolgreich gewesen – ein Erfolg, der übrigens an den dünnen Stellen der Macht begann: durch das Kippen von relativ schwachen SPD-Landesverbänden in CDU-regierten Ländern, nicht in Bonn, nicht in Nordrhein-Westfalen.

Das tiefe Mißtrauen dieser neuen Berufspolitikergeneration gegen Andersaltrige hat sich jetzt, mit dem Erreichen der letzten inner-sozialdemokratischen Kommandohöhen und dem Verschwinden der Altvorderen, nach unten gewendet. So sind sie immer noch die jugendlicheren Jugendlichen, die linken Linken, die bewegteren Bewegten, die politischeren Politiker. Sie haben das teurere Outfit und das bessere Lebensdesign. Die schönen Frauen, die sie gut finden, sind immer noch schön und immer noch 20. Sie brauchen keine Basis und keinen



Gert Börnsen '94

Foto: dpa

Nachwuchs – weil sie doch einander haben, diesen zauberhaften Zusammenhang gemeinsamer Kriegs-, nein Parteitagserinnerungen, und weil sie so verdammt gut ankommen in den Medien ihrer Altersgenossen.

Noch immer fällt ihnen, wenn durch bedauerliche Abgänge Führungsposten neu zu besetzen sind, als erstes die Frage ein: »Wer von uns könnte das jetzt machen?« Aber dann wird ihnen schmerzlich bewußt, daß sie, seit keine äußeren innerparteilichen Gegner sie mehr bedrohen, nun untereinander die letzten Konkurrenzkämpfe ausfechten. Der Rudolf traut der Heidi nicht, der Gerhard jagt den Björn, der Oskar gönnt dem Eichel nichts, und Norbert pfeift auf Gert.

Personalpolitik aus Enkelsicht war meist gleichbedeutend mit *Peer-group-Förderung*, Juso-Seilschaften aus den frühen 70er Jahren erfüllten auf dem langen Marsch durch die Institutionen, früher: »Ochsentour«, ihr selbstverkündetes Programm: »Wir sind die SPD der 80er Jahre.« Und der 90er. Und der Jahrhundertwende. Der spezifische Typ des sympathischen Apparatschicks, des chaotischen Parteibürokraten, der auf diesem Weg – hier und da – entstand, umgibt sich nicht mit Aktenordnern und Gummibäumen, er gibt sich modern, unkonven-

tionell, bricht jede Woche noch irgendein Tabu, ist selbstbewußt, kann unabhängig von Details Entscheidungen treffen, trinkt beim Kungeln eher Wein (»einen guten«) als Bier und beginnt seine strategischen Gedanken oft mit einem repressiv-toleranten: »Ich sag mal. . .«

All dies mag überzeichnet sein und unge- recht: Die *Enkel*-SPD regiert ja in 10 von 11 westdeutschen Bundesländern. Wenn Erfolg einer politischen Generation recht geben kann, dann hat diese so viel recht wie keine vor ihr je- mals. So viele Staatsämter in der Hand von So- zialdemokraten: – Parlamentspräsidentinnen, Regierungschefs, Minister – wie heute hatte die Partei noch nie in ihrer Geschichte. Und doch wird die Sozialdemokratie ihres Erfolges nicht froh. Die Illusionen der großen Gegenentwürfe sind verbraucht, haben getragen, keine soziale Bewegung trägt und treibt derzeit ein sozialde- mokratisches Reformprojekt. Die Macht in Bonn ist seit 13 Jahren weg; und Politikverdruß zieht sozialdemokratische Staatsmänner und -frauen genauso runter wie klassisch bürger- liche Politiker.

Die *Enkel* haben durchgezogen. Jetzt müs- sen sie aufpassen, daß sie die SPD nicht zu Tode gesiegt haben. Wenn die Botschaft noch zehn weitere Jahre lauten sollte: Wir sind die beste SPD, die es je gab, außer uns ist nichts (gut ge- nug), dann werden die GRÜNEN mit Garantie zur Volkspartei für den Rest der Fortschritts- freunde. In manchen Gegenden der Republik sieht es so aus, als ob sie es schon sind. Willy Brandt hat einmal gesagt, die Gründung der GRÜNEN habe die SPD die Hälfte einer Genera- tion gekostet. Bald ist es eine ganze Genera- tion, und die SPD tut noch immer so, als sei da eben eine neue Art SPD-Jugendorganisation entstanden, mit der man zur Not doch koalieren kann.

Gewiß, Jugend ist kein Programm, sowenig wie Junggebliebensein. Es stimmt wahrschein- lich auch, daß Wähler nicht zuallererst nach dem Alter der Kandidaten fragen. Aber eine Partei, die gar keine guten Nachwuchsleute an führender Stelle plaziert, die sich selbst nicht die Konkurrenz züchtet, die bald das Geschäft beleben muß, die nicht sichtbar Platz für junges Volk in ihren eigenen Reihen bietet, die ge- winnt wenig Junge als Mitstreiter und mag für junge Wähler wohl wählbar sein, aber nicht in- teressant, nicht lebendig, erfahrbar, attraktiv. Das mit der Wählbarkeit wird sich dann irgend- wann von selbst geben. Die SPD hat den Um- gang mit jungen Menschen schon weitgehend verlernt, sie ist selbst Teil des Problems gewor- den.

Zum Schluß: Wo sind sie heute, die zwar be-

lächelten, aber doch noch vorhandenen 150 000 Jusos und Jungsozialdemokraten? Was tun sie? Warum sieht und hört man nichts von ihnen? Wenn niemand sie ruft, warum kämpfen sie dann nicht wenigstens um eigenen Einfluß? Aber sie kämpfen ja: die alten, übriggebliebe- nen, vergeblichen, lächerlichen Kämpfe ihrer jungsozialistischen Vorfahren – Stamos gegen Refos, »Linke« gegen »Rechte«, Göttinger Kreis gegen Hannoveraner Kreis gegen Duisburger Kreis. . . Und es wird auch gerufen: Heerscha- ren junger studierender und studierter Genos- sinnen und Genossen arbeiten fleißig zum Wohle der deutschen Sozialdemokratie in Ab- geordneten- und Ministerbüros, in Planungs- stäben und Pressestellen, in Parteizentralen und als Wahlkampfsekretäre auf Zeit. Wenn der gouvernementale Politikstil der 90er-Jahre- SPD einen typischen Ausdruck gefunden hat, dann ist es der Juso als Freund und Helfer des *Enkels*, staatstragend wie dieser – und illusi- onslos bis zur Apathie.

Wir bieten aus Verwertungen von Konkursen, Havarien, Überproduktionen, Nachläßen und sonstigen Anläßen laufend neue und gebrauchte

PKW + Nutzfahrzeuge

fast aller Marken

weit unter Marktpreis.

Außerdem noch Waren aus folgenden Bereichen:

**Kunst & Antiquitäten, Sommer-
+ Winterbekleidung, Kosmetika
+ Parfüm, Sport- + Freizeitartikel,
Film + Musik/HiFi, Sammlungen...
und vieles mehr.**

Unsere aktuelle Lagerliste (etwa 50.000 Artikel aus fast allen Bereichen) erhalten Sie gegen DM 10,- Vorkasse.

Keine Händlerrabatte. Kein Ladenverkauf.

**Dr. Schneider & Nachfolger
Auktionshaus KG seit 1904**

Am Seestern 24, 40547 Düsseldorf
PF 290321, 40530 Düsseldorf

KARIN PRIESTER

Kunst zwischen Kommunikation und Kontemplation

Eine Betrachtung nach der Reichstagsverhüllung

Anlässlich der Vorbereitungen für die Verhüllung des Reichstags durch den Künstler Christo und seine Mitarbeiter fragte der SPIEGEL (Nr. 17, 24. 4. 95): »Ist ihre Kunstform aus den sechziger Jahren inzwischen nicht inhaltsleer und ihre Aktion nur noch barockes Spektakel ohne Sinn?« Manch einer mag sich diese Frage stellen und nach dem »Sinn« nicht nur dieser Aktion, sondern der moderneren Kunst schlechthin fragen. Unbestreitbar herrscht eine große Vielfalt der Richtungen und Tendenzen vor; manche sprechen nachgerade von Beliebigkeit oder gar Erschöpfung der Kunst im ausgehenden 20. Jahrhundert. Es mag in diesem Zusammenhang nicht uninteressant sein, zunächst daran zu erinnern, was die »Kunst der sechziger Jahre«, auf die der SPIEGEL anspielt, sich zum Ziel gesetzt hatte.

I.

Soziologen, Kunsttheoretiker, Ästhetiker und nicht zuletzt Künstler selbst, die sich in der Tradition der Moderne sehen, sind sich darin einig, daß Kunst ein *autonomer* Bereich geworden ist, nicht mehr im Dienst von Religion, Politik, Ideologien, nicht mehr verfügbar für außerkünstlerische Zwecke. Mit der Autonomisierung von Kunst verändert sich gleichzeitig ihr Verhältnis zur Realität, zu den Dingen, den Objekten der Außenwelt. Kunst ist nicht mehr ein Spiegel, der die Welt abbildet, sei es als *imitatio*, als *Mimesis*, als Repräsentation, sei es in kritisch-anklagender oder in apologetisch-repräsentativer oder symbolischer Absicht. Kunst löst sich von den Dingen der Außenwelt nicht im Sinne form- und gestaltbarer Materialien, wohl aber dadurch, daß sie nicht mehr beansprucht, diese Dinge, Zustände, Verhältnisse in ihrem »Wesen«, in ihrem So-Sein erfassen und darstellen zu können. Sie rekonstruiert nicht mehr eine bereits vorhandene Realität, sondern konstruiert eine neue, vorher noch nicht gesehene. Sie schafft neue Welten, die dem Betrachter zunächst als Provokation, als Herausforderung, vielleicht sogar als Schock gegenüberzutreten und andere Reaktionen herausfor-

dern als ein traditionelles Werk, das etwas Wiedererkennbares zeigt.

Dies meint Niklas Luhmann, wenn er vom Übergang der Objektkunst zur Weltkunst spricht. Moderne Kunst ist Weltkunst; sie schafft durch eine rein künstlerische Formordnung eine in sich stimmige und überzeugende Anordnung von Formen, Farben, Strukturen, Objekten und damit eine neue, imaginäre Welt, nicht etwa als Ausdruck rein subjektiver Gefühlsäußerungen, sondern als konstruktiver, die Elemente der Imagination formender, anordnender Vorgang. Sie wird damit zugleich aber auch in hohem Maße kontextunabhängig, löst sich von den besonderen Umständen und Gegebenheiten einer bestimmten Umgebung. Sie wird Weltkunst also auch im Sinne einer Internationalisierung der Kunst. Ob Christo den deutschen Reichstag oder den Pont-Neuf in Paris verhüllt, ob eine Performance in Tokio oder New York, ein Happening in Wien oder Duisburg stattfindet, ist nebensächlich für das, was der Künstler damit bewirken will. Nebensächlich, aber nicht völlig unerheblich, weil diese Aktionen ein bestimmtes Maß an vergleichbarer moderner Mentalität voraussetzen. Sie könnten also kaum in einem völlig traditionellen Milieu oder in einem noch stark sakral geprägten Kulturkreis stattfinden, ohne völlig mißverstanden zu werden oder gar Aggressionen auszulösen.

Wenn vorhin die Rede von »der« Kunst als handelndem Subjekt die Rede war, so sind wir gewohnt, dahinter den Künstler als *Schöpfer*, als *Erschaffer* von Kunstwerken zu vermuten. (Wenn hier nicht jedesmal auch von der Künstlerin die Rede ist, so hat das rein stilistische Gründe und soll nicht von der Tatsache ablenken, daß natürlich auch Frauen – gerade im Bereich der Performance-Kunst – nachhaltig in das Kunstgeschehen eingreifen. Christo selbst hat dem übrigen Rechnung getragen, indem er, von manchen süssig kommentiert, hinfort Wert darauf legt, daß seine Frau und Mitarbeiterin Jeanne-Claude künstlerisch gleichberechtigt in Erscheinung tritt.) Der Künstler also – so die traditionelle Sicht – schafft *qua* Talent,

künstlerischem Vermögen, handwerklicher Beherrschung von Techniken, bestenfalls *qua* Genie und Eingebung ein Werk mit Ewigkeitsanspruch, dem wir, die Betrachter, uns in angemessener Umgebung – Salon, Galerie, Museum – nach Maßgabe unseres mehr oder weniger schichtspezifisch ausgebildeten Kunstverständnisses verständnislos, desinteressiert, ehrfürchtig, neugierig, begeistert, genießerisch, kunstverständlich, kennerisch, ergriffen oder wie auch immer nähern. Mit diesem durchaus bürgerlichen Kunstverständnis bricht moderne Kunst, und dieser Bruch kam mit den avanciertesten künstlerischen Formensprachen der sechziger Jahre zu einem vorläufigen Höhepunkt.

Erstens: Das Kunstwerk wird in viel höherem Maße als je zuvor als *offen* gedacht, offen nicht nur für unterschiedliche Sichtweise und Interpretationen, sondern offen auch im Sinne von nicht-fertig, unvollendet, vorübergehend. Die eigentliche Vollendung wird nicht vom Künstler, sondern vom Rezipienten geleistet. Nicht die Struktur des Werkes selbst, sondern die einer *partizipativen Rezeptionsbeziehung* tritt in den Vordergrund. Der Rezipient ist nicht mehr nur schauend, sondern selbst kreativ, produktiv, aktiv beteiligt. »Kunst«, sagt Umberto Eco, »ist eine offene Situation in Bewegung.«

Zweitens: Kunst wird zu einem selbst-reflexiven Prozeß. Der Erzähler, der darstellende Künstler, kann nicht mehr so tun, als beherrsche und überblicke er das Geschehen, sondern er beobachtet sich bei dem, was er da tut, und indem er das tut, treibt er einen Keil zwischen Realität und Fiktion. Fiktion wird als solche erkennbar, und der Rezipient beobachtet den Erzähler, den darstellenden Künstler wiederum dabei, wie er diese Fiktion in eine bestimmte mögliche Richtung treibt, die aber auch eine andere mögliche Richtung sein könnte. »Die Funktion der Kunst ist das, was sie als Eigenes zur gesellschaftlichen Kommunikation beisteuert. Sie zeigt, daß und wie im Überschreiten des Wirklichen im Hinblick auf das Mögliche Form zu gewinnen ist. (...) Gerade die moderne Kunst widmet sich der Reaktivierung dieser ausgeschalteten Möglichkeiten (des Zurückgestellten, Verdrängten, Vergessenen, K. P.), die aber ihrerseits nur möglich sind aufgrund der Errungenschaften natürlicher und gesellschaftlicher Evolution.« (Niklas Luhmann)

Kunst wird, mit anderen Worten, ein kommunikativer, sozialer Prozeß auf der Suche nach der Eruierung von Möglichkeiten auf der Grundlage neuer Erlebnisweisen und Wahrnehmungsmuster. Dem Rezipienten wird dabei eine *mitkonstruierende* Rolle zugedacht, indem Künstler und Rezipient sich als wechselseitig

Beobachtende in ein aktives Verhältnis zueinander setzen. Sie kommunizieren gemeinsam über etwas, was nicht bereits vorhanden und insofern abbildbar wäre, sondern über etwas Mögliches, bisher nicht Sichtbares oder so noch nicht Gesehenes. Der Künstler leistet mit seinem Werk nur einen ersten Anstoß für einen sozial-kommunikativen Prozeß, in dem alle Beteiligten sich, ausgelöst durch eine ästhetisch-künstlerische Provokation, über etwas verständigen, was nicht ist, aber sein könnte.

Es ist Luhmanns spezifische Blickverengung, daß er die Funktion von Kunst darauf verengt, »zu zeigen, daß im Bereich des Möglichen *Ordnung* möglich ist.« (Hervorhebung von mir, K. P.) Man könnte an die Stelle von Ordnung aber ebenso auch *Freiheit, Humanität* o. a. setzen. Das ändert aber nichts an der grundsätzlichen Richtigkeit seiner These, daß mit der modernen Kunst, besonders der der sechziger Jahre, der Grundbegriff der Mimesis gegen den Grundbegriff der Kommunikation in der ästhetischen Theorie ausgetauscht worden ist.

Wenn Kunst mithin in der Moderne zu einem autonomen Bereich wird und zu den anderen Bereichen der Gesellschaft (Religion, Politik, Soziales etc.) in einem nicht-dienstbaren, zur Realität in einem nicht-abbildenden Verhältnis steht, so heißt das keineswegs, daß sie neutral, abgeschottet oder gar hermetisch abgeschlossen von allen außerkünstlerischen Belangen ein Eigenleben führt, obwohl gelegentlich derartige Tendenzen feststellbar sind. Es heißt nur, daß sie in einem *anderen* Verhältnis zur Gesellschaft steht als dem, das wir traditionellerweise gewohnt sind anzunehmen. Ich bin daher nicht der Meinung, daß Kunst ein völlig selbst-referentielles, sich nur auf sich selbst beziehendes System ist und daß Kunst *ausschließlich* nur der Kunst gegenübergestellt werden kann und darf, obwohl das bis zu einem gewissen Grade natürlich notwendig ist.

Kunst als eine spezifische Form von Sprache bezieht sich aber immer auch auf andere, außerkünstlerische Sprachen, und wenn wir von einer solchen *Konvergenz* der Sprachen ausgehen, wird der gesellschaftliche Bezug gerade auch von moderner, d. h. autonomer Kunst deutlich. Denn indem Kunst sich als eine soziale und kommunikative Beziehung zwischen Künstler und Rezipient begreift, nimmt sie in ihrer zunächst rein künstlerischen Sprache und Setzung doch ein Gesellschaftsmodell auf, das Gesellschaft als *kommunikativen* Zusammenhang begreift. Darin und nicht in ihrer gesellschaftliche Zustände/Probleme etc. abbildenden Tätigkeit liegt ihre gesellschaftliche Funk-

tion, die man durchaus als demokratisch und offen im weitesten Sinne bezeichnen könnte. Auch darin liegt ihre Modernität.

Drittens: Die Kunst der sechziger Jahre hat auch in ihrer Formensprache daraus Konsequenzen gezogen. Sie tritt heraus aus dem Reservat der Galerien und Museen, sie negiert ihre mögliche Erstarrung in reiner Dekoration. Wenn sie, wie R. H. Fuchs im Katalog zur DOCUMENTA 7 in Kassel 1982 schreibt, »bestimmte in der Welt gemachte Erfahrungen reflektiert, ein Denken über die Welt und über ihre Kultur als Ganzes«, so macht sie nun dieses Denken und Wissen über ‚die Welt‘ einem breiteren Publikum zugänglich. Sie tritt ein in ein *soziales* Feld, in den Alltag, die Landschaft, den städtischen Raum, in die Öffentlichkeit schlechthin. Sie wendet sich ab von der Ikonographie, hin zu künstlerischen Aktionen, die als erfahrbare Handlungen zugleich künstlerische *und* soziale Ereignisse sind. Damit nimmt sie die Vergänglichkeit ihrer Werke bewußt in Kauf. Ein Happening, eine Performance, eine Verhüllungsaktion lebt als Werk nicht über den Tag hinaus. Aber es hat im besten Falle – es gibt natürlich auch so manche mißlungene Aktion, reines Spektakel – etwas anderes bewirkt als es die kontemplative Betrachtung eines Bildes, einer Skulptur in einem eigens dafür vorgesehenen Raum je könnte: nämlich eine aktive Auseinan-

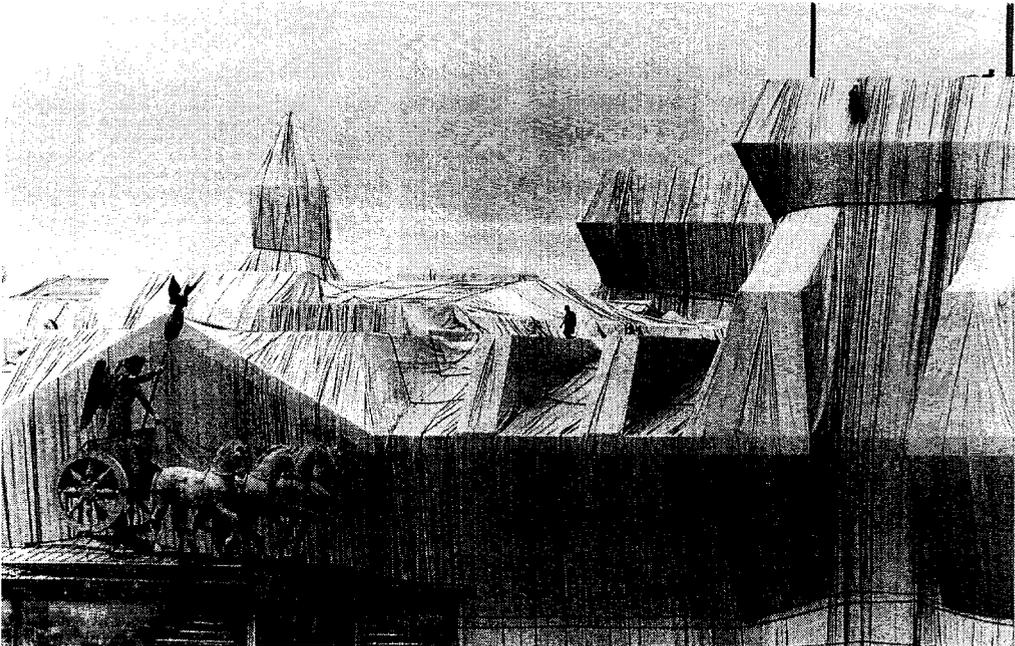
dersetzung eines Publikums nicht nur mit dem Werk selbst, sondern mit seiner Umwelt und damit auch eine Konfrontation des einzelnen Rezipienten mit sich selbst als *sozialem* Wesen.

II.

Erinnern wir uns kurz, worum es in den sechziger Jahren ging. Diese Erinnerung erscheint mir auch deswegen notwendig, weil diese Zeit die einzige nachhaltige *Liberalisierungswelle* in diesem Lande gebracht hat. Emanzipation, Diskussion, Partizipation, Demokratisierung, kommunikatives Handeln, Autonomie – das waren die Schlüsselbegriffe der sechziger Jahre, die sich auch im Kunstgeschehen niederschlugen. Liest man heute Texte aus jener Zeit, die im Umkreis der Kunst der sechziger Jahre (*conceptual art, earth work, antiformal, impossible art, arte povera* in Italien etc.) geschrieben wurde, so wird dies deutlich. Sie beginnen mit der Proklamation, die Kunst im herkömmlichen Sinne sei tot. Künstler und Kunstkritiker erklärten ihren »Austritt« aus der Kunst. »Die Kunst ist seit fünfzig Jahren zu Ende (. . .) Wir sind keine Künstler und Schluß. An die Stelle des Wortes Kunst können wir das Wort quakquak setzen«, schrieb Germano Celant 1969. Und hierzulande erinnert man sich daran, daß Joseph Beuys öffentlich seinen Austritt aus der

Berlin im Juli 1995

Foto: Ines Bauer/JOKER



Kunst erklärte. Auf der Kasseler DOCUMENTA 7 ließ er 7000 Eichen pflanzen, eine Aktion, die er bewußt als ‚soziales Ereignis‘ verstand. Man könnte viele andere Beispiele anführen. Im Bereich der Performance-Kunst haben gerade Künstlerinnen ein Medium gefunden, das besonders geeignet erscheint, Denkanstöße über die Rolle der Frau auszulösen.

Gegen die entsinnlichte, ausgetrocknete, blutleere und überdies elitäre Kunst der Hochmoderne, die nur einem gebildeten, mit den Kanones der ikonographischen Sprachen vertrauten Publikum zugänglich war, wollte die Kunst der sechziger Jahre, die *arte povera* oder wie immer sie sich nannte, eine neue Verbindung von Kunst und Leben, Kunst und Gesellschaft, Kunst und Alltagserfahrung. Das proklamierte ›Ende‹ der Kunst hieß nur das Ende der Kunst als ikonographisch vermittelte Kunstsprache, hieß Ablehnung des individuellen, fertigen Werkes zugunsten einer kommunikativen Praxis, die auch eine neue *Erlebnisweise* nicht nur der Kunst, sondern der Welt insgesamt, der Politik, des Sozialen auslösen wollte. Alles nur Dekorative sollte verbannt werden; das Werk wurde zum *Ereignis*, zur sozialen, befreienden Praxis. »I don't make the ETERNAL work of ART, I only give visual information«, schrieb Jan Dibbets. Und Germano Celant sagte vom ‚neuen‘ Künstler: »Sein gesamtes Tun ist folglich einzig und allein auf die Ausdehnung der Sphäre des Sinnlichen gerichtet; es bietet sich nicht dar als Aufstellung, Aussage von Werten, Verhaltensmodellen, sondern als Beweis kontingenter und vorläufiger Existenz.«

Umberto Eco, der sich selbst als ›Reformist‹ bezeichnet, hat, wie auch Celant, diese Kunst der sechziger Jahre mit seinen Schriften begleitet und schreibt: »Soziale Krankheiten wie Konformismus, Heteronomie, Herdentrieb und Vermassung sind das Ergebnis einer *passiven* Übernahme von Verstehens- und Urteilsnormen, die mit der ›guten Form‹ gleichgesetzt werden« (Hervorhebung von mir, K. P.), und fragt in diesem Zusammenhang, ob die schöpferisch-erfinderische, *aktive* Aufgabe des Rezipienten, der im Kunstwerk nicht nur ein Objekt sieht, »das auf als schön zu genießenden, frei zutage liegenden Beziehungen beruht, sondern ein zu ergründendes Geheimnis, eine zu leistende Aufgabe, ein Stimulus für die Lebhaftigkeit der Einbildungskraft« darstellt, nicht auch eine befreiende Funktion erfüllt, eine Möglichkeit zur Selbstfindung und Autonomie.

Moderne Kunst, gerade auch die der sechziger Jahre, operiert mit Begriffen wie Ambiguität, Ungewißheit, Möglichkeit, Kontingenz, Wahrscheinlichkeit, Mehrdeutigkeit. Es ver-

steht sich zwar von selbst, daß große, gelungene Kunstwerke aller Zeiten immer mehrdeutig waren. Hier ist indessen etwas anderes gemeint: Kunst kann sich, im Bewußtsein des Endes einer ontologischen Weltsticht, nicht mehr auf eine in ihrem ›Wesen‹ erfahrbare, darstellbare, repräsentierbare Außenwelt beziehen, sondern kann den Rezipienten nur einbeziehen in einen Reflexionszusammenhang über Ungewißenheiten, die als *Gestaltungsaufgaben* begriffen werden.

Ambiguitäten müssen ausgehalten, Mehrdeutigkeiten ausgelotet werden im Hinblick auf das, was möglich ist. Dazu kann moderne Kunst einen Beitrag leisten, freilich nur dann, wenn sie selbst diese Spannung von Fiktion und Realität, wirklicher und imaginärer Welt, zwischen dem Gegebenen und dem Möglichen und nicht zuletzt auch zwischen sinnlicher Erfahrung und Reflexion aufrechterhält.

Kunst ist ein zunehmend *reflexiver* werden des Medium der Selbst- und Fremdwahrnehmung. Als sozialer Prozeß sperrt er sich gegen jede vorab feststehende ›Bedeutung‹. Damit wird dem Rezipienten ein hohes Maß an Eigenleistung, Aktivität und Reflexion, auch größerer Erlebnisfähigkeit abverlangt, aber gerade darin liegt der Beitrag der Kunst für eine offene Gesellschaft, die nicht konfrontiert werden kann mit fertigen Sinnangeboten, sondern die diesen Sinn diskursiv selbst hervorbringen muß.

Kunst ist nicht Religionsersatz, sondern ein reflexiver, zugleich sinnlicher und intellektueller Vorgang. Sie bedient sich freilich dabei einer anderen Sprache als beispielsweise die Wissenschaft, indem sie mit Sinneswahrnehmungen arbeitet, kann aber, um den Preis der Selbstaufgabe, nie nur rein somatische Sinnreize und Stimulanzen auslösen. Sie würde dann, worauf Adorno in seiner Auseinandersetzung mit Formen der Massenkultur hingewiesen hat, ihrerseits regressiv, indem sie auf eine *spannungsfreie* Symbiose von Kunst und Leben zielt.

Die Kunst der sechziger Jahre ist nicht immer dieser Gefahr entgangen. Im Neo-Anarchismus der sechziger Jahre mit seinen romantischen Komponenten wurden die diskursiven Momente teilweise unterlaufen und verdrängt durch den zwar verständlichen, aber kurzschlüssigen Wunsch, hier und jetzt und sofort in einen unentfremdeten Zustand des Eins-Seins mit der Natur und einer Gemeinschaft Gleichgesinnter überzugehen. Die Hinführung zum ›gelebten Leben‹, zu den Dingen selbst, das Aufspüren einer ursprünglichen Intensität der unentfremdeten Lebenswelt, das elementare

Akzeptieren des Lebens in seiner Unmittelbarkeit, die Aufforderung, sich nicht dem Lebensfluß zu entziehen und dadurch das Glück der Welt zu erfahren, all das hat stark religiöse Züge und mit Kunst nur noch sehr wenig zu tun. Kunst wird auf diese Weise instrumentell eingesetzt als Medium einer *mystischen* Gemeinschafts- und Naturerfahrung, die nicht mehr ein ästhetisches Erlebnis sucht, sondern das Heil, die Erlösung, mystisches Eins-Sein mit dem Kosmos. Manchem, der an »die Kunst der sechziger Jahre denkt, mag vielleicht nur dieser »Verfallsneodadaismus« (Eco) in Erinnerung sein. Er lebt mit seiner Beschwörung von Traum, Vision, Ekstase, Sex, Drogen, Rock'n'Roll, 'Pop & Porn' im Underground und der Jugendkultur weiter und ist auch von dorthin gespeist worden, ist aber nicht konstitutiv für die besten Arbeiten der Kunst der sechziger Jahre, die man mit den Werken von Beuys, Kounellis, Merz, Anselmo, Serra, Pistoletto, Kossuth, van Elk u. a. verbindet.

III.

Ihnen wird inzwischen von ganz anderer Seite als der Underground-Kultur der Kampf angesagt. Im bereits angeführten Katalog zur DOCUMENTA 7 schrieb der italienische Künstler M. Pistoletto im Jahre 1982: »Wir haben 1968 die große Revolution der Kultur, der Lebensweise, des Verhaltens erlebt. Wir erleben jetzt die große bürgerliche Rückwandlung.« Nach der Zeit der Ideologien sei eine große Leere ausgebrochen, die mit einer neuen Sakralität gefüllt werden soll. »Jetzt spüre ich einen klaren Raum, in den man eine affirmative Kunst stellen kann. Der physische Körper der Autonomie der Kunst in der Sakralität der Form.«

Hatte Mario Merz, einer der führenden Vertreter der *arte povera* in Italien, im Jahre 1978 gefragt: »Ist das Fehlen von Ikonographie unsere Eroberung oder unsere Versäumnis?«, so ließ die Antwort nicht lange auf sich warten. Wir erleben etwa seit Beginn oder Mitte der achtziger Jahre eine Rückwärtsbewegung, die ich in den folgenden Punkten erörtern möchte.

Erstens: Das Werk, meist wieder verstanden als Bild und nicht mehr als »Ereignis«, wird wieder zunehmend in den Mittelpunkt gerückt. Es kann sich hier natürlich nur um das Aufzeigen von Tendenzen handeln, denn wie das eingangs angesprochene Beispiel von Christos Reichstagsverhüllung zeigt, existieren nach wie vor höchst unterschiedliche Richtungen und Tendenzen. Diese plurale Vielfalt ist aber keineswegs ein Ausweis von Beliebigkeit. Vielmehr fungiert dieser Begriff in interessierten

Kreisen als Kampfbegriff, der die Notwendigkeit einer neuen Eindeutigkeit untermauern soll. Das Kriterium für Nicht-Beliebigkeit wird dabei im Begriff des »Erhabenen« gesehen. Nur solche Werke seien würdig, Kunst genannt zu werden und damit der unterstellten Beliebigkeit zu entgehen, die beim Betrachter das Gefühl des Erhabenen auszulösen vermögen. Kunst wird damit wieder zur Divination, zum Verweis auf Göttliches, Heiliges, Numinoses, Unausprechliches, Unsagbares etc. Sie entzieht sich bewußt seinem kommunikativ-sozialen Prozeß und reduziert Kunsterleben damit wiederum 1) auf die individualistische Zweierbeziehung Werk – Rezipient und 2) auf ein vorrationales »Schauen«, das dem religiösen Erleben näher ist als dem genuin-künstlerischen unter den Bedingungen der Moderne. Es ist zwar richtig, daß jedes gelungene Kunstwerk stets etwas Geheimnisvolles hat. Damit ist aber nichts Mystisches, Sakrales, Divinatorisches gemeint, sondern eher ein noch unaufgeschlüsseltes Rätsel, etwas Enigmatisches, Mehrdeutiges. Das darf nicht verwechselt werden, denn der Künstler ist kein Magier, kein Beschwörer, kein Priesterersatz. Gerade in diese Rolle eines »Sehers« möchten aber einige Künstler, die seit den achtziger Jahren von sich reden machen, wieder hineinschlüpfen.

Warum, so wurde Niklas Luhmann einmal gefragt, läuft die Beobachtung dieses neuen künstlerischen Schaffens als Schaffung erhabener, einzigartiger und vollendeter Werke, an der von ihm selbst beschriebenen modernen Kunst als *Formbildungsprozeß* vorbei und sitzt dem Begriff des »Erhabenen« auf? Ob er eine Erklärung dafür habe, und er antwortete: »Eigentlich nicht.« Vor dem Hintergrund seiner Theorie selbst-referentieller Systeme kann er darauf auch nur schwerlich eine Antwort geben, weil er den Beitrag zur gesellschaftlichen Kommunikation zu formal und zu ideologiefrei faßt. Wenn wir aber, wie ich oben vorgeschlagen habe, von einer *Konvergenz* der Sprachen (der künstlerischen, der politischen, der sozialen, der religiösen etc.) ausgehen, kann man sehr wohl eine Erklärung dafür finden, und sie lautet, in den bereits zitierten Worten Pistolettos: »Wir erleben jetzt die große bürgerliche Rückwandlung«. Sie trifft das Verständnis von Kunst als Kommunikation und stellt dem wieder die traditionell-bürgerliche, kontemplative Beziehung entgegen.

Zweitens: Kunst ist aus dieser Sicht nicht mehr ein ephemeres, vorübergehendes Ereignis, sondern betont den Werkcharakter mit Ewigkeitsanspruch, weil und sofern er auf »Ewiges«, Archetypisches, Mythisches verweist.

Ob es sich dabei um biblische Mythen oder nationalgeschichtliche, um antike oder sog. primitive handelt, ist nebensächlich im Hinblick auf das, was beim Betrachter ausgelöst werden soll: ein Gefühl erhabener, wehevoller Ergriffenheit von etwas rational nicht Faßbarem, ein Gefühl, den Hauch des Sakralen zu spüren – auch hier also Religionsersatz und angemäßte Erlösungsfunktion der Kunst.

Anselm Kiefer ist hier ein gutes Beispiel für den Sieg des Mythos über die Vernunft, die Wiederkehr des deutschen Tiefsinns, der raunend-andeutenden, bedeutungsschweren Symbolik, der Nebelschwaden des deutschen künstlerischen Irrationalismus auf den Spuren von Spengler und Klages bis hin zu Botho Strauß und Heiner Müller. Bei Kiefer treffen sich wieder Yggdrasil, die Weltesche, Hermann der Cherusker, und natürlich darf auch der Kyffhäuser nicht fehlen, von Kiefers Arbeit am »Mythos« Faschismus einmal ganz zu schweigen. Aber schon Karl Kraus hatte jenes Deutschtum, auf das Kiefer u. a. sich gestreicht und ausdruckschwach berufen, in dem Satz zusammengefaßt, im Sagenkreis der Deutschen werde dereinst ein großes Durcheinander entstehen zwischen Kyffhäuser und Kaufhäuser.

Womit wir bei der anderen Stelle wären, der sog. Ästhetisierung der kommerziellen Außenwelt einer seelentiefen Innenwelt. Kultur – das hat sich bis in die abgelegenste Provinz und den kleinsten Sparkassenverband herumgesprochen – ist inzwischen zu einem volkswirtschaftlich berechenbaren Standortfaktor geworden. Bürgermeister und Stadträte unwerben potentielle Investoren mit dem Hinweis auf besondere Kulturangebote, Kultur fungiert als gehobene Form der Freizeitgestaltung, auch der Repräsentation von Wirtschaftsmacht; es gehört zu jeder besseren »corporate identity«, auf die Sponsorentätigkeit der Firma hinweisen zu können. Die Verschönerung – wenn es denn eine ist! – der Innenstädte dient besserer Verkäuflichkeit von Produkten, die ihrerseits warenästhetisch aufbereitet sind. Der Begriff des *Design* als auf die Verschönerung der Alltagsgegenstände und der unmittelbaren Umwelt gerichtete Tätigkeit hat zwar eine scheinbare Nähe zum »Projekt« der Kunst der sechziger Jahre, sofern auch diese eine engere Verbindung von Kunst und Leben anstrebte. Design-Kunst intendiert aber gerade nicht jene Ambiguität und Offenheit eines kombinatorischen Formschaffungsprozesses, der imaginäre Welten schafft und durch die so entstehende Kluft bzw. Spannung zwischen Realität und Fiktion erst den Raum schafft für die Erweiterung von

Sinneswahrnehmungen und Bewußtseinsstrukturen. *Design*-Kunst erstrebt und bewirkt ganz im Gegenteil eine *Harmonisierung*, einen glättenden Ausgleich der Spannung zwischen Individuum und Umwelt. Sie macht gesellschaftliches Weiterleben erträglicher durch den Schein des Schönen, sie suggeriert nur, ohne es wirklich hervorbringen zu können, ein Wohlbefinden im Alltag durch Verschönerung als *styling*. Sie ist Voraussetzung und auch Produkt einer Massenkonsungesellschaft; ihr Sinnangebot liegt nicht im Sakralen und Auratischen, sondern in der Akzeptanz des Alltäglichen und Gegebenen. Die Partizipation an dieser Form von Kunst ist die des passiven Konsumenten.

Drittens: Hatte die Kunst der sechziger Jahre die traditionelle Unterscheidung zwischen Werk- und Rezeptionsästhetik bewußt außer Kraft setzen wollen durch die Integration des Rezipienten in den künstlerischen Prozeß selbst, so wird auch diese Unterscheidung nun wiederbelebt. Das Verhältnis zwischen Werk und Betrachter wird wieder als kontemplative Beziehung gesehen. Kunst, so erklärt *A. Bonito Oliva*, einer der prominentesten Kunstkritiker und -förderer der italienischen Transavanguardia, ist »Kontemplation eines Bildes als »Blickfang«.

Rückkehr zum Bild, Rückkehr zur Gegenständlichkeit, Rückkehr zu inhaltlichen Bedeutungen (der »Resemantisierung«), Rückkehr zur Handwerklichkeit und schließlich Rückkehr zum Mythos, sei es der germanische bei Kiefer oder der eher heiter-mediterrane mit allerlei Hirten, Fischern, Kämpfern und Helden bei Vertretern der italienischen Transavanguardia (Chia, Cucchi, Clemente, Palladino u. a.) oder auch bei Franzosen wie Garouste. Kunst versteht sich hier wieder, in den Worten Bonito Olivass, als bewußt *asoziale*, scheinbar zeitenthobene Praxis.

Hatten die Künstler der sechziger Jahre auf der Untrennbarkeit von Erfahrung und Erkenntnis beharrt und Kunst in einem untrennbaren Beziehungszusammenhang von Mensch, Umwelt, Raum, Zeit und sozialen Verhältnissen angesiedelt, so verhält sich jene Kunst, die seit den achtziger Jahren konservativ-bürgerlich darauf reagiert, bewußt indifferent gegenüber der »negativen Inkohärenz« der Welt. Sie zieht sich in den »hortus conclusus« (B. Strauß) der Eigentlichkeit zurück, denn die Welt ist wie sie nun einmal ist und nicht zu ändern in der »Unauflöslichkeit eines unergründlichen Realen« (Bonito Oliva). Kunst im Zeichen der »Krise aller Systeme« bedeutet Rückzug aus einem sozialen Kommunikationszusammenhang, der jetzt als »moralistisch« denunziert wird, sie be-

deutet aber auch Rückkehr zur alten, *auktori-
alen* Funktionsweise von Kunst. Denn der
Künstler setzt sich selbst wieder ein in die Rolle
als alleiniger Schöpfer eines fertigen, vollenden-
den Werkes, dem sich der Rezipient dann nur
noch kontemplativ und passiv nähern kann.

Es ist nicht die Aufgabe von Sozialwissen-
schaftlern, über den ästhetischen Wert einzel-
ner Werke zu befinden. Als Beobachter eines
kulturellen Geschehens, deren Teilnehmer wir
gleichzeitig sind, können wir aber feststellen,
daß die behauptete Beliebigkeit moderner
Kunst nur die Tatsache verdeckt, daß auch der
Bereich Kunst ein sozial, politisch und ideolo-
gisch überformtes Feld ist, auf dem nicht nur
Kämpfe um Marktanteile, sondern auch Aus-
einandersetzungen um die Bestimmung der
Rolle von Kunst und Individuum in der Gesell-
schaft ausgetragen werden. So wichtig die Er-
forschung des schichtspezifischen Zugangs zur
Kunst, die Orientierung am System der ›feinen
Unterschiede‹ (Bourdieu) und der Distinktions-
mechanismen ist, so wichtig scheint mir ander-
erseits die Analyse der Konvergenz künstleris-
chen Sprachen mit denen der Politik, der Wis-
enschaften, der Philosophie und allgemein mit
den ideologischen Diskursen in einer bestimm-
ten Gesellschaft zu einer bestimmten Zeit. Die
Rede von der Beliebigkeit verrät einerseits eine
Schwierigkeit im Umgang mit Pluralität, ander-
erseits aber auch eine Schwierigkeit im Um-
gang mit der Mehrdeutigkeit, Offenheit und
Ambiguität moderner Kunst, die einen aktiven,
sinnesoffenen, reflexionsbereiten (und nicht
nur ›gebildeten‹, sich qua Herkunft, Neigung
und Kenntnisstand im Kunstgeschehen ausken-
nenden) Rezipienten erfordert, ihn aber auch –
das Gelingen des künstlerischen Anspruchs
vorausgesetzt – fördert, hervorbringt und er-
zieht. Kunst hat mithin durchaus einen gesell-
schaftlichen Bezug, aber er liegt in der Auf-
nahme gesellschaftlicher Konstitutionsprinzi-
pien in ihr eigenes Tun – Partizipation, aktive
Teilnahme am gesellschaftlichen Geschehen,
Kommunikation über Mögliches, Wünschbares,
Erforderliches etc. – und nicht etwa in der mehr
oder weniger realistischen *Abbildung* gesell-
schaftlicher Zustände oder ihrer symbolischen
Überhöhung. Es scheint mir daher keineswegs
paradox, sondern ästhetisch nur konsequent
zu sein, wenn einer der wenigen westdeutschen
Befürworter der ehemaligen DDR-Kunst, Edu-
ard Beaucamp, zugleich heftig gegen die be-
hauptete Beliebigkeit moderner Kunst angeht
und publizistisch im neu-rechten Umfeld, etwa
in Schwilks »Selbstbewußter Nation«, in Er-
scheinung tritt.

Unter der Voraussetzung, daß Kunst sich

zwar auf Kunst bezieht, andererseits aber im-
mer auch ein *fait social* (Adorno) ist, ist es
nicht sinnvoll, danach zu fragen, ob und wie
Kunst Gesellschaft abbildet oder gar widerspie-
gelt. Vielmehr gilt es zu fragen, wie Kunst ge-
sellschaftliche Sichtweisen mit *erzeugt* und
hervorbringt, selbst also aktiv beteiligt ist an
der Konstitution gesellschaftlicher Wahrneh-
mungsmuster, des sog. ›Zeitgeistes‹, ja letztlich
auch eines bestimmten Typus von *citoyen*, des
kommunikativ oder kontemplativ am Gesche-
hen beteiligten oder sich ihm entziehenden Bür-
gers im öffentlichen Raum.

IV.

Kommen wir zurück auf die eingangs zitierte
Frage des SPIEGEL, ob die Kunstform der sechzi-
ger Jahre nicht inzwischen inhaltsleer sei und
die Aktion nur noch barockes Spektakel ohne
Sinn. Moderne Kunst ist immer inhaltsleer; die
Gegenüberstellung von Form und Inhalt bzw.
Gehalt ist obsolet bei einem Kunstverständnis,
das den ›Inhalt‹ in den Formgebungsprozeß
selbst verlagert. Ein solches Werk, eine solche
Aktion ist ausfüllbar, aber deswegen nicht leer
im Sinne von nichtig, unerheblich, nichtssagen-
d, sondern es ist gerade vielsagend. Ob fer-
ner diese wie jede andere künstlerische Aktion
›ohne Sinn‹, d. h. ohne Botschaft ist, hängt, wie
ausgeführt, von der Fähigkeit und Bereitschaft
des Rezipienten ab, ihm einen Sinn zu verleihen.
Der moderne Künstler jedenfalls hat sich
von der Rolle des Sinn- und Bedeutungsliefe-
ranten verabschiedet; er kann nur auslösende,
provozierende, das Gewohnte durchbrechende
Funktionen ausüben. Aber auch sie sind keines-
wegs beliebig, sondern vom Künstler durchaus
in eine bestimmte, gewollte Richtung gesteuert.
Es ist daher kein Zufall, daß Christo den
Reichstag wählt und nicht irgendeine beliebige
Fabrikhalle in Kreuzberg oder der Bronx. Er in-
tendiert mit seiner Wahl eine Auseinanderset-
zung über ganz bestimmte Bedeutungen und
Bedeutungsträger, ohne diese Auseinanderset-
zung inhaltlich bereits zu präjudizieren. In den
Worten von Christos Mitarbeiterin Jeanne-
Claude: »Das Werk hat die Bedeutung, die Sie
ihm geben.«

Und eine letzte Bemerkung zum SPIEGEL-Zi-
tat. Mag der Begriff ›barock‹ hier auch nur ein-
geführt worden sein im Sinne von spektakulär,
formschwellend, üppig, bizarr, so steht er doch
gleichzeitig auch für Repräsentation, historisch
für die wiedererstarke Macht der katholischen
Kirche nach der Gegenreformation. Es ist in-
dessen nur schwer zu erkennen, wie eine Ak-
tion, ein vorübergehenden Ereignis, das sich in

Zu dem innenpolitischen Konsens komme der Konsens der Koalition über die Grundlagen einer friedlichen Außenpolitik, der bereits während des Krieges in der Friedensresolution des Reichstags vom Juli 1917 formuliert worden sei.

Einer der bekanntesten Mitarbeiter Naumanns war der junge Theodor Heuß, sein späterer Biograph, gewesen. Theodor Heuß erinnerte 1949 nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten in einer Rede vor dem Bundestag an das politische Erbe Naumanns, das auch ihn wie viele andere Weimarer Demokraten seiner Generation geprägt habe. Heuß sprach 1949 von einer »lebendigen Demokratie«. Sie sollte an die Stelle eines von kleinen Führungsgruppen beherrschten nationalen Machtstaats treten, dem allerdings auch Naumann vor und während des Ersten Weltkriegs angehangen hatte.

Deutsche Revolution 1918/19

Der am 10. November 1918 nach der Abdankung des Kaisers gebildete Rat der Volksbeauftragten war eine sozialdemokratische Alleinregierung von SPD und USPD gewesen. Dabei fungierte Ebert faktisch, wenn auch nicht nominell, als Reichskanzler. Die vom 16. bis zum 21. Dezember in Berlin tagende Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte hatte sich mit 400 gegen 50 Stimmen für die Einberufung der Nationalversammlung entschieden. Ende Dezember schieden die USPD-Vertreter aus der Regierung aus. Seitdem suchten die SPD-Vertreter wieder die Zusammenarbeit mit den »bürgerlichen« Parteien der früheren Reichstagsmehrheit der Friedensresolution. Mehrere Staatssekretäre waren von der letzten kaiserlichen Regierung übernommen worden. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar gewann die SPD 163 Sitze, die linkssozialistische USPD 22, das katholische Zentrum (einschließlich der BVP) 91, die linksliberale DDP 75, die nationalkonservative DNVP 44 und die rechtsliberale DVP 19 Sitze. Sämtliche Parteien der Friedensresolution, SPD, katholisches Zentrum und DDP waren aus den Wahlen gestärkt hervorgegangen. Mit 337 von 421 Sitzen verfügten sie über drei Viertel der Sitze in der Nationalversammlung.

Die parteipolitische Zusammensetzung der



Friedrich Ebert und Joseph Wirth vor dem unverhüllten Reichstag
Foto: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Weimarer Nationalversammlung unterschied sich merklich von der Zusammensetzung der Abgeordnetenversammlung in Paris. Dort vereinte der Block der nationalen Rechten insgesamt 433 der 613 Sitze auf sich. Da auch die britische Regierung Lloyd George auf einer aus den Wahlen Ende 1918 hervorgegangenen liberal-konservativen Mehrheit beruhte, war die Weimarer Nationalversammlung 1919 das am weitesten links stehende Parlament Europas. So gesehen stand es allerdings auch relativ isoliert in der politischen Szenerie Europas unmittelbar nach dem Ende des Kriegs. Gleichfalls im Januar 1919 setzte die Reihe der Wahlen zu den Länderparlamenten ein: am 5. Januar in Baden, am 12. Januar in Bayern und Württemberg, am 26. Januar in Preußen, Hessen, Mecklenburg-Schwerin und Lippe-Detmold. Fast überall gingen die Sozialdemokraten als stärkste Partei aus den Wahlen hervor. Allerdings hatten die bürgerlichen Parteien in den meisten Länderparlamenten jeweils die Mehrheit. Das war das Bild, das die neue politische Landkarte der Demokratie in Deutschland bot. Wegen eines Koalitionspartners nahm die SPD zunächst Kontakt zur DDP auf. Die Linksliberalen verlangten bei

diesen Gesprächen, auch das Zentrum in die Koalition aufzunehmen. So formierte sich die Weimarer Koalition als Wiederauflage des Bündnisses der Parteien der Friedensrevolution von 1917. Man hatte sich nicht zuletzt auf Drängen Eberts für Weimar als Tagungsort der Nationalversammlung entschieden, weil man der ständigen Gefahr der Störung der Beratungen durch politische Unruhen entgehen wollte.

Hugo Preuß' Verfassungsentwurf

Hugo Preuß, der als Staatssekretär des Innern im Auftrag der Volksbeauftragten den Verfassungsentwurf ausgearbeitet hatte, erklärte am 8. Februar bei der Einbringung des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt vor der Nationalversammlung: »Was durch die Revolution geschaffen ist, bedarf nunmehr der rechtlichen Ordnung und Fundamentierung.« Preuß wertete dabei die Weimarer Nationalversammlung von 1848/49 auf: »War damals über die Frage, ob es wirklich der Beruf der Nationalversammlung sei, als Trägerin der Souveränität des Volkes von sich aus allein den neuen Zustand schaffend zu gestalten, noch mancher Zweifel möglich – und der Gang der Ereignisse hat ja dann leider die Zweifel bestätigt –, so steht heute der Beruf dieser Versammlung, die auf demokratischer Grundlage aufgebaut, den Willen des souveränen Volkes vertritt, wohl außer jedem Zweifel.«

Ebert rechtfertigte die Entstehung der Demokratie aus der Revolution sowohl gegenüber Kritikern von rechts wie von links. Der nationalkonservativen Rechten erteilte er bei seiner Rede zur Eröffnung der Nationalversammlung am 8. Februar eine historische Lektion: »Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution. . . Es war die Kaiserliche Regierung des Prinzen Max von Baden, die den Waffenstillstand einleitete, der uns wehrlos machte. Nach dem Zusammenbruch unserer Verbündeten und angesichts der militärischen und wirtschaftlichen Lage konnte sie nicht anders handeln. Die Revolution lehnt die Verantwortung ab für das Elend, in das die verfehlte Politik der alten Gewalten und der leichtfertige Übermut der Militaristen das deutsche Volk gestürzt haben.« Gegenüber Kritik von links, so der Unabhängigen Sozialdemokraten, hielten Ebert und die Politiker der Mehrheitssozialdemokratie daran fest, daß die Revolution mit der Wahl der Nationalversammlung beendet sei und die neue demokratisch-republikanische Verfassung die Errungenschaften der Revolution festschreiben werde.

Noch vor dem Zusammentritt der National-

versammlung hatte sich noch eine andere politische Kraft, die der deutschen Länder, die den Umbruch überlebt hatten, zu Wort gemeldet und dafür gesorgt, daß eine Reihe von Vorentscheidungen zugunsten der Länder in den Verfassungsentwurf eingebaut wurden. Die Länder hatten zwar in der Revolution ihre Dynastien, ihre Könige, Großherzöge und Herzöge, aber keineswegs ihre Lebenskraft verloren. Auf zwei zentralen Reichskonferenzen der Länder im Dezember und im Januar hatten deren Vertreter durchgesetzt, daß der Föderalismus in der künftigen Verfassung eingebaut würde. Dabei hatten sich selbst die Sozialdemokraten in Preußen und Bayern als überzeugte Föderalisten erwiesen. Die beharrliche Kraft der Länder war so stark, daß nicht einmal der Vorschlag von Hugo Preuß, das Land Preußen aufzulösen und Deutschland in 16 selbständige Länder zu gliedern, realisiert werden konnte. Eine unitarische Verfassung mit einer starken Stellung der Zentralgewalt, wie sie die Mehrheit der DDP und einige führende SPD- und Zentrumsmitglieder anstrebten, fand schließlich auch in der Nationalversammlung keine Mehrheit.

Verfassungsberatungen

Am 10. Februar beschloß die Nationalversammlung als Übergangsverfassung das »Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt«, aufgrund dessen der Reichspräsident gewählt und die Regierung bestellt werden konnte. Scheidemann gab danach für den Rat der Volksbeauftragten folgende Erklärung ab: »Wir legen die Macht, die wir von der Revolution empfangen hatten, hiermit in Ihre Hände.« Die Übergangsverfassung errichtete einen Staatenausschuß, dem Vertreter der neuen demokratisch gewählten Regierungen der Länder angehörten. Der Staatenausschuß wurde an dem Gesetzgebungsverfahren beteiligt. Damit wurde der föderative Charakter der neuen Republik festgeschrieben. Die Souveränität der Nationalversammlung wurde insoweit begrenzt, daß Änderungen des Staatsgebiets der einzelnen Länder nur mit deren Zustimmung möglich war. Bei der Vorberatung des Entwurfs der Übergangsverfassung mit dem Rat der Volksbeauftragten hatten sich die Länder diesen Passus ausbedungen. Die für die deutsche Verfassungsgeschichte so typische politische Struktur des Föderalismus wurde erhalten und in den neuen demokratischen Nationalstaat eingebaut.

Am 27. Februar wurde das Gesetz über die vorläufige Reichswehr nach einer äußerst erregten Debatte, die sich vor allem zwischen Rednern der SPD und USPD abgespielt, beschlos-

sen. Das Gesetz regelte die Auflösung des Kriegsheeres und die Bildung von Freiwilligenverbänden, die der Befehlsgewalt des Reichspräsidenten unterstellt wurden. Die Zuverlässigkeit der Freiwilligenverbände, die zum sog. »Grenzschutz«, aber auch innenpolitisch zur Bekämpfung von Unruhen eingesetzt wurden, übrigens auch zum Schutz der Nationalversammlung, war umstritten. Der Kapp-Putsch im März 1920 sollte zeigen, daß das Mißtrauen gegenüber diesen Freikorps und der Zweifel an ihrer politischen Loyalität begründet waren.

Am 28. Februar fand die erste Lesung des Verfassungsentwurfs im Weimarer Nationaltheater statt. Der Entwurf war inzwischen mehrfach von dem Rat der Volksbeauftragten wie von den Ländervertretungen und in einer Anhörung mit Fachleuten vorberaten worden. Die Nationalversammlung setzte einen 28köpfigen Verfassungsausschuß ein, dessen Vorsitz der Stuttgarter DDP-Politiker Conrad Haußmann übernahm. Wenngleich die SPD-Fraktion die meisten Mitglieder dieses Ausschusses stellte, darunter Max Quarek aus Frankfurt, Simon Katzenstein aus Berlin und der Kölner Jean Meerfeld, so wurde der Verfassungsausschuß von den bürgerlichen Politikern, darunter mehrere Universitätsprofessoren, dominiert. Die führenden bürgerlichen Vertreter waren für die DDP außer Haußmann als Vorsitzenden Friedrich Naumann und der Kasseler Oberbürgermeister Erich Koch; für das Zentrum und die Bayerische Volkspartei Carl Trimborn und Peter Spahn, zwei altgediente Reichstagsabgeordnete, der Münsteraner katholische Moraltheologe Joseph Mausbach und der Münchener Rechtshistoriker Conrad Beyerle; für die DNVP der ehemalige Präsident des Karlsruher Oberlandesgerichts Adalbert Düringer und der ehemalige Staatssekretär des Innern, Clemens von Delbrück; für die DVP der Berliner evangelische Kirchen- und Staatsrechtler Wilhelm Kahl. Trotz der bürgerlichen Dominanz im Verfassungsausschuß war allen klar, daß angesichts der Mehrheitsverhältnisse wichtige Beschlüsse ohne die Zustimmung der SPD nicht möglich waren.

Der Verfassungsausschuß nahm seine Beratungen am 4. März auf und beendete sie am 18. Juni. Auf einen anfangs recht umstrittenen Antrag Naumanns hin befaßte sich der Ausschuß besonders intensiv mit der Einarbeitung von Grundrechten in die Verfassung, während Preuß demgegenüber zuvor noch versucht hatte, die Aufnahme von Grundrechten in die Verfassung zu vermeiden, weil bereits das Paulskirchen-Parlament 1848 wertvolle Zeit durch die ausgiebige Beratung von Grundsatz-

fragen verloren habe. Tatsächlich nahm aber der zweite Teil der Verfassung über die »Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen« in der endgültigen Fassung einen ungewöhnlich breiten Raum ein. Dieser Teil nahm die »klassischen« Grundrechte, wie sie bereits die Paulskirchenverfassung formuliert hatte, auf, aber zusätzlich auch eine Reihe von Regelungen über das »Gemeinschaftsleben«, darunter über Ehe und Familie, die Neuregelung des Verhältnisses von Kirche und Staat nach der Auflösung des seit Jahrhunderten in Deutschland bestehenden Staatskirchentums, über die kommunale Selbstverwaltung, das Beamtentum, das Schulwesen und das Wirtschaftsleben. Die Tarifautonomie und das Organisationsrecht der Arbeiter und Angestellten wurde ebenso wie der Grundsatz innerbetrieblicher und überbetrieblicher Mitbestimmung verfassungsrechtlich anerkannt. Die Grundsätze der Sozialpflichtigkeit des Eigentums sowie der Besteuerung der Wertsteigerung des Bodens wurden in die Verfassung aufgenommen.

Schließlich brachte die SPD noch den Antrag ein, die Bodenschätze in Gemeineigentum zu überführen. Der Antrag wurde von der bürgerlichen Mehrheit der Nationalversammlung abgelehnt: Die Weimarer Verfassung war eine soziale, aber keine sozialistische Verfassung.

Die Weimarer Verfassung regelte nicht nur die staatlichen Verhältnisse, sondern griff teilweise auch in die gesellschaftlichen Verhältnisse ein, die in einer modernen Demokratie nicht gleichsam getrennt von dem Staat gesehen werden können. Damit ging die Verfassung weit über das konstitutionelle wie liberale Staatsverständnis des 19. Jahrhunderts hinaus. In späteren Jahren der Weimarer Republik sollte sich zeigen, daß sich gerade Staatsrechtler weigerten, sich das neue demokratische Staatsverständnis zu eigen zu machen. Der rechtspolitische Wert der Ausformulierung dieser Grundrechte und Grundpflichten bestand nicht zuletzt darin, daß die so unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen in Deutschland, – Sozialisten, Liberale, Konservative, Protestanten, Katholiken, freikirchliche Gemeinschaften, Juden – zum ersten Mal ihre ja oft miteinander konkurrierenden Wertvorstellungen in eine gemeinsame Diskussion einbrachten und sie dabei zu einer Verständigung und zu einem gewissen Konsens über die Gemeinsamkeit dieser Wertvorstellungen gelangten. Es war die Geburt der pluralistischen Gesellschaft in Deutschland.

Mit großem Geschick verstand es Haußmann, den Verfassungsausschuß über die Fraktionsgrenzen hinweg zu einem kooperativen Arbeitsstil zu bewegen. Während Deutschland

in der ersten Hälfte des Jahres 1919 an zahlreichen Orten noch die Nachwehen des Kriegs und der Revolution zu ertragen hatte, in verschiedenen Regionen separatistische Forderungen laut wurden, in den bürgerkriegsartigen Kämpfen zwischen Aufständischen und von der Regierung eingesetzten Freikorps zahlreiche Tote zu beklagen waren und schließlich mit der Bekanntgabe der Bedingungen des Friedensvertrags am 7. Mai durch die Alliierten düstere außenpolitische Wolken über Deutschland aufzogen, die sich vor der Abstimmung über den Versailler Vertrag im Juni in einem innenpolitischen Sturm entluden, der die Grundfesten der jungen Republik zu erschüttern drohte, tagte der Verfassungsausschuß in Weimar in einer ausgesprochen friedlichen, fast abgeklärten Atmosphäre.

Die zweite Lesung der Verfassung in der Nationalversammlung fand vom 2. bis 22. Juli, die abschließende dritte Lesung vom 29. bis 31. Juli statt. Bis zum Abschluß der Debatten blieben verschiedene Fragen strittig, so die Regelung des Rechts der unehelichen Kinder, Formulierungen über die Abschaffung des Adels, die von den Parteien der Linken erhobene Forderung nach der Abschaffung der Todesstrafe. Sie wurde nach einer längeren Diskussion abgelehnt, wobei gleichzeitig aber beschlossen wurde, die Anwendung der Todesstrafe durch Änderungen im Strafprozeßrecht einzuschränken. Zuletzt noch die Regelung der Schulfrage. Sie wurde durch den zwischen SPD und Zentrum in letzter Minute ausgehandelten Schulkompromiß gelöst, der drei Schulformen in der Verfassung festlegte, die Konfessionsschule, die Weltanschauungsschule und die Simultanschule, die Option für diese Schulformen mit dem Elternrecht verknüpfte, und die Möglichkeit der Errichtung von Privatschulen vorsah, eine Lösung, die zuvor nur in den gemischtkonfessionellen Niederlanden praktiziert worden war. Die Leidenschaftlichkeit, mit der bis zum Schluß ausgerechnet um den Schulkompromiß gerungen wurde, zeigt, wie stark die deutsche Gesellschaft noch durch die aus dem 19. Jahrhundert überkommenen weltanschaulichen, konfessionellen und ideologischen Einstellungen geprägt war.

Debatte um den Versailler Friedensvertrag

Im Sommer 1919 fielen die Beratungen über die Verfassung mit den Beratungen über den Friedensvertrag zeitlich fast zusammen. Sachlich gab es zwar nur in einigen wenigen Fällen Berührungspunkte. Politisch aber waren beide

parlamentarische Verfahren miteinander verzahnt. Der Opfergang der SPD gegenüber geheiligten Prinzipien ihrer Bildungspolitik erleichterte den Opfergang des Zentrums, das sich nach langem Zögern bereit fand, aus dem bürgerlichen Lager auszuscheren und gemeinsam mit der SPD dem Friedensvertrag zuzustimmen, während dagegen alle anderen bürgerlichen Parteien den Friedensvertrag ablehnten. Vor dieser Entscheidung hatte es eine erregte innerdeutsche Debatte über Annahme oder Ablehnung des Friedensvertrags gegeben. In einer Sondersitzung der Nationalversammlung in der Aula der Universität Berlin, der heutigen Humboldt-Universität, hatte der Sozialdemokrat Scheidemann für die Reichsregierung den Vertrag als »unannehmbar« bezeichnet.

Der Zentrumspolitiker Erzberger hielt diesen Weg für zu riskant. In einem Memorandum für die Kabinettsitzung Anfang Juni hatte er die möglichen außen- und innenpolitischen Folgen für den Fall einer Ablehnung aufgezeichnet: Die Kriegshandlungen würden von den Alliierten wieder aufgenommen, Teile Deutschlands, insbesondere das Ruhrgebiet, würden besetzt, die inzwischen beendete Blockade würde wieder aufgenommen. Innenpolitisch drohe eine Hungersnot und das »Überhandnehmen des Bolschewismus, der seine Zeit gekommen sieht«. Die Behörden würden an Autorität verlieren, die deutsche Bevölkerung sich politisch nach links und rechts polarisieren. Es drohe ein Bürgerkrieg. Ähnlich argumentierte schließlich auch die Oberste Heeresleitung unter General Groener. Am 19. Juni trat das Kabinett Scheidemann zurück. Dem neugebildeten Kabinett des Sozialdemokraten und Gewerkschaftlers Gustav Bauer gehörten nur noch die SPD und das Zentrum an. Die DDP schied aus der Regierung aus. Am 22. Juni ermächtigte die Nationalversammlung mit 237 gegen 138 Stimmen die Regierung, den Vertrag zu unterzeichnen. Bereits am 9. Juli wurde der Friedensvertrag mit 208 Stimmen aus SPD, Zentrum und USPD gegen 116 Stimmen aus DDP, DVP und DNVP ratifiziert.

In dieser Situation überließ das bürgerlich-nationale Lager die Verantwortung für die Beendigung des Krieges in einem ungewöhnlich feigen politischen Akt den früheren »Reichsfeinden«: der deutschen Sozialdemokratie und dem politischen Katholizismus. Nach der Ratifizierung und unmittelbar vor der Verabschiedung der Verfassung fand in der Nationalversammlung im Juli eine erregte Debatte über die Frage der Schuld am Kriegsausbruch und an der Niederlage statt, bei der die DNVP erstmals die SPD wie auch Erzberger massiv angriff. Erz-

berger antwortete außerordentlich scharf und verletzend und berichtete detailliert über Interna aus der deutschen politischen Führung während des Kriegs. Es war der Beginn der innerdeutschen Kriegsschulddebatte, die sich schließlich noch bis in die 1960er Jahre hinziehen sollte! Für die Abgeordneten der Rechten, der DVP und der DNVP, war seitdem die Haltung zur neuen Verfassung und zur Weimarer Demokratie, die die Verfassung des Bismarck-Reichs aufhob, unlöslich mit der Einstellung zu dem Friedensvertrag verbunden, der als nationale Schmach dargestellt wurde. In beiden Vorgängen, in dem Friedensvertrag wie in der Verfassung, sah man den Untergang jenes Kaiserreichs besiegelt, mit dem man sich noch vor einem Jahr als den Höhepunkt der deutschen Geschichte identifiziert hatte. Diese Tatsache sollte dauerhaft die Einstellung eines Teils der bürgerlichen Rechten zur Weimarer Demokratie prägen.

Die dritte Lesung der Verfassung im Juli 1919

Die Wirkung der Debatte um die Annahme oder Ablehnung des Versailler Vertrags auf die Konsensfähigkeit der Nationalversammlung war verheerend. Studiert man die Protokolle der Verhandlungen des Plenums wie des Verfassungsausschusses, so läßt sich feststellen, daß bis zum Mai 1919 trotz gravierender Differenzen zwischen den Fraktionen immer wieder eine Bereitschaft zum Kompromiß vorhanden war. Zumal im Verfassungsausschuß kamen häufig Lösungen zustande, die nicht von dem Rollenspiel zwischen den Regierungs- und Oppositionsparteien bestimmt waren. Mit dem Beginn der zweiten Lesung der Verfassung am 2. Juli 1919 hatte sich die Situation allerdings grundlegend gewandelt. Hier argumentierte die bürgerlich-nationale Rechte, also die DNVP und die DVP, erstmals grundsätzlich gegen die demokratische Verfassung, die mit der Niederlage im Krieg, die der Versailler Vertrag besiegelte, in einen unauflösbaren Zusammenhang gebracht wurde.

Der frühere Staatssekretär des Innern, von Delbrück, begründete für die DNVP die Ablehnung der neuen Republik damit, daß hier ein schwacher, aus der Niederlage erstandener Staat den starken Staat des Bismarckreichs, der aus zwei siegreichen Kriegen hervorgegangen war, ersetze. »Die Verfassung«, so führte er am 2. Juli aus, »ist nicht die Arbeit eines freien, stolzen, seiner Kraft bewußten, sondern ... die Arbeit eines zerschlagenen, am Boden liegenden Volkes, und so geht denn durch die

Verfassung als bestimmter Zug die Neigung durch, unsere Verhältnisse anzufügen und einzupassen denen des Auslandes.« Das Stichwort der Unterwerfung unter das westliche Ausland, das Delbrück hier gab, sollte später eine ständig wiederholte Kampfpapole der antidemokratischen Propaganda gegen die Weimarer Republik werden, wobei hier in subtiler Weise innen- und außenpolitische Ressentiments vermischt wurden. Der Oberbürgermeister von Kassel, Abgeordneter der DDP und spätere Reichsinnenminister konterte, daß sicherlich in der Verfassung wenig von Potsdam, aber um so mehr von Weimar zu spüren sei.

Zu Beginn der Debatte, die die abschließende dritte Lesung der Verfassung Ende Juli einleitete, beschrieb der Sprecher der DVP Heinze die politische Gefühlslage seiner eigenen rechtsliberalen Parteifreunde mit folgenden Worten: »Man wird in den nächsten Tagen Feiern veranstalten aus Anlaß der Verabschiedung der neuen Verfassung. Einer ihrer letzten Artikel bestimmt: Die Verfassung vom 16. April 1871 wird aufgehoben. Damit scheidet sich das neue Deutschland auch formell von der stolzesten Epoche seiner zweitausendjährigen Geschichte. In diesem Moment und in dem Augenblick, wo man die schwarz-weiß-rote Fahne herunterholt, müssen wir bei einer derartigen Feier stillschweigend abseits stehen.«

Düringer erklärte bei dieser Abschlußdebatte für die Deutschnationalen, die Demokraten hätten seinerzeit die Verfassung von 1871 abgelehnt, weil sie ihnen nicht demokratisch genug war. »Wir lehnen diese vorliegende Verfassung ab, weil sie uns nicht konservativ genug ist.« Düringer umschrieb die politischen Vorbehalte des nationalkonservativen Bürgerturns gegenüber der Weimarer Demokratie: »Die Republik ist den Deutschen wesensfremd.« Gleichfalls ablehnend, aber aus einer entgegengesetzten Argumentation, fiel die Bewertung der Verfassung durch den Sprecher der USPD Cohn aus. Der Zeitpunkt für eine Verfassung sei noch verfrüht. Die Stellung des Reichspräsidenten sei scheinmonarchisch, die Verfassung selbst historisch bereits überholt. Die Linksozialisten maßen die parlamentarische Demokratie an den Maßstäben einer Rätedemokratie und verwarfen sie.

Die Weimarer Demokraten hoben dagegen bei der abschließenden Würdigung die Leistungen der neuen Verfassung, ihres eigenen Werks, hervor. Katzenstein für die SPD sah in der Schaffung der neuen Verfassung unter so ungünstigen äußeren Umständen einen Beweis für die Lebenskraft des deutschen Volkes. Wenn die SPD sich für die Einführung des Frau-

enwahlrechts eingesetzt habe, so sei sie sich dabei im klaren gewesen, daß dies ihre eigenen Wahlchancen schmälere. Aus ähnlichen demokratischen Überzeugungen habe man das Verhältniswahlrecht eingeführt, damit auch die Minderheit zu ihrem Recht komme. Kritisch stand die SPD der Direktwahl des Reichspräsidenten gegenüber. Eine Wahl durch Reichstag und Reichsrat, der Vertretung der Länder, wäre besser geeignet, die Möglichkeit einer »bonapartistischen Plebiszitpolitik« zu verhindern. Die Sozialdemokraten, auch Ebert, der erste Reichspräsident, waren von Anfang an skeptisch gegenüber der herausragenden Stellung des Reichspräsidenten gewesen, die nicht zuletzt von den »bürgerlichen« Abgeordneten in die Verfassung eingebaut worden war. Insgesamt erklärte sich die SPD bereit, den politisch-gesellschaftlichen Kompromiß, der der Verfassung zugrundelag, zu akzeptieren; Katzenstein wies darauf hin, daß die SPD traditionell die Partei der deutschen Einheit gewesen sei. Die SPD befürwortete auch entschieden die Aufnahme der Grundrechte in die Verfassung und die Bindung an das Völkerrecht als »Brücke zur Völkergemeinschaft«.

Vorsichtig abwägend äußert sich Spahn für das katholische Zentrum zu dem Verfassungswerk: Der Grundsatz der Volkssouveränität, die Teilung der Gewalten und der föderative Charakter des Reichs seien gesichert, auch wenn das Reich zunehmend auf einen Einheitsstaat zusteuern würde. Spahn befürwortete den Eintritt in den Völkerbund und ging dann auf die besonderen Forderungen des Zentrums ein. Deutschland solle die abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zum Vatikan wieder aufnehmen. Er verwies auf konservative Elemente in der neuen Verfassung, zumal in dem Abschnitt über die »Grundrechte und Grundpflichten«, die übrigens auch von der DNVP trotz ihrer insgesamt ablehnenden Haltung zur Verfassung begrüßt worden waren. Die Sonntagsheiligung, Ehe und Familie, das Eigentum und das Erbrecht würden durch die Verfassung geschützt. Die Beziehungen zwischen Staat und Kirche seien auf eine neue Grundlage gestellt worden. Schließlich werde der Schulkompromiß der Realität der konfessionellen Verhältnisse in Deutschland gerecht. Alle Parteien müßten jetzt ihre Programme der neuen Situation anpassen. Das gelte auch für seine eigene Partei, das einstmals monarchische Zentrum.

Die DDP verstand sich als die eigentliche Verfassungspartei. Für sie sprach Haußmann. Kritik übte Haußmann an der ablehnenden Haltung der Konservativen. Sie seien schon 1871 mit inneren Vorbehalten in den Parlamentaris-

mus eingestiegen. Die äußere Linke lasse sich dagegen von der »Übermacht ihres Mißtrauens« leiten. Durch das Nein zur Verfassung mache sie sich gleichfalls an der Gegnerschaft gegen den Parlamentarismus mitschuldig, denn ohne Gewalt ließen sich deren Ziele nicht durchsetzen. Schließlich spendete Haußmann sein Lob der Tagungsstadt: »Wir wollen uns Weimar dafür erkenntlich zeigen, daß diese Verfassung in der Geschichte Deutschlands und in der Weltgeschichte künftig den Namen »Weimarer Verfassung führen soll.«

Der Architekt der Weimarer Verfassung war Hugo Preuß, auch wenn sein ursprünglicher Entwurf mehrfach abgewandelt wurde. Als Staatssekretär, als Minister und nach dem Ausscheiden der DDP aus der Regierung im Juni 1919 als Reichskommissar nahm er regelmäßig an den Verfassungsberatungen teil. Zum Abschluß der dritten Lesung faßte Preuß die in dem vergangenen halben Jahr erbrachten verfassungspolitischen Leistungen zusammen und setzte sich dabei auch kritisch mit den Positionen der Parteien auseinander, die die Verfassung ablehnten. Ironisch bemerkte er, daß sich die Opposition auf der Rechten offensichtlich darin einig sei, daß der Zeitpunkt der Schaffung der Verfassung verfehlt sei. Die USPD müsse sich allerdings fragen, ob nicht ihre Spekulation auf die Einlösung ihrer rätedemokratischen Vorstellungen der Einheit von Gesetzgebung und Verwaltung nicht gerade die entgegengesetzte Lösung bringen werde, nämlich eine Militärdiktatur, die auf ihre Weise den Grundsatz der Einheit von Gesetzgebung und Verwaltung durchsetze. An die Rechte gewandt, fragte er, ob sie wirklich glaube, sie könne die alte bismarcksche Verfassung im Falle eines Wahlsiegs wieder auflieben lassen. Die Rechte habe weiter kritisiert, daß zu viele Kontrollen gegen den Mißbrauch der Gewalt in die Verfassung eingebaut worden seien. Aber sei es nicht verständlich, »wenn nach den Jahrzehnten der Herrschaft des [Bismarckschen] Systems in breiten Volksmassen das Gefühl des Mißtrauens gegen Regierende schlechthin nicht ohne weiteres auszurotten ist«?

Preuß hatte im Verlauf der Verfassungsberatungen gegenüber seinem ursprünglichen Entwurf, der ja die Auflösung Preußens vorsah und die Länder zugunsten der Zentralgewalt des Reichs herabzustufen versuchte, erhebliche Zugeständnisse gegenüber den Wünschen der Länder machen müssen, die in der endgültigen Verfassung berücksichtigt wurden. Wesentliche Kompetenzen waren zwar auf das Reich verlagert worden, so beispielsweise die Bahn und die Post. Die Unterscheidung zwischen der

ausschließlichen und konkurrierenden Gesetzgebung, die auch in die Verfassung der Bundesrepublik übernommen wurde, war in die Verfassung eingebaut worden. Schließlich war dem Reich ein eigenes Steuerrecht verliehen worden, dessen konkrete Ausführung in der Erzbergerschen Steuerreform von 1920 eingelöst werden sollte. Hinzukamen die Kompetenzen des Reichs zur Regelung des Wirtschaftslebens, der sozialen Verhältnisse, der Außenwirtschaft. Die Zentralgewalt des Reichs war gegenüber der Bismarckschen Verfassung erheblich gestärkt worden. Dennoch war das Reich ein Bundesstaat geblieben. Die Regelung der wechselseitigen Beziehungen zwischen Reich und Ländern war eine der herausragenden Leistungen der neuen Verfassung.

»Die demokratischste Demokratie der Welt«

In seinem Rückblick auf die Entstehung der Verfassung würdigte Preuß die Rolle, die die Sozialdemokraten in der kritischen Phase des Übergangs von dem Kaiserreich zur Demokratie vom November 1918 bis Februar 1919 gespielt hatten. Es waren die Sozialdemokraten gewesen, die den linksliberalen Politiker und Staatsrechtler Preuß mit der Ausarbeitung der Verfassung betraut hatten und die ihm die Vertretung der Regierungsinteressen bei den Verfassungsberatungen übertragen hatten: »Hier gestatten Sie mir ein persönliches Wort. Gerade, weil ich niemals Sozialdemokrat, nicht einmal Novembersozialist gewesen bin und es vermutlich auf meine alten Tage auch nicht mehr werden werde, halte ich es für richtig, anzuerkennen, daß mit jener Mäßigung und Selbstbeherrschung, die im Wesen der Sozialdemokratie die Grundlage der Demokratie nicht verkannt, sondern zu Ehren gebracht hat, sich die damaligen Machthaber [der SPD] ein Verdienst um Deutschland und unser deutsches Volk erworben haben, das man über den unausbleiblichen Reibungen und Gegensätzen der Gegenwart und Zukunft nicht vergessen sollte.«

Man mag sich fragen, ob die Weimarer Demokraten nicht vielleicht etwas zu begeistert von ihrem Werk waren. Eduard David, der SPD-Innenminister, nannte am 31. Juli die Weimarer Republik euphorisch die »demokratischste Demokratie der Welt«. Damit war sicherlich die Volkswahl des Reichspräsidenten und die breite Möglichkeit von Volksbegehren und Volkstentscheid sowie das gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen gemeint, das in Frankreich erst nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführt werden sollte. Aber dachte man dabei nicht allzu

perfektionistisch? Glaubte man vielleicht etwas zu blind an die positive Wirkung demokratischer Wahlmechanismen? Mußte nicht das neue Verhältniswahlrecht – zudem ohne jede Einschränkung etwa im Sinne einer Art 5%-Klausel – zwangsläufig den Parteienstaat ohne jede Abmilderung etablieren, die das auf Ein-Personen-Wahlkreise abgestellte Mehrheitswahlrecht des Kaiserreichs noch vorgeführt hatte? Hatte nicht sogar jenes 1919 verworfene Mehrheitswahlrecht, für dessen Beibehaltung übrigens Naumann plädierte, auch zu jener allmählichen Erosion des Kaiserreichs beigetragen, das 1918 wie ein Kartenhaus – ähnlich wie 1989/90 die DDR – zusammenbrach?

Bei der Schlußabstimmung am 31. Juli 1919 stimmten 262 Abgeordnete der SPD, des Zentrums und der DDP für die Verfassung, 75 der DVP, der DNVP und der USPD dagegen, bei einer Enthaltung. Das Abstimmungsverhalten der einzelnen Fraktionen machte deutlich, daß es auf den äußeren Flügeln der Rechten wie der Linken grundsätzliche Vorbehalte gegen die Verfassung gab. Es bestand die Gefahr, das zeigten bereits die abschließenden Verfassungsdebatten in Weimar, daß der normale alltägliche Parteienstreit von Grundsatzstreitigkeiten zwischen Demokraten und Antidemokraten überlagert wurde, ja daß beides unentwirrbar miteinander verknüpft wurde.

Der Weimarer Nationalversammlung war schließlich das gelungen, woran die deutsche Revolution von 1848 noch gescheitert war: Deutschland eine parlamentarisch-demokratische Verfassung zu geben und es in den Kreis der westlichen Demokratien einzubringen.



Unauffällig und klein...
 ...waren auch damals, vor 70 Millionen Jahren, die ersten Anzeichen der bevorstehenden Klimaveränderung.
 Wenn Sie mehr über die Erhaltung unseres Klimas wissen wollen, fordern Sie unser Informationsmaterial an.
 Bitte DM 5,- in Briefmarken beilegen!
Deutsche Umwelthilfe
 Güttinger Straße 19,
 76115 Radolfzell

»Zivilgesellschaft«

Eine Bestandsaufnahme

Im Rahmen der jüngeren demokratietheoretischen Diskussion gewinnen Debatten um unterschiedliche Konzeptionen von »Zivilgesellschaft« zunehmend an Bedeutung. Forderungen nach dem Ausbau »zivilgesellschaftlicher« Strukturen und Klagen über das Fehlen eben solcher Strukturen als Voraussetzung für Stabilität in einer Demokratie haben Konjunktur. Aber trotz der mittlerweile inflationären Verwendung des Begriffes besteht in keinster Weise Klarheit darüber, was Zivilgesellschaft eigentlich genau ist oder sein soll und wie sich der Begriff analytisch füllen läßt. Mehr noch: die semantische Unklarheit des Begriffes steigt in Anbetracht konkurrierender konzeptioneller Füllungen naturgemäß mit der Häufigkeit seiner publizistischen und mittlerweile auch wissenschaftlichen Verwendung. Zivilgesellschaft ist – wie Volker Heins zu Recht formuliert – längst »zu einem rhetorischen Passepartout mit allen Attributen einer kulturellen Mode geworden, gegen die auch die ghostwriter von Politikerreden nicht immun sind. . .« (Volker Heins)

Unabhängig von dem unverkennbaren Modedeharakter großer Teile dieser Diskussion läßt sich ihre Bedeutung durch drei Aktualitäten kennzeichnen: Eine *historische Aktualität* besitzt das Thema mit Bezug auf den Zusammenbruch kommunistischer Systeme in Mittel- und Osteuropa insofern, als Debatten um Zivilgesellschaft mittlerweile zu den zentralen Themen der Suche nach den Gründen für den Zusammenbruch dieser Systeme gehören. Eine nachhaltige *politische Aktualität* gewinnt es durch vielfältige Versuche, die historisch orientierte Betrachtung in Osteuropa auf die Funktions- und Entwicklungsprobleme westlicher Repräsentativsysteme im Sinne der Entwicklung einer kritischen Demokratietheorie zu übertragen. Und schließlich läßt das Thema sich in seiner *systematischen Aktualität* dadurch charakterisieren, daß sich in seinem Kontext typische Zugänge, zentrale Probleme und schließlich auch Perspektiven politikwissenschaftlicher Forschung verdeutlichen lassen.

Gleich welchen dieser Aktualitätsstränge man ins Zentrum der Betrachtung stellt: Bei der Diskussion um Zivilgesellschaft geht es bei genauerem Hinsehen um demokratiegeschichtlich längst vertraute Fragen. Unter deskriptiven Aspekten dreht sie sich um Probleme ge-

sellschaftlicher Selbstorganisation, des Aufbaus rechtsstaatlicher Institutionen, der Grundlagen des gesellschaftlichen Pluralismus und der Problematik der Differenzierung von Staat, Ökonomie und politischer Öffentlichkeit. Unter programmatischen Gesichtspunkten steht im Zentrum der Diskussion der Versuch, die »Bedingungen zu charakterisieren, unter denen eine Pluralisierung der Lebensformen möglich wird, ohne daß Freiheitsgewinne in Optionsverluste und Individualismus in bloßen Partikularismus umschlagen. . .« (Schmalz-Brunns)

»Zivilgesellschaft« ist sowohl von seiner Begriffsgeschichte, als auch von seinen konzeptionellen Konnotationen ein typisch interdisziplinärer Begriff. Vielleicht gerade deshalb wirkt er auf manch einen wie ein beliebig einsetzbarer, ein austauschbarer Begriffsmythos, und gerade deshalb muß er auf seine konzeptionelle Leistungsfähigkeit kritisch befragt werden.

Spektrum des normativen Diskurses

Der erste Problembereich, mit dem man sich auseinandersetzen muß, ist durch die wachsende Interpretations- und Konzeptionsvielfalt gekennzeichnet, wie sie in der bisherigen Diskussion um Zivilgesellschaft unverkennbar entstanden ist.

Der erste und für die Popularisierung der Diskussion um Zivilgesellschaft seit Ende der 80er Jahre wesentliche Interpretationsstrang wird durch die Diskussion unter osteuropäischen Dissidenten und Intellektuellen geprägt. Im Rahmen dieser *Selbstverständigungsdebatte in Osteuropa* (z. B. Ansgar Klein) wird die innere Entwicklung kommunistischer Gesellschaften im Prinzip seit den späten 70er und erst recht in den späten 80er Jahren als Kampf um die Herausbildung bzw. Wiederherstellung einer Zivilgesellschaft beschrieben. Als regelrecht selbstlegitimierender Mythos konzentriert sich die Diskussion um Zivilgesellschaft häufig aus der Sicht aktiv beteiligter Dissidenten auf zwei zentrale Gesichtspunkte.

Einmal auf die Analyse der *Vorgeschichte des Umbruchs*, verstanden als Prozeß der Herausbildung freiwilliger, auf demokratische Prinzipien verpflichteter, autonomer Assoziationen, die mit gewaltlosen Mitteln gegen den jeweiligen Staatsapparat ihre Existenzberechti-

gung und Handlungsspielräume erkämpften. Das Spektrum dieser Organisationen umfaßt, wie T. G. Ash formuliert, »alle nicht-staatlichen sozialen Vereine, gesellschaftlichen Verbindungen und Aktivitäten, vom Gesangverein bis hin zur Charta 77, vom Samizdat bis hin zu den kirchlichen Brevieren, von unabhängigen Bauern bis hin zu Homosexuellen.«

Zum zweiten konzentriert sich die Diskussion auf Zivilgesellschaft als Legitimierungskonzept zur *nachholenden Pluralitätsbildung* in Transformationsgesellschaften. Hier geht es um die Schaffung gesellschaftlicher Voraussetzungen für politische Demokratisierung im Sinne der Wiederbelebung bzw. Neuschaffung intermediärer Instanzen zwischen staatlichen Großaggregaten, gesellschaftlichen Gruppen und Individuen. Zivilgesellschaft in dieser Perspektive steht als politischer Begriff für »alle Produkte jener Strategie der »gesellschaftlichen Selbstorganisation«, die in den späten 70er Jahren gleichermaßen von der demokratischen Opposition in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei aufgegriffen wurde. Für sie war die Wiederherstellung einer »Zivilgesellschaft« ein Ziel an sich als auch ein Mittel für den politischen Wandel und letztlich für den Wandel des Staates an sich.« (Garton Ash)

Solchermaßen gekennzeichnet von deskriptiven und programmatischen Elementen, lautet die Grundthese dieser Selbstverständigungsdebatte in Mittel- und Osteuropa, Zivilgesellschaft sei die Herausbildung *gesellschaftlicher Gegenmacht* zu jeder Form staatlichen Totalitätsanspruchs und deshalb sowohl Form und Ziel gesellschaftlicher Entwicklung im Sinne der Schaffung der Voraussetzungen für politische Demokratie.

In dem zweiten aktuellen Interpretationsstrang wird die Diskussion um Zivilgesellschaft mit Fragestellungen der traditionellen Pluralismustheorie geführt. So gesehen, wird sie zum *Leitmotiv für die Beschreibung eines bereits realisierten, in seinen Grundzügen pluralistischen Gesellschaftsmodells* (Arpad Sölter). Dieses soll in seinen Kernelementen nicht überwunden, sondern gegen Bedrohungen verteidigt werden. Vertreter dieses Diskussionsstranges beharren auf dem »unauflöselichen Zusammenhang, in welchem die marktwirtschaftliche Basis mit einer politisch qualifizierten Zivilgesellschaft, dem liberalen Rechtsstaat und einer Grundrechte gewährleistenden Verfassungsdemokratie verzahnt ist.« (Sölter)

Die zentrale These dieses Diskussionsstranges, nach der Zivilgesellschaft in westlichen Repräsentativsystemen durch Konkurrenzdemokratie, Pluralismus, Marktwirtschaft und

einen sozial intervenierenden Rechtsstaat verwirklicht ist, läuft auf einen schlichten Begriffsaustausch für Pluralismus, schärfer formuliert auf einen begrifflichen Etikettenwechsel bei inhaltlichem déjà vu hinaus. Nur wenig an dieser Debatte enthält Erkenntnisse, die über das hinausgehen, was man aus Poppers Überlegungen zur offenen Gesellschaft, aus der politischen Philosophie Hans Alberts oder aus Ernst Fraenkels Überlegungen zum Neopluralismus nicht schon kennen würde.

Diese Charakterisierung gilt allerdings mit Sicherheit nicht für den *dritten* Interpretationsstrang: Eingebettet in eine lange Tradition demokratietheoretischer Weiterentwicklungen, die historisch gerade in Phasen politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Unsicherheit eine besondere Dynamik entfaltet haben, vermuten viele Autoren vor allem des linken Meinungsspektrums in Westeuropa hinter Zivilgesellschaft ein Konzept, das eine qualitative Weiterentwicklung einer in ihrem Selbstverständnis kritischen Demokratietheorie nach den Ereignissen des Jahres 1989 ermöglichen könnte. In diesem Sinne wird die Diskussion um Zivilgesellschaft zu *einer programmatischen Rückzugslinie der westeuropäischen Neuen Linken* nach der Diskreditierung genuin sozialistischer Vorstellungen durch die Ereignisse in Osteuropa. Hier wird also hinter Zivilgesellschaft ein neuer »Schlüsselbegriff einer kritischen Theorie zeitgenössischer industrieller Gesellschaften« (Andrew Arato) vermutet. Diese Überlegungen münden in programmatische Forderungen zur Veränderung bestehender Demokratien durch Stärkung der gesellschaftlichen Handlungsfähigkeit. Man kann kaum übersehen, daß auch hier altvertraute Thesen unter dem Deckmantel eines neuen Begriffs transportiert werden sollen. Das pluralismustheoretische Konzept der Zivilgesellschaft wird dabei als neue Hoffnung auf einen »Dritten Weg« dadurch einseitig rezipiert, daß es von einem wesentlichen Bezugspunkt gelöst wird. Aus einem vorwissenschaftlich begründeten und gebrochenen Verhältnis zur Marktwirtschaft wird hier nämlich die sogenannte »demokratische Frage«, verstanden als der Gegensatz Staat – Gesellschaft, ins Zentrum der Debatten gerückt. Dies ist ein markanter Unterschied zu der Diskussion in der pluralismustheoretischen Diskussionslinie, die gerade die integrale Verbindung von Demokratie, Zivilgesellschaft und Marktwirtschaft betont.

Programmatisches Kernelement bleibt dabei die Forderung nach einer Ausweitung möglicher Partizipationsbereiche und der Steigerung der Partizipationsintensität möglichst

großer Teile der jeweiligen Bevölkerung. Das Ziel lautet: Weiterentwicklung demokratischer Strukturen im Sinne einer geforderten gesellschaftlichen Selbstbehauptung gegen staatliche Regelungsansprüche. Mit diesem, in seinen demokratietheoretischen Konsequenzen sehr weitreichenden Diskussionsstrang werden wir uns im folgenden noch ausführlicher zu beschäftigen haben.

Als konstitutive Elemente unterschiedlicher Diskussionsstränge um Zivilgesellschaft lassen sich also »die Anerkennung der Unvermeidlichkeit der staatlichen Organisation moderner Gesellschaften, die Anerkennung der Wichtigkeit und Bedeutung unabhängiger Institutionen in der bürgerlichen Gesellschaft, die Betonung der prozeduralen und institutionellen Momente von Demokratie und schließlich die nachdrückliche Verteidigung politischer Pluralität« (Rainer Schmalz-Bruns) benennen. Darüber hinaus werden allerdings in der Diskussion um Zivilgesellschaft unter dem Dach eines zentralen Begriffes gänzlich unterschiedliche Inhalte, gänzlich unterschiedliche Intentionen mit gänzlich

unterschiedlichen praktisch-politischen Schlußfolgerungen transportiert.

Dabei zeigt sich, daß die bisherige Diskussion um Zivilgesellschaft bei einer Mischung aus deskriptiven und strategischen Elementen nachhaltig geprägt ist von einer normativen Kopflastigkeit, in der vieles ideologisch bzw. reine politische Programmatik bleibt und wenig Analyseansätze im eigentlichen Sinn vorzufinden sind. Die Kritik an der normativen Kopflastigkeit der Diskussion soll nicht so verstanden werden, daß die prinzipielle Legitimität normativer Zugänge bestritten werden soll. Aber es gilt festzustellen, daß die entsprechenden Diskussionen häufig mehr über die vorwissenschaftliche Position der Diskussionsteilnehmer als über den jeweils zu analysierenden Sachverhalt aussagen.

Diese Überlegungen führen unmittelbar zu dem zweiten Problembereich, nämlich der Frage, welchen systematischen Beitrag zentrale Thesen der Zivilgesellschaftsdiskussion im Rahmen der Transformationsforschung zu leisten vermögen. Aus der Gegenüberstellung der

Neue Partizipationsformen: Der »Runde Tisch«, 1989

Foto: dpa



drei zentralen Interpretationsstränge der Zivilgesellschaftsdiskussion ergeben sich zunächst deutliche inhaltliche Berührungspunkte zwischen der osteuropäischen Diskussion und der Diskussion der westeuropäischen Linken.

Die Tatsache, daß die Diskussion um Zivilgesellschaft in Osteuropa im Kontext totalitärer Regime eine gesellschaftskritische Aufgabe übernehmen konnte; die Tatsache auch, daß in diesem Kontext die Antithese »gesellschaftliche autonome Assoziationen hier – staatlicher Totalitätsanspruch da« sinnvoll war, bedeutet längst noch nicht, daß sich in Anbetracht recht fragwürdiger Transferversuche die Diskussion um Zivilgesellschaft auch automatisch eignet, um soziale Wirklichkeit in westlichen Repräsentativsystemen, aber auch in den Transformationsgesellschaften Mittel- und Osteuropas zu erklären.

Noch einmal etwas ausführlicher lautet die Kernthese dieser Position, daß die Behebung verkrusteter Strukturen der politischen Entscheidungsfindung in westlichen Repräsentativsystemen durch die Steigerung qualitativer Partizipationsmöglichkeiten und die Einrichtung weiterer Partizipationskanäle über den formalen Wahlakt hinaus gelingen soll. Unterhalb der Entscheidungsebenen repräsentativer Demokratie sollen also bessere Möglichkeiten der Entscheidungsfindung entwickelt werden, die gleichzeitig im Sinne einer Steigerung von Legitimität durch Verfahren höhere Grade der Akzeptanz politischer Entscheidungen nach sich ziehen und damit zur Stabilisierung repräsentativer Systeme beitragen sollen.

Partizipation, Legitimität und Effizienz

Bei der Frage möglicher Partizipation in Wahlen gilt zunächst, daß der reine Akt der Wahlbeteiligung sowohl unter der Perspektive der individuellen Wahlentscheidung, als auch unter der der prozentualen Wahlbeteiligung eigentlich ohne Aussagekraft für die Frage bleibt, ob Partizipationssteigerung legitimitäts- und letztlich auch effizienzfördernd ist. Denn die Beobachtung des reinen individuellen Wahlaktes erlaubt keinen Rückschluß auf die Intensität der jeweiligen Entscheidung und damit auf die mit ihm verbundene Legitimierungsabsicht. Dasselbe gilt für die Betrachtung der Höhe der Wahlbeteiligung. Die gelegentlich formulierte These, sinkende Wahlbeteiligung sei ein Indikator für schwindende Legitimität demokratischer Entscheidungsfindung ist insofern fragwürdig, als es offensichtlich keine verbindliche, quantitative Norm für die demokratienotwendige Höhe der Wahlbeteiligung gibt.

Umgekehrt gilt, daß niemand logisch und empirisch zwingend nachweisen kann, daß die Qualität zu treffender Entscheidungen dadurch erhöht werden kann, daß die Legitimitätsbasis der an der Entscheidung Beteiligten erhöht, oder gar die Zahl der Entscheidungsträger selbst gesteigert wird. Ursula Feist hat die einschlägigsten Beispiele zur Untermauerung dieser These formuliert: »In Amerika werden Präsidenten in langer Tradition nur von Minderheiten gewählt. . . . An den Volksentscheiden in der Schweiz nehmen oftmals nur ein Drittel bis zwei Fünftel teil, gelegentlich noch weniger. Beide Länder gelten gleichwohl als demokratische Vorbilder. Umgekehrt lag in kommunistischen Volksdemokratien die Wahlbeteiligung stets bei 90 %, ohne daß diese Staaten demokratische Formen der Volksbeteiligung entwickelt hätten.« Es kommt also nicht so sehr auf das Niveau der Wahlbeteiligung, sondern auf die Varianten an, die bei Wahlbeteiligungen auftreten.

Dies kann nun nicht darüber hinwegtäuschen, daß jene Ebene der Partizipation in den etablierten Kanälen der Interessenartikulation in Parteien nach allen Ergebnissen aktueller Umfragen und Erhebungen deutlich und noch zunehmend weniger nachgefragt wird.

Nach allen bislang vorliegenden empirischen Untersuchungen wird offensichtlich von wachsenden Teilen der Bevölkerung die Möglichkeit effizienter Lösung anstehender Probleme auf dem Wege der traditionellen Interessenartikulation und -aggregation in zunehmendem Maße in Frage gestellt. Aus der Skepsis in die Leistungsfähigkeit traditioneller Partizipationskanäle in Parteien resultiert gleichzeitig die wachsende Bereitschaft, sich in anderen, mittlerweile als zivilgesellschaftlich bezeichneten Formen der politischen Partizipation zu betätigen. Die Quintessenz dieser Problematik wird in einer Analyse der letzten Hamburger Bürgerschaftswahl vom 19. September 1993 bestätigt und von Ursula Feist formuliert: »Die klassischen Parteien auf dem Rückzug, . . . , Themen- und Bürgerbewegungen auf dem Vormarsch. Die großen Mitgliederparteien verlieren Sinn und Zukunft. Attraktiver ist zeitlich begrenztes, thematisch konkretes, unkonventionelles Engagement.«

Damit stellt sich die Frage nach einer »zivilgesellschaftlichen Partizipation«. Hier zielt die Diskussion auf die Verbesserung der Qualität politischer Entscheidungen durch Steigerung der Partizipation von unten, durch basisdemokratische, freie gesellschaftliche Assoziationen. Wenn man die Partizipationsthese der Zivilgesellschaftsdiskussion unter dieser Perspektive

sieht, läßt sich zunächst im Prinzip ein weiterer Etikettenschwindel beobachten: Was in dieser These programmatisch gefordert wird, ist in wesentlichen Teilen schon empirisch beobachtbar, aber in den Sozialwissenschaften mit einem anderen Etikett – nämlich dem der »Neuen Sozialen Bewegung« – versehen. Im Kern sind die Partizipationsformen der Neuen Sozialen Bewegungen zivilgesellschaftliche Partizipationsformen.

Wie steht es nun mit zivilgesellschaftlichen Forderungen nach Partizipationssteigerung mit Blick auf Transformationsgesellschaften? Gerade hier geht es um die Anerkennung höchst interdependenter Wechselbeziehungen zwischen ökonomischen und politischen Prozessen. Dabei steht nicht nur die Untersuchung staatlicher Handlungsträger, sondern die unmittelbare »zwischen den ökonomischen und politischen Sphären vermittelnden Interaktionen der sozio-ökonomischen Interessengruppen im Vordergrund. Von Interesse sind dabei insbesondere die Möglichkeiten und Grenzen der Einflußnahme auf und die Durchsetzung von sozio-ökonomischen Interessen bei politischen Entscheidungen. Konkret geht es um die Fragen, wie es welchen sozio-ökonomischen Akteuren oder Interessengruppen gelingt, aufgrund welcher Bedingungen Interessen politisch zu vermitteln und welche Implikationen und (Rück-) Wirkungen das hat.

Hierbei läßt sich im Rahmen von Theorien kollektiven Handelns die einseitige Perspektive aktueller Demokratiediskussion relativieren: Der Zivilgesellschaftsdiskurs konzentriert sich bislang ausschließlich auf programmatische Forderungen bezüglich des Weges der Individuen *in die Politik*, auf Möglichkeiten der Steigerung von Partizipation, und nur mit negativen Konnotationen auf das Nachlassen von Partizipation, den Weg *aus der Politik*, den »Rückzug ins Private« mit der eventuellen Folge von Politikverdrossenheit.

Normativ begründete Forderungen nach Partizipationssteigerung stehen hierbei in deutlichem Kontrast zum Spannungsverhältnis zwischen Engagement und Enttäuschung (Albert Hirshman). Hirshman weist in Analogie zu der Beobachtung von Konsumentenverhalten nach, daß sich auch im Bereich politischer Partizipation Phasen des Engagements und der Enttäuschung bzw. des Rückzugs ablösen können. Partizipationssteigernder Determinismus wird bei ihm durch eine zyklische Partizipationstheorie abgelöst. Hieran anschließend ließe sich also die These formulieren, daß nicht die Quantität der Wahrnehmung, sondern die prinzipielle Verfügbarkeit von Partizipationsmöglichkeiten

von großer Bedeutung für die Legitimitätsbildung in demokratischen Systemen sind.

Um das damit angesprochene Spannungsverhältnis aufzuheben, fordern mittlerweile einige Autoren in Anlehnung an die amerikanische Kommunitarismus-Debatte die verstärkte Dezentralisierung politischer Entscheidungen, also m. a. W. die gezielte Verlagerung politischer Entscheidungsfindung auf die Ebene der »zivilgesellschaftlichen Partizipation«.

Nehmen wir also an, zwei Individuen beschließen, sich entsprechend dieser Forderungen direkt an Möglichkeiten der demokratischen Entscheidungsfindung zu beteiligen. Dies mag sinnvoll sein, wenn in einem niedrigen Komplexitätsniveau der Entscheidungsfindung z. B. die Frage nach einer verkehrsberuhigenden Maßnahme in einer Wohnstraße diskutiert wird. Aber verändert sich durch solche direkte Partizipationsformen auch die Qualität der Entscheidung auf einer höheren Komplexitätsebene, wenn es beispielsweise um die Bekämpfung des Ozon-Loches oder ähnliche nur in globaler Kooperation zu lösende Probleme geht?

Perspektiven in der Vergleichenden Transformationsforschung

Damit verschiebt sich diese Grundfrage der direkten Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen von einem Legitimitäts- zu einem Kompetenzproblem! Komplexe Sachentscheidungen werden nicht durch die Steigerung der Legitimität von Entscheidungsträgern – seien es Personen oder Institutionen –, sondern nur durch Steigerung ihrer jeweiligen Kompetenz und der damit eng verbundenen Entscheidungsqualität positiv beeinflusst. Die pauschale Forderung nach quantitativer Steigerung zivilgesellschaftlicher Beteiligungsformen zur qualitativen Verbesserung politischer Entscheidungsfindung wird vor dem Hintergrund der bisherigen Überlegungen fragwürdig. Die derzeit zentral diskutierte Frage des Politikversagens bzw. genauer des Parteienversagens gewinnt in diesem Zusammenhang insofern Bedeutung, als es sich hier wohl weniger – wie die Zivilgesellschaftsdiskussion vermuten ließe – um ein Partizipationsproblem zu handeln scheint. Zu überprüfen bliebe, ob es sich bei diesen Phänomenen nicht viel eher um ein Wahrnehmungs-, Kompetenz- und in Teilen auch um ein Überdehnungsproblem politischer Regelungsansprüche handeln könnte.

Aus der bisherigen Diskussion läßt sich bezüglich der Leistungsfähigkeit zivilgesellschaftlicher Betrachtungsperspektiven in der Transformationsforschung eine dreifache

Schlußfolgerung ziehen: *Erstens* ist Zivilgesellschaft als Terminus dann sinnvoll, wenn man ihn als deskriptives Element in der Selbstverständigungsdebatte osteuropäischer Intellektueller in ihrem Kampf gegen totalitären Staatssozialismus, der freie Assoziationen von Bürgern von Grund auf bekämpfte, begreift. Er bleibt allerdings redundant für traditionelle Leitthemen westlicher Demokratie- und Pluralismustheorie und wäre etwa durch den brauchbaren Begriff »polyzentrische Gesellschaft« (Helmut Willke) zu ersetzen. Sowohl im Rahmen der Selbstverständigungsdebatte in Osteuropa als auch bei der Suche nach einer Rückfalllinie für eine in ihrem Eigenverständnis kritische Demokratietheorie trägt er mehr zur Analyse der Selbsteinschätzung von Diskussionsträgern und der *ex post* Analyse ihres jeweiligen Zugriffs auf Handlungsalternativen als zur empirisch abgesicherten Analyse dieser Vorgänge selbst bei. Er ist von daher sehr viel eher legitimierender Mythos – und so schon wieder Gegenstand sozialwissenschaftlicher Analyse – als analytische Kategorie im eigentlichen Sinne. Im Kern geht es Verfechtern eines Zivilgesellschaftsdiskurses nicht primär um das Verstehen hoch komplexer politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entscheidungsstrukturen, sondern darum, politische Ziele zu formulieren, wie diese Entscheidungsstrukturen tunlichst im Sinne einer Weiterentwicklung der jeweiligen demokratischen Ordnung auszusehen haben. Und so erklärt sich auch die Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit des normativen Diskurses.

Zweitens öffnen zivilgesellschaftliche Diskussionsaspekte den Blick für Beteiligungsformen *unterhalb* der Ebene organisierter Interessenvertretung in Parteien und Verbänden und bieten damit eine durchaus wichtige Perspektive zur Erweiterung pluralismustheoretischer Überlegungen. Schon Ernst Fraenkel verwies im Rahmen seiner pluralismustheoretischen Überlegungen wiederholt auf die Notwendigkeit, daß moderne Repräsentativsysteme einer aktiv-partizipatorischen Unterstützung durch die Bevölkerung bedürfen. Während Fraenkel sich jedoch ausschließlich auf Partizipation innerhalb von Parteien und Verbänden – also auf die mittlere der drei hier skizzierten Partizipationsebenen – bezog, hilft die Diskussion um Zivilgesellschaft, den Blick »nach unten« zu erweitern und auch demokratienotwendige Partizipation auf der Ebene kollektiven Handelns durch frei gebildete Assoziationen zu richten. Die Diskussion um Zivilgesellschaft rückt allerdings noch einmal und verstärkt Individuen und die Frage ihrer möglichen Beteiligung an politi-

schen Entscheidungsfindungsprozessen ins Zentrum politikwissenschaftlicher Forschung.

Daraus lassen sich *abschließend* Kerngedanken eines perspektivischen Beitrages der Zivilgesellschaftsdiskussion zu transformationstheoretischen Überlegungen entwickeln. Bei dieser Frage gilt es zunächst allgemein festzuhalten, daß es aufgrund der gegenwärtigen Forschungslage keine Theorie gibt, die allein in der Lage wäre, die ungeheure Komplexität von Transformationsvorgängen adäquat zu erfassen. Wegen ihrer normativen Verengung vermag die Diskussion um Zivilgesellschaft hierzu auch nur einen begrenzten Beitrag zu leisten. Den Möglichkeitsraum ihrer Anwendung kann man dadurch abzustecken versuchen, daß man *drei Ebenen der Transformationsforschung* unterscheidet, die untereinander als in hohem Maße vernetzt zu betrachten sind: Eine *Makroebene*, auf der beispielsweise anhand systemtheoretischer Konzeptionen Strukturmodelle zur Erfassung und vergleichenden Analyse unterschiedlicher Transformationsprozesse entwickelt werden können; eine *Mesoebene*, auf der das Zusammenwirken institutionen- und elitentheoretischer Ansätze im Mittelpunkt der Analyse stehen sollte; und eine *Mikroebene*, auf der im Rahmen von Handlungstheorien transformationsbezogenes Individualverhalten in den Blick genommen werden kann.

Erst aus der Integration dieser Erklärungsansätze können Elemente einer aussagefähigen Transformationstheorie gewonnen werden. Dies ändert nichts an der Einschätzung, daß im Rahmen traditioneller zivilgesellschaftlicher Fragestellungen nur auf der Ebene der Transformationsforschung begrenzte Beiträge zu erwarten sind.

THOMAS KREUDER

Andere Hefte

Zeitschriftenrevue

Was ist eigentlich per se falsch an einem Primat der Innenpolitik? Gewiß, aus der Perspektive von Außenpolitikern, internationalen Strategen und solchen, die sich dafür halten, hat Innenpolitik nichts reizvolles. Die Probleme, die es dabei zu lösen gilt, sind allzu banal: die Einrichtung einer ebenso leistungsfähigen wie allseits finanzierbaren Kranken- und Rentenversicherung, die Schaffung von Arbeitsplätzen, ein gutes Bildungsangebot für

alle, die Schonung der Umwelt etc. So sehr die meisten dieser innenpolitischen Ziele kaum noch ohne internationale Kooperation verwirklicht werden können und etwa innerhalb der EU eine grenzübergreifende Zusammenarbeit eine erweiterte Form der Innenpolitik ist, wie Heft 2 der PERSPEKTIVEN DS zum Schwerpunkt »Regionalpolitik« belegt, so wenig scheinen diese Felder für etablierte Außenpolitiker von Interesse.

Schon symptomatisch für diese Haltung sind die Beiträge von Weidenfeld, Merkel, Wnuk-Lipinski und Schmitter im Juni-Heft der INTERNATIONALEN POLITIK. Die dort für eine gelungene Systemtransformation für notwendig erachteten Maßnahmen führen zweifellos wichtige Voraussetzungen an, etwa eine demokratische politische Kultur und einen funktionierenden Rechtsstaat, doch von Sozial- und Bildungspolitik ist wenig zu lesen. Dabei könnten diese Bereiche und eine Konzentration der gesellschaftlichen Kräfte mit Blick auf die zu bewältigenden Aufgaben auch aus außenpolitischer Perspektive durchaus als lohnend, im Falle der Vereinigten Staaten angesichts ihrer Größe und Bevölkerungszahl sowie nicht zuletzt angesichts der wachsenden sozialen Spannungen und Desintegrationstendenzen gar als Herausforderung begriffen werden. Gleichwohl erntet die Regierung Clinton, die sich zuvörderst innenpolitische Ziele erkort, mit diesem Programm überwiegend Kritik. Diese ist begründet, soweit sie sich auf deren sozialpolitische Reformen bezieht, die weitgehend steckengeblieben, wenn nicht gescheitert sind. Darüber hinaus mag der allenthalben konstatierte Rückzug der USA vom »großen Welttheater« neue Fragen aufgeworfen haben.

Der Clinton-Administration jedoch wesentliche Mitverantwortung für das Desaster in Bosnien zuzuweisen, wie Robert Blackwill in Heft 5/1995 der INTERNATIONALEN POLITIK, ist haltlos. Es ist keineswegs ausgemacht, daß durch ein frühes und entschlossenes Engagement der Vereinigten Staaten die Entwicklung in Ex-Jugoslawien eine andere Richtung genommen hätte. Und ebenso ungewiß ist, ob die durch die Bundesrepublik forcierte Anerkennung Sloweniens und Kroatiens nicht mehr Probleme geschaffen als gelöst wurden.

Dabei markiert gerade der Umgang mit der staatlichen Unabhängigkeit der beiden jugoslawischen Teilrepubliken ein Ereignis, das damals von den europäischen Partnern als Wandel in der deutschen Außenpolitik wahrgenommen wurde. Was seinerzeit in der deutschen Öffentlichkeit selbst für Irritationen sorgte und schamhaft dementiert wurde, nämlich ein Führungsanspruch Deutschlands, wird mittlerweile

in der hierzulande organisierten Debatte über »Führungsmächte«, »vor einer neuen Außenpolitik« und eines »Wandels der Systeme«, so der Titel der Schwerpunkte der INTERNATIONALEN POLITIK von April bis Juni 1995, unter Berufung auf ein durch den Rückzug der Amerikaner entstandenem Vakuum offen eingefordert. Zwar herrscht über die konkreten Inhalte und Instrumente noch Unsicherheit, die selbst durch gewichtige Beiträge des Herrn Bundespräsidenten sowie der Herren Bundesminister für Äußeres und für Verteidigung noch von in- und ausländische Autoren gänzlich ausgeräumt werden konnte. Sicher ist man sich aber darin, daß 1989 ein »Epochenwandel« stattgefunden habe. Zum Beleg wird Willy Brandt im April-Heft der genannten Zeitschrift mit dem Satz zitiert: »daß nichts mehr sein wird, wie es vordem war«. Michael Stürmer mag sich von dieser Quelle vielleicht Zustimmung unter sozialdemokratischen Lesern erhoffen. Richtig muß diese Einschätzung, nur weil sie von Willy Brandt stammt, deswegen noch nicht sein.

Auch mit einem anderen, ebenso gern angeführten Bonmot aus dieser Zeit, daß nämlich zusammenwachse, was zusammengehöre, hat jener zwar eine erwartete Stimmung, jedoch nicht die Realität getroffen. Wie der SPIEGEL in Heft 27/1995 lehrt, sind die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschen und daraus erwachsenen Divergenzen – wie sollte es auch anders sein? – recht ausgeprägt, ohne daß sich zugleich tendenziell signifikante Änderungen andeuten. Doch die Behauptung eines Epochenswandels rechtfertigt zumindest angebliche Notwendigkeiten von Neubestimmungen und allein darum geht es. So offen, wie es scheint, ist der Ausgang der Suche allerdings nicht. Das Ziel ist bereits gefunden. Es gilt im Grunde nur noch eine überwiegend skeptische Bevölkerung davon zu überzeugen, daß sie in einer »Führungsmacht« lebt. Wo aber – wie von W. R. Smyser in Heft 4/1995 der INTERNATIONALEN POLITIK – die Implosion der kommunistischen Regime Osteuropas als Sieg im Kalten Krieg gedeutet und Deutschland zur wichtigsten Siegermacht erklärt wird, ist an der Berechtigung einer interessengeleiteten Machtpolitik kein Zweifel mehr erlaubt. Vorab wird daher die Öffentlichkeit daran gewöhnt, daß dergleichen bei den übrigen Staaten nicht nur auf Gegenliebe stoßen wird. Nicht zuletzt die deutsche Geschichte wird von den in- und ausländischen Opponenten einer solchen Politik immer wieder ins Feld geführt werden. In der INTERNATIONALEN POLITIK wird jedoch kühl an das – wohl naturgegebene Schicksal großer Mächte erinnert, die eben nicht geliebt würden, denen die ande-

ren aber nach kurzem Murren artig folgten, wenn nur deren Politik klar und fest sei. Eine Alternative, so William Wallace im Mai-Heft der Zeitschrift, gibt es sowieso nicht: »Es ist hart, an der Spitze zu stehen; aber es ist für alle noch schwieriger, wenn die zentrale Macht weder die Bürde noch die Privilegien ihrer führenden Position akzeptieren will.«

Weniger offen wird ausgesprochen, was »Führungsmächte« wohl ebenfalls auszeichnet, nämlich eine gerade ekelhafte Kaltschnäuzigkeit bei der Exekution ihrer Interessenpolitik, die im Fall Frankreichs, wie Hartmut Dießenbacher im LEVIATHAN Nr. 2/1995 nachweist, dazu führt, daß man erst die ruandischen Massaker trotz hinreichender Warnungen und Erkenntnisse geschehen läßt und dann die Hauptschuldigen, als sich das Blatt zu deren Ungunsten wendet, in Militärmaschinen nach Paris ins Exil ausfliegt. Insoweit ist zu hoffen, daß Arnulf Barings skeptische Prognose im April-Heft der INTERNATIONALEN POLITIK, die Deutschen seien noch nicht reif für echte Führungsaufgaben, Bestand haben möge. »Es erscheint so gut wie sicher, daß ein solches Engagement . . . über die Entschlossenheit, die Tatkraft unserer Landsleute weit hinausginge. Spätestens wenn das erste Dutzend Zinksärge nach Deutschland zurückkehrt, wäre die innenpolitische Grundlage einer solchen weit ausgreifenden Politik dahin.« – Mittlerweile hat der Bundestag dem Einsatz deutscher Soldaten in Bosnien zugestimmt.

Während auf der Ebene großer Mächte noch das Neue beschworen wird, erweitert sich das Reich der Ökonomie stetig und unterwirft die in ihm tätigen Subjekte einem permanenten Wandel. »Das Prinzip des Neuen«, so zitiert Wolfgang Fach in Heft 6 der BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK Carl Schmitt, »wächst schweigend und im Dunkel, und in seinen ersten Anfängen würde ein Historiker und Soziologe wiederum nur Nichts erkennen«. Für Fach ist der Kapitalismus auf eine weitere Stufe emporgeklettert und hat nunmehr auch von den Köpfen völlig Besitz ergriffen. Für den »mentalen Kapitalismus« zählt nur Geld. Und dieses, nicht irgendwelche »Führungsmächte«, regiert bekanntlich die Welt. Nicht mehr die archaischen Machtfaktoren wie Truppenstärke, Bevölkerungsgröße und Produktivität, sondern das Vertrauen der global handelnden Investoren sind es, wonach Regierungen ihre Politik auszurichten haben. »Als Souverän einer Geld-Demokratie ruft man konsequent den »Geldgeber« aus: Die Bourgeois als Citoyen. Seine Heimat ist die Welt, seine Motive sind rechtens borniert, und es herrscht ein Zweiklassen-Wahl-

recht: die »Millionen« natürlicher Personen zählen zusammen weniger als einige juristische, denen sie in aller Regel sogar ihr (Depot-)Stimmrecht verkauft haben. Außerdem: Geld votiert nicht (»voice«), sondern flüchtet (»exit«), falls seine politischen Repräsentanten das wichtigste »Grundgesetz« verletzen: der Wert des Kapitals ist unantastbar. Citoyen Flick stimmt ab, indem er seine Milliarden nach Österreich trägt, weil ihn neben manchen Abzügen jener Solidaritätszuschlag stört, dank dessen seine neuen alten »Landsleute« ihr bescheidenes Dasein aufbessern.«

Dem Gebot der »Philosophie des Geldes« hat sich, so Fach, auch das Recht unterzuordnen. Zwar soll jenes den Protagonisten des »mentalen Kapitalismus« zufolge immer noch das politische, ökonomische und soziale System steuern – vorausgesetzt allerdings, die Verschränkung von Rechts- und Wirtschaftsordnung wird – mit letztlich streitentscheidenden Vorteilen zugunsten letzterer – anerkannt. Gerüttelt wird also nicht an der »privilegierten Stellung des Gerichts . . ., sondern . . . am richterlichen Impuls der ökonomischen Rationalität starrsinnig eine eigene entgegenzusetzen. Alles Recht würde letztlich Aktien-Recht . . . – dann folgte die Justiz dem ökonomischen Imperativ und verwies konkurrierende Interessen in die



**Gefoltert:
Frauen**

Weltweit werden Frauen verfolgt, gefoltert, ermordet. **„Frauen in Aktion - Frauen in Gefahr“** - eine weltweite Kampagne von amnesty international gegen Menschenrechtsverletzungen an Frauen.

Informationen:
amnesty international
 53108 Bonn, Stichwort „Frauen...“
 Spendenkonto 80 90 100
 Sparkasse Bonn
 BLZ 380 500 00

ai
amnesty international
 FÜR DIE MENSCHENRECHTE

Schranken des Geldes«. Der auf »virtuelle« Kompetenzen geschrumpften Politik bleibt dann nur noch, die Bevölkerung auf die vollständige Herrschaft des Geldes einzustimmen; oder oben: neue Betätigungsfelder außerhalb der Grenzen zu suchen.

In dieses Bild paßt die wachsende Bedeutung von Multimedia, deren sich in ihrem Juni-Heft auch die GEWERKSCHAFTLICHEN MONATSHEFTE angenommen haben. Ebenso stimmig dazu die Analyse von Karlheinz Geißler im LEVIATHAN Nr. 2/1995 zur Entwertung der dualen Berufsausbildung und der Zerstörung ihrer Grundlagen in einem Wirtschaftssystem, das dem schnellen Wandel und der schnellen Mark, nicht jedoch langfristigen Investitionen in eine breit angelegte Qualifikation huldigt.

Ganz anders deutet Norbert Trenkle in KRISIS 15 künftige Entwicklungsperspektiven. Geht es nach ihm, steht die »Kasinoökonomie« der immer neuen Finanzinnovationen vor dem Zusammenbruch. Ob es allerdings wirklich weiterhilft, Silvesterfeuerwerk von den »Einschlägen der Artillerie« im zwischenzeitlich ausgebrochenen Bürgerkrieg zu unterscheiden, muß angezweifelt werden. Weder leistet eine solche Haltung irgendeinen Beitrag gegen innergesellschaftliche Konflikte noch ist deren Ursache, ob kapitalistische Ausbeutung oder anderes, für den Verlauf der Auseinandersetzung von Bedeutung. Das Fehlen einer umfassenden Gewaltanalyse, die Brigitta Nedelmann in Nr. 3/1995 des MITTELWEG 36 konstatiert, macht zugleich deutlich, daß Gewalt kaum besonderer Gelegenheit bedarf, um zum Ausbruch zu gelangen. Und bis vor kurzem zählte Bosnien auch hinsichtlich zivilisierter Verhaltensnormen noch zu Europa, und lagen die von Deutschen betriebenen Vernichtungslager nicht in einer von Zivilisation unbeleckten Wildnis, sondern beispielsweise vor den Toren Weimars. – Es spricht also sehr viel für Innenpolitik und den immer wieder unternommenen Versuch, die Verhältnisse für alle möglichst auskömmlich zu gestalten.

Besprochene Zeitschriften:

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK, Nr. 1, 6/1995, Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Berthavon-Suttner-Platz 6, 53111 Bonn, jeweils DM 14,-.
GEWERKSCHAFTLICHE MONATSHEFTE, Nr. 6/1995, Bund Verlag, Postfach 90 08 40, 51118 Köln, DM 11,-.
INTERNATIONALE POLITIK, Nr. 4-6/1995, Bachstr. 32, 53115 Bonn, jeweils 18,- DM.
KRISIS 15, Horlemann Verlag, Postfach 13 07, 53583 Honnef.
MITTELWEG 36, Nr. 3/1995, Hamburger Institut für Sozialforschung, Mittelweg 36, 20148 Hamburg, DM 18,-.
PERSPEKTIVEN DS, Nr. 2/1995, Schüren Presseverlag, Deutschhausstr. 31, 35037 Marburg, DM 8,50.

Kritik

DIETER SENGHAAS

Teufelsaustreibung ohne Teufel

Wolfgang Michal kündigt sein Buch *Deutschland und der nächste Krieg* als eine »fröhliche Wissenschaft« an – als einen exorzistischen Versuch, bei dem es darum geht, das seit 1992 im wiedervereinigten Deutschland zum Vorschein kommende Gedankengut zu Ende zu denken – und es dabei auszutreiben.

Worum geht es? Der Klappentext des Buches faßt dessen Absicht gut zusammen. Dort heißt es: »Zweimal seit der Reichsgründung durch Bismarck 1871 folgte die deutsche Außenpolitik dem gleichen Muster: erst Vorherrschaft über Europa, dann Weltmachtanspruch, dann Krieg. Zweimal endete die Expansion in der Katastrophe. Nun, nach fünfzig Jahren des Friedens, glaubt alle Welt, die Deutschen seien geheilt. Doch die Politik nach der Wiedervereinigung zeigt: »Das Unglück nimmt von neuem seinen Lauf.«

Und weil dem so ist, so folgert der Autor scharfsinnig, beginnt alles wie einst, und wie einst wird sich auch alles fortsetzen: Wie zur Jahrhundertwende leitete Deutschland die europäischen Spannungen auf den Balkan ab. Die Bindungen nach dem Westen werden gelockert. Deutschland besinnt sich auf seine ursprüngliche Ostorientierung »wie zu Zeiten Bismarcks«. Alte Mitteleuropa-Pläne werden Wirklichkeit: Armer Kaiser Wilhelm II. – hatte er sich doch völlig vergeblich um ihre Durchsetzung bemüht!

Und natürlich stehen alte Begehrlichkeiten, wie einst, so auch jetzt im Gewande von Geopolitik oder Geoökonomie, die im Buch als eine weltweit orientierte »Wehrwirtschaftspolitik« vorgestellt wird, wieder auf der Tagesordnung: Begehrlichkeiten wie der Wirtschaftsraum im Osten, die Achse Berlin-Bagdad, der Platz an der Sonne im fernen China, die mittelafrikanischen Rohstoffquellen und so fort.

Man muß dem Buche zugute halten, daß der Klappentext mit dem Inhalt des Buches stimmig ist, was heutzutage keine Selbstverständlichkeit ist. Und was den Inhalt des Buches angeht, so hatte der Autor, indem er »fröhliche Wissenschaft« ankündigt, sicher Nietzsche in Erinnerung, der den Leser seiner Skizzen mit eben diesem Titel *Die fröhliche Wissenschaft* folgendes mit auf den Weg gab:



Volker Rühle schwenkt die Flagge Somalias

Foto: dpa

*Ein gut Gebiß und einen guten Magen –
Dies wünsch ich dir!*

*Und hast du erst mein Buch vertragen,
Verträgst du dich gewiß mit mir!*

Nein, der Rezensent hat große Mühe, sich mit diesem Buch zu vertragen – den Autor des Buches lassen wir einmal aus dem Spiel. Der Grund für diese Unverträglichkeit liegt nicht in der Unklarheit, ob Wolfgang Michal eine Verschwörungstheorie schreiben wollte oder vielleicht nur eine Parodie auf eine Verschwörungstheorie, ein ernstes Buch oder eine Satire. Michal weiß das selbst nicht – und deshalb antwortet er, wiederum im Klappentext, mit einem »Ja und Nein«.

Nehmen wir also für eine Weile das Buch ernst. Dann handelt es sich bei ihm um eine Abhandlung »vom kommenden Wilhelminismus«, wie die Überschrift zur Einleitung signalisiert. Nur, an dieser Geschichte – auf 140 Seiten ausgebreitet – stimmt fast nichts. Schon die ersten Zeilen des Buches machen skeptisch: Dort ist die Rede davon, daß die Kultur der Zurückhaltung jahrzehntelang das Kennzeichen der deutschen Außenpolitik gewesen sei. Und natürlich

ging das alles, dem Autor zufolge, mit der Wiedervereinigung zuende. Der Autor weiß es sogar ganz genau: »1992, im eigentlichen Wendejahr der Nachkriegspolitik, ist die Anmaßerung ins deutsche Denken zurückgekehrt.«

Mit der These von der »Kultur der Zurückhaltung« wiederholt Michal ein Stereotyp über die alte Bundesrepublik. Worin bestand denn die »Kultur der Zurückhaltung« in der Debatte über Westintegration und Aufrüstung in den 50er Jahren, im Streit zwischen den deutschen Gaulisten und den Atlantikern in den 60er Jahren, in den scharfen Kontroversen über die Ostpolitik in den 70er Jahren, in den Auseinandersetzungen über ein weltwirtschaftlich angemessenes Verhalten seit dem OPEC-Schock, in der Nachrüstungsdebatte nach 1979 und in den gerade im Westen kontroversen Bemühungen um das Überleben der KSZE während des sogenannten Zweiten Kalten Krieges? Hat es denn nicht tiefgreifende Auseinandersetzungen besonders innerhalb des Westens über den höchst umstrittenen »Genschismus« gegeben?

Die alte Bundesrepublik fristete bis 1989/90 kein Nischendasein, aber sie lebte unter konstellationsbedingten welt- und europapolitischen Einschränkungen, die nicht eingebildet und schon gar nicht Ausdruck selbstverschuldeter politischer Unmündigkeit waren.

In aller Regel ist eine Verniedlichung der Rolle der alten Bundesrepublik im Rückblick erforderlich, um die tatsächliche oder die zukünftige Rolle des wiedervereinigten Deutschlands zu dramatisieren. So ist es auch bei Wolfgang Michal, zu dessen Entlastung man allerdings sagen muß, daß sein Buch nur flüchtige Rückblicke auf die Geschichte der alten Bundesrepublik enthält, weil die ausgebreitete Argumentation ganz und gar vom Szenario eines kommenden Wilhelminismus fasziniert ist.

Evidenzen über den kommenden Wilhelminismus gibt es, nüchtern betrachtet, jedoch kaum, also müssen sie konstruiert werden. In dieser Konstruktion ist das Buch auf abwegige Weise meisterhaft. Doch die Vorgehensweise ist, will man das Buch ernst nehmen, einigermaßen primitiv. Die Argumentation von Wolfgang Michal lebt von Zitaten und Bruchstücken von solchen aus allen möglichen überregionalen

Zeitungen, Magazine und gelegentlich auch aus Büchern. Die Zitate werden so aneinandergebastelt, daß der Eindruck entsteht, sie würden Wirklichkeiten widerspiegeln und durchgängig strategisch kalkulierte weltpolitische Absichten problemlos dokumentieren. Kein einziges Zitat wird auf seinen Realitätsgehalt, vom Wahrheitsgehalt einmal ganz zu schweigen, hinterfragt. Pro und Kontra gibt es nicht. Wenn beispielsweise Michal den Berliner Verleger Wolf Jobst Siedler mit folgendem Satz zitiert: »Wenn die Schwierigkeiten der Vereinigung überwunden sein werden, wird Deutschland gar nicht darum herumkommen, Osteuropa ökonomisch zu durchdringen, und wahrscheinlich wird ihm auf diesem Wege zufallen, was das Dritte Reich mit ein paar hundert Divisionen nicht erreichte – die Vorherrschaft in jenen unabschließbaren Räumen zwischen Weichsel, Bug, Dnjepr und Don«, dann diskutiert der Autor nicht Sinn oder Unsinn, ökonomischen Verstand oder Unverstand, der aus diesem Zitat spricht, sondern er schreibt: »Die Ansiedlung deutscher Wehrbauern im Schwarzerdegebiet wird zwar noch nicht propagiert, aber einen ersten Zugriff auf Rußland gibt es schon.«

In die Suggestion über den unermesslichen Wirtschaftsraum im Osten Europas, der nunmehr gewissermaßen den Deutschen wieder offensteht, paßt die Feststellung, der Handel habe 1994 erstmals die 100 Milliarden DM-Grenze erreicht. Wahrlich eine eindrucksvolle Zahl, aber nur auf den ersten Blick! Denn diese Zahl faßt Importe *und* Exporte zusammen. Die Bezugsgröße wird verschwiegen, nämlich die Tatsache, daß dieses Deutschland im Jahre 1994 einen Gesamthandel, also Importe und Exporte zusammengerechnet, von 1 300 Milliarden DM tätigte, wovon 85 % im Westen, also innerhalb der OECD-Welt, 10 % in der Dritten Welt und 5 % in der östlichen Hälfte Europas lokalisiert waren. Überdies: Die simple Differenzierung zwischen aktuellem und potentielltem Markt mag Journalisten nicht vertraut sein, Investoren ist sie vertraut: Deshalb fließen knapp über 90 % der Auslandsinvestitionen der deutschen Industrie in andere westliche hochindustrialisierte Länder, die im übrigen alle durchgängig Hochlohnländer sind, und nicht nach Osteuropa, schon gar nicht in Niedriglohnländer. Das hat gute ökonomische Gründe, was, wenn Wolfgang Michal sie zur Kenntnis genommen hätte, seiner Argumentation die Grundlage entziehen würde.

Dasselbe gilt im Hinblick auf die Ausführungen über die Entwicklung des Militärapparates: Die Bundesrepublik investierte in den 60er Jahren gut 5 % des Bruttosozialproduktes

in das Militär und die Rüstung. Vor 15 Jahren, Ende der 70er Jahre, belief sich diese Größe auf knapp über 3 %. Bei einem Bruttosozialprodukt von etwa 3 000 Mrd. DM und einem Verteidigungshaushalt von knapp unter 50 Mrd. DM beläuft sich heute diese Größe auf ca. 1,5 % des Bruttosozialproduktes.

Man kann diese Entwicklung als Eintritt in den »kommenden Wilhelminismus« interpretieren, nur weiß man dann nicht, wovon man eigentlich redet.

Und das ist genau das Problem dieses Buches. Der Autor glaubt eine interessante Geschichte zu erzählen. Er möchte gerne die Geschichte des Deutschlands der kommenden 30 Jahre im Lichte der bekannten Geschichte des Zweiten Deutschen Reiches nach 1871 mit ihrer Kulmination im Ersten Weltkrieg suggestiv umreißen: »Rückblick für die Zukunft« gewissermaßen. Nur entsteht da ein so schräges Bild, daß die Argumentation kaum ernst genommen werden kann.

Da Michal in der Gegenwart für seine suggestive Argumentation kaum fündig wird, muß er in die Argumentationskiste der Vergangenheit zurückgreifen. Schon der Buchtitel ist entlehnt: »Deutschland und der nächste Krieg«, das war das Buch eines wirklich wilhelministischen Bellizisten, vor 1914 verfaßt und den Krieg propagandistisch herbeischreibend. Auf die propagandistische Argumentation dieses alten Autors ist unser zeitgenössischer Autor glatt hereingefallen. Und deshalb fragt unser Autor in ernster und nicht in satirischer Absicht: »Wie viele Jahre wird es nach der Wiedervereinigung dauern, bis Deutschland jene mächtropolitische Konstellation von damals wieder aufbaut, jene Sachzwänge und Argumentationsketten schafft, die den nächsten Krieg so unvermeidlich erscheinen lassen wie den von 1914?«

Michal merkt nicht, daß die Argumentation von der Art Bernhardis in seinem Buch gedankenlos übernommen wird, daß er all den geopolitischen und geoökonomischen Mythen aufsitzt, die auch schon vor 1914 ohne Fundamentum in re waren – und daß solche Mythen zu wiederholen zu erstaunlichen Ausmaßen an Selbstsuggestion mit verheerenden Folgen führen kann. Nein, zur Parodie eignen sich die geopolitischen Hirngespinnste der Jahrhundertwende nicht. Man tut also gut daran, dieses Buch dort liegen zu lassen, wo es wohl ruht: in den Vorratslagern des Verlages.

Wolfgang Michal: Deutschland und der nächste Krieg. Berlin, Rowohlt-Berlin Verlag GmbH, Berlin 1995, 144 S., DM 29,80

Steuerlos in Untiefen?

Die Freiheit verringert sich in dem Maße, wie sich der Staat vergrößert«, meinte Jean-Jacques Rousseau als Vordenker der Politikmoderne. Diese Warnung stammt aus dem Jahr 1762 und stimmt verblüffend mit Beschwerden von Adam Smith überein, dem Vorfater der Wirtschaftsmoderne. Man schrieb inzwischen das Jahr 1776, als dieser sich gegen merkantilistische Staatseinmischungen in Handel und Wandel aussprach, die der von einer »invisible hand« gesteuerten Selbstentfaltung der Marktkräfte im Wege stünden. Die Wirkungsgeschichte dieser beiden Frühformen von Staatsdistanz ist völlig von den Denkern losgelöst verlaufen.

Die Abwehr bürokratischer Allzuständigkeit durch Adam Smith wurde als Staatsablehnung mißverstanden, bis heute. Dabei hielt der Schotte mit Blick auf die Ermöglichung einer *decent society* das Regierungshandeln geradezu für unerlässlich. Etwa um die Marktverläufe ausbildungstechnisch, infrastrukturell etc. zu fördern. Zudem mußten unvorhersehbare Rückwirkungen des raschen Sozialwandels gesellschaftlich abgefedert werden.

Wohingegen Rousseau wenigstens seit der Französischen Revolution als republikanischer Denker in Anspruch genommen zu werden pflegt, der Selbstverwirklichung und damit Freiheit einzig und allein durch eine Mensch und Bürger gleichermaßen vereinigende Repräsentanz ermöglicht sieht – und damit im Staat.

Wie auch immer, beide Autoren einte die Sorge um den »richtigen Staat« als unabdingbares Steuerungszentrum der Gesellschaft. Und das verbindet sie über Edmund Burke und Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Alexis de Tocqueville und Karl Marx, Max Weber und Benedetto Croce mit der Gegenwart, hinweg über alle Um- und Aufbrüche der Zeitläufte.

Dieses Engagement ist unseren heutigen Prioritäten jedoch fremd! Denn die Staatsproblematik ist mittlerweile ins Abseits geraten. Thematisiert sieht sich die Staatsfrage, die spätestens seit den Kathedersozialisten etwa als Debatte über die Notwendigkeit eines »antiegoistischen Zentrums der Gesellschaft« (Troeltsch) gehandelt wurde, höchstens noch in der Abwehr von Reglementierungen und damit frei nach dem Modemotto unserer Tage: Wie kann man am Haushalt der öffentlichen Hände sparen?

Hier genau setzt das neue Buch von Claus

Koch ein. Der Berliner Publizist, Jahrgang 1929, beschäftigt sich ausführlich mit der Formschwäche des Staates just zu einer Zeit, in der sich die politische Organisation der Gesellschaft in ein unerbittliches Ringen der Wirtschaftsregionen um Standortvorteile verstrickt sieht.

Standortdebatte

Und dieser Wettstreit wird nicht nur mit harten Bandagen geführt, sondern im Sinne der Lehre von den komparativen Kostenvorteilen auch ausgesprochen unfair. Beispielsweise halten sich viele sogenannte *Newcomer* wie etwa die »kleinen Tiger« kaum an die wenigen Austauschregeln, die im Welthandel bisher überhaupt verabredet werden konnten. Zudem ähneln in weiten Teilen der Welt die Arbeitsbedingungen – nicht zuletzt mangels starker oder überhaupt vorhandener Vertretungskörperschaften der abhängig Beschäftigten – noch an Gegebenheiten, die Friedrich Engels einst mit Blick auf das frühindustrielle England beschrieben hat. Mit Sozialdefiziten wie diesen aber kann sich die Dienstleistungsgesellschaft nicht in einen Verschlechterungswettbewerb einlassen. Das ist unmöglich, selbst wenn man nicht – wie Deutschland – mit 44 Mark Belastungen je Arbeiter-Stunde in der Industrie im Vergleich mit der entwickelteren Welt die höchsten Kosten aufweist. Aber auch Portugal liegt beispielsweise mit 9 Mark pro Stunde schon himmelhoch über dem Kostenniveau etwa chinesischer Anbieter.

Um diese Standortdebatte geht es Koch jedoch nur am Rande. Ihn bekümmern vielmehr die gesellschaftspolitischen Folgen dieser und anderer Wettbewerbsverschlechterungen. Denn vor ihrem Hintergrund spielt die Staatsfrage wieder eine Rolle, jedenfalls in der Wahrnehmung durch Koch. Die Folgen werden weit über ältere Streitigkeiten um den Gefälligkeits-, Steuer- oder Kostenstaat hinausgehen. Muß man sich doch infolge wirtschaftlicher, technologischer und/oder managerieller Standortschwächen auch hierzulande seit geraumer Zeit mit einer extrem hohen *Arbeitslosigkeit* befassen, die noch dazu erschreckend unabänderlich zu sein scheint.

Vor allem dieses Drama rückt für Koch die Staatsfrage in den Mittelpunkt der politischen Aufmerksamkeit. Der allgemeinen Wahrneh-

mung aber, so seine Beschwerde, paßt die »Staatsdämmerung« aus Kostengründen offensichtlich ins Konzept. Und solche Gedankenlosigkeit sei fatal. Denn die dauerhafte Massenarbeitslosigkeit negiert nicht nur alle Vorstellungen von Chancengleichheit. Auf ihr beruht immerhin das Gerüst unserer sozialpolitischen Sicherungssysteme, die im Begriff des »Wohlfahrtsstaates« zutreffend auf einen Begriff gebracht worden sind. Das Millionenheer der Erwerbslosen verdeutlicht überdies eine moralische, ja eigentlich gesamtgesellschaftliche Krise der Moderne. Muß das Ausmaß und die Dauer der Beschäftigungslosigkeit nicht die Fundamente der auf einem Sozialausgleich und damit auf der Gleichsetzung von Arbeit und Beteiligung gegründeten Politikneuzeit zerstören?

Diese Sorge verrät einen anspruchsvollen Staatsbegriff, den Koch mit der Tradition frühneuzeitlicher Vertragstheorien teilt. Sie beruft sich zudem auf ein spezifisches Rollenverständnis des politischen Systems seit dem Absolutismus, wonach der »Staat als Schöpfer der Gesellschaft« wirkt. Diese Sicht der Dinge hat weitgehende Konsequenzen für die Beurteilung unserer postmodernen Marktgesellschaft. Denn indem nicht zuletzt durch die Internationalisierung der Volkswirtschaften die Politik ihren Handlungsspielraum mehr und mehr an die Eigendynamik der Märkte verliert, zumeist mit regierungsamtlicher Hilfe, um in der Konkurrenz der Regionen zu bestehen, wirken die Vertreter der Staatsgewalt zunehmend wie ebenso hilflose wie teure Trittbrettfahrer des ökonomischen Systems.

Das wäre kein Problem, wenn an ihre Stelle ein anderes Regelzentrum mit Zuständigkeit für das Allgemeinwohl treten könnte. Davon jedoch ist nirgendwo die Rede. Denn die in diesem Zusammenhang oft beschworenen Ordnungskräfte des Marktes sind ja nicht nur blind, sondern allemal der Rendite verpflichtet. Was aber dann? Der Staat löst sich tendenziell auf, so Koch, übrigens mit aktiver Hilfe eines sich selbst zur Deregulierung freigebenden politischen Systems. Die traditionellen Ordnungsressourcen wie das Recht, die Polizei, die Gesetze etc. waren und sind aber ebenso gemeinwohlfixiert wie die Parteien, die Gewerkschaften oder auch die ganze Apparatur der überkommenen Daseinsfür- und vorsorge. Was soll an ihre Stelle treten? Der Markt? Die Europäische Union? Gar die UNO?

Alles Schimären, meint Claus Koch. Nicht nur deswegen, weil diese Größen als wirkliche Regelungsfaktoren etwa mit Blick auf die drückende Arbeitslosigkeit vor Ort viel zu abgehoben und damit gar nicht greifbar sind. Zudem

ist die gerade in Dimensionen wie den genannten sich abzeichnende Vernetzung der Volkswirtschaften selbst eine Ursache für die erwähnten Standortprobleme. Aber das sei nur eine Seite des heutigen Dilemmas. Zuständigkeits- beziehungsweise Entscheidungsfaktoren zu finden, die an die Stelle des Wohlfahrtsstaates seligen Angedenkens treten könnten. Die andere ist mentaler Machart. Denn der Zeitgeist befindet sich keineswegs auf der Höhe der Probleme. Weder werde die wohl säkulare Arbeitslosigkeit als das verstanden was sie ist, nämlich als Hinweis auf einen Epochenwechsel. Noch gibt es tragfähig Vorschläge, wie diesem Dilemma begegnet werden könnte. Vielleicht ist das auch gar nicht möglich. Koch wägt Vorschläge wie eine Grundrente, neue Arbeitsverteilungsmodi etc. ab und verwirft sie dann alle als Auswege ohne Lösung.

Das Ende des Wohlfahrtsstaates ist das Ende des Fortschritts

Schlimmer aber sei vielleicht, daß es keine ernsthafte intellektuelle Beschäftigung mit dem Verfall des Staates gibt. Im politischen Raum ohnedies nicht, dort hätten »rhetorische Konflikte« das Utopische abgelöst. Auch von den Gewerkschaften gingen keinerlei Anregungen mehr aus, seit sie als die letzten Bastionen der Industriegesellschaft um ihre Existenz ringen. Und die Volkswirtschaftslehre wirke je blinder, je älter sie werde, leidet ihr Gleichgewichtsmodell doch an einem offenbar unheilbaren Marktoptimismus. Die Arbeitslosigkeit als Produkt der Marktlogik läßt sich bei Strafe des Paradigmenwechsels in ihre Letztbegründungen einfach nicht einbauen. Blicke die Soziologie, vorgeblich die Modernitätswissenschaft *par excellence*. Aber auch sie sei »verstummt« und wirke nunmehr »hilflos«. Sie verdanke ihre Karriere als Zeitdiagnose dem Adressaten Staat, dem sie Vorschläge unterbreiten konnte, wie etwa Krisen durch Sozialverbesserungen vermeidbar wären. Geht ihr »der Staat als der Überagent der Gesellschaft« verloren, wirkt das Fach nicht nur orientierungslos, sondern geradezu überflüssig.

In einem Zentralkapitel seines Buches beklagt Koch den mit der Duldung der Massenarbeitslosigkeit evidenten Verlust eines Krisengefühls in der Gegenwart.

Darin komme eine Gewöhnung an das Chaos vielleicht marktlogischer, nicht aber humanzentrierter Vergesellschaftungsformen zum Ausdruck, die der Postmoderne ins Haus stehen. »Erwartungslosigkeit gebiert Nihilismus«, lautet sein Fazit.

Den Liberalismus therapieren

»Für Europäer muß das Ende des Fortschritts katastrophische Züge annehmen«. Das »Ende des Fortschritts« setzt Koch mit dem Ende des Wohlfahrtsstaates gleich. Den Gegentypus in dieser Sicht praktizieren die Amerikaner, die ganz im Sinne von Emersons Aussage, wonach »die Dinge im Sattel sind und den Menschen reiten«, längst die Marktlogik als Unvermeidbarkeit verinnerlicht hätten. Solche Huldigung des Erfolgs lasse freilich alle Ziele der europäischen Aufklärung links liegen. Sie sind einst auf die Formel gebracht worden, es komme innergesellschaftlich darauf an, das Geschick zu bändigen.

Claus Koch hat eine faszinierende Studie vorgelegt, politisch vielleicht die wichtigste Gegenwartsdiagnose seit der Arbeit von Robert Kurz über den »Kollaps der Modernisierung«. Überzeugend ist seine Absicht, der Mitwelt die Staatsfrage wieder ans Herz zu legen. Was soll aus dem Sozialstaat, dem Generationenvertrag, überhaupt dem Kosmos der bürgerlichen Pflichten und Rechte werden, wenn es innergesellschaftlich kein gemeinsames Vielfaches mehr gibt? Darüber muß nachgedacht werden, wenn die allfällige Deregulierung nicht in Anomie münden soll.

Es ist aber auch ein sehr deutsches Buch geworden, und damit vielleicht tatsächlich »eine bereits verspätete Spekulation«, wie der Autor selbst vermutet. Und zwar nicht nur deswegen, weil Koch womöglich ein Rufer in der Wüste ist. Vielmehr verdeutlicht gerade das von ihm so verachtete Amerika, daß es einzig und allein die »mündige Bürgerschaft« ist, die noch Abhilfe schaffen kann etwa auf dem Arbeitsmarkt, wo der Staat doch immer weniger bewirkt. Etwa im *volunteer sector* jener Nicht-profit-Organisationen, deren Ziel es ist, Dienstleistungen anzubieten oder gemeinschaftliche Ziele durchzusetzen.

Versteht man freilich mit Koch die Bürgerschaft selbst als Produkt eben jener Erwerbsgesellschaft, die offenbar ihrem Ende zugeht, dann sind wir Zeuge eines Abschieds von der bisherigen Geschichte, den man im Sinne dieses Buches nurmehr kulturpessimistisch wahrnehmen kann.

Claus Koch: Die Gier des Marktes. Die Ohnmacht des Staates im Kampf der Weltwirtschaft, Hanser Verlag, München/Wien 1995, 152 S., DM 29,80

Unter den politischen Philosophen der Gegenwart ist Benjamin Barber der Arzt: Er stellt dem kranken Liberalismus nicht nur die Diagnose, sondern verschreibt auch gleich die Therapie. Partizipation, hochdosiert, soll aus den vereinzelt und darum totalitär gefährdeten Besitzindividualisten couragierte Staatsbürger machen. Mit der Normalform real existierender Volkssouveränität, der repräsentativen Demokratie, steht Barber auf Kriegsfuß. Er schilt ihren Begriff ein »paradoxes Oxymoron«, Produkt einer »Politik, die nur Massen und Eliten kennt«, »mit Freiheit unvereinbar«, der Gleichheit abhold, Gerechtigkeit verhin-dernd.

Der moderne Pluralismus ist unaufhebbar: Politik beginne überhaupt erst, »wo der Konsens aufhört«, schreibt Barber. Für ihn, den Antimetaphysiker und Warner vor »falschen Kommunitaristen«, gibt es keine letzten Gründe oder unbedingten Wahrheiten, deren Anerkennung Einheit stiften könnte. Aber während die »magere« liberale Demokratie sich damit bescheidet, Uneinigkeit zu tolerieren oder notfalls zu unterdrücken, erstrebt Barbers »starke« Demokratie, Konflikte in Kooperation zu verwandeln.

Ihr Zauberwort heißt »Transformation«, ihr Medium ist das Gespräch von Gleich zu Gleich: kein idealer Diskurs Habermas'scher Prägung, kein rationalistischer Kult des Arguments, vielmehr ein tastendes Miteinander, geübt in der Kunst des Zuhörens, inspiriert von Gefühl und Verstand. Im gesprächigen Miteinander vollzieht sich das Wunder der Politik, nämlich jene Einigkeit herzustellen, die es zum politischen Handeln braucht. So hofft zumindest der amerikanische Philosoph: »Daß ein Individuum einer politischen Gemeinschaft angehört und gemeinsamen Entscheidungen zustimmt, bedeutet im Idealfall, daß es seine persönlichen Interessen und Überzeugungen so umformuliert, daß sie mit den öffentlichen Interessen und Grundsätzen vereinbar sind.«

Benjamin Barbers Programmschrift für eine *Starke Demokratie* hätte es in den zehn Jahren seit Erscheinen der amerikanischen Erstausgabe (1984) kaum zum modernen Klassiker politischer Theorie gebracht, befriedigte sie nicht in so hohem Maß das Bedürfnis nach Konkretion. Im Unterschied zu vielen über Werteverfall klagenden Zeitgenossen weiß Barber, daß Tugenden nur dann nicht vergehlich be-

schworen werden, wenn man ihnen zugleich ein institutionelles Rückgrat einzieht. Der schwungvollen Attacke auf die liberalen Pathologien folgt daher im zweiten Teil des Buches ein Bündel organisatorischer Reformvorschläge zur Neubelebung von Gemeinsinn und republikanischem Geist: Nachbarschaftsversammlungen mit gesetzgebender Macht auf kommunaler Ebene, Lösentscheide bei der Vergabe von Ämtern, Volksbegehren- und öffentlich finanzierte Freiwilligen-Programme, genossenschaftlich orientierte Versuche zur Demokratisierung der Arbeitswelt.

»Starke Demokratie ist Politik von Amateuren«

Ein »Ombudsmann« als Quasi-Pflichtverteidiger für politische Minderheiten und differenzierte Stimmzettel, die mehr als das übliche Ja-Nein-Votum vorsehen, sollen den liberalen Ängsten vor Pöbelherrschaft und Gleichmacherei Rechnung tragen. »Plebiszitäre Launenhaftigkeit« fürchtend, ist Barber ein Gegner von »Sofortabstimmungen«. Für die Annahme von Gesetzesvorlagen macht er eine zweite Lesung zur Bedingung, die der ersten im Abstand von sechs Monaten zu folgen hat – unterdessen können sich die Gemüter beruhigen, kann diskutiert, informiert, revidiert werden.

Die deutsche Ausgabe von Barbers Buch kommt spät. Zu spät? Einstige Basisdemokraten wie Antje Vollmer haben mittlerweile die Notwendigkeit von Eliten entdeckt und pochen heute lieber auf deren Leitbildfunktion statt auf eine forcierte Demokratisierung; andere, überfordert von der Komplexität der modernen Welt, rufen nach einer Regierung der Fachleute. Sie, die Kleinnütigen und die Experto-kraten, erinnert Barber daran, daß politisch Urteilen vor allem heißt, »Wertprioritäten« zu setzen, z. B. zu entscheiden, »ob hohe Arbeitslosigkeit ein angemessener Preis für eine niedrige Inflationsrate ist«. Dazu aber sei jeder kompetent und legitimiert, der seine Meinung »durch das öffentliche Urteil Spießruten laufen« lasse. »Starke Demokratie ist die Politik von Amateuren«, schreibt Barber. Seine Ausführungen machen begreiflich, warum das ein Ideal sein kann.

Benjamin Barber: Starke Demokratie. Übersetzt von Christiane Goldman und Christel Erbacher-von Grumbkow. Mit einem Vorwort des Autors zur deutschen Ausgabe und einem Nachwort von Hubertus Buchstein und Rainer Schmalz-Bruns. Rotbuch Verlag, Hamburg 1994, 324 Seiten, DM 42,-

IRING FETSCHER

Kapitalismus im 21. Jahrhundert

Robert Heilbroner, ein Schüler des aus Deutschland stammenden und jüngst verstorbenen Adolf Lowe und langjähriger Inhaber eines Lehrstuhls für Wirtschaftswissenschaft an der *Graduate Faculty der New School for Social Research* in New York, gehört zu den führenden liberalen Ökonomen der USA. Sein neuestes Buch versucht die Chancen für das Überleben des Kapitalismus zu deuten. Dabei bedient er sich einer außerordentlich geschickten didaktischen Methode: Um dessen »Wesen« zu bestimmen, stellt er sich vor, wie schwierig es wäre, dem Angehörigen eines afrikanischen Jägerstammes seine Funktionsweise klar zu machen.

In traditionellen Gesellschaften ist die Wirtschaft kein isolierbarer und verselbständigter Sektor des Lebens, auch wenn – von uns aus gesehen – »gewirtschaftet« wird. Die Normen, denen die Verteilung von Produktion und Konsum unterliegen, sind aber vom Herkommen her fixiert und sind nicht – wie im Kapitalismus – so beschaffen, daß sie zu einer ständigen Steigerung der Produktivität und Akkumulation des Kapitals führen. Das gleiche gilt auch für eine Befehls- oder Kommandowirtschaft. Erst im Kapitalismus ist die Wirtschaft ein eigenständiges System, das eigenen Entwicklungsgesetzen unterliegt.

Die Trennung von Wirtschaft und Politik sowie die Programmierung auf ständiges Wachstum sind die zwei völlig neuen Merkmale dieser Wirtschaftsweise. Entgegen der vulgär-ökonomischen Auffassung von »Marktwirtschaft« sahen aber alle bedeutenden Ökonomen der Vergangenheit die Notwendigkeit der Einbettung und Korrektur der Wirtschaft durch politische Rahmenbedingungen. Adam Smith hielt es für notwendig, daß die Regierung für Ruhe und Sicherheit sorgt und der Entfremdung und seelischen Verelendung der Arbeiter durch Schulunterricht entgegenwirkt. So optimistisch Adam Smith auch hinsichtlich der nahen Zukunft war, von der er eine gewaltige Steigerung der Produktivität der Arbeit in den Manufakturen erwartete, so pessimistisch war er auf lange Sicht. Er ging davon aus, daß einmal eine vollständige Sättigung des Bedarfs erreicht und ein Stillstand der dynamischen Entwicklung eintreten werde.

Weil optimistischer war – zunächst – Karl Marx, der angesichts der gesteigerten Produktion in den modernen Fabriken im »Kommuni-

stischen Manifest« geradezu einen Hymnus auf die neue Produktionsweise anstimmte. Aber auf lange Sicht war auch Marx pessimistisch, was die Zukunft des Kapitalismus anging und prognostizierte dessen Ablösung durch eine revolutionäre Umwälzung und die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft. Im Unterschied zu Adam Smith unterstellte er kein passiv die Entwicklung hinnehmes, sondern ein politisch aktives Industrieproletariat.

In der Folge stellte es sich heraus, daß der Kapitalismus noch weit entwicklungsfähiger und innovativer war als Marx erwartet hatte. Dafür erwiesen sich aber Massenarbeitslosigkeit und Verelendung als schwer hinnehmbare Begleiterscheinungen, und zyklische Krisen bedrohten den sozialen Frieden sowie die politische Stabilität. John Maynard Keynes war der Theoretiker, der die politischen Mittel entdeckte, die zur Korrektur dieser Schattenseite des Kapitalismus führte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand – vor allem in Europa – der Wohlfahrtsstaat, der sowohl die zyklischen Krisen durch Konjunkturpolitik abzumildern als auch die Folgen von Arbeitslosigkeit zu überwinden versprach. Zuvor schon hatte Henry Ford entdeckt, daß es im Interesse seiner Firma war, wenn seine Arbeiter die von ihnen erzeugten Autos kaufen konnten. Lohnsteigerung und Warenverbilligung waren sowohl vom betriebswirtschaftlichen als auch vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus gesehen, nützlich. In dem Maße jedoch, wie Einzelunternehmen durch Einsparungen bei den Löhnen ihre Betriebsergebnisse einseitig verbessern, führen sie volkswirtschaftlich zu einer Verringerung der Kaufkraft. Das scheint die Lage gegenwärtig zu sein.

Auch der vierte ökonomische Klassiker – Joseph Schumpeter – sah zunächst eine Chance fürs Überleben des Kapitalismus mit Hilfe der Kreativität der Unternehmer, die neue Produktionsmethoden und neue Produkte einführen. Auf lange Sicht fürchtete jedoch auch er, daß es zu einem Erliegen dieser Produktivität kommen werde. Aus diesem hier summarisch verkürzten Überblick folgert Heilbronner für die USA, daß der Erfolg des amerikanischen Kapitalismus »davon abhängig sein wird, ob man in der Lage sein wird, den öffentlichen Sektor im Sinne von Adam Smith zu begreifen, nämlich als unverzichtbare Quelle für die Stärke der Privatwirtschaft, anstatt als unrentables Hindernis«.

Das Scheitern der zentralgesteuerten Planwirtschaft führt Heilbronner nicht darauf zurück, daß dort die »Informationen« über den nachgefragten Bedarf fehlten, wie Ludwig von Mises gegen Oskar Lange angenommen hatte,

sondern daß »der Anreiz, etwas dagegen zu tun«, wenn auf bestimmten Gebieten Mangel herrschte, fehlte. »Eigennützige Motive (der Planer, IF) führten dazu, die Dinge auf sich beruhen zu lassen. . . also war der Feind am Ende die bürokratische Trägheit der Planwirtschaft«.

So nützlich der Marktmechanismus aber auch als Informationssystem ist, in vielen Fällen gibt er nicht die zuverlässigen Nachrichten über die tatsächlich durch eine bestimmte Produktion verursachten Kosten. Das wird am Beispiel der »externen Effekte« sichtbar. Solange Unternehmungen nicht dazu gezwungen sind, für die Kosten von Umweltverschmutzung (von der einfachsten, die zu vermehrten Kosten für Wäsche führt, bis zu der Belastung von Luft, Wasser und Boden durch Chemikalien usw.) aufzukommen, werden sie diese – anderen auferlegten Kosten oder Schäden nicht in ihre Wirtschaftlichkeitsberechnung einbeziehen. Einen solchen Zwang muß die Politik – im Interesse des Überlebens dieser Produktionsweise – setzen.

Gegen eine solche politische (staatliche) Beeinflussung des Produzierens läuft eine vulgär-ökonomische Ideologie gelegentlich noch immer Sturm. Öffentliche Ausgaben werden pauschal von ihr als »Konsumtion« behandelt, während z. B. der Bau eines Spielkasinos in Reno als »produktionssteigernde Maßnahme betrachtet wird«. Vermehrte Infrastrukturinvestitionen durch die öffentliche Hand ebenso wie staatliche Umweltschutzauflagen, durch die externe Kosten »internalisiert« werden, sind aber notwendig, wenn die kapitalistische Wirtschaft überleben soll. Regulierung nicht Deregulierung ist daher gefragt.

Wie in der Vergangenheit ist also auch künftig eine politische Korrektur der Auswirkungen eines völlig freien Marktes notwendig. Diese Aufgabe wird heute dadurch weiter erschwert und kompliziert, daß sich »die Wirtschaft« inzwischen zu einem transnationalen Komplex entwickelt hat, der von Einzelstaaten nicht mehr beeinflusst werden kann. Der »Marktmechanismus im 21. Jahrhundert« wird aber »nicht nur in einzelnen kapitalistischen Staaten, sondern über alle Staaten hinweg . . . durch eine gewisse Art von Planungsstruktur ergänzt und in manchen Bereichen sogar von ihr verdrängt werden« müssen.

Abschließend kommt Heilbronner noch einmal auf das verzerrte Bild zurück, daß von der Ideologie des Kapitalismus über den Zusammenhang von privater und öffentlicher Domäne entworfen wird: Da sie »nämlich die negativen Aspekte der privaten Domäne herunterspielt und die der öffentlichen Domäne überbetont«

kommt sie dazu, »die Aufgabenverteilung zwischen dem politischen und dem ökonomischen Sektor . . . falsch« zu bestimmen. Heilbronner hat sein Buch in den USA und für die USA geschrieben, die unter den Folgen der *Reaganomics* leiden, aber so viel besser auch einige Europäer bei ihm abschneiden, ohne Relevanz ist seine vorsichtige Kritik am blinden Triumphalismus mancher Zeitgenossen anlässlich des Zusammenbruchs der zentralen bürokratischen Planwirtschaft auch für uns wohl nicht.

Robert Heilbronner: Kapitalismus im 21. Jahrhundert. Aus dem Amerikanischen von Yvonne Badal, Hanser Verlag, München 1994, 160 S., DM 28,-

EWALD TERHART

Entlarvung der Gemeinschaft

Immmer das, was man gerade *nicht* hat, ist kostbar und erstrebenswert. Ist diese Sache knapp und nicht in beliebiger Menge zu erzeugen, blüht der Handel mit Fälschungen. Auf diese Weise sind Liebe und Lore-Romane, Erotik und Pornographie, Unterhaltung und RTL, Ich-Stärke und Bodybuilding, politische Auseinandersetzung und Wahlkampf eng miteinander verbunden.

Ähnlich verhält es sich mit Gemeinschaft. Je weniger »natürliche« Gemeinschaftlichkeit existiert, desto kostbarer wird sie – und desto wichtiger kann es sein, von interessierter Seite aus mit Gemeinschaft zu argumentieren, Gemeinschaft zu fingieren. Gemeinschaft ist jedoch eine strategisch nicht disponible Form von Sozialität, die in modernen Gesellschaften günstigenfalls noch in mikro-sozialen, lokalen, organisationsfreien Zusammenhängen zu haben ist – mit sinkender Tendenz. Umgekehrt steigt der Bedarf an Gemeinschaft, und dieses Bedürfnis wird u. a. durch Gemeinschaftsrhetorik – eben »Gemeinschaft« – bedient. Aber »Gemeinschaft« schafft keine Gemeinschaft. Strategisch geplante »Gemeinschaft« ist ein schwarzer Schimmel, ein Widerspruch in sich. Dies ist die These in Vobruba's Buch.

Der Bedarf, zumindest aber das Interesse an Gemeinschaft spiegelt sich auch in der aktuellen zeitdiagnostischen Literatur sozialwissenschaftlicher Provenienz wider. Seit einigen Jahren hat Gemeinschaft dort Konjunktur. Drei

Zugänge können unterschieden werden. -- Da ist einmal diejenige Literatur, die direkt an Tönnies' *Gemeinschaft und Gesellschaft* bzw. an das Werk von Tönnies insgesamt anschließt. Obwohl es sich bei einigen Texten eher um philologische Übungen sowie um Auslegungstreitigkeiten handelt (was Tönnies wirklich meinte . . .), ist es doch interessant zu beobachten, wie viel an analytischer Kraft auch heute noch in Tönnies' Werk sowie in der Gemeinschaft/Gesellschaft-Dichotomie steckt, und wie viele Querverbindungen zu moderneren zeitanalytischen Dualen bestehen.

Davon zu unterscheiden ist die sogenannte Kommunitarismus-Debatte, in der zwar auch das Thema Gemeinschaft und Gesellschaft bewegt wird, dies allerdings vollständig auf der Basis der anglo-amerikanischen Philosophie und politischen Theorie sowie der in diesem Kontext entwickelten Kritik des Liberalismus. Es ist verwunderlich, daß diese den Liberalismus von rechts kritisierende Position hierzulande von Autoren erörtert und verbreitet wird, die eher dem linken Spektrum zuzuordnen sind. Anscheinend wird das von linken Theoretikern immer gemiedene – weil historisch belastete – Thema der Gemeinschaft nur auf dem Umweg über die Rezeption amerikanischer Texte und Theorien diskussionswürdig.

Eine dritte Gruppe von sozialwissenschaftlicher Literatur nähert sich dem Gemeinschaftsthema vermittelt über die Individualisierungsthese Becks an. Neue Formen der Re-Vergemeinschaftung werden als Parallel- und Gegenbewegung zu Individualisierungs- und Atomisierungsprozessen betrachtet und mit den Neuen sozialen Bewegungen, mit dem Anwachsen von Selbsthilfegruppen und der Suche nach neuen Verbindlichkeiten für die soziale Nah-Moral in Verbindung gebracht. (Eine Anschluß-Stelle zum Kommunitarismus!)

Vobruba's Buch ist diesen drei Sorten von neuerer Gemeinschafts-Literatur nicht eindeutig zuzuordnen. Doch bevor der Inhalt diskutiert wird, sollen ein paar Worte zum Äußeren gesagt sein: Das Buch ist im Wiener PASSAGEN-Verlag erschienen und befindet sich insofern in guter Gesellschaft. Es ist typographisch schön gestaltet, durchweg gut geschrieben und besteht zum allergrößten Teil aus Arbeiten des Autors (incl. einer Co-Autorin), die an anderer Stelle bereits erschienen sind. Solche Selbst-Sammlungen sind nicht selten ein Ärgernis; beim vorliegenden Band ist das jedoch nicht der Fall, da die Einzelarbeiten bisher verstreut publiziert worden sind und einen eindeutigen thematischen Zusammenhalt aufweisen.

Um es gleich klar zu machen: Vobruba

behandelt nicht die historisch-systematische Frage nach dem Verhältnis von Gemeinschaft und Gesellschaft, und er wendet sich nicht dem empirischen Problem zu, ob und wieviel Gemeinschaft es in der modernen Gesellschaft noch gibt. Es geht ihm vielmehr um die rhetorische und ideologische Nutzung des Appells an »Gemeinschaft«, »Gemeinschaftlichkeit« und »Gemeinwohl« im Zusammenhang politischer und wirtschaftlicher Strategien zur Interpretation und Überwindung von Krisenphänomenen. Während Gemeinschaft – sensu Tönnies – eine natürliche, feudalpatriarchalische, »organisch« durch eine unbezweifelte (Vobruba: absolutistische) Moral bestimmte Form von Sozialität meint, stellt die rhetorisch-ideologische, strategisch motivierte Nutzung im Sinne von »Gemeinschaft« den Versuch dar, auf Probleme der Gesellschaft mit einem Appell an das Prinzip Gemeinschaft und ihre unbezweifelte Moral zu reagieren, wobei doch gerade auf eine solche Moral in modernen Gesellschaften eben *nicht* mehr rekuriert werden kann.

Vobruba exemplifiziert seine These von der vorgeblich an Gemeinschaft, de facto aber an partikulärer Interessendurchsetzung und deren Verschleierung interessierter ideologischer Nutzung von Gemeinschaftsrhetorik an verschiedenen Bereichen: Nach der Entwicklung der Leitthese in den ersten beiden Studien geht es in der dritten Studie um eine Kritik von Versuchen, gesellschaftliche Krisenerscheinungen als Probleme und Defekte der Individuen zu definieren, um auf diese Weise staatlich-politisch-wirtschaftliche Systeme selbst der Kritik zu entziehen und sie im reklamierten Interesse »des Ganzen« als in jedem Fall zu stabilisierende Größen zu erhalten. »Sicherung der Sicherheit« hat Vorrang; das Ganze muß auch dann noch erhalten bleiben, wenn es schließlich niemandem mehr zu helfen vermag. Die vierte Studie (gemeinsam mit Gerda Bohmann) präsentiert die Ergebnisse einer Untersuchung von Kriseninterpretationen in Österreich vor und nach dem Zweiten Weltkrieg. Als Material dienen Zeitungsartikel sowie die hierin anzutreffenden Kriseninterpretationen. Die These ist, daß in der Krise 1929 ff. antagonistische Kriseninterpretationen dominierten, wohingegen 1974 ff. ein Muster vorherrschte, in dem Wirtschaftsinteressen als notwendig zu beachtende und insofern vorrangig zu bedienende Allgemeininteressen bezeichnet werden. Die fünfte Studie behandelt die Implikationen des »Gemeinwohl«-Arguments in ökonomischen Konkurrenzsituationen. Anhand der Politik und Semantik von Wirtschaftsverbänden wird gezeigt, wie die Gemeinwohlargumentation

eigene, partikulare Interessen verdeckt und durch gezielte, interessengeleitete Moralisierung konkurrierende Gemeinwohlargumentationen anderer Interessengruppen ausgehebelt werden sollen. Insofern sind rivalisierende Gemeinwohlkonzepte zu beobachten, die sich im »Interpretationskampf« darum, was denn nun das eigentliche Gemeinwohl ist, durchzusetzen versuchen. Den Schluß bildet eine kürzere Studie über die Hintergründe der ach so uneigennütigen Hilfsleistungen der westlichen Länder an die (ehemaligen) Ostblockstaaten. Vobruba entwickelt ein kaltes, sozio-logisches Modell der Interessenverflechtung zwischen West- und Oststaaten, welches die egoistischen Logiken beider Staaten auffangen kann.

In der Rückschau auf die Entwicklung der Leitthese sowie ihrer Illustration und Variation in den Einzelstudien ist folgendes Resümee zu formulieren: Vobrubas Arbeit gehört mit Sicherheit in den wachsenden Kreis der aktuellen Gemeinschafts-Literatur hinein. Innerhalb dieses weit gefächerten Spektrums behandelt er allerdings »nur« einen vergleichsweise speziellen, um nicht zu sagen: schmalen Aspekt – diesen allerdings sehr gründlich. Er setzt damit seine frühere Beschäftigung mit dem Thema auf einem höheren analytischen Niveau fort. Die Verbreitung von Gemeinschaftsfälschungen, ihre Entstehung und Wirkung, ist für die kritische Zeitdiagnostik sicherlich von Bedeutung. Auch das Studium von Fälschungen bringt Einsichten über das Original. Die analytische Schärfe, die der Autor bei der Behandlung dieses Aspekts an den Tag legt, ist beachtlich – wobei diese Stärke ihn allerdings hier und da zu hochfliegenden, über-raffinierten soziologischen Abstraktionen verleitet, die zwar eine innere Kohärenz und Stimmigkeit aufweisen, jedoch nur noch ganz punktuell mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit verknüpft sind. Zweitens fällt auf, daß Vobruba sich überhaupt nicht mit einem absolut naheliegenden Feld der gezielten Gemeinschafts-Fälschung beschäftigt: mit der innerbetrieblichen Erzeugung von »Gemeinschaft« als Mittel der Personalführung, dem Aspekt der Mitarbeitermotivierung und allgemeinen Effizienzsteigerung. Hier kann man die Fälscher tagtäglich bei der Arbeit beobachten. Auch in der sozialwissenschaftlichen Gemeinschafts-Literatur wurde dieses Phänomen von Jan Spurk bereits analysiert.

Georg Vobruba: Gemeinschaft ohne Moral. Theorie und Empirie moralfreier Gemeinschaftskonstruktionen, Passagen Verlag, Wien 1994, 228 S., DM 46,-

Goliath Weltökonomie

Seriöse sozialwissenschaftliche Literatur gelangt selten auf die Bestsellerlisten. Liegt es daran, daß Leser und Buchkäufer Ignoranten sind? In den Elfenbeintürmen der Wissenschaft mag man sich schnell damit zufriedengeben und es für einen Ausweis der eigenen Exklusivität halten, wenn die veröffentlichten Arbeitsfrüchte nur im engeren Kreis der eigenen Zunft geschätzt werden. Doch geht es auch anders: Wolf-Dieter Narr, seit Jahren einer der profiliertesten Politikwissenschaftler, und Alexander Schubert, zu dessen Erfahrungshintergrund der Verlag keine Angaben macht, haben es einmal mehr bewiesen. Mit Bravour werden für einen größeren Leserkreis Schneisen des Verstehens durch das Dickicht der *Weltökonomie* geschlagen und der Blick auf die »Misere der Politik« geschärft. So ganz nebenbei haben die Autoren auch dokumentiert, daß die oft undifferenziert beklagte Misere der Politikwissenschaft wohl eher die Misere ihrer esoterischen Themenauswahl und einer langweiligen Präsentation ihrer Arbeitsergebnisse zu sein scheint. Narr/Schubert machen es vor, wie mindestens diese Misere überwunden werden kann: Sie spitzen zu, wo bedächtige Kollegen mit »einerseits/andererseits«, »es ist so/könnte aber auch anders sein« jeder lohnenden Kontroverse vorab den Boden entziehen. Da wird prononciert bewertet, wo andere den Vorwurf der Schwarz-Weiß-Malerei befürchtet hätten. Narr/Schubert liegt es fern, ihre Analysen selber ständig zu relativieren, um jeden denkbaren kritischen Einwand durch eine irgendwo verborgene Hintertür im 266 Seiten umfassenden Text als schon berücksichtigt zu behaupten.

Ohne dem nachzuhängen, wie es nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes hätte sein können, wird nüchtern eingestimmt: »Das Tor zum Schlaraffenland einer weltweiten Zivilgesellschaft ist nicht aufgegangen. Statt Friede, Freude, Eierkuchen herrschen Krieg, Schrecken und Flucht. Der ungleich verteilte Wohlstand ist weltweit gefährdet. . . Ein Konzept für eine »neue Weltordnung« ist nirgends zu sehen. Keine nationalstaatliche und keine supranationale Instanz ist erkennbar, die selbstbewußt auf die anstehenden Ereignisse reagierte«. (S. 11) Und nach dem Dauertrommelfeuer aus den letzten Wahlkämpfen und Tarifauseinandersetzungen zu den Gefährdungen des deutschen Industriestandortes können die Autoren konstatieren: »Da der Weltmarkt zu

der Bezugsgröße schlechthin geworden ist, findet eine von oben nach unten sich durchsetzende Dauerkonkurrenz statt, die von den Staaten auf die Individuen durchschlägt. Die neue »nationale Einheit«, das neue politische »Allgemeine« besteht darin, daß niemand den ökonomischen Standort Deutschland oder USA in Gefahr bringen darf. Alle Bürgerinnen und Bürger auf ihren qualitativ ungleichen Positionen sollen dazu beitragen, daß »gemeinsame Boot« im internationalen Segelwettbewerb möglichst weit vorne zu plazieren«. (S. 153)

Narr/Schubert fällt es nicht schwer, faktenreich nachzuzeichnen, daß es so ist. Die Frage, ob es so sein muß, bleibt offen. Narr/Schubert setzen auf eine Menschenrechtsbewegung mit weltweitem Geltungsanspruch. Wie einst David, ausgerüstet allein mit der Schleuder des guten Arguments, müßte sie gegen Goliath Weltmarkt und die ihn strukturierenden transnationalen »Systemführerschaften« ins Feld ziehen. Wie der Mythos lehrt, ist David aufgrund Goliaths Restempfindlichkeit gegen gut plazierte Schleudersteine Sieger geblieben. Wenn aber der Goliath Weltökonomie so mächtig ist wie Narr/Schubert ihn zeichnen, wer/was könnte Davids Kraft so potenzieren, daß sich Menschenrechte ihrer weltweiten Deformation durch den Ökonomismus entziehen? Davids Waffe gegen Goliath Weltökonomie ist bei Narr/Schubert die »radikaldemokratisch föderal organisierte Welt, die sich gegen die Flucht in gefährliche Weltstaatsillusionen und die damit verbundenen global organisierten Repressionsapparate wendet«. (S. 225 ff.) Fragt sich nur, wer/was die Welt in gewünschten Sinne »radikaldemokratisch, föderal« organisieren könnte. Liegt es nicht nahe, einem derart ungleichen Kampf auszuweichen?

Zunächst einmal bleibt anzuerkennen, daß es auch dann einen Wert hat, die oft beschworene »neue Unübersichtlichkeit« durch Systematisierung der weltökonomischen Zusammenhänge durchsichtiger gemacht zu haben, wenn die Kritiker der beschriebenen Verhältnisse mit eigenen Alternativen und Perspektiven etwas zu kurz springen. Schließlich müssen Politikwissenschaftler nicht klüger sein als Politiker. Es ist aber nicht zu verkennen, daß Narr/Schuberts Analysen die Munition für zwei gegenläufige Argumentationskreise liefern. Da sind zum einen die derzeit wohl mehrheitsfähigen Politiker, die uns seit Jahren vorgebliche Weltmarktzwänge als Imperative für die nationale Politik verkaufen und deren Mißachtung mit der Strafe des Niedergangs nationaler Wohlfahrt behaftet sehen. Und zum anderen frohlocken wieder jene, die schon immer wußten, daß der

Kapitalismus – diesmal der weltweite – an allem schuld ist. Narr/Schuberts Katalog der »systematisch unzureichenden« Verfassungen der liberaldemokratischen Nationalstaaten (S. 208f.) liest sich als Entschuldigung für zwei Sorten von Politik: Die eine, die Politik im Interesse der Wirtschaft gerne als Konsequenz weltökonomischer Zwänge behauptet. Und die andere, die Reformalternativen zur Reduzierung weltökonomischer Zwänge gar nicht mehr für realisierbar hält. Dennoch lohnt es sich, der von Narr/Schubert vernachlässigten Frage mehr Aufmerksamkeit zu widmen, inwieweit sich die enormen nationalen und innereuropäischen Wertschöpfungspotentiale nutzen lassen, um nationalstaatliche und gesamteuropäische Regulierungsspielräume zu erweitern. Zugegeben: Die europäische Integration hat die konstatierte ökonomische Triebkraft.

Doch gibt es nicht auch das politische Projekt Europa, das mit der gegenwärtigen Verkürzung auf das Prinzip der Freihandelszone und des schnelleren Windhundes im Triadentwettlauf nur als karikiert, nicht aber als erfüllt angesehen werden darf? Inwieweit läßt sich idealistische Schubkraft, die bislang den Gedanken europäischer Einigung und einer intensiveren europäischen Ost-West-Kooperation genauso getragen hat wie den Gedanken der weltweiten Zivilgesellschaft, gegen alle Skepsis der beiden Autoren doch noch nutzen, um den Primat des Ökonomischen zurückzudrängen? Welche Fortschrittspotenzen besitzen die *Non-governmental-Organizations*? Was ist mit internationalen politischen Kooperationen zur Lösung von Weltmarktproblemen? Und nicht zuletzt haben die Vereinten Nationen nicht doch noch eine Chance, zum effizienten Konfliktlösungsregime zu werden? Solange das Tor zur internationalen Zivilgesellschaft noch einen Spalt offen ist, lohnt es sich, mehr auf diese Öffnung zu orientieren statt – viel Feind, viel Ehr' – gegen Betonwände anzurennen oder sie als unverrückbar zu preisen. Es ist wirklich die »Misere der Politik«, diese Zielperspektiven reduziert zu haben auf weltweite Militäraktionen der vermeintlich Guten gegen die vorgeblich Bösen, während sie die ökonomische Dimension von Weltpolitik den Konzernzentralen, Anlegern und Spekulanten auf dem internationalen Finanzmarkt überantwortet hat. Mindestens diesen Erkenntnisgewinn können Narr/Schubert auch jenen vermitteln, die viele ihrer Schlußfolgerungen noch für voreilig halten.

Wolf-Dieter Narr/Alexander Schubert: Weltökonomie. Die Misere der Politik, Suhrkamp, Frankfurt/M. 1994, 281 S., DM 19,80

JOSEF SCHMID/JOSEF HILBERT

Plädoyers für eine intelligente Industriepolitik

Daß Unternehmer und ihre politischen Verbündeten mit eherner Regelmäßigkeit ihre Wettbewerbsfähigkeit durch die Gewerkschaften und den Sozialstaat bedroht sehen, ist nicht neu und insofern Teil eines traditionellen Interessenkonflikts. Doch dieses Mal scheint die Sache etwas anders zu liegen: Nicht allein einzelne Unternehmen und Branchen sind in die Krise geraten, nein der ganze Standort Deutschland ist in der Hierarchie der internationalen Arbeitsteilung weit nach hinten abgerutscht – vom »Exportweltmeister« der 70er und 80er zum Problemfall der 90er Jahre?

Auffällig ist ferner die breite Resonanz, die die gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme in Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft erreicht haben. Zugleich – und dies ist der Schwerpunkt der folgenden Hinweise zum Stand der Debatte – ist es den Gewerkschaften gelungen, in einem durchaus bemerkenswerten Maße den Angriffen Paroli zu bieten und eine Standortdebatte von links her zu inszenieren. Freilich: Je genauer man sich die Beiträge anschaut und je konstruktiver diese werden, desto mehr verlieren die alten Links-Rechts-Schemata oder gar Klassenkampfpapieren an Bedeutung.

Worum geht es in dieser facettenreichen und gemessen an der Zahl der Publikationen kaum mehr überschaubaren Diskussion? Im Grunde genommen sind es besonders zwei Fragestellungen, die behandelt werden. Zum einen geht es um die Analyse von ökonomischen Problemen und Lösungen, die eng miteinander verbunden sind und sich – je nach Position – primär auf die zu hohen Kosten, den zu niedrigen Technikeinsatz und die zu schwache Reorganisations- und (sozialökonomische) Innovationsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland beziehen.

Zum anderen geht es um die Frage nach den gesellschaftspolitischen Zwecken und Leistungen des *Modells Deutschland*, also um die Sicherung von Arbeit, Umwelt und Wohlfahrt der Menschen, die hier leben. Einschränkend sei darauf hingewiesen, daß an dieser Stelle die besonderen Probleme der deutschen Einheit bzw. die gravierenden Standortprobleme in den neuen Bundesländern nicht behandelt werden können und auch in den vorliegenden Beiträgen allenfalls am Rande thematisiert werden.

Problemanalyse und Lösungsstrategien

Zu hohe Löhne und Steuern sind für die einen die zentrale Ursache für den Verlust der Wettbewerbsfähigkeit, und entsprechend sieht die Therapie aus dieser Ecke auch vor, diese Kosten massiv zu senken, um das Schiff wieder flott zu bekommen. Dagegen wenden die gewerkschaftsnahen Analytiker ein, daß – um im Bild zu bleiben – verhungernde Ruderer nicht schneller, sondern schwächer werden. Vor allem Rolf Simons und Klaus Westermann, aber ebenso die anderen Beiträge der interessanten Reihe der Hans-Böckler-Stiftung sowie Hans-Joachim Schabedoth, haben die diversen Indikatoren und Determinanten hierzu kritisch diskutiert und analysiert. Sie sind dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß es sich nicht um eine »Kostenkrise« handelt, da zum Beispiel die Lohnstückkosten in Deutschland durchaus konkurrenzfähig sind. Im übrigen wird daran erinnert, daß die Lohnkosten in der Regel nur ein Drittel der Gesamtkosten ausmachen und eine Aufwertung der DM an den internationalen Währungsmärkten die Wirkungen der nationalen Tarifpolitik massiv übersteigt.

Auch die heftig ins Feld geführte Technologielücke in Deutschland, etwa indiziert über den im Vergleich zu Japan oder den USA deutlichen Einbruch der Patentanmeldungen in den vergangenen Jahren (Motto: *Die Deutschen erfinden nichts mehr*), stellt eine monokausale und vereinfachende Erklärungsversion dar. Allein durch die Förderung von F&E, ein Feld, das im übrigen seitens der Bundesregierung in den vergangenen Jahren erheblich weniger Mittel zugewiesen bekommen hat, oder gar der – wie auch immer zu bewerkstellenden – Erzeugung eines technikfreundlichen Klimas in der Gesellschaft, ist wohl wenig zu machen. Vielfach gilt ja gerade die deutsche Ingenieurskunst als »überkandidelt« und zu sehr mit teurer Technik überfrachtet. Darüber hinaus liegt die mangelnde Produktivität der Unternehmen weniger am fehlenden Einsatz moderner Fertigungstechnologien, sondern viel eher an der mangelnden innovativen arbeitsorganisatorischen Gestaltung. In manchen Branchen, so zeigen empirische Untersuchungen über moderne Fertigungsformen, gibt es wohl überspitzt formuliert mehr CIM- und PPS-Ruinen als erfolgreiche Experimente mit Gruppenarbeit. Insofern ist der Eindruck, daß nicht selten »Nieten in Nadelstreifen« am Werk sind, kaum von der Hand zu weisen (vgl. *Simons/Westermann* und *Schabedoth*).

Damit sind wir bei der zentralen Ursache des Übels: der mangelnden Fähigkeit zur Inno-

vation und Reorganisation der Produktion in Betrieben und Branchen. »Innovative Arbeitsorganisation und intelligentes Partizipationsmanagement« sind für Hans-Joachim Sperling der Schlüssel zum Erfolg. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit soll durch die »Mobilisierung von neuartigen Produktionsressourcen und eine innovative Modernisierung« wiedererlangt werden. Dabei müssen die Aspekte der Produkt- und Prozeßinnovation mit neuen Formen der Arbeitsorganisation miteinander verbunden werden. Für einen solchen Weg macht er erste empirische Anzeichen aus, jedoch sind die ambivalenten Folgen einer solchen Dezentralisierung von Produktionsverantwortung in Form von Gruppenarbeit und Qualitätszirkeln für das Management und die industriellen Beziehungen ebenfalls sichtbar. Hier herrscht jedoch noch ein eingespielter, wenngleich inzwischen weitenteils veralteter Regulierungsmodus, ohne daß sich schon flächendeckend ein neuer etabliert hätte, was sich als Hindernis bei der Modernisierung erweist. Gefordert wird freilich keine Deregulierung der industriellen Beziehungen, sondern eine neue, intelligentere Reregulierung.

Die damit aufs engste verbundenen arbeits- und industriepolitischen Konsequenzen für die Gewerkschaften und die Mitbestimmung werden von den Verfassern thematisiert. Eine der dort entwickelten Empfehlungen lautet, daß sich die Gewerkschaften viel stärker als bisher als »dezentrale Dienstleistungsorganisationen« (Hilbert/Schmid) begreifen müssen und mit ihrem Apparat eher dezentrale Initiativen mobilisieren und unterstützen als zentrale »Schlachten« anordnen sollten – oder daß sie ansonsten Gefahr laufen, vom wirtschaftlichen Strukturwandel überrollt zu werden und dann amerikanische Verhältnisse drohen.

Die Defizite des Wirtschaftsstandorts Deutschland sind aber nicht nur in der Industrie zu bewältigen, sondern auch der Staat und die öffentliche Verwaltung sind gefordert. Ferner fällt das Problem – vielfach vernachlässigt – ebenfalls in den Dienstleistungsbranchen an, in denen sich sowohl eine erhebliche Dynamik und Potentiale wie auch massive industrie- und arbeitspolitische Herausforderungen versammeln. Auch dies ist eine der Feststellungen, die sich als roter Faden durch alle Beiträge zieht. In einer etwas anderen als der üblichen Weise wird das Problem in dem Band von Nicolai Dose, Bernd Holznagel und Volker Weber angegangen. Hier stehen die scheinbaren Kosten und Fortschrittsbremsen durch rechtliche und administrative Regulierung (schwerpunktmäßig im Bereich der chemischen Industrie) im

Vordergrund. Auflagen zum Schutz der Umwelt, so der Tenor der Beiträge von Klaudia Martini, Jürgen Walter und Gustav A. Horn, sind Elemente einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft – was mittlerweile sogar im Grundsatzprogramm der CDU nachzulesen ist – und können geradezu die langfristige Wettbewerbsfähigkeit sichern. Zum selben Ergebnis kommen auch Karin Robinet und Rainer Lucas: »Umweltschutz und Umweltqualität als Standortfaktor« und als »Arbeitsmarktknüller« ist ihre These.

Freilich gehen die entsprechenden Genehmigungsverfahren oft viel zu lange, was Praktiker und Wissenschaftler konzedieren. Nicolai Dose identifiziert dabei vor allem drei hemmende Faktoren: erstens eine schlechte Behördenorganisation und fehlende Koordination zwischen den Behörden, zweitens die fehlende Entscheidungsbereitschaft der zuständigen Beamten und drittens Widerstände von Betroffenen. In der breiten Beteiligung der Öffentlichkeit wird aber kein Grund für merkliche Verzögerungen der administrativen Bearbeitungsverfahren gesehen. Schließlich werden eine ganze Reihe von anwendungsnahen Vorschlägen wie zum Beispiel die Einführung von Mediationsverfahren oder speziellen Verwaltungsreformen entwickelt, um zu einer Beschleunigung von Genehmigungsverfahren zu kommen, was dann wiederum – ohne Beeinträchtigung der Sicherheit – die Effizienz und Attraktivität des Produktionsstandorts steigert.

Zwecke und Leistungen des Standorts Deutschland

Die Frage nach den Qualitäten des Standorts ist jedoch nicht nur im Hinblick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sehen, sondern auch in bezug auf die Lebensqualität in Deutschland. Schon bei Adam Smith ging es – was manche liberalen Ökonomen offensichtlich vergessen haben – um die »Wohlfahrt der Nationen«. Eine der zentralen Aspekte bildet die Qualität der Umwelt, deren stärkere Berücksichtigung durchaus eine »Effizienzrevolution« (v. Weizsäcker) in die Wege leiten könnte (Motto: »Strom sparen statt Leute feuern«). Dazu ist der Wechsel vom Umweltschutz zur »ökologischen Innovation« (Robinet/Lucas) sowie eine entsprechende Orientierung in der Standort-, Produktions- und Industriepolitik nötig. Hierzu werden erste Ansätze einer Strategie präsentiert, die eine solche »nachhaltige Entwicklung« fördern und in der den Gewerkschaften und Betriebsräten durchaus eine wichtige Promotorenrolle zukommen kann.

Arbeit, Arbeit und nochmals Arbeit ist das, was für Hans-Joachim Schabedoth ein vernünftiges Wirtschafts- und Gesellschaftssystem hervorbringen muß. Denn der Arbeitsmarkt ist – entgegen der von ihm kritisierten modischen Tendenzen vom Ende der Arbeitsgesellschaft – der zentrale Verteilungsmechanismus von Lebenschancen. Hier werden Einkommen erzielt, sozialer Status aufgebaut, Ansprüche auf soziale Sicherung erworben sowie die Mittel für Sozialpolitik erwirtschaftet. Insofern ist bei ihm die Diskussion der »Wege aus der Strukturkrise« sehr breit angelegt. Nachfragestabilisierung, Arbeitszeitverkürzung, Kostensenkung und neue Produkte und Anforderungen nach Dienstleistungen sind die Kernpunkte seines Reformprogramms. Dabei müssen ebenfalls einige – für manche unangenehme – Einsichten berücksichtigt werden: Zukunft für alle erfordert ein Höchstmaß an Kooperation – in den Betrieben, zwischen den Tarifparteien, zwischen Staat und Verbänden, aber auch im sozialen Nahbereich wie etwa in Selbsthilfegruppen.

Zwei darüber hinausgehende Beispiele für unorthodoxe Gedankengänge sind das Plädoyer, die Tarifpolitik nicht zu überlasten mit Versuchen, politische Mehrheiten zu korrigieren sowie die konsequente Diskussion von Selbsthilfe über das freiwillige Engagement hinaus (Stichwort: soziales Pflichtjahr). Hier werden die aussichtsreichen Ansätze einer neuen Beweglichkeit der Gewerkschaften (vorwiegend am Beispiel der IG METALL) demonstriert; nicht nur in Form schöner Sonntagsreden, sondern auch und vor allem im Alltagshandeln samt den damit verbundenen Unannehmlichkeiten. Solidarität und Gerechtigkeit sind eben nicht zum Nulltarif zu haben – schon gar nicht durch Lohnsenkungen und Sozialstaatsabbau, aber auch nicht durch die bloße Kritik von Mißständen, worauf Schabedoth gerade in der Auseinandersetzung mit wohlmeinenden, »fortschrittlichen« Wissenschaftlern insistiert.

Den normativen Grundlagen moderner, sozialstaatlich verfaßter Gesellschaften gilt der Band von Diether Döring u. a. Damit wird ein Thema aufgenommen, das angesichts der Kostenprobleme, der Wirtschaftskrise und des soziotechnischen Strukturwandels zumeist vernachlässigt wird: nämlich, daß das ganze Bemühen um den Standort und den Sozialstaat auch einen Sinn haben und ebenfalls Kriterien der sozialen Gerechtigkeit genügen muß. Das ist ein äußerst anspruchsvolles Anliegen – und im besten Sinne praktische Philosophie. Trotzdem gelingt es den Autoren, die Bodenhaftigkeit zu wahren und die Debatte um »Gerechtigkeit

im Wohlfahrtsstaat« an konkreten Prinzipien und politischen Positionen entlang zu führen. Auch die Durchsicht der vorliegenden empirischen Studien zeigt, daß der Wohlfahrtsstaat auch faktisch derzeit noch auf breite Akzeptanz stößt, allerdings wird die moralische Verankerung der anspruchsvolleren distributiven Ziele angesichts sozialstruktureller Pluralisierung und ökonomischer Sachzwänge künftig nicht einfach sein.

Insgesamt zeichnen sich die hier besprochenen Publikationen durch eine anerkanntenswerte – weil durchaus seltene – Kombination aus analytischem Tiefgang, politischer Relevanz und guter Lesbarkeit aus. Aus den Bruchlinien des ökonomischen Strukturwandels werden Ansatzpunkte für seine sozialverträgliche Gestaltung gewonnen, auch wenn das manchmal unangenehme Einsichten und die Verabschiedung liebgewordener Traditionen und Positionen mit sich bringt. Auf diese Weise gelingt in einigen Beiträgen der Schritt von der Diskussion über Anpassung und Optimierung des (Wirtschafts- und Sozial-)Standorts zur Skizzierung der Konturen (bzw. der Begründung der Notwendigkeit) eines ganz anderen »Modells Deutschland«.

Kritisch zu bedenken ist in diesem Zusammenhang jedoch ein wenig beachtetes und trotzdem bemerkenswertes Defizit, das über die besprochenen Bücher hinaus für die breite Debatte um den Standort Deutschland insgesamt gilt. Auffällig ist in der Art des Vorgehens ein empfindlicher Mangel an Empirie, und zwar nicht bei allgemeinen volkswirtschaftlichen Kennziffern und statistischen Daten, sondern genau dort, wo diese nicht mehr zur Verfügung stehen, aber die fundamentalen Ansatzpunkte einer alternative Modernisierungsstrategie liegen.

Gemeint sind die Bereiche der regionalen bzw. dezentralen Steuerung des industriellen Strukturwandels sowie der konkreten technisch-arbeitsorganisatorischen Strukturen in den Betrieben selbst. Hier beschränkt sich das bislang vorhandene arbeits-, produktions- und industriepolitische Wissen auf einige wenige Fallbeispiele, deren Verallgemeinerung zumeist fragwürdig ist, ja manchmal wird dadurch sogar der Mythenbildung und dem Wunschdenken Vorschub geleistet. Der schnelle Aufstieg und Niedergang Baden-Württembergs bzw. des »Späth-Absolutismus« mag dafür als warnendes Beispiel dienen. Trotz mancher vorzeigbarer – und vielfach untersuchter – Erfolgsgeschichten sind in der Breite der Betriebe erhebliche Defizite feststellbar, ja manches spricht dafür, daß im »Musterlände« eher eine neo-

tayloristische Strategie als der Weg in Richtung »Neue Produktionskonzepte« (Kern/Schumann) gegangen wurde – übrigens weitgehend konsensuell und kooperativ. Möglicherweise ist inzwischen auch die Welt der Arbeit und der Wirtschaft für solche einfachen Kategorien zu unübersichtlich und vielgestaltig geworden.

Der bisherige Verlauf der Debatte um den Standort Deutschland läßt jedoch die Hoffnung zu, daß auch in den nächsten Runden der politischen Auseinandersetzung und der künftigen wissenschaftlichen Analysen weitere Fortschritte erfolgen und auch diese Schwächen überwunden werden können.

Rolf Simons/Klaus Westermann: Industriestandort Deutschland. Zur Wettbewerbsfähigkeit, der deutschen Industrie. Standort Debatte, Schüren Presseverlag, Marburg 1994, 107 S., DM 18,-.

Hans-Joachim Sperling: Innovative Arbeitsorganisation und intelligentes Partizipationsmanagement. Standort Debatte, Schüren Presseverlag, Marburg 1994, 77 S., DM 18,-.

Josef Hilbert/Josef Schmid: Wirtschaftsstandort und Zukunft des Sozialstaats. Mitbestimmung vor neuen Herausforderungen. Standort Debatte, Presseverlag, Marburg 1994, 73 S., DM 18,-.

Karin Robinet/Rainer Lucas: Umweltschutz und Umweltqualität als Standortfaktor. Standort Debatte, Schüren Presseverlag, Marburg 1994, 68 S., DM 18,-.

Diether Döring/Frank Nullmeier/Roswitha Pioch/Georg Vobruba: Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat. Standort Debatte, Schüren Presseverlag, Marburg 1995, 166 S., DM 24,-.

Nicolai Dose/Bernd Holznapel/Volker Weber (Hrsg.): Beschleunigung von Genehmigungsverfahren. Vorschläge zur Verbesserung des Industriestandortes Deutschland, Planung und Praxis im Umweltschutz Bd. 8, Economica Verlag, Bonn 1994, 243 S., DM 58,-.

Hans-Joachim Schabedoth: Zukunft ohne Arbeit. Neue Wege aus der Strukturkrise, Droemersch Verlaganstalt Th. Knauer Nachf., München 1994, 236 S., DM 12,90.

Eines der Vorurteile in der deutschen Geistes- und Kulturlandschaft ging bis vor kurzem noch davon aus, daß sich Geist und Erotik zwangsläufig ausschließen würden. Und bis heute halten sich nicht nur an den deutschen Universitäten Relikte dieser altmodischen Annahme. Die Wurzeln des klassischen Intellektuellen, des Gelehrten, die Rede vom Elfenbeinturm – all das entstammt ja nicht umsonst kulturgeschichtlich der Tradition des mittelalterlichen Klosters. Daß es dort mitunter lockerer zugeht als man lange Zeit wahrhaben wollte, änderte nichts an der rein geistig-geistlichen Zielsetzung dieser sozial so bedeutsamen Institution. Und bis tief in die Moderne hielt sich die unausgesprochene Vorstellung, daß auch säkularisierte Erkenntnis den Asketen zur Voraussetzung habe.

Doch, daß soziologische Erkenntnis keineswegs der lebensweltlichen Selbstisolation bedarf, zeigen nun die kürzlich erschienenen biographischen Aufzeichnungen des Soziologen Nicolaus Sombart. Der 1923 geborene Sohn des bekannten Nationalökonomen Werner Sombart geht in seinen Forschungen von einem um einhundertachtzig Grad umgekehrten Ansatz aus, der mit »teilnehmender Beobachtung« wohl zwar einigermaßen richtig beschrieben ist, doch ist das Ausmaß der »forschenden Teilnahme« oft so, daß der Leser um ein wiederholtes Schmunzeln nicht umhinkommt. Sombarts Forschungs- und Arbeitsstätte war eben nicht allein die Bibliothek, sondern auch der Salon und – das Etablissement. Das wird schnell deutlich, wenn Sombart beispielsweise seine »Soziologie der Orgie« vorstellt (S. 341), deren »wissenschaftliche Erkenntnisse« auch auf eigenen Erfahrungen beruhen und die er auf mehreren Seiten immer wieder auch freimütig beschreibt. Der Wissenschaftler als Bohemien? Warum auch nicht. Wer hierin nur billige Pornographie zu sehen vermag, wird wohl auch sonst mit dem Buch seine Schwierigkeiten haben. Wer sich allerdings auf diese beispiellos offenherzige und intellektuelle Autobiographie des Autors einläßt, wird schnell mehr als nur die pikanten Stellen des Buches finden: Zum Beispiel einen überaus interessanten Einblick in die Pariser Intellektuellenkultur der fünfziger Jahre.

Sombart, der in diesen Jahren in die französische Hauptstadt reiste, um eine wissenschaftliche Arbeit über den *Ursprung der Soziologie aus dem Geist der Französischen Revolution*

zu verfassen, wußte, daß es sein Interesse sein mußte, als soziologischer Beobachter in das Zentrum der Pariser Gesellschaft vorzudringen. Und den Weg dorthin weisen ihm schließlich nicht nur Forscherpersönlichkeiten wie Gaston Bachelard, André Gide und Joseph Breitbach, sondern eben auch interessante Frauen, mit denen er die verschiedenen Etappen einer nicht nur intellektuellen, sondern auch erotischen Initiation durchläuft. Nicolaus Sombart erzählt dieses faszinierende Stück eines deutschen Intellektuellen in Paris wie einen seiner Romane, mit Ernsthaftigkeit und Witz, voller kleiner Beobachtungen und brillanten soziologischen Betrachtungen – und keineswegs nur über das knisternde Verhältnis der Geschlechter. Er steht hier ganz in der Erzähltradition seines berühmten Vorgängers, Georg Simmel, der auch lieber Essays schrieb als gelehrte trockene Abhandlungen. Er schreibt aber auch von seinen Schwierigkeiten, wenige Jahre nach Kriegsende als Deutscher in der französischen Gesellschaft zu leben, und von seinen Gesprächen mit dem Historiker Alfred Grosser, der ihn ermutigte, sich seines Deutsch-Seins trotz des Nationalsozialismus nicht zu schämen.

Angesiedelt zwischen Autobiographie und soziologischem Essay, ist dieses Buch von Sombart keineswegs nur für spezialisierte Wissenschaftshistoriker oder Paris-Freunde interessant. Es ist ein auch für einen größeren Leserkreis über weite Strecken fesselnder Bericht über die damalige kulturelle Oberschicht der französischen Nachkriegsgesellschaft und ihre sprichwörtliche Leichtigkeit dem Leben gegenüber. Aber es ist auch der Bericht über einen jungen wißbegierigen Sozialwissenschaftler, der nach dem Zweiten Weltkrieg seinen angestammten Platz in der deutschen Gesellschaft nicht mehr vorfand, sondern ihn in der kulturellen Fremde suchen mußte. Und daß aus einem solchen *de-facto*-Exil für ihn sehr anregende Impulse kamen, offenbart Sombart nicht nur als Soziologe, sondern auch in seiner Eigenschaft als Mann, der, wie er selbst sagt, viel von den Frauen gelernt hat. Und daß der Leser – bei einer Autobiographie wohl notgedrungen – auch mit so mancher Eitelkeit des Autors konfrontiert wird, macht das Buch nicht weniger lesenswert. Auch wer die Auffassung Sombarts nicht teilt, derjenige kann das Leben nicht richtig, der nie an an einer *partouze* teilgenommen habe, wird das originelle Buch mit großem Interesse verfolgen.

Nicolaus Sombart: Pariser Lehrjahre, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1994, 384 S., DM 48,-.

Zu den Autorinnen und Autoren

ELMAR ALTVATER, geb. 1938, Professor für Politische Wissenschaften am Institut für ökonomische Analyse politischer Systeme und Politikfeldanalyse an der Freien Universität Berlin.

HANS-PETER BARTELS, geb. 1961, ist Referent für Sektenkunde in der Kieler Staatskanzlei.

JÜRGEN BUSCHE, geb. 1944, leitet das Ressort Innenpolitik der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG in München.

EDGAR GÖLL, geb. 1957, lebt als freier Publizist in Berlin.

JOACHIM GÜNTNER, geb. 1960, Publizist, lebt in Hannover.

WILHELM HANKEL, geb. 1929, war Abteilungsleiter für Geld und Kredit unter Wirtschaftsminister Karl Schiller und Chef der Hessischen Landesbank; lehrt Währungs- und Entwicklungspolitik an der Universität Frankfurt am Main; Veröffentlichungen: »Die sieben Todsünden der Vereinigung«, Stuttgart 1991.

JOSEF HILBERT, geb. 1954, leitet z. Z. die Abteilung »Dienstleistungssysteme« am INSTITUT FÜR ARBEIT UND TECHNIK in Gelsenkirchen.

CORD JAKOBEIT, geb. 1958, Politikwissenschaftler, Habilitationsstipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und Lehrbeauftragter an der Universität Leipzig.

THOMAS KREUDER, geb. 1960, ist Jurist und Publizist; leitet das Ministerbüro im Hessischen Finanzministerium.

RUDOLF KUDA, geb. 1940, Leiter der Abteilung Wirtschaft beim Vorstand der IG METALL in Frankfurt am Main.

SVEN PAPCKE, geb. 1939, lehrt Soziologie an der Universität Münster.

KARIN PRIESTER, geb. 1941, Professorin für Soziologie an der Universität Münster.

WILHELM RIBHEGGE, geb. 1940, lehrt Geschichtswissenschaften an der Universität Münster.

EDELBERT RICHTER, geb. 1943, Abgeordneter in der letzten Volkskammer der DDR, 1991–1994 Mitglied des Europa-Parlaments, seit 1994 SPD-MdB aus Erfurt.

EBERHARD SANDSCHNEIDER, geb. 1955, Hochschuldozent am Institut für Politikwissenschaft an der Universität des Saarlandes in Saarbrücken.

JOSEF SCHMID, geb. 1956, lehrt Sozialwissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum.

ANDREAS SCHWORCK, geb. 1960, lebt als freier Publizist in Konstanz.

DIETER SENGHAAS, geb. 1940, lehrt Politikwissenschaften an der Universität Bremen.

MARITTA STRASSER, geb. 1964, ist z. Z. wissenschaftliche Mitarbeiterin des Bundestagsabgeordneten Edelbert Richter in Bonn.

EWALD TERHART, geb. 1952, seit 1993 Professor am Institut für Pädagogik der Ruhr-Universität Bochum.

ROLF UESSELER, geb. 1943, lebt als freier Publizist in Rom.

MANFRED H. WIEGANDT, geb. 1956, Dr. jur., ab Herbst 1995 Visiting Fellow am Harvard Human Rights Program; Buchveröffentlichung: »Norm und Wirklichkeit. Gerhard Leibholz (1901–1982) – Leben, Werk und Richteramt«, Baden-Baden 1995.

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:

Godesberger Allee 139
53175 Bonn
Tel.: (02 28) 88 35 40-43
Telefax: (02 28) 88 35 39

Verlag und Anzeigenverwaltung:

Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger GmbH
In der Raste 2
53129 Bonn
Tel.: (02 28) 23 80 83
Telefax: (02 28) 23 41 04
Anzeigenpreisliste Nr. 23 vom 1. 1. 1995
Anzeigenverwaltung: Margret Reichert

Gesamtherstellung:

satz+druck gmbh, Düsseldorf

Bezugsbedingungen:

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738
Einzelheft 14,80 DM/ÖS 116,00/sFr 15,80 frei Haus;
Jahresabonnement 99,00 DM/ÖS 780,00/sFr 100,80 frei Haus. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist (Lieferende mit Heft 12). In den Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.